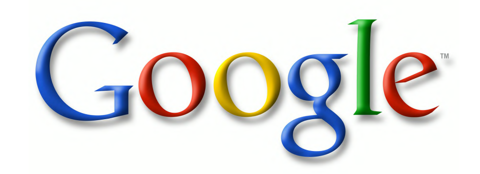
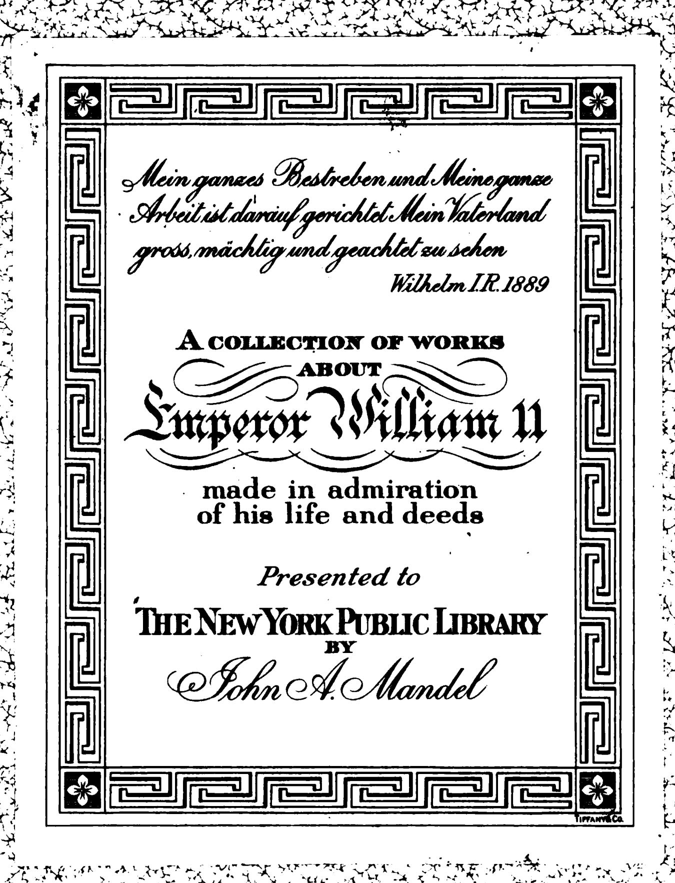
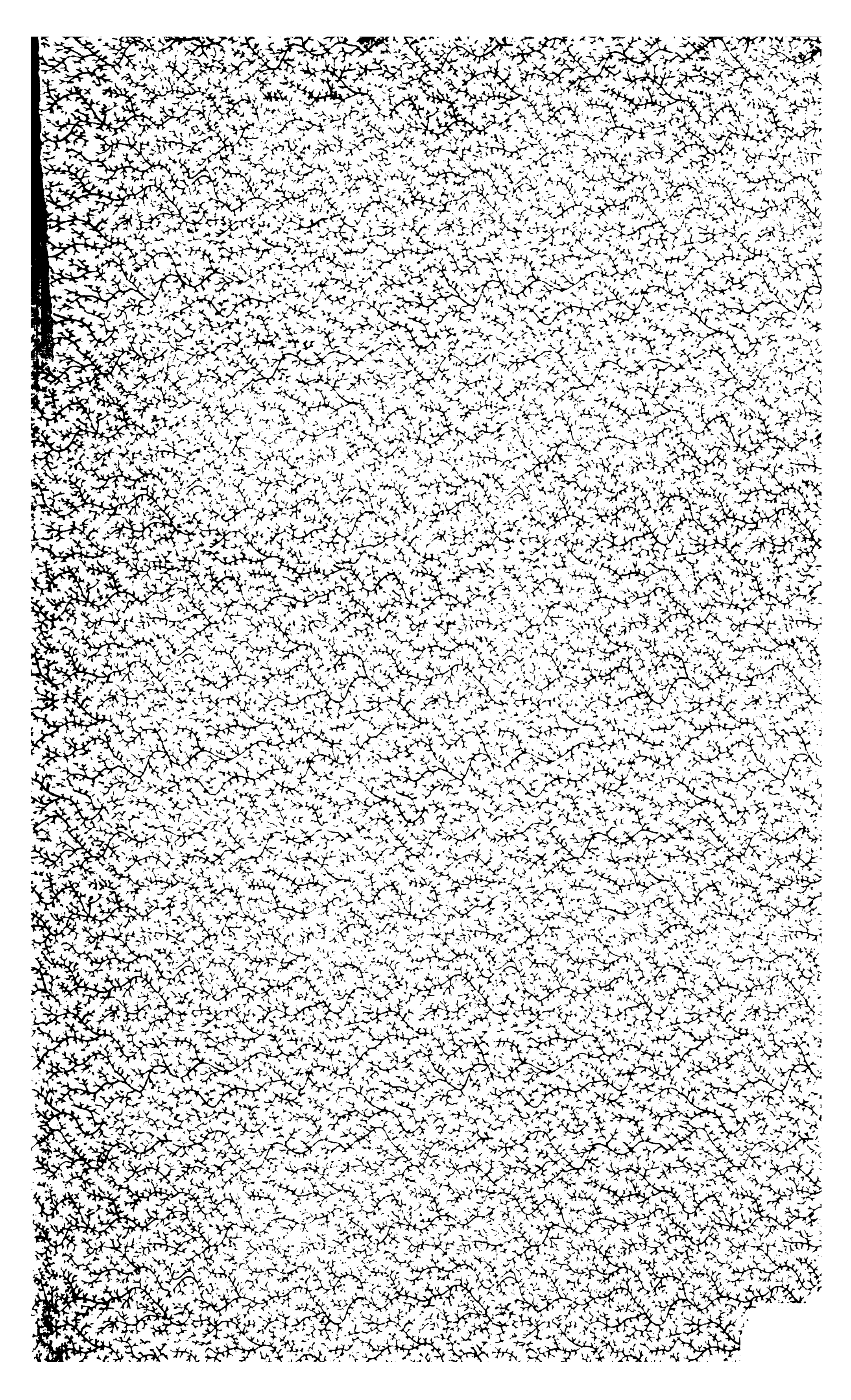
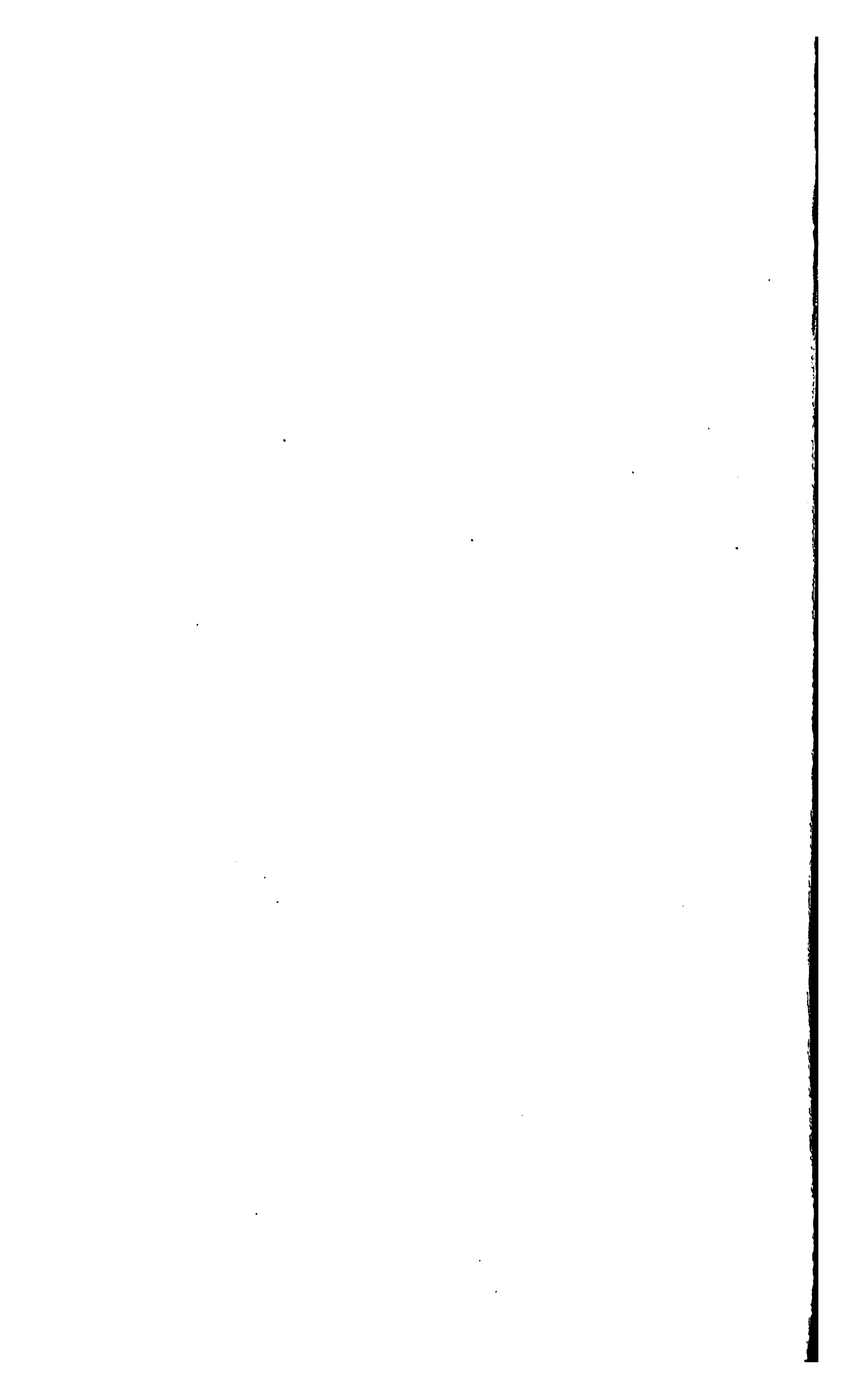
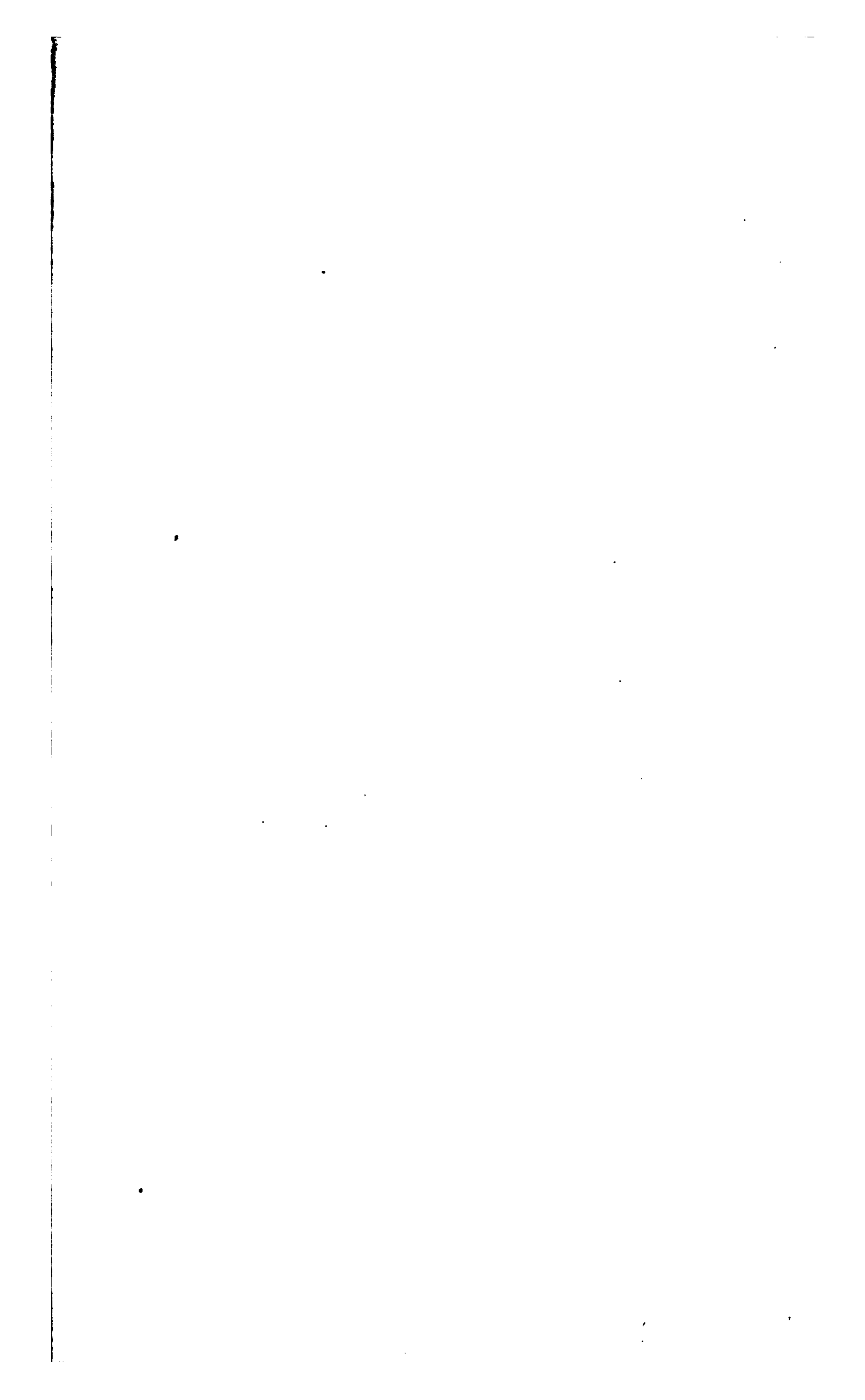
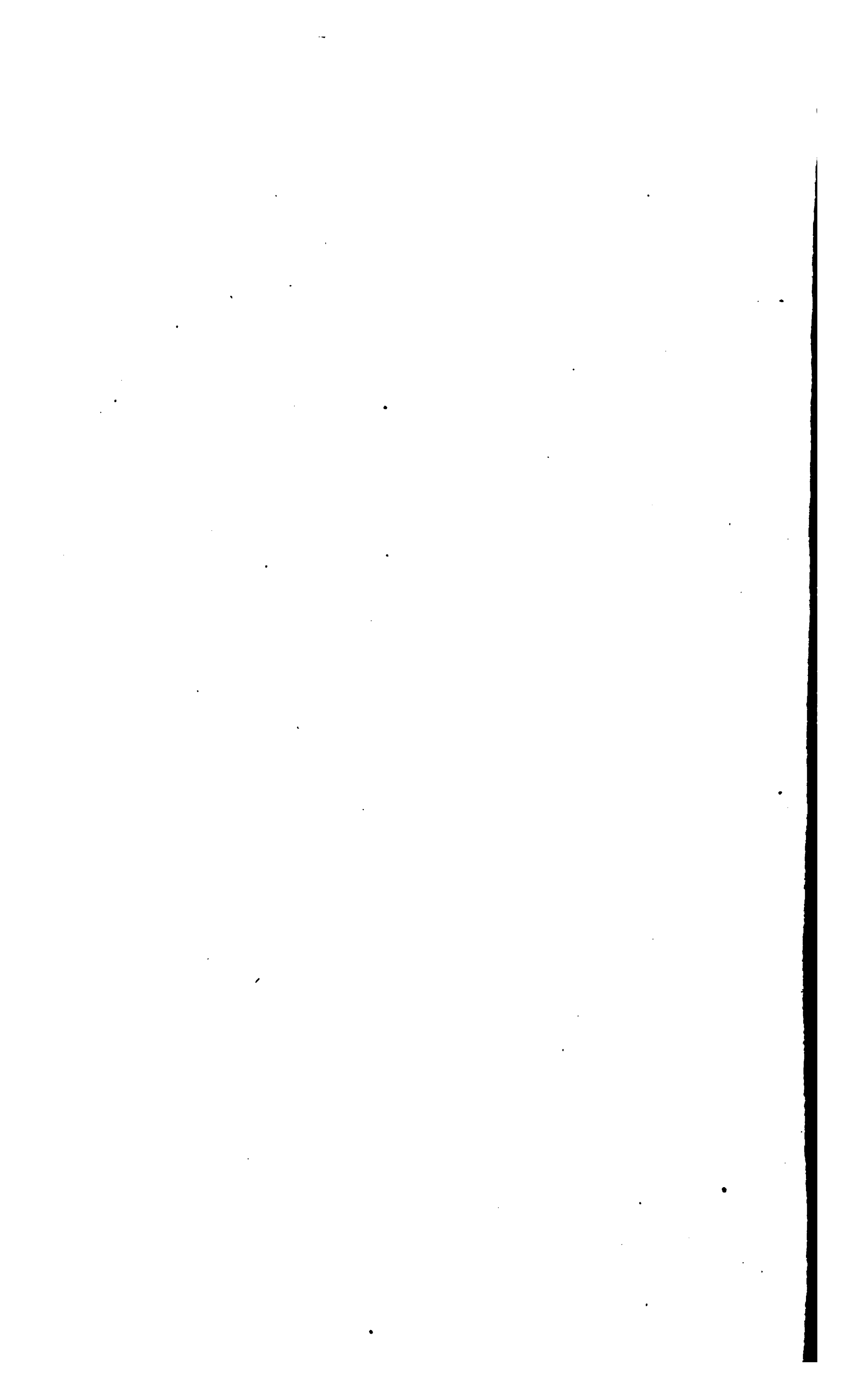



Mein ganzes Bestreben und Meine ganze Arbeit ist darauf gerichtet Mein Vaterland gross, mächtig und geachtet zu sehen
Wilhelm I.R. 1889
A COLLECTION OF WORKS ABOUT
Emperor William II
made in admiration of his life and deeds
Presented to
THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
BY
John A. Mandel
TIFFANY & Co.









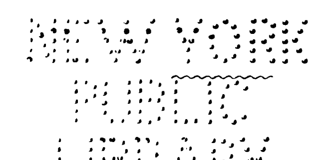


Drei Jahre auf dem Throne 1888–1891.

1. William II, German emperor.
2. Germany. — Unity, 1888–'91

Drei Jahre auf dem Throne.

1888—1891.



Inhalt: Die englische Gesellschaft in Berlin. — Die Reisen des Kaisers. — Militärische und politische Neubildungen. — Der Kaiser und Fürst Bismarck. — Der neue Reichskanzler. — Dr. Goßler. — Stöcker und Graf Waldersee. — L. Windthorst. — Der Kaiser gegen die Fronde. — Das Orakel von Friedrichsruh.



Leipzig 1891.

Rengersche Buchhandlung.

Gebhardt & Wilisch.

Inhalt.

I.

Die englische Gesellschaft in Berlin.

Selten ist ein junger Monarch in so mißgünstigen Zügen der Vorstellung des eigenen Volkes und des Auslandes vorgeführt, selten so gründlich verkannt worden, selten aber auch Mißtrauen und Abneigung so schnell ins Gegenteil umgeschlagen wie Kaiser Wilhelm II. dies erfahren hat. Wie bald hat sich selbst im feindseligen Auslande das Bild von dem ehrgeizigen, ruhmsüchtigen und kriegerischen jungen Fürsten verwischt! Heute, nach nur drei Jahren, haben wir kaum mehr eine Erinnerung daran, was alles dem Nachfolger Friedrichs III. und Wilhelms I. zur Last gelegt wurde. Sollte doch unter ihm nach außen die Kriegsfurie, nach innen die Reaktion ihr trotziges Haupt erheben! Die französische Presse namentlich widmete am 15. Juni des Jahres 1888 bewegte und anerkennende Nachrufe dem verstorbenen Friedensfürsten, drückte aber mehr oder weniger scharf dem Nachfolger ihr Übelwollen aus. Die russischen Stimmen harmonierten mit den französischen: gemeinsam war allen die hohe Anerkennung für die Regierung Kaiser Friedrichs und mehr oder minder verstecktes Mißtrauen gegen das neue Regiment. In fast kategorischer Form wurde darauf hingewiesen, daß die Welt auf beruhigende Erklärungen von Berlin aus warte. Nun, diese beruhigenden Erklärungen erfolgten sehr bald, aber wahrlich nicht als Antwort auf die unpassende Sommation fremder Zeitungen.

Gab es denn nicht bei uns selber eine unerträgliche Überhebung gewisser Parteien, welche verkündeten, es sei aus mit dem Reiche des Friedens und der Freiheit, das Kaiser Friedrich uns zu bringen berufen war? Gerade in Deutschland ist die falsche Vorstellung von unserm Kaiser, als ob er fähig sei, die unter seinem Vorgänger erworbenen Schätze des Volkes an Freiheit und Wohlfahrt zu ge-

fährden oder deren Entwickelung zu hemmen durch Reaktion im Innern und durch eine gewagte Politik nach außen, am längsten haften geblieben. Man nahm den Maßstab der Beurteilung des neuen Monarchen von Friedrich III. her und fand implicite, daß der Nachfolger dabei nicht bestand. Man „citierte" den Geist des Vaters, um den Sohn, der als Freund Stöckers, Puttkamers, Waldersees galt, in den Schatten zu stellen. „Hätte Friedrich III. ausführen können, was er gedacht, was er gefühlt, was er gewünscht hat, die deutsche Nation hätte nicht nur Achtung in aller Welt, sie hätte auch aufrichtige Liebe gefunden. Denn so tief innerlich die Liebe dieses Fürsten zum Vaterlande wurzelte, so durch und durch deutsch sein ganzes Wesen, seine ganze Weltanschauung war, so sehr er mit allen Fasern seines Lebens in dem heimatlichen Boden wurzelte und ein echtes, rechtes Berliner Kind war, so sehr mangelte ihm doch jeder Hochmut und Dünkel dem Auslande gegenüber, jede Sucht des Absprechens gegen den Fremden, jede Unduldsamkeit aus nationaler Überhebung. „Er hat für uns (Freisinnige) gekämpft, er hat für uns gelitten; er ist für uns gestorben. Er hat alles für uns gethan, was in seinen Kräften stand. Nun ist es an uns, auch unsere politische Pflicht zu thun. Nun haben wir zu zeigen, daß wir würdig sind, daß ein so edler Herrscher für uns gearbeitet, gelitten hat. Nehmen wir uns ein Beispiel an seinem politischen Opfermut und an seiner politischen Pflichttreue ..... Nun haben wir zu zeigen, ob wir würdig sind, daß ein so großer seltener Geist, wie Kaiser Friedrich, für uns gestritten und gelitten hat. Ob wir seiner wert sind, das wird sich im Herbst bei den Wahlen zeigen." Oder: „Für uns ist er gestorben und für uns lebt er fort, er konnte uns nicht mehr führen, aber den Weg hat er mit heldenmütiger Pflichttreue uns noch gezeigt. Und diesen Weg werden wir gehen in seinem Gedächtnis und ihm zu Ehren, nicht mehr unter ihm, aber mit ihm wollen wir durch eigene Kraft erringen, was er zu gewähren nicht vermochte. Sein Name und sein Beispiel sind unsere Standarte und Losung in allen Kämpfen, die uns noch bevorstehen, in diesem Zeichen müssen und werden wir siegen."

Die ersten Kundgebungen des jungen Kaisers, die Ansprachen an das Heer, an die Marine, an das Volk, die Reichstags- und Landtagseröffnungsreden fanden nicht überall Beifall. Die Andeutungen über die innere Politik in der Reichstagsthronrede bedürften zu ihrer zweifellosen Erläuterung erst der Kenntnis der Thatsachen, welche folgen würden, sagte man im liberalen Lager. Auch die Landtagsthron-

rede enthalte nur Ausführungen, welche ihren Wert erst durch die praktische Gesetzgebungsarbeit bekommen könnten. Die Ansprache an das Volk hatte zwar nicht in Berlin, auch nicht im deutschen Reiche, sondern jenseit der Grenze, aber doch mit dem Beifalle derer, die in Berlin fortwährend den Geist Friedrichs III. citierten, einen Kommentar gefunden, worin es hieß: „Wenn es der Beruf der Fürsten dieser Erde ist, für das Seelenheil der Sterblichen zu sorgen, und der himmlischen Vorsehung durch eine wirksame Glaubenspropaganda zu Hilfe zu kommen, so darf man nach dieser Proklamation kühn behaupten, daß der junge Kaiser seine Mission gründlich erfaßt hat, und Gott zum Wohlgefallen regieren wird." Freilich wenn man, so wurde weiter gesagt, danach forschen wollte, wie die Proklamation den weltlichen oder eigentlich den politischen Ansprüchen des deutschen Volkes, dem unverkennbar vorhandenen Drange nach kräftiger Ausgestaltung der konstitutionellen Selbstthätigkeit und der bürgerlichen Freiheit gerecht werde, man könnte sich keine oder nur eine höchst unzureichende, um nicht zu sagen: unbefriedigende Antwort daraus holen. Denn abstrahiere man von den Punkten, welche durchaus selbstverständlich sind, nämlich von dem Vorsatze, den Frieden zu beschirmen, die Wohlfahrt zu fördern und das Recht zu wahren, so habe das Übrige sehr bedenkliche Anklänge an das christlich-soziale Programm, welches ein viel Geringerer, als Kaiser Wilhelm II. in weit eindringlicheren Worten längst proklamiert habe: der Herr Hofprediger Stöcker ..... Man brauche die Proklamation Kaiser Wilhelms II. gar nicht mit den Kundgebungen des Kaisers Friedrich zu vergleichen, um einen grellen Widerspruch herauszuhören gegen jene Regierungsprinzipien, welche lange, ehe Preußen und Deutschland sich einer konstitutionellen Staatsform erfreuten, maßgebend waren, gegen die Regierungsprinzipien des aufgeklärten Absolutismus, wie ihn Friedrich der Große gehandhabt. Und solcher Rückbildungsprozeß solle heute dem preußischen Königtum und ganz besonders dem Deutschen Reiche frommen? Nein, mit Gottesfurcht und Frömmigkeit und Armenschutz für sich allein könne das gebietende Reich der Welt, könne das Volk der reinen Vernunft, könne die Nation Kants, Humboldts und Schillers auf die Dauer nicht regiert werden. Man mochte sich mit derlei Prinzipien gut oder schlecht abfinden unter dem Großvater des heutigen Kaisers, unter dem hochbetagten Patriarchen, der das Deutsche Reich geschaffen und mit seiner Autorität gedeckt hat und dessen hohes Alter eben den Ausblick auf einen Wandel der Dinge eröffnete; aber man könne

1*

und werde sich nicht abfinden mit derlei Prinzipien unter der Regierung des jungen Kaisers, der noch ein volles Menschenleben vor sich habe und der zur Erfüllung machen solle, was den Besten der Nation bisher nur als Verheißung vorgeschwebt.

Verschiedene Berliner Broschüren stellten sich die Aufgabe, das Mißtrauen gegen den Kaiser zu zerstören und dem deutschen Volke den Monarchen zu schildern, wie er ist. Die Schrift von Dr. Hinzpeter „Kaiser Wilhelm II." wurde dem Kaiser vor ihrer Drucklegung zur Durchsicht unterbreitet. Dr. Hinzpeter nannte unter den „höchsten Autoritäten", welche auf die Entwickelung des Prinzen Wilhelm eingewirkt haben neben der „eminent künstlerisch begabten und beschäftigten Mutter", dem „bürgerlich liberalen Vater", sich, den „philosophisch räsonnierenden Erzieher". Dr. Hinzpeter suchte nachzuweisen, daß der Grundzug des Charakters Sr. Majestät die „kräftige Eigenart" ist, welche sich schon in der frühesten Jugend zeigte, und allen Einwirkungen auch jener drei höchsten Autoritäten gegenüber sich nicht verleugnete. „Selbst dem zeitweise gewaltigen Ruck der methodisch vorgehenden moralischen Mächte entzog sich aber stets das innere Wesen des heranwachsenden Prinzen; es entwickelte sich seiner eigenen Natur gemäß stetig fort, von den äußeren Einflüssen berührt, modifiziert, dirigiert, aber niemals verschoben". . . . . . „Diese kräftige, eigenartige Pflanze sog aus allem ihr Gebotenen das für ihre besondere Entwickelung Brauchbare und assimilierte es sich zu fröhlichem Wachstum." Und schon vorher sprach Dr. Hinzpeter von der „stark ausgeprägten Individualität, welche durch nichts wirklich verändert, selbst den mächtigsten äußeren Einflüssen widerstehend, in ihrer Eigenart sich konsequent entwickelt hat." Endlich hieß es: „Hat doch das Adlerpaar selbst kein Recht, den jungen Aar zu tadeln, der seine eigene Flugbahn wählt; daß ihn aber andere einfangen, ist so wenig wünschenswert, wie es wahrscheinlich." Gegen wen richtete sich diese Bemerkung? Eine andere Stelle mag uns dafür einen Anhaltspunkt geben; es hieß da: „Zum obersten Bischof der Kirche ist er dadurch sehr wohl geeignet, zum Parteihaupt wenig." Es ist bekannt, daß nach jener Versammlung bei dem Chef des Generalstabes, Graf Waldersee, an welcher Prinz Wilhelm und seine erlauchte Gemahlin teilnahmen, sich ein großer Lärm in der Presse erhob; der Regierung nahestehende Zeitungen, welche früher die Bestrebungen Stöckers unterstützt hatten, erhoben Widerspruch gegen die „Stöckerei und Muckerei". Den tiefen Hintergrund dieses Widerspruchs erkennt man ohne weiteres, wenn man hinzunimmt, daß damals von hoch-

stehender Seite die Ansicht verfochten wurde, die Teilnahme Ihrer Königlichen Hoheiten an der Versammlung sei einem Eintreten für eine Partei gleich zu achten, welches die Hausgesetze nicht zulassen. Dr. Hinzpeter war ähnlicher Meinung und erlaubte sich, dieselbe ebenfalls zum Ausdruck zu bringen. Nach beiden Seiten hin erfolgte jedoch eine Ablehnung des Sr. Königlichen Hoheit unterbreiteten Ratschlages. Man mußte eben die Erfahrung machen, daß der Aar seine eigene Flugbahn selber wählte, und daß es völlig vergebliche Mühe war, ihn „einfangen“ zu wollen, wie Hinzpeter sagt.

Deutlicher wurde diese Angelegenheit erörtert in den Broschüren des Grafen Douglas und des Herrn Konstantin Rößler. Graf Douglas hat seine am 4. Oktober 1888 in Aschersleben gehaltene Rede, welche gleich darauf in Broschürenform erschien, ebenfalls Sr. Majestät zur Durchsicht vorgelegt. „Sie wissen, hieß es darin, wie eine Versammlung, welche bei dem jetzigen Chef des Generalstabes, Grafen Waldersee, abgehalten wurde, und an der der damalige Prinz Wilhelm teilnahm, ausgebeutet wurde, um den Prinzen in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen und ihn mit den politischen Parteibestrebungen hochkirchlicher Kreise, insbesondere mit denen des Hofpredigers Stöcker zu identifizieren, und, wie ich sehe, ist diese Legende auch zu Ihnen gedrungen. Alle diese Versuche, dem Kaiser eine persönliche Stellungnahme zu gunsten bestimmter Parteianschauungen zuzuschreiben, beruhen auf positiver Entstellung der Wahrheit. Der Prinz hob in der Versammlung ausdrücklich hervor, daß es sich für ihn um Bestrebungen handele, welche jedem einseitigen kirchlichen Standpunkte fern liegen. Das ist die authentische, nicht zu mißdeutende Widerlegung aller jener thörichten oder böswilligen Gerüchte. Die Beziehungen, welche der Kaiser Wilhelm zu dem Hofprediger Stöcker unterhalten hat, waren nur sehr vorübergehende, die sich lediglich auf jene echt humanen, weil echt christlichen Bestrebungen behufs praktischer Hilfeleistung bei den unteren Klassen ihrer Notlage gegenüber beschränkt haben, welche jeder christlich denkende und das Volk liebende Mann auf das wärmste begrüßen muß und für die dem Hofprediger Stöcker rückhaltloser Dank und Anerkennung zu zollen ist. Darüber hinaus hat keine Verbindung mit dem Hofprediger Stöcker bestanden, und am wenigsten huldigt unser Kaiser den extremen politischen und konfessionellen Parteianschauungen, welche man an den Namen dieses Abgeordneten zu knüpfen pflegt. Und wenn versucht worden ist, den Kaiser sogar mit der antisemitischen Bewegung in Verbindung zu bringen, so ist

auch dies eine Dreistigkeit, der ich auf das bestimmteste entgegentreten muß. Der Kaiser ist sich bewußt, daß er auch in dieser Beziehung auf einer höheren Warte steht, als auf der Zinne der Partei."

Die Broschüre Konstantin Rößlers über „die Vorgänge der inneren Politik seit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II." wandte sich vorzugsweise gegen Hofprediger Stöcker und eine nicht besonders genannte Partei, welche angeblich ihre Hoffnungen auf den kaiserlichen Enkel gesetzt hatte. Diese Partei — die „äußersten Gegner des Liberalismus" — hatte — immer nach Angabe Konstantin Rößlers — von dem Kaiser Wilhelm II. „nicht gerade die Entlassung des Fürsten Bismarck erwartet, aber doch die unumwundene Zumutung an den Kanzler gestellt, die innere Politik ganz in das Fahrwasser dieser Parteimänner zu steuern, also etwa: „Widerruf der staatsbürgerlichen Rechte für die Juden, evangelische Kirchen- und Schulpolitik im Sinne des Herrn von Kleist-Retzow, obligatorische Einführung der Handwerkerzünfte u. s. w."

Was halfen alle Broschüren? In Sonnenburg nannte der Kaiser den Adel „die Edelsten der Nation." In Breslau beauftragte er den Oberbürgermeister, öffentlich auszusprechen, daß er über die vortrefflichen Wahlen der Stadt sehr erfreut sei. (Die Wahlen waren im Sinne der Kartellparteien ausgefallen.) Diese Äußerung rief eine sehr lebhafte Erörterung in den verschiedenen Parteien hervor. „Der Kaiser hat Partei genommen in den politischen Kämpfen, klar, enschieden, unzweideutig. Er hat sich auf die Seite der Kartellparteien gestellt, hat diesen in gewissem Sinne Vollmacht erteilt, sich für ihre Sache in allen Wahlkämpfen auf den Herrscher zu berufen und so die Krone in die Debatte zu ziehen. Wir kehren damit zurück in die Epoche der 1850er Jahre, in die Zeit, da Friedrich Wilhelm IV. es für gut fand, den ihn begrüßenden Abordnungen seine Befriedigung oder sein Mißfallen über die Wahlen auszudrücken." „Man muß die mehrfachen direkten und persönlichen Kundgebungen des Landesherrn gegen eine im Lande vertretene, auf streng verfassungsmäßigem und gesetzlichem Boden stehende Partei für eine ungewöhnliche, den normalen Verhältnissen des Verfassungsstaats nicht entsprechende Erscheinung ansehen. Diese Kundgebungen sind auffällig, weil ein Konflikt im Lande nicht besteht. Sind sie bestimmt, eine Art von Konflikt der Krone mit den Liberalen anzuzeigen? Wir beklagen die offene Stellungnahme des Landesherrn im Parteikampfe, aber wir begrüßen die damit gegebene Klärung!" Die „Freisinnige Ztg."

führte aus, es werde überhaupt gewählt, „weil auch die Fürsten nicht unfehlbare Menschen sind und daher weder auf Allwissenheit noch auf Allweisheit Anspruch machen können.“ Die Wahlbewegung der Kartellparteien haben gerade in Breslau „schlimmer als irgendwo sonst in Preußen einen durchaus antisemitischen Charakter“ getragen. Die freisinnige „Bresl. Ztg.“ warf „beklommenen Herzens“ die nicht mehr zurückzudrängende Frage auf: „Steht Kaiser Wilhelm II. über den Parteien? Will er über den Parteien stehen?“ — Der „Hamb. Korresp.“ erblickte in der Äußerung des Kaisers „zugleich ein vernichtendes Urteil über diejenigen Extrem-Konservativen, welche sich mit einer einer bessern Sache würdigen Beharrlichkeit bestrebten, durch Wort und Schrift den Glauben zu verbreiten, daß Graf Douglas' Rede weder den Absichten noch den Ansichten Kaiser Wilhelms entspräche.“

Am 27. Oktober 1888 vormittags wohnte der Kaiser mit seiner Gemahlin der Eröffnung und Einweihung der Heiligkreuzkirche bei, zu welcher Kaiser Friedrich als Kronprinz am 18. April 1885 den Grundstein gelegt hatte. Als ihm der Schlüssel mit einer Ansprache überreicht wurde, erwiderte er, mit Genugthuung sehe er, daß eine so herrliche Stätte geschaffen worden sei, in welcher der kirchlichen Not von Berlin gewehrt werden solle; er gelobe und verspreche, soviel an ihm sei, den Spuren seines erlauchten Vaters zu folgen. Darauf begab er sich in das Schloß und empfing dort eine Abordnung des Magistrats, bestehend aus Oberbürgermeister v. Forckenbeck, Bürgermeister Duncker und einigen Stadträten und Stadtverordneten. Nachdem der Oberbürgermeister in einer patriotischen Adresse die Teilnahme der Hauptstadt an der Reise des Kaisers erwähnt und für die Stadt die Erlaubnis erbeten hatte, auf dem Schloßplatz einen künstlerisch verfertigten Brunnen, ein Werk des Bildhauers Begas, aufstellen und dem Kaiser damit ein Huldigungsgeschenk darbringen zu dürfen, antwortete letzterer, er nehme das dargebotene Geschenk gern entgegen und freue sich der Teilnahme der Berliner Bürgerschaft, was er heute um so lieber ausspreche, als er soeben der Einweihung einer schönen Kirche beigewohnt habe, zu deren Erbauung auch die Stadt Berlin beigetragen habe; er hoffe und wünsche, daß solche Feier sich recht oft in Berlin wiederholen möge. Auf seiner Reise habe er überall die Wahrnehmung gemacht, wie dem Deutschen Reiche auch von den fremden Fürsten und Völkern eine warme Sympathie entgegengebracht würde, und daß diese Teilnahme sich auch auf die Reichshauptstadt Berlin mit erstrecke. Aber

er könne nicht umhin, auch einer recht schmerzlichen Erinnerung aus seiner Reise Ausdruck zu geben. Während er seine Gesundheit und alle Kräfte eingesetzt habe, um durch Anknüpfen von Freundschaftsbanden den Frieden und die Wohlfahrt des Vaterlandes und damit auch der eigenen Hauptstadt zu sichern, hätten die Tagesblätter seiner Haupt- und Residenzstadt die Angelegenheiten seiner Familie in einer Art und Weise an die Öffentlichkeit gezogen und besprochen, wie sich das ein Privatmann nie würde haben gefallen lassen. Er sei dadurch nicht nur schmerzlich berührt, sondern sein Unwille sei dadurch erregt worden. Vor allem bitte er sich aus, daß das fortdauernde Zitieren seines seligen Vaters gegen seine eigene Person endlich unterbleibe. Es verletzte ihn als Sohn aufs tiefste und sei unpassend im höchsten Grade. Er gebe sich der Erwartung hin, daß, wenn er Berlin zu seiner hauptsächlichen Residenz wähle — und ihn als Berliner ziehe es immer hierher —, man davon abstehen werde, intime Beziehungen seiner Familie zum Gegenstand der Erörterung in der Presse zu machen. Die Aufgaben, welche Fürst und Volk vereinten, um unser Vaterland groß und glücklich zu machen, seien bedeutend und mannigfach genug, um sich mit voller Wärme ihnen hinzugeben und sich mit ihnen zu beschäftigen und alle anderen Dinge, wie vorerwähnt, ruhen zu lassen. In der treuen Hingabe für diese hohen und erhabenen Ziele sollte man sich vereinigen und seine Kräfte gebrauchen, und er vertraue, daß die Vertreter der Stadt Berlin, welche heute begrüßen zu können ihm zur besonderen Freude gereiche, hierzu an ihrem Teile mitwirken würden. Nach diesen Worten verließ der Kaiser den Saal, ohne, wie dies bisher üblich gewesen war, dem Oberbürgermeister die Hand zu reichen und sich die Herren vorstellen zu lassen.

Dieser Empfang der Brunnendeputation machte in Berlin um so tieferen Eindruck, als über das dargebotene Geschenk in den offiziösen Blättern die wärmste Sprache geführt worden war. Man las dort:

„Mit jedem Tage tritt die hohe Bedeutung, welche dem Besuche unseres Kaisers in den Hauptplätzen des europäischen Lebens innewohnt, in vollere Erscheinung und prägt sich in allen den Kundgebungen aus, mit welcher unser Herrscher von Fürsten und Völkern begrüßt wird. Es ist selbstverständlich, daß bei uns im Heimatslande alle die Huldigungen, die unserem Kaiser in der Fremde dargebracht werden, den mächtigsten Widerhall finden; als hocherfreuliches Zeichen der in ganz Deutschland emporflammen-

den patriotischen Begeisterung begrüßen wir einen Antrag des Berliner Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung, welcher eine großartige Huldigung der Hauptstadt des Deutschen Reiches für ihren aus der Fremde heimkehrenden Kaiser vorbereitet."

Der Antrag lautete:

Im Laufe dieses Monats wird seine Majestät der Kaiser und König von den Besuchen, welche Allerhöchstderselbe den befreundeten Souveränen gemacht hat, heimkehren. Fester sind durch diese Besuche die Bande geschlungen, welche die den Frieden schützenden Mächte verbinden. Verständnisvoll haben die Völker die Bedeutung dieser Reise erkannt. Jubelnd haben sie diesseits und jenseits der Alpen unsern Kaiser begrüßt. Dem heimkehrenden Herrscher unsere Freude über diese Erfolge auszudrücken, wird den Stadtverordneten wie uns ein Herzensbedürfnis sein. Mit solcher Begrüßung beabsichtigen wir die Darbringung eines Huldigungsgeschenkes zu verbinden. Bei der Wahl desselben war für uns ein Wunsch Sr. Majestät des Kaisers maßgebend, der dahin geht, den monumentalen Brunnen, für welchen der Professor Reinhold Begas im Auftrage des Staates das Modell gefertigt hat, zur Ausführung gebracht zu sehen. Mit Rücksicht auf diesen Allerhöchsten Wunsch und, da der Staat bereit ist, jenes Modell der Stadt zur Ausführung zu überlassen, beantragen wir, zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden, Sr. Majestät dem Kaiser und König nach der Rückkehr durch eine Deputation und in der zu überreichenden Adresse die Bereitwilligkeit der Stadt auszusprechen, einen monumentalen Brunnen nach den von dem Professor Begas entworfenen Modell zu errichten und zu unterhalten."

Die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkte dazu:

„Jubelnder Zustimmung der Bevölkerung Berlins kann dieser ebenso vom wärmsten Patriotismus als verständnisvoller Kunstliebe zeugende Beschluß der Vertreter unseres Gemeindewesens, das sich mit Stolz das Herz Deutschlands nennt, sicher sein."

Und nun dieser Empfang beim Kaiser! Die Stadt Berlin hat Unglück mit ihren patriotischen Bezeugungen gegenüber dem Kaiser Wilhelm II. Am 29. Mai 1890 wurde in der Stadtverordnetenversammlung die Kabinetsordre verlesen, welche die kaiserliche Genehmigung zur Ausführung des von den städtischen Körperschaften für Kaiser Friedrich beschlossenen Denkmals versagte. Der ablehnende Bescheid wurde unter dem Ausdruck des Dankes und der Anerkennung

für die dem Plane zu Grunde liegenden Empfindungen erteilt, die Ablehnung als solche aber ließ erkennen, daß über manche Stimmungen, wie sie die Zeit des letzten Thronwechsels beherrschten, das Gras nur schwer zu wachsen vermochte. Der Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten, dem heimgegangenen kaiserlichen Dulder, der aufs engste mit den Interessen Berlins verwachsen war, in der Hauptstadt ein Denkmal aus städtischen Mitteln zu errichten, wurde unter dem frischen Eindruck des Schmerzes gefaßt, mit dem der Tod des geliebten Fürsten vor allen die Bewohner des großen Gemeinwesens der Hauptstadt erfüllt hatte. Dazu gesellte sich das Gefühl des Dankes für zahllose Beweise von Huld und schöpferischer Anregung, die gerade Berlin von dem hohen Entschlafenen empfangen hatte. „Niemand dachte daran, schrieb die „Voss. Ztg.", durch einen solchen Entschluß überquellender Empfindung nach irgend einer Seite hin Anstoß zu erregen oder gar den Verdacht zu erwecken, als verstecke sich in ihm eine Kritik oder politische Tendenz. Trotzdem blieb den städtischen Körperschaften dieser Verdacht in der Presse nicht erspart. Man suchte nach Beweggründen für jenen Denkmalsbeschluß, die den wirklich bewegenden Umständen sehr fern lagen, die sich um so leichter aber den Gegensätzen einordnen ließen, welche durch die Lichtgestalt Kaiser Friedrichs hervorgerufen waren. Wenn der Reichstag als Vertreter der geeinten Nation dem ersten deutschen Kaiser ein Standbild in der Hauptstadt zu errichten beschloß, so durfte die Hauptstadt als solche eine gleiche Entschließung zu Ehren des zweiten Kaisers wohl für zulässig halten, zumal es nicht an einem Vorgang dafür fehlt, daß das erste Erinnerungsbild an einem heimgegangenen Herrscher in der Hauptstadt aus den Mitteln der Bürgerschaft errichtet wird. Im Tiergarten steht das Denkmal Friedrich Wilhelms III., gestiftet von den „dankbaren Bewohnern Berlins", welches lange Jahre die einzige bildliche Verkörperung des Königs in der Residenz darstellte, bis ihm von seinem zweiten Nachfolger an der Regierung das Denkmal im Lustgarten errichtet wurde. Beide Denkmäler finden neben einander Platz, das eine, die bürgerlichen Tugenden des Monarchen, das andere seine Herrschergestalt versinnlichend. Man hat den städtischen Behörden Mangel an Takt und schuldige Rücksichtnahme zum Vorwurf gemacht, weil sie das Denkmal für Kaiser Friedrich beschlossen, ehe noch dasjenige für Kaiser Wilhelm in Ausführung genommen war. Da aber das Kaiser-Wilhelm-Denkmal gesichert war, und niemand daran dachte, ihm mit dem Kaiser-Friedrich-Denkmal etwa zuvorzukommen, so zerfällt

dieser Vorwurf in nichts. Die ablehnende Kabinetsordre des Kaisers, vom 26. Mai d. J. datiert, versagt dem städtischen Plane die allerhöchste Zustimmung, weil das Friedrichsdenkmal vom Kaiser selber errichtet werden soll. Daß auch das Bild des zweiten deutschen Kaisers die Hauptstadt schmücken wird, ist somit sicher, was dem lebenden wie dem heranwachsenden Geschlecht der Einwohnerschaft Berlins zu aufrichtiger Genugthuung gereichen wird. Die von den städtischen Behörden für das Denkmal ins Auge gefaßten Mittel werden im Sinne des unvergeßlichen Fürsten in anderer Weise Verwendung finden können; die durch seine Leidenszeit und seinen Tod erzeugte nicht nur seelische, sondern auch politische Erregung der Gemüter aber wird mit diesem letzten Nachhall hoffentlich endgültig zum Schweigen gebracht sein."

Es hat einmal einen Zeitraum gegeben, in welchem in der Hauptstadt eine russische und eine englische Partei sich wie die Montecchi und die Capuletti gegenüber standen und einander bekämpften. Das war zur Zeit des Krimkrieges. Damals ließ der westmächtlich gesinnte Polizeipräsident von Hinkeldey wiederholentlich die russenfreundliche „Kreuzzeitung" konfiszieren, weil diese die mit Preußen befreundeten Westmächte beschimpfe, so daß Herr v. Gerlach sich über diese Maßregeln und über die Verkümmerung der Preßfreiheit in der zweiten Kammer beklagte. Preußen suchte zu jener Zeit bekanntlich es zugleich mit Rußland und mit den Westmächten zu halten, aber in der Berliner Gesellschaft trennten sich die Russenfreunde und ihre Gegner sehr scharf. Königin Elisabeth und die Prinzessin Wilhelm waren Antipoden in dieser politischen Frage. Wir haben darüber interessante Aufschlüsse in den Memoiren der Lady Bloomfield erhalten, deren Gatte als Botschafter Englands in jener aufgeregten Zeit in Berlin war. Prinz Wilhelm (später Kaiser Wilhelm I.) und seine Gemahlin residierten in Koblenz wie in einer Art Verbannung, kamen aber gelegentlich nach Berlin. Bei einer solchen Gelegenheit sagte einmal die Prinzessin Augusta (spätere Kaiserin): „Wir sehen uns so selten, liebe Lady Bloomfield, aber Sie kennen alle meine Gefühle, und werden sie verstehen." Die Lady erwiderte, daß es bei der peinlichen und schwierigen Stellung ihres Mannes in Berlin diesem und ihr ein großer Trost sei, zu wissen, daß sie eine so gütige und treue Freundin, wie Ihre Königliche Hoheit besäßen, daß doch wenigstens *eine* Persönlichkeit England verstehe. Prinzessin Augusta antwortete: „Sagen Sie nicht eine Person, sondern lieber zwei, denn, seien Sie überzeugt, daß mein Gatte alle

meine Empfindungen für Sie und England teilt." In dieser Weise übertrug sich der politische Gegensatz auf die Berliner Gesellschaft.

Es ist bekannt, wie heftig derselbe Gegensatz sich in Berlin kund gab, als der Kronprinz Friedrich Wilhelm seine Gattin von jenseit des Kanals, von dem in Deutschland vielfach unbeliebten englischen Hofe holte. Noch heute darf man gewissermaßen von einer englischen Partei in Berlin sprechen. Die russische Gesellschaft von 1854 hat sich dagegen in eine antirussische umgewandelt, deren Organ wiederum die „N. Pr. Z." ist. Die „Volkszeitung", deren Anglomanie bekannt ist, schilderte im Mai 1888 eine angebliche Berliner Russenpartei in folgender Weise: „Der Haß gegen England und die Begeisterung für Rußland sind nur die entgegengesetzten Seiten derselben Sache, dieselben Leute, welche Dinge, wie den preußisch-russischen Auslieferungsvertrag ohne die Spur eines Schamerrötens hinunterschlucken und bebend in die Kniee sinken, sobald „Väterchen" die Braunen runzelt, besitzen die eigentümliche Frechheit, überhaupt noch von „nationaler Würde" zu reden und den „nationalen Stolz" gegen England zu schüren." Ferner: „Diese Hetze gegen England ist die Maske und das Mittel der politisch-sozialen Reaktion. Die Junker und Pfaffen hassen das Land der politischen und sozialen Freiheit, das mächtige Land, welches sich nicht so ohne weiteres wie die wehrlose Schweiz zum Büttel und Schergen der Unterdrücker (nämlich Deutschlands) pressen läßt, das Land, welches trotz alledem diesseits des großen Wassers noch immer die festeste Burg jedes großen Kulturfortschrittes war und ist." Endlich: „Denselben Triebfedern, wie der Haß gegen England, entspringt der Haß gegen die Engländer und Engländerinnen .... Königin Viktoria .... Kaiserin Viktoria .... Mackenzie."

Eine solche Partei oder Gesellschaft existiert in Berlin nicht. Dagegen wurde im Januar 1889 der englischen Partei im Falle Morier der folgende Spiegel vorgehalten: „In ihrer servilen Vergötterung alles Englischen hat die freisinnige Presse natürlich von Anfang an auch für Sir Robert Morier blind Partei genommen. Die groben Ausfälle der englischen Blätter gegen Deutschland und alles Deutsche lassen dieselbe nicht nur vollständig kühl, diese Ausfälle werden sogar triumphirend mitgeteilt, gerade wie man es zu Mackenzies Zeiten machte; man ist auf die Fußtritte förmlich stolz, die man von jenseit des Kanals erhält. Unter diesen Umständen ist es in der That nicht zu verwundern, daß Blätter, wie „Times", „Daily-News" u. s. w. sich so wegwerfend und verächtlich äußern,

was sie immer thun, wenn sich zwischen uns und ihnen ein Konflikt erhebt. Für dieses bedientenhafte Preisgeben der eigenen Sache giebt es auswärts noch kein Vorbild, wenn Gladstone auch drauf und dran ist, den alten Nationalstolz der Briten zu ruinieren, wie alles andere, was unter seine Finger kommt."

Das ist die Gesellschaft, mit der Wilhelm II. wegen seines anfänglichen Verhaltens gegen England es gründlich verdarb.

Während an die lebhaften Erörterungen, die der Fall Mackenzie wie das gesamte Verhalten der englischen Partei in der kurzen Regierungszeit Friedrichs III. hervorgerufen hatte, sich bald diejenigen über die Fälle Geffcken und Morier, über die Broschüren von Treitschke, Freytag und Herzog Ernst von Koburg knüpften, war es vor allem das Verhalten des jungen Kaisers selber, das, indem es sich England, dem dortigen Hofe, den Manen des eigenen Vaters mehr oder weniger deutlich abgeneigt zeigte, die meist englisch gesinnte Hauptstadt leidenschaftlich aufregte. Wilhelm II. ließ es nicht an Zeichen fehlen, die seine Billigung der Schriften Treitschkes, Freytags und des Herzogs Ernst, wie seine Parteinahme gegen Mackenzie, Geffcken, Morier erkennbar machten. Er ließ fast bis ins Jahr 1889 hinein seine Spannung gegen den englischen Hof und seine Verwandten durchblicken, und er fand darin weite Kreise in der deutschen Hauptstadt auf seiner Seite. Die englische Gesellschaft wandte sich um so entschiedener von dem Nachfolger Friedrichs III. ab. Wilhelm II. machte nach seinem Regierungsantritt in halb Europa Antrittsvisiten, nur nicht in England. Man sprach von einem Zwiste des Kaisers mit seiner erlauchten Mutter wegen der von Friedrich III. hinterlassenen Tagebücher. Man sprach von Zerwürfnissen anderer Art. Seit dem Tage, wo der Dey von Algier dem französischen Konsul mit dem Fliegenwedel einen Schlag ins Gesicht versetzte, ist kein Vertreter einer Großmacht von einem fremden Souverän so behandelt worden, wie der preußische General von Winterfeld, der die Meldung von der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. am englischen Hofe zu überbringen hatte, von der fremden Monarchin.

Unstreitig nahm Wilhelm II. zu England eine andere Haltung ein, als sein verstorbener Vater sie eingenommen hatte. Er desavouierte auch die deutsch-freisinnige Partei in andrer Beziehung. Die Broschüre von Treitschke „Zwei Kaiser" enthielt über den Kaiser Friedrich III. die Worte: „In dem langen Stillleben verlor er als Kronprinz die Fühlung mit der gewaltig aufstrebenden Zeit und

konnte ihren neuen Gedanken nicht mehr recht folgen. Die antisemitische Bewegung, deren Grund doch allein in der Selbstüberhebung der Judenschaft lag, meinte er mit einigen Worten zornigen Tadels abzuthun und die Königsberger Studenten warnte er gar vor den Gefahren des Chauvinismus — einer Empfindung, die nach zwei Jahrhunderten des Weltbürgertums den Deutschen so fremd ist, wie ihr welscher Name.“ Dieselbe Schrift brachte dem Verfasser eine Auszeichnung Seitens Wilhelms II. ein.

Die bekannte Rede in Frankfurt a. O. sollte nach einer offiziösen Mitteilung weder an Rußland, noch an Frankreich gerichtet sein, sondern „Zumutungen von Abtretungen zurückweisen, welche im Interesse welfischer oder dänischer Aspirationen den Kanal naher Blutsverwandtschaft zu benutzen geneigt sein mögen.“ Im englischen Lager Berlins wurde dieser Erklärungsversuch als eine „niederträchtige Verdächtigung“ bezeichnet, da er „es so darstellte, als ob Mitglieder der Dynastie Hohenzollern infolge von verwandtschaftlichen Verhältnissen mit antinationalen Bestrebungen Sympathien haben könnten“, und eine solche Verdächtigung gegen die Hohenzollernfamilie geeignet wäre, die Anhänglichkeit an die Dynastie und die Monarchie zu vermindern. Die Broschüre: „Auch ein Programm aus den 99 Tagen“ nahm später die offiziöse Andeutung wieder auf. Sie wiederholte gegen die Leiter der deutsch-freisinnigen Partei die Beschuldigung: während der 99 Tage in Gemeinschaft mit höfischen Elementen unter dem Mißbrauch des todkranken Kaisers auf den Sturz des Fürsten Bismarck hingearbeitet, dazu namentlich die Battenberg-Affaire benutzt, den Versuch einer absichtlichen Täuschung des Landes über Kaiser Friedrichs Krankheitszustand, bis zu dessen Ende gemacht zu haben u. s. w. Sie enthielt aber weiter über Zettelungen teilweise internationaler Art Mitteilungen, deren Würdigung davon abhängen mußte, wer der Urheber der Broschüre war. Als solcher wurde bald der Herzog von Koburg genannt. Es ist klar, daß die Schrift, wenn sie, wie heute nicht mehr zu bezweifeln ist, wirklich von ihm verfaßt oder veranlaßt ist, dadurch eine wesentlich erhöhte Bedeutung erhält: ein deutscher Bundesfürst gebietet über Informationen, welche nicht jedermann zu Gebote stehen; und insbesondere über die Bestrebungen mancher englischen Kreise, von denen in der Broschüre die Rede ist, könnte gerade der mit dem englischen Hofe nahe verwandte Herzog unterrichtet sein.

In Bezug auf die Bestrebungen deutsch-freisinniger Führer hieß es in der Broschüre, Fürst Bismarck habe sich wohl gleich

beim Tode des Kaisers Wilhelm gesagt, daß er in so schwierigen Zeitläuften seinem Pflichtbewußtsein und Patriotismus die größten Opfer werde zumuten müssen. Aber es war ihm auch bei der leicht erkennbaren Gefährlichkeit der Lage willkommene Gelegenheit geboten, seinen trefflichen Absichten Ausdruck zu geben, so fest wie nur irgend möglich auf seinem Posten auszuharren. Auch deutsche Bundesfürsten hätten, da sie in Berlin fast vollzählig versammelt waren, um dem Kaiser Wilhelm die letzte Ehre zu geben, das Bedürfnis empfunden, im Hinblick auf die ganze außerordentliche Lage, den Reichskanzler zu sprechen. Daß die wiederholten Versicherungen der Bundesfürsten in betreff der allgemeinen Hoffnungen auf das unerschütterliche Verbleiben des großen Kanzlers in seinem Amte wohl einigen Eindruck machen konnte, ließ sich eben so wenig bezweifeln, als die Gewißheit für ihn wertvoll war, während der schweren Zeit im Fall der Not einer unbedingten Unterstützung der gesamten Bundesregierungen sicher sein zu dürfen. So war der Reichskanzler entschlossen, in schuldiger Unterwerfung unter die neue kaiserliche Regierung etwaigen Veränderungen der Grundsätze bis zur äußersten möglichen Grenze nachzugeben und sicherlich am wenigsten einer bloßen Empfindlichkeit Gewalt über sich einzuräumen. Die Berechnung auf die Friktionen war daher mindestens etwas gewagt.

Der Verfasser behauptet, daß für die Ausführung des „Programms“ besonders auf den Besuch der Königin von England gerechnet wurde, aber „die Königin hielt es doch für geratener, in dem fremden Staate keinerlei Schritte zu unternehmen, welche in irgend welcher Art zu Mißdeutungen hätten führen können; die erfahrene Herrscherin konnte keinen Augenblick darüber zweifelhaft sein, daß es der Krone von England wenig anstehen könnte, auf der Durchreise durch ein benachbartes Land mit irgend welchen Parteifragen in Zusammenhang gebracht zu werden.“ — Das „Programm“ wurde nun weiter, wie folgt, dargestellt: Der Herzog von Cumberland sollte Braunschweig, vergrößert durch ein Stück von Hannover, erhalten. Deutschland sollte mit Frankreich durch die Rückgabe von Elsaß-Lothringen versöhnt werden. Nachdem so die Gefahr eines neuen deutsch-französischen Krieges beseitigt worden, sollte durch einen gemeinsamen Kampf Deutschlands und Englands gegen Rußland die englische Weltstellung in Europa und Asien — wesentlich durch die Opfer Deutschlands von neuem gesichert werden. Der Verfasser sagt nicht — wir halten für nützlich, dies besonders hervorzuheben — daß die englische Regierung an diesen Plänen, deren Billigung

durch deutsch-freisinnige und klerikale Führer er behauptet, beteiligt gewesen; er spricht nur im allgemeinen von englischen „Politikern und Politikerinnen.“ Dabei erzählt er folgendes:

„In einer Unterredung, welche ein Eingeweihter unter dem Geläute der Trauerglocken (um Kaiser Friedrich) mit einem deutschen Politiker in Berlin hatte, wurde unter anderem von den Aussichten gesprochen, welche das Deutsche Reich hätte, den Frieden erhalten zu sehen und man scherzte ein wenig über die bezweifelte Friedenspolitik, welche dem Fürsten Bismarck so allgemein zugeschrieben zu werden pflegte. Als nun der Deutsche dem Fremden gegenüber die ernsten Absichten des Reichskanzlers und des neuen Kaisers Wilhelm II. ganz im Sinne des Großvaters pointierte, platzte der letztere mit der nicht mißzuverstehenden Wendung heraus: „Was wollen Sie nur in Deutschland mit dem beständigen Gerede vom europäischen Frieden, welcher nie möglich sein wird, solange Sie Elsaß-Lothringen besitzen und nicht herausgeben wollen.“ Der einflußreiche Deutsche konnte allerdings darüber etwas verblüfft sein, und es gereicht ihm zur großen Ehre, in diesem Augenblick die richtige Antwort gefunden zu haben. Denn wenn man von Seite seiner Persönlichkeit diese politische Frage etwa nach den Grundsätzen behandelte, nach welchen man in England den unglücklichen Gordon im Sudan geopfert hat, nachdem man berechnet, daß seine Rettung zu große Kosten verursacht haben würde, so galt es, zu zeigen, daß man in Deutschland einen ganz anderen völkerrechtlichen Kodex militärischer und nationaler Ehre besitze. Der Deutsche, zu dessen Gehör dieses schöne Programm einer Rückgabe der unhaltbaren Eroberungen gelangt war, gab seiner inneren Entrüstung mit den wohlerwogenen Worten Ausdruck: „daß die Möglichkeit einer solchen deutschen Politik durch 100,000 Soldaten abgeschnitten sei, welche auf den Schlachtfeldern ruhen, aber die Rückgabe jener Länder durchaus und sicher verhindern.“

Dies der wesentliche Inhalt des „Programms“, von welchem der Verfasser sagt: „Das Programm war vorhanden, obwohl es der Kaiser selbst am wenigsten kannte, denn es war eben auch ein Programm, welches sich an ihn herandrängte und durch den Sturz des Reichskanzlers siegen zu können hoffte.“

Daß in irgend einer Art während der 99 Tage wirklich der Verzicht auf einen Teil der Ergebnisse der großen Kriege betrieben wurde, war aus den Worten zu schließen, welche Kaiser Wilhelm II. im August 1888 in Frankfurt a. O. bei der Einweihung des Denkmals des Prinzen Friedrich Karl sprach:

„Doch Eines will Ich noch hinzufügen, meine Herren, im Hinblick auf den großen Tag, den wir feiern: Es giebt Leute, die sich nicht entblöden zu behaupten, daß mein Vater das, was er mit dem seligen Prinzen gemeinsam mit dem Schwert erkämpfte, wieder herausgeben wollte. Wir Alle haben ihn zu gut gekannt, als daß wir einer solchen Beschimpfung seines Andenkens nur einen Augenblick ruhig zusehen könnten. Er hatte denselben Gedanken wie wir, daß nichts von den Errungenschaften der großen Zeit aufgegeben werden kann. Ich glaube, daß wir sowohl im dritten Armeekorps, wie in der gesamten Armee wissen, daß darüber nur eine Stimme sein kann, daß wir lieber unsere gesamten 18 Armee-Korps und 42 Millionen Einwohner auf der Wahlstatt liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was Mein Vater und der Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten."

Dem Verfasser der obigen Broschüre hat unstreitig ein weiblicher Genius vorgeschwebt, dem er intime Beziehungen zu den Freisinnigen zuschreibt. So heißt es (pag. 9), die Freisinnigen hätten für ihre Zukunftshoffnungen zwar kein „Manneswort" besessen, sie konnten sich aber „mit Versprechungen" getröstet, „die den vollen Manneswert besaßen". Eben da ist von „wohlgebauten Hintertreppen" die Rede, von denen niemand zweifeln konnte, „daß sie zum Boudoir des Ministeriums führen mußten." Etwas weiter (pag. 10) haben die „guten Beziehungen" der Freisinnigen mehr „den Charakter einer Konspiration angenommen, an welcher innere und äußere Kräfte beteiligt wären". Die „Beziehungen" des Freisinns waren so intim geworden (pag. 12), „daß selbst Reisen und Spazierfahrten nicht unbenutzt geblieben sind, um immer neue erfindungsreiche Wege und Schliche zu dem kranken Monarchen hin zu finden und zu benutzen". Einige Zeilen weiter wird bezüglich des Fürsten Bismarck gesagt: „Wie sollte er, der stets sein Ruhebedürfnis betont hat, sich jetzt noch in seinen Jahren von den weibischen Launen der Göttin Fortuna lange quälen lassen." Auf derselben Seite spricht der Verfasser auch von der Egeria des Freisinns.

„Kein Manneswort", „weibische Launen", „Egeria" 2c., das war deutlich. Kaiser Wilhelm II. hat deswegen nicht aufgehört, mit dem Herzog die besten Beziehungen zu kultivieren. Zeugnis für die enge freundschaftliche Verbindung beider möchte z. B. der Umstand geben, daß Kaiser Wilhelm bei seiner Anwesenheit in Osborne 1889 telegraphisch dem Herzoge mit dem Ausdrucke lebhaftester Bewunderung des großartigen Flottenmanövers zu Spithead die Mitteilung darüber machte, daß die

Königin von England den Kaiser zum Admiral „of the fleet“, Kaiser Wilhelm die Königin zum Chef des 1. Garde-Dragoner-Regiments ernannt, so wie ferner dem Herzog von Cambridge das Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 28 verliehen habe, dasselbe Regiment, welches einst der Herzog von Wellington inne hatte.

In dem Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ wurden Auszüge aus Kaiser Friedrichs Tagebuch, aus den Jahren 1870/71, veröffentlicht, ohne daß der Name des Einsenders genannt war. Diese Veröffentlichung, welche ohne Wissen und Willen des Kaisers Wilhelm II. und der Kaiserin Friedrich erfolgte, war eine Indiskretion ohnegleichen, durch welche der historisch-politischen Größe des Kaisers Wilhelm I. und des Fürsten Bismarck Abbruch gethan werden sollte, in Wahrheit aber dem Andenken des Kaisers Friedrich in hohem Maße geschadet wurde. Nur ein Gegner des Reichskanzlers konnte die Veröffentlichung veranlaßt haben. Aber dieselbe war, da sie mehrere Stellen enthielt, die als Staatsgeheimnisse aufgefaßt werden mußten, eine Verletzung gewisser Paragraphen des Strafgesetzbuches und zugleich eine Verletzung des Urheberrechtes; denn über die Veröffentlichung des schriftlichen Nachlasses des Kaisers Friedrich hatte außer dem Kaiser Wilhelm II. und der Kaiserin Friedrich niemand zu verfügen.

Für die englische Partei in Berlin war die Veröffentlichung des Tagebuches ein hochwillkommenes Ereignis. Sie stellte die hohen Verdienste des verstorbenen Kaisers in ein neues Licht. Gegen dieses diejenigen Bismarcks in den Schatten zu drängen, war wohl die Absicht des Herausgebers gewesen.

Bismarck richtete unter dem 23. September an den König ein Schreiben, dessen Anfang lautete: „Ich halte dieses „Tagebuch“ in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Seine Majestät, der damalige Kronprinz, stand 1870 allerdings außerhalb der politischen Verhandlungen und konnte deshalb über manche Vorgänge unvollständig oder unrichtig berichtet sein. Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über die intimeren Fragen unserer Politik mit Sr. Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Seine Majestät einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathieen erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Sr. Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren. Der Kronprinz stand also außerhalb aller geschäftlichen Verhandlungen.“

Kaiser Wilhelm II. genehmigte den in dem Immediatberichte enthaltenen Schlußantrag auf strafrechtliche Verfolgung des Herausgebers und befahl die Veröffentlichung des Berichtes. Die gerichtliche Untersuchung trat sofort ein. Das Oktoberheft der „Deutschen Rundschau" wurde mit Beschlag belegt und der vom Verleger derselben als Einsender genannte Geheimrat Geffcken von Hamburg am 29. September in Untersuchungshaft genommen. Der Spruch des Reichsgerichts erfolgte am 4. Januar 1889. Darin wurde zwar anerkannt, daß nach dem Ergebnisse der Voruntersuchung hinreichende Verdachtsgründe für die Annahme vorliegen, daß der beschuldigte Dr. Geffcken in dem Rundschauartikel Nachrichten, deren Geheimhaltung anderen Regierungen gegenüber für das Wohl des deutschen Reiches erforderlich war, öffentlich bekannt gemacht habe, zugleich aber ausgesprochen, daß für die Annahme des Bewußtseins des beschuldigten Geffcken, daß der fragliche Artikel Nachrichten der bezeichneten Art enthalte, genügende Gründe nicht vorhanden seien. Der erste Straffenat des Reichsgerichts beschloß daher, Dr. Geffcken hinsichtlich der Beschuldigung des Landesverrats außer Verfolgung zu setzen.

Die Thatsache, daß durch Veröffentlichung des Tagebuches des Kaisers Friedrich ein Landesverrat begangen worden ist, bleibt ungeachtet der Entscheidung des Reichsgerichts bestehen. Das letztere hat in seinem Beschlusse festgestellt, daß das veröffentlichte Tagebuch in mehreren Beziehungen Staatsgeheimnisse enthält, deren Veröffentlichung für das Wohl des deutschen Reiches nachteilig war. Es hat nur deshalb entschieden, daß Geffcken außer Verfolgung zu setzen sei, weil demselben nicht genügend nachgewiesen sei, daß er das Bewußtsein von dem landesverräterischen Charakter seiner Veröffentlichung gehabt habe und daher der von dem Gesetz geforderte Vorsatz fehle. Weshalb das Gericht dieses Bewußtsein vermißt hat, ist nicht angegeben, doch dürfte man nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das Gericht von der Voraussetzung ausgegangen ist, der große Haß Geffckens gegen den Fürsten Bismarck habe jenen an der Einsicht in die Tragweite seiner Handlungsweise verhindert. Übrigens war der Zweck, welchen der Immediatbericht des Reichskanzlers vom 23. September 1888 im Auge hatte, erreicht worden; nicht allein der unmittelbare Urheber war ermittelt, sondern es waren auch die Hintermänner festgestellt, welche durch ihr Ränkespiel den Reichskanzler zu stürzen drohten und in deren Interesse die Veröffentlichung erfolgt war, wenn auch deren Vorwissen um dieselbe nicht nachgewiesen werden konnte.

Auf das reiche, den Angeschuldigten im höchsten Grade bloßstellende Aktenmaterial gestützt, richtete Fürst Bismarck am 13. Januar 1889 an den Kaiser einen Bericht über den bisherigen Verlauf des Geffckenschen Prozesses, der in der reichsfeindlichen Presse des In- und Auslandes ausgebeutet wurde, um die Unparteilichkeit und das Ansehen der kaiserlichen Justizverwaltung im Reiche zu verdächtigen. Es sei daher ein Bedürfnis, die Möglichkeit eigenen, durch die reichsfeindliche Presse nicht gefälschten Urteils über das eingehaltene Verfahren, zunächst bei den verbündeten Regierungen, dann aber auch in der öffentlichen Meinung der Reichsangehörigen herzustellen. Dies könne nur auf dem Wege geschehen, daß das gesamte Material, durch welches die Entschließungen der Reichsanwaltschaft und des Reichsgerichts bestimmt worden waren, zur Kenntnis aller derer gebracht werde, welche ein berechtigtes Interesse daran haben, daß das Verhalten der Reichsjustizbehörden sich überall als ein gerechtes und sachgemäßes erweise. Dieser Zweck würde erreicht werden, wenn Se. Majestät geruhen wollte, die Veröffentlichung der Anklageschrift durch den „Reichsanzeiger" zu befehlen und durch das Organ des Bundesrats den Regierungen nebst diesem Bericht die gesamten Unterlagen der Anklage gegen Professor Geffcken behufs weiterer Verwertung in dem oben gedachten Sinne mitzuteilen. Nachdem der Kaiser den Befehl hierzu gegeben hatte, veröffentlichte am 16. Januar der „Reichsanzeiger" den Erlaß und den Bericht, sowie die Anklageschrift gegen Geffcken vom 16. Dezember 1888 und ließ dem Bundesrat zugleich auch den Briefwechsel zwischen Geffcken und v. Roggenbach zur Einsichtnahme übergeben.

Die deutsch-freisinnigen Blätter, welche nur die Einstellung des Verfahrens gegen Geffcken, nicht das Urteil über den Thatbestand des Landesverrats in Betracht zogen, äußerten: Fürst Bismarck habe vor der Welt einen schweren Mißerfolg zu verzeichnen, wie kaum jemals zuvor in seiner ministeriellen Laufbahn. Daß die Verfolgung der Veröffentlichung des Tagebuches ein politischer Fehler ersten Ranges gewesen sei, werde durch die Veröffentlichung der Anklageschrift unwiderlegbar bewiesen. Gegen diese sprach sich auch die hochkonservative „Kreuzzeitung" aus, von der Voraussetzung ausgehend, daß durch die Veröffentlichung der Anklageschrift der Name des Kaisers in den Parteistreit hineingetragen werde.

Neben dem Fall Geffcken regte der Fall Morier in Berlin die Parteileidenschaften auf. Sir Robert Morier, früher englischer Gesandter in Madrid, jetzt Botschafter in St. Petersburg, ist eine

Persönlichkeit, mit der sich die öffentliche Meinung bereits oftmals zu beschäftigen Gelegenheit gehabt hat und nicht immer in einer für den betreffenden schmeichelhaften Weise. Zum letzten Male war dies in bemerkenswerter Weise der Fall, als es sich nach dem Tode Lord Ampthills um die Wiederbesetzung des englischen Botschafterpostens in Berlin handelte. Damals war in vielen Kreisen der Glaube verbreitet, daß Morier, der sich in hohem Grade der Gunst und des Vertrauens der kronprinzlichen Herrschaften erfreute, schon aus diesem Grunde, vielleicht auch im Hinblick auf die Regierung, welche der des Kaisers Wilhelm I. zu folgen berufen war, geeignet erschiene, die englischen Interessen am Berliner Hofe zu vertreten. Morier wurde jedoch dazu nicht auserſehen, und zwar wie gerüchtweise in die Öffentlichkeit drang, weil in den maßgebenden Kreisen Berlins die Vermutung vorlag, der genannte habe die Bevorzugung, deren er sich während seines früheren Aufenthaltes in Berlin seitens des kronprinzlichen Hofes zu erfreuen gehabt, in einer Weise verwertet, daß in Rücksicht auf die deutsche Politik seine anderweitige Verwendung erwünscht scheinen müsse. Sir Edward Malet wurde darauf zum englischen Botschafter in Berlin ernannt und Sir Robert Morier ging in derselben Eigenschaft von Madrid nach St. Petersburg. Über seine Thätigkeit daselbst liegt für uns ein etwas geheimnisvoller Schleier. Man weiß nur, daß Morier sich in gewissen russischen Kreisen, die sich durch ihren Deutschenhaß hervorthun, großer Beliebtheit erfreut und in manchen germanophoben Salons von St. Petersburg für die Seele der Gesellschaft, die sich dort vereinigt, gilt. Nun war es aus Anlaß des Geffckenschen Prozesses notwendig geworden, Ermittelungen über die Beziehungen des jetzigen englischen Botschafters am russischen Hofe zu inneren deutschen Verhältnissen anzustellen. Bei dieser Gelegenheit kam eine Äußerung des Marschalls Bazaine zur Sprache, wonach derselbe im August 1870 die erste Nachricht über den Vormarsch der deutschen Heere über die Mosel auf Meldung des damaligen englischen Geschäftsträgers in Darmstadt, desselben Moriers, über London und Paris erhalten habe.

Zur Beglaubigung dieser zuerst von der „Köln. Ztg.“ gemeldeten Thatsache brachte dieselbe ein Schreiben des deutschen Militärattachés, von Deines, in Madrid vom 2. April 1886, dem sodann ein anderes Schreiben aus Wien, vom 12. November 1888, folgte. Die englische Gesellschaft in Berlin stellte sich wiederum, wie sie dies bei Mackenzie und Geffcken gethan hatte, auf die Seite des Angeschuldigten. Trotz der Berichte des Majors v. Deines ergriff sie die Partei des

Ausländers, ignorierte den Landsmann und erklärte, Morier, der edle Freund des Kaisers Friedrich, sei schmählich verleumdet worden, habe aber seine Unschuld erwiesen.

Immer von neuem drängte sich durch die ersten Regierungsmonate des Kaisers Wilhelm II. das Andenken an den verstorbenen Kaiser Friedrich III. durch. Beim Empfang der Brunnendeputation, im Prozeß Geffcken, im Falle Morier, in Broschüren, im „Programm der 99 Tage," erschien der Geist Friedrichs und trennte die Parteien, nicht weil zwischen diesen ein Gegensatz in der Verehrung für den Verstorbenen bestand, sondern weil die einen sich sträubten, den Geist auf Kosten der neuen Regierung zu citieren, sein Licht leuchten zu lassen, um den Nachfolger desto tiefer in den Schatten zu stellen.

Im Oktober 1889 erschien G. Freytags Schrift: „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone". Der Verfasser hat auch solche Züge im Charakter des verewigten fürstlichen Herrn wiedergegeben, die ein anderer befreundeter Beobachter wohl als bedenklich weggelassen hätte. Weit davon entfernt, ihm das zu verübeln, danken wir ihm vielmehr für die Überwindung, die es ihm ohne Zweifel gekostet haben wird, nach Möglichkeit die volle Wahrheit zu berichten. Er hat damit für die Geschichte gearbeitet und ihr ein Bild geliefert, das eben deswegen, weil es von Freundeshand ausgeführt ist, besonderen Wert besitzt. In der Freude darüber fragen wir auch nicht nach den Gründen, die ihn veranlaßt haben könnten, der Wahrheit in so auffälliger Weise die Ehre zu geben, und begnügen uns mit der etwas pathetischen Versicherung des Verfassers, daß er „nicht im stande sei, vor der höchsten Erdenhoheit sein Urteil gefangen zu geben", und daß er glaube, „daß den Gebietern unsers Staates besser gedient sein muß, über solche zu herrschen, welche sich eine selbständige Auffassung bewahren, als über die, welche Nacken und Meinung gefügig beugen". Andernfalls hätte sich wohl eine Erklärung in ähnlichen litterarischen Erscheinungen der jüngsten Zeit suchen lassen, z. B. in den Broschüren „Mitregenten und fremde Hände in Deutschland" und „Auch ein Programm aus den 99 Tagen", mit deren Verfasser Freytag gleichermaßen befreundet und gesinnungsverwandt ist.

Was über das Hauptthema, die Stellung des Kronprinzen zur Kaiserfrage, nach Erinnerungen aus den Tagen mitgeteilt wird, wo Freytag seinen fürstlichen Freund von der Grenze bis nach Reims begleitete, ist zwar unvollständig, aber neu und zum teil sehr wichtig,

insofern als es mehr Licht und ein ganz verschiedenes Licht auf die Beweggründe wirft, nach denen der Kronprinz sich für die deutsche Kaiserkrone begeisterte, als Dr. Geffcken, ein anderer Freund des verewigten Herrn, mit seiner Veröffentlichung über diese Angelegenheit zu verbreiten suchte. Freytags Schrift, die ebenfalls dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegen, entfesselte den Zorn der englischen Partei in Berlin wie das „Programm der 99 Tage". Wenn der Verfasser sagt: „Unleugbar waren die vertraulichen Nachrichten, welche aus dem Hauptquartier nach England liefen, eine Schwierigkeit, aber eine unvermeidliche", so rief das letzte Wort in diesem Satze große Bedenken vor.

Die englische Partei in Berlin gewann in allem, das das Andenken des Kaisers Friedrich betraf, für ihre Sache eine kräftige Stütze an zwei freikonservativen Herren, Dr. Delbrück und Dr. Arendt. Diese machten stets gemeinschaftliche Sache mit jener Partei und bekämpften konsequent die Bismarcksche Politik. Dr. Delbrück erklärte: „In Wirklichkeit hat nie einen Moment eine Kanzlerkrise bestanden oder hat der Kaiser sich auch nur mit dem Gedanken an eine solche Möglichkeit beschäftigt, wie ich mit der positivsten Gewißheit behaupten darf." Im englischen Lager sagte man: „Die freisinnige Verschwörung zur Beseitigung des Kanzlers war ebenso eine Ausgeburt schamloser Verdächtigung, wie die schnöde Intrigue zum Sturze des Herrn v. Puttkamer. Hier fabelte man bereits von gefälschten Kabinettsordres, man wollte das probeweise durch Schriftvergleichung festgestellt haben. Herr v. Puttkamer wurde plötzlich zum Märtyrer gestempelt, und doch sollte sein Sturz nur einen Schlag gegen Fürst Bismarck bedeuten." Als Eideshelfer wurde wieder Dr. Delbrück citiert, der berichtet hatte: „Ganz eben so wenig hat der Kaiser, als er Herrn v. Puttkamer zum Rücktritt veranlaßte, sich die Wiederbesetzung der Stellung anders als in vollem Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten gedacht." In dem Prozeß Geffcken that sich Dr. Arendt durch seine Frontstellung gegen Bismarck hervor. Er sagte: „Wir haben, so sehr wir die Einleitung einer gerichtlichen Verfolgung der Veröffentlichung des Tagebuches billigen, doch die Bekanntgabe des Immediatgesuches des Reichskanzlers mit Bedauern gesehen, und wir hätten gewünscht, daß Se. Majestät die Genehmigung hierzu versagt hätte. Für jetzt müssen wir zu unserm Schmerz gestehen, daß der Erlaß des Reichskanzlers Dinge enthält, die, wie wir fürchten, das Andenken Kaiser Friedrichs in weiten Kreisen der Nation dauernd beeinträchtigen. Die Kritik, welche Fürst Bismarck

an dem Tagebuch übt, wäre unmöglich gewesen, wenn der Kanzler nicht angenommen hätte, das Tagebuch sei nicht echt. Der Reichskanzler und Ministerpräsident hätte sonst gegen den Fürsten, welchem er gedient, und dessen Hauses treuester Diener zu sein, sein Ruhm ist, nicht in dieser Weise vorgehen können. Wird nun, woran wir nicht zweifeln, die Echtheit des Tagebuches erwiesen, so bleibt diese Kritik sachlich bestehen und trübt das Bild, welches das deutsche Volk von einem Hohenzollernfürsten haben soll." Im „Deutschen Wochenblatt" las man ferner: „Wenn der Prozeß Geffcken, wie wir zugeben müssen, zu einer Niederlage des Fürsten Bismarck geworden ist, so trägt die Schuld hieran nur die Veröffentlichung des Immediatberichtes, der gleich bei seinem Erscheinen unser Befremden erregte. Jeder Versuch, den üblen Eindruck dieses Immediatberichtes abzuschwächen, ist vergeblich und gießt immer nur Öl ins Feuer. Es kann nichts Ungeschickteres geben, als wenn offiziöse Federn immer wieder Beschönigungsversuche machen und dadurch die alte Wunde nur immer von neuem aufreißen. Hier hilft nur ein unumwundenes Zugeständnis: das war ein Fehler."

Auch für Morier traten die Dioskuren ein. Das „Deutsche Wochenblatt" schrieb: „Einen häßlichen Nachklang zu der Tagebuchs-Angelegenheit bildet der Fall Morier. Wir halten diese Frage noch nicht für spruchreif, da wir glauben und hoffen, daß von deutscher Seite noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Vorerst nimmt die öffentliche Meinung außerhalb Deutschlands durchgängig gegen Deutschland Partei und die Feinde Deutschlands beuten die Sache nach Kräften aus. Das sollte die deutsche Presse, welche noch mehr als einseitige Partei-Interessen kennt, vorsichtig machen. Mögen die Dinge nun aber liegen, wie sie wollen und mag man auch noch so sehr das System persönlicher Verdächtigungen politischer Gegner und die Anzapfungen unserer Offiziösen gegen jede unbequeme Persönlichkeit verurteilen, nachdem die Dinge einmal so weit gediehen sind, ist im deutschen Interesse nur zu wünschen, daß die Schuld Moriers in einer so klaren Weise dargethan wird, daß es der englischen Regierung unmöglich ist, ihn auf seinem Posten in Petersburg zu belassen. Nur wenn ein solches Ergebnis von vornherein sicher war, durfte die ganze Angelegenheit überhaupt angerührt werden. Anderenfalls würde eine empfindliche Schlappe der deutschen Diplomatie nicht wegzuleugnen sein. Heute ist Morier in England populär geworden und die öffentliche Meinung steht dort durchweg auf seiner Seite, hoffen wir, daß die nächsten Tage eine Wendung

bringen, welche den Anklagen gegen Morier eine stärkere Grundlage geben, als in den allerdings unzweifelhaften Aussagen Bazaines allein zu finden ist."

Die freikonservativen Herren Delbrück und Arendt zogen G. Freytag gegenüber wieder denselben Strang. G. Freytag schwieg dazu in dem stolzen Bewußtsein, der historischen Wahrheit die Ehre gegeben und kein freisinnig gefälschtes Bild geliefert zu haben. Herr Delbrück stellte Untersuchungen über die Pose an, die der Kronprinz auf der Dorfwiese von Petersbach annahm, als er die Forderung des Kaisertums aussprach. Er berichtete: „Der dem Kronprinzen nächststehende persönliche Adjutant erzählte mir, daß die Scene eine dichterische Hallucination sein müsse; er habe es noch heute deutlich vor Augen, wie die beiden an dem unfreundlichen Regentage auf den nassen Wiesenpfaden mit einander gingen. Der Kronprinz war mit Regen-Paletot, hohen Reiterstiefeln und Dienstmütze bekleidet und trug um den Hals, wie stets, den Orden pour le mérite am schwarzsilbernen Bande. Ueberhaupt hatte der Kronprinz während des ganzen Feldzuges keine anderen Dekorationen angelegt als den Stern des Schwarzen Adler-Ordens auf dem Interims-Waffenrock der Generale, um den Hals den Orden pour le mérite und später das Eiserne Kreuz 2. und 1. Klasse. Es ist daher nur anzunehmen, daß bei jenem Gespräch die angeborene Hoheit und die glühende Begeisterung des Kronprinzen für die deutsche nationale Sache dem so ganz anders denkenden und fühlenden Gustav Freytag einen so gewaltigen und imponierenden Eindruck machte, daß seine dichterische Phantasie ihm später den Kronprinzen im Königsmantel mit goldener Hohenzollernkette (welch' letztere „golden" gar nicht existiert) erscheinen ließ."

Wenn schon der von Kaiser Friedrich hergenommene Maßstab, mit dem sein Nachfolger bei allen Gelegenheiten gemessen wurde, das Andenken an den verstorbenen Monarchen immer wach hielt, so geschah dies, wie wir gesehen, noch mehr durch eine Reihe von Vorgängen, die gleich in der ersten Regierungszeit Wilhelms II. eintraten und namentlich um das vom Dr. Geffcken herausgegebene Tagebuch des ehemaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm sich gruppierten. Als Fürst Bismarck im März 1890 zurücktrat, wurde ihm in das Sündenregister auch noch das Verhalten, dessen er gegen Friedrich III. bei Lebzeiten und nach dem Tode sich schuldig gemacht habe, eingezeichnet. So geschah es auch in einer jener zahlreichen Gelegenheitsschriften, welche seit dem letzten Thronwechsel den

Büchermarkt überfluteten. Sie wurde im englischen Lager gerühmt, weil sie in knapper, fein zugespitzter und meist treffender Form ein Bild der Ära Bismarck und ihres Trägers entwerfe, zu dem Zweck, diejenigen zu beruhigen, denen der Abgang dieses Staatsmannes von der Bühne immer noch als eine Quelle des Unheils für das Vaterland erscheine. Unter dem Motto: „E pur si muove“ behandelte der Verfasser den Herzog von Lauenburg und die Nonen des März. Die Kritik rühmte die „unabhängige freie Beobachtung“, in der vor Allem die Kennzeichnung des ersten deutschen Kanzlers in seiner historischen Stellung und in dem Verhältnis zu seinem Monarchen interessiere. Nicht zum ersten Male wurde Fürst Bismarck hier mit Richelieu verglichen. Gewiß ist dieser Vergleich berechtigt, wenn er auch in einem wesentlichen Punkte hinkt, denn Wilhelm I. läßt sich nicht mit Ludwig XIII. vergleichen. Die Aufgabe der französischen Regierung nach dem dreißigjährigen Kriege war in der Hauptsache die gleiche wie diejenige des Bismarckschen Regiments: eine straffe Einheit im Staatswesen einzuführen, durch welche die Staatsmacht, dort im König, hier im Minister verkörpert, über ihre Gegner triumphieren sollte. Richelieu wie Bismarck waren Vollstrecker desselben Gedankens. „Beide besaßen“, sagte die wohlwollende Kritik, „die Rücksichtslosigkeit großer Charaktere, beide gebrauchten Gewalt, scheuten keine List und zertraten jeden Feind. Allein Einheit ohne Freiheit erstickt die Ventile eines gesunden Volkslebens und als Richelieu sein Ziel erreicht zu haben schien, kam — die Revolution. Richelieu war nicht umsonst Kardinal. Die geistliche Persönlichkeit hatte damals eine Gewalt, die keine andere ersetzen konnte. Bismarck war kein persönlicher Held, aber er hielt es für notwendig, General zu sein. Er wußte, daß die Generalsuniform im Reichstage einen anderen Eindruck beansprucht, als der schwarze Frack. Hier endet indeß die Parallele zwischen beiden Männern, denn wenn man ihr Verhältnis zum Monarchen mit einander vergleicht, so zeigt sich ein handgreiflicher Unterschied. Ludwig XIII. brauchte Richelieu als Werkzeug seiner Machtgelüste. Kaiser Wilhelm I. dagegen „ertrug“ den Fürsten Bismarck mehr, als daß er ihn für seine eigenen Zwecke benutzte. Der frühere Kanzler hat erst in den letzten Tagen selber über sein Verhältnis zu dem alten Kaiser Aufschluß zu geben versucht; man empfing indes den Eindruck daraus, als ob er das allgemeine Urteil in dieser Beziehung nicht bestreite. Nur über die ihm feindlichen Einflüsse beklagt er sich, die den Kaiser eifersüchtig auf seine Macht gemacht, daß eine solche Eifersucht bestanden, leugnet

er nicht." In einer beachtenswerten Weise schildert die oben citierte „antimachiavellistische Denkschrift" dies Verhältnis wie folgt:

„Kaiser Wilhelm I. zeigte seine stille Weisheit nicht bloß darin, daß er einen solchen Minister fand, sondern noch mehr, daß er ihn ertrug. Es war Weisheit, das muß man betonen, nicht Schwäche; in seiner Dankbarkeit lag nicht bloß königliche Klugheit, sondern religiöser Edelsinn, aber diese Dankbarkeit wurde ihm nicht leicht gemacht. Bismarck war ein empfindlicher, leicht verletzbarer und anspruchsvoller Geist; er betonte seine Stellung und seine Thaten zu brüsk, um nicht dem greisen Könige unangenehme Scenen zu bereiten; wir sagen nichts Unbekanntes oder Indiskretes, wenn wir leise daran erinnern, daß der Kaiser zwischen seiner hochherzigen Gattin, der Kaiserin, zwischen seinen Kindern einerseits und dem Minister innehaltend stehen mußte. Man erzählt die alte Geschichte von einem heldenmütigen Manne, Namens Joab, der mit seinem Könige in Not und Sieg verbunden war, aber Joab hatte einen anderen Geist als sein König; er schätzte dessen Dankbarkeit nicht genug, um nicht gegen jeden, der dem Könige nahe trat, eifersüchtig und rachsüchtig zu sein; er beseitigte seine Nebenbuhler nach alter persönlicher Art durch Dolchstich, was man in neuerer Zeit durch Entlassungsordres oder offizielle Prozesse zu thun pflegt. Trotz allem wollte der alte König den Genossen seiner Jugend nicht fallen lassen, aber seinem Nachfolger schrieb er in sein Testament, was ihm zu thun zu schwer ward. Dem Fürsten Bismarck war vieles gelungen, was mit der edeln Stimmung seines Königs und des deutschen Volkes sympathisierte; aber als er im Zorn die Brücke der Impietät betrat und aus seinen Kreisen die schmachvollen Libellen und Agitationen gegen den Namen und die Ehre des Kaisers Friedrich III. ausgingen, des vielgeliebten Vaters unseres regierenden Kaisers, da gingen Monate dahin — und der kaiserliche Sohn dachte daran und entließ den großen Joab seiner Zeit."

Im allgemeinen sieht der Verfasser in Bismarck den Vertreter der alten lärmvollen, kriegerischen Zeit, und schreibt den Reisen Kaiser Wilhelms II., den er scherzweise mit Hadrian, dem „Reisekaiser" des Altertums vergleicht, das Verdienst zu, alle Erbitterungen, welche aus der Bismarckschen Zeit in der Fremde sich erhalten haben mochten, zu beschwichtigen. „Durch seine Reisen an die Höfe Europas ward sein Auge klarer und seine Energie milder. Er verstand die absolute Notwendigkeit des Friedens um so tiefer, je mutiger und selbstbewußter sein Herz auch unter den fremden Völkern schlug.

Man darf wohl sagen, es haben die Reisen den jungen Monarchen von dem Einflusse Bismarcks emanzipiert. Er fand den Drang, anstatt einer Ministerpolitik, eine wirklich königliche Politik zu setzen."

Also die Brücke der Impietät soll Bismarck beschritten und Wilhelm II. sich dessen erinnert haben, als er den Reichskanzler entließ. Bedenkt man, was es heißt, von schmachvollen Libellen und Agitationen gegen den Namen und die Ehre des Kaisers Friedrich III. zu sprechen, die aus Bismarcks Kreise hervorgingen, während Wilhelm II. genau die Stellung zu seinem Vater einnahm, wie Bismarck, dessen Schritte in Bezug auf das Geffckensche Tagebuch sanktionierte, Freytags angebliches Libell gegen den Namen und die Ehre des verstorbenen Kaisers approbierte, den fürstlichen Verfasser der Schrift über die 99 Tage auszeichnete, den Herrn v. Treitschke wegen einer ähnlichen Schrift belobte, über Mackenzie, den Battenberger, Morier gerade so dachte, wie Bismarck, so muß man wohl fragen, welche Stirn dazu gehört, die Dinge so auf den Kopf zu stellen, wie es in der genannten Schrift geschieht. Diese ist aber nichts als das Echo der systematisch betriebenen Fälschungen der Wahrheit über die Beziehungen Bismarcks zu den Monarchen, denen er gedient hat, zumal zu Wilhelm I.



II.

Die Reisen des Kaisers.

Unter den zahlreichen Reisen, welche Kaiser Wilhelm II. seit seiner Thronbesteigung unternommen, sind die einen vorzugsweise politischen Zwecken, andere der Erholung gewidmet gewesen. Es würde aber wohl gewagt sein, jede einzelne Reise mit Bestimmtheit der einen oder der andern dieser beiden Rubriken zuzuweisen. Fürst Bismarck sagte über die Reise des Kaisers zum Sultan in einem der Interviews von Friedrichsruh: „Was ist Wunderbares daran, daß ein junger, schäumender Thätigkeit voller Souverän, indem er reist, seine Zeit angenehm zu verbringen und etwas die Welt zu sehen wünscht? Aber ich war gegen diese Reise, da die Staatsmänner anderer Länder und anderer Völker immer denken werden, daß der Sultan y est pour quelque chose, aber wenn ich auf meinem Posten geblieben wäre, so hätte das allerdings keine Bedeutung noch Folgen gehabt, jetzt bin ich verabschiedet, und es versteht sich, ich kann nichts wissen noch voraussehen.“ Fürst Bismarck sah also die Reise nach Konstantinopel als eine Vergnügungsreise an, der man aber hätte einen politischen Zweck andichten können.

Der Kaiser hat wiederholentlich das Bedürfnis gefühlt, vermutlich den vielen Glossen gegenüber, die über seine Reiselust gemacht worden sind, dieselbe zu motivieren. So sagte er in seiner Rede, welche er auf dem brandenburgischen Provinzial-Landtag gehalten: „Bei meinen Reisen habe ich nicht allein den Zweck verfolgt, fremde Länder und Staatseinrichtungen kennen zu lernen und mit den Herrschern benachbarter Reiche freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, sondern diese Reisen haben für mich den hohen Wert gehabt, daß ich — entrückt dem Parteigetriebe des Tages — die heimischen Verhältnisse aus der Ferne beobachten und in Ruhe einer

Prüfung unterziehen konnte. Wer jemals einsam auf hoher See, auf der Schiffsbrücke stehend, nur Gottes Sternenhimmel über sich, Einkehr in sich selbst gehalten hat, der wird den Wert einer solchen Fahrt nicht verkennen. Manchem von meinen Landsleuten möchte ich wünschen, solche Stunden zu erleben, in denen der Mensch sich Rechenschaft ablegen kann über das, was er erstrebt und was er geleistet hat." In der norwegischen Hauptstadt sagte er im Juli 1890: „In meiner Jugend ist es mir nicht vergönnt gewesen, größere Reisen zu machen, weil es der Wunsch meines Großvaters war, stets in seiner Nähe zu weilen. Ich erachte es aber für einen Regenten als notwendig, daß er sich über alles persönlich informiert und aus direkter Quelle Anschauungen sammelt, seine Nachbarn kennen lernt, um mit ihnen gute Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten; diese Zwecke sind es, die ich bei meinen Reisen im Auslande verfolge."

Das Jahr 1888 gehörte den Antrittsvisiten bei den deutschen Bundesfürsten und bei den Herrschern in Petersburg, Wien, Rom an. Wir kennen die Worte aus der Ansprache an die Berliner Brunnendeputation: „Ich habe Gesundheit und alle Kräfte eingesetzt, um durch Anknüpfen von Freundschaftsbanden den Frieden und die Wohlfahrt des Vaterlandes zu sichern."

In Wien wurde bemerkt, daß, während Kalnoky und Tisza durch Orden ausgezeichnet wurden, Graf Taaffe leer ausging. Derselbe wurde auch nicht einer Ansprache gewürdigt. „Da aber — sagten die Gegner Taaffes in Wien und Berlin — die ganze Regierungskunst des Grafen Taaffe darin bestand, daß er, um eine zuverlässige Mehrheit im Abgeordnetenhause sich zu verschaffen, die Forderungen der Slawen, besonders der Tschechen, auf Kosten der Deutschen begünstigte und letztere an die Wand zu drücken suchte, so wäre es für alle nationalgesinnten Deutschen noch weit auffallender gewesen, wenn der Deutsche Kaiser einem solchen Minister eine Belohnung erteilt hätte." Wilhelm I. verfuhr anders. Er beauftragte im Juli 1887 bei seiner Abreise von Innsbruck nach Gastein den Statthalter von Tirol, Freiherrn von Widmann, dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe zum Zeichen freundlicher Erinnerung seine Grüße bekannt zu geben. Das berührte in den österreichischen Regierungskreisen auf das angenehmste. Man fühlte, daß in den herzlichen Worten des ehrwürdigen Beherrschers des mächtigen Deutschen Reiches etwas mehr lag, als eine wohlwollende Aufmerksamkeit, lediglich dazu bestimmt, denjenigen, welchem „der herzliche Gruß" galt, persönlich auszuzeichnen.

Im Herbste 1890 erregte das Fehlen der „österreichischen Minister mit dem Grafen Taaffe an der Spitze“ beim Empfange des Kaisers Wilhelm in Wien Aufsehen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ brachte ein Entrefilet, durch welches der ungünstige Eindruck der Thatsache abgeschwächt werden sollte. Der Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky hatte schon Vorbereitungen dazu getroffen, seinerseits an dem Empfange im Bahnhofe teilzunehmen, aber schließlich darauf verzichtet, eben um das Fehlen des Ministerpräsidenten nicht allzusehr auffallen zu lassen. Graf Taaffe freilich hatte noch für alles ein „gutes Wort“ gefunden. Man erzählte sich wenigstens eine Äußerung Seiner Excellenz über diese „Nichtempfangsgeschichte“, welche lautete: „Da giebts gar nichts zu verwundern; die Herren aus Deutschland versichern ja selbst, daß es ihnen nie eingefallen ist, sich in die innere Politik Österreichs einzumischen — und mir fällt es nicht ein, mich in die äußere Politik einzumischen. Deshalb bin ich zu Hause geblieben.“ Das offiziöse Wiener „Fremdenbl.“ wies dagegen auf die festen herkömmlichen Normen hin, welche für den etikettenmäßigen Empfang bei solchen Anlässen bestehen. So sei es beispielsweise in Österreich-Ungarn nicht üblich, daß sich bei Ankunft fremder Souveräne die Staatsfunktionäre an dem Empfange auf dem Bahnhofe beteiligten; es erschienen vielmehr nur die Spitzen der Ortsbehörden. Die obersten Hof- und Staatsfunktionäre versammelten sich in der Hofburg, woselbst die Vorstellungen stattfanden. Damit sei es ausreichend erklärt, daß weder die gemeinsamen noch die übrigen Minister, noch der österreichische Botschafter Graf Szechenyi sich am Bahnhofe einfanden. Da ferner der Deutsche Kaiser sich nur zwei Stunden in Wien aufhielt und auch diese Zeit meist außerhalb der Hofburg zubrachte, so fehlte für einen besonderen Empfang der staatlichen Funktionäre selbst die materielle Zeit; deshalb war auch weder ein besonderer Empfang der gemeinsamen noch der anderen Minister oder des Botschafters Szechenyi in das Programm aufgenommen. Diese Beschönigung der Haltung der österreichischen Minister fand man in Berlin, wenigstens im liberalen Lager, nicht überzeugend. Wenn der Deutsche Kaiser Zeit fand, sagte man, dem Grafen Kalnoky einen Besuch zu machen, hätte Graf Kalnoky auch Zeit zur Erwiderung des Besuches gehabt. Und wenn andere Würdenträger an dem Festmahl in Schönbrunn teilnehmen durften, hätte die Etikette auch das Erscheinen von Ministern bei jener Tafel zugelassen.

Das Jahr 1889 brachte zuerst dem Kaiser eine Erhöhung der Krondotation. Zu den Antrittsvisiten des Jahres zuvor kam die-

jenige bei der Königin von England. Dieser Reise ging voraus die erste der beiden großen Reisen, welche der Kaiser nach und in Norwegen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unternommen. Sie haben es durch die Natur des Landes ermöglicht, den größten Teil der Reise zu Schiffe zurückzulegen, so dem Kaiser überall den heimischen Boden und selbst ein Heim, eine Gesellschaft und die Möglichkeit voller Zurückgezogenheit gewährend, und am Lande Wohnstätten einer auf der Höhe europäischer Kultur stehenden Bevölkerung und stets nahe bei jungfräulicher Natur von einer erhabenen Großartigkeit, wie sie Europa nicht noch einmal bietet. Die Reisedauer war so bemessen, daß sie, wenn man die Erleichterungen hinzurechnet, die einem Herrscher, einem seemächtigen Herrscher geboten sind, andere Resultate gestattet als der flüchtige Reisegenuß des Touristen, ohne in die Schwerfälligkeit des gelehrten Forschers sinken zu lassen, und die rasche Wiederholung der Reise ist vielleicht die Summe der Philosophie des Reisens. Sie verstärkt die ersten Eindrücke und mildert die an sich gewiß sehr schöne, aber doch unruhige und etwas unsichere bewundernde Stimmung der ersten Anschauung durch die beim zweiten Male erworbene Kenntnis, während doch noch keine Gewöhnung die Lebendigkeit der Eindrücke schwächt. Der ersten Reise nach dem Norden entstammte auch wohl der Gedanke an ein Prunkschiff, von dem aus die militärische Leitung sowie die der Staatsgeschäfte bewirkt werden könne, und das im Reichstage die gewohnte Opposition der Ultramontanen und des Freisinns provocierte. Diese bestritten den militärischen Zweck eines solchen Schiffes. „Als im vorigen Jahre der neue Schiffsbauplan aufgestellt wurde, als die Avisos im einzelnen aufgezählt wurden und der Kostenanschlag für jeden einzelnen, da war von diesem Bedürfnis eines Avisos für höhere Kommandoverbände mit keiner Silbe die Rede, es hat gar nichts davon verlautet, daß jemals der „Hohenzollern“ nicht seinem Zweck entspräche. Er hat jetzt sehr wohl dem übrigen Geschwader auf der Hochzeitsfeierlichkeit nach Athen zu folgen vermocht; er hat ebenso seine Dienste geleistet auf der mehrwöchentlichen Nordlandsfahrt, wobei es ja allerdings auf eine große Schnelligkeit nicht anzukommen hatte. Niemand hat aber angenommen, daß er seinem Zweck nicht entspräche. Es wäre auch ganz unverantwortlich, daß man in einem Jahre auf die bessere Ausrüstung des „Hohenzollern“ die Summe von 300000 Mark verwendet hätte, wenn man ihn für durchaus unbrauchbar gehalten hätte. Also dieser Gedanke, an Stelle des „Hohenzollern“ ein anderes Schiff zu setzen, muß der Marineverwaltung ganz plötz-

lich gekommen sein. Es ist dann gesagt, auf dem „Hohenzollern" hätte das Gefolge nicht genügend Platz. An Bord muß man sich doch einrichten, und so wie im Schlosse kann das Gefolge allerdings auf einem Schiffe niemals einquartiert werden. Dann ist wieder mannigfach davon die Rede gewesen, die militärische Leitung und die Führung der Staatsgeschäfte müsse von einem solchen Schiffe aus stattfinden und zu diesem Zwecke müsse man das große Personal haben. Ich weiß nicht, wie man sich das irgendwie denkt. Es heißt allerdings nebenher, für größere Reisen müßte die größte Geschwindigkeit erzielt werden. Denkt man denn hier etwa an eine Reise nach Amerika, während deren die militärische Leitung oder Führung der Staatsgeschäfte von einem solchen Schiffe aus stattfindet? Nein! Bei einer längeren Reise, wo die Leitung der militärischen und Staatsgeschäfte in Betracht kommt, wird man notwendig dazu übergehen müssen, nach der Verfassung eine Stellvertretung niederzusetzen. Es kann sogar zweifelhaft erscheinen, ob nicht im vorigen Jahre während der mehrwöchentlichen Abwesenheit des Monarchen auf der Nordlandfahrt nach der Verfassung eine Stellvertretung für gewisse Fälle angezeigt gewesen wäre. Für solche Fälle können wir uns also überhaupt nicht einrichten."

In dem konservativen antirussischen Lager wurde ein besonderer Nachdruck darauf gelegt, daß die Reisen des Kaisers den ersten Grund zur Ergreifung einer selbständigeren Politik seitens des Kaisers gegenüber dem Fürsten Bismarck gelegt hätten. „In erster Linie — so wurde nach der Entlassung des Fürsten Bismarck geschrieben — hatte sich der Kaiser, wie es in seiner geraden und offenen Natur liegt, entschlossen, allen Mächten Europas gegenüber eine Politik der Ehrlichkeit und des gegenseitigen Vertrauens zu versuchen. Diese aber konnte sich am besten auf persönlichen Besprechungen und einem freien Meinungsaustausch mit den Herrschern der benachbarten Staaten selbst aufbauen lassen. Ferner aber erkannte der Kaiser mit sicherem Blick, daß heute die meisten Staaten und besonders die Monarchien Europas in sehr wesentlichen Lebensfragen völlig gleichartige Interessen besitzen, deren gemeinsame Wahrung die Wucht der entgegenstehenden Interessen der einzelnen Staaten um ein beträchtliches herabzumindern im stande sei. Endlich überzeugte sich der Kaiser davon, daß selbst diesem übrig bleibenden, nicht zu beseitigenden Interessengegensatz durch die Anknüpfung persönlicher freundschaftlicher Beziehungen völlig seine beunruhigende Schärfe genommen werde könne. Allerdings mußten schon die Reisen die Stellung

zwischen dem Kaiser und dem Kanzler merklich verändern. Ohne diese Besuche wäre der Monarch bei der Beurteilung von Fragen der europäischen Diplomatie im allgemeinen auf die Darlegungen des Reichskanzlers angewiesen geblieben; da er nun aber selbst die Höfe besuchte und die leitenden Kreise der maßgebenden Staaten persönlich kennen lernte, gewann er sofort ein eigenes und selbständiges Urteil. Und daß sich dieses nicht in allen Punkten mit den Ansichten des Kanzlers decken konnte, liegt in der Natur der Sache. Fürst Bismarck wurde in der Leitung der Politik, wie sich dies auch in den Berichten der ausländischen Interviewer zeigt, von den Erinnerungen und den Erlebnissen der vergangenen Dezennien beeinflußt, die auch auf die Entscheidungen des Augenblicks bestimmend wirken mußten. Ebenso aber ist es begreiflich, daß für den jugendfrischen und von den Aufgaben der Gegenwart durchdrungenen Monarchen die etwas weitschweifigen Reminiscenzen aus einer vorübergegangenen diplomatischen Periode nur einen geringeren Wert haben konnten, als für den in dem Amte längst ergrauten Kanzler. Sodann entsprach es der kaiserlichen Auffassung des Herrscherberufes wenig, die Politik von einer gewissen steilen und unnahbaren Höhe herab zu leiten, wofür die düstere Abgeschlossenheit des Herrschers an der Newa ein so wenig nachahmenswertes Beispiel darbot, das aber doch Fürst Bismarck nach dem unverdächtigen Zeugnis eines Berliner nationalliberalen Organs, das ihn sonst stets bewunderte, während der letzten Jahre seiner Kanzlerschaft bis zu einem gewissen Grade nachzuahmen schien."

Wäre somit schon in den Motiven zu den Reisen ein trennender Punkt zwischen Kaiser und Kanzler gegeben gewesen, so wäre in den Ergebnissen derselben dieser Gegensatz noch weit schärfer hervorgetreten. Die Erfahrungen beim Besuch in Petersburg hätten Kaiser Wilhelm II. zu dem mannhaften Entschlusse gebracht, mit der russenfreundlichen Politik Bismarcks endgültig zu brechen. „Von diesem Gedanken ausgehend, so hieß es weiter, gewinnen die herzlichen und begeisterten Trinksprüche, mit denen der Kaiser bald darauf in Wien und in Rom die Waffenbrüderschaft und die enge Interessengemeinschaft der verbündeten Zentralmächte feierte, eine erhöhte Bedeutung. Nach der vom Fürsten Bismarck gegebenen Erklärung müßte der Dreibund bis zum Hinscheiden Kaiser Wilhelms I. als ein Pakt erscheinen, der nicht auf bleibenden Interessen der drei Staaten aufgebaut war, noch als eine politische Notwendigkeit auf Generationen hinaus angesehen werden konnte, sondern der von Deutschland zu dessen äußeren Sicher-

stellung nur solange gewünscht wurde, als Rußland in Verkennung der ehrlichen Absichten der deutschen Politik seine feindselige Haltung Deutschland gegenüber bewahren werde. — Wir sagen nicht, daß dieses die Tendenzen des Dreibundes in Wahrheit gewesen sind, sondern wir behaupten nur, daß eine solche Auffassung zeitweilig an gewissen Stellen hätte Platz greifen können. Nachdem freilich Kaiser Wilhelm II. selbst in der unzweideutigsten Form erklärt, daß er als die unerschütterliche Grundlage des Dreibundes die inneren gemeinschaftlichen Interessen betrachte, die Österreich und Italien mit Deutschland verknüpfen, so kann wohl jede Befürchtung, es möchte ein Stimmungswechsel in Rußland diesen Bund in Frage stellen, als endgültig beseitigt angesehen werden."

Ein zweites in die Augen fallendes Ergebnis dieser vom Kaiser eingeschlagenen Richtung der Politik sei die Reise des Monarchen nach Konstantinopel. „Daß dieselbe in Petersburg nicht gern gesehen wurde, stand von vornherein fest, ebenso blieb es damals kein Geheimnis, daß Fürst Bismarck den Vorsatz des Kaisers aus Rücksicht auf Rußland nicht billigte. Der Öffentlichkeit gegenüber kam dieser Umstand insofern zur Geltung, als die offiziösen Organe, obgleich der Kaiser schon Anfang Juni dem außerordentlichen türkischen Gesandten Ali Nizami den Besuch in Konstantinopel zugesagt hatte, noch bis Mitte September das Bestehen des Planes in Abrede stellen mußten. Wenn aber irgend eine Reise des Kaisers einer ganz bestimmten und klar erkenntlichen politischen Berechnung entsprungen war, so ist es diese gewesen; der Versuch, derselben den Charakter einer „Vergnügungsreise" zu geben, mochte aus diplomatischen Rücksichten berechtigt sein, eine kritische Würdigung dieser hochpolitischen Vorgänge wird sich dadurch nicht täuschen lassen."

Wir haben nicht nötig, hervorzuheben, daß bei diesen Ausführungen der Wunsch des Gedankens Vater war. Man hätte gern den Kaiser mit Rußland brechen und in dem Besuche des Sultans eine Demonstration gegen dasselbe sich vollziehen sehen. Kaiser Wilhelm II. nahm die Einladung zu den Manövern von 1890, die der Zar bei seinem Besuche in Berlin im Herbst 1889 an ihn richtete, mit Vergnügen an, was allerdings in dem konservativen, wie in dem freisinnigen antirussischen Lager in Berlin nicht mit freundlichen Augen angesehen wurde. Die Einwirkung der Reise des Kaisers auf seine Stellung zu Bismarck soll deswegen nicht geleugnet werden. Die längere und häufigere Trennung, die vielen Berührungen mit anderen Persönlichkeiten mögen nicht ohne Spuren in dieser Beziehung ge-

blieben sein. Jedenfalls führten die Reisen selber manche Friktionen herbei. Es ist schon von der Verschiedenheit der Meinungen des Monarchen und des Ministers über den Besuch in Konstantinopel die Rede gewesen. Eine Reise des Kaisers scheiterte an dem Widerstreben des Ministers. Die Vorgänge bei der Anwesenheit des Königs von Italien in Berlin sind bekannt. Daß thatsächlich der Plan einer gemeinsamen Reise der beiden Herrscher nach Straßburg bestanden hat, ist sicher. Auch, daß es Fürst Bismarck war, welcher gegen den Plan intervenierte.

Daß die Frage der Kaiserreise, welche auf einige Tage ganz Europa in Bewegung setzte, auch in Straßburg eine lebhafte Erörterung hervorrief, braucht nicht erst besonders gesagt zu werden. Straßburg ist ohnehin ein Platz der Gerüchte. Zuerst ward der König von Italien angekündigt, der auf dem Bahnhofplatz die Garnison besichtigen und dann auf dem Bahnhofe dinieren werde. An einem Freitag Vormittag hielt die Garnison Vorparade und Probeaufstellung, es ward mit der Ausschmückung des Platzes begonnen. Dann ward die Ankunft des Königs von Sonnabend auf Sonntag verlegt, dann wieder hieß es, er werde mit dem Kaiser kommen, am nächsten Sonnabend Abend endlich kündigte die amtliche Zeitung das Eintreffen des Kaisers für Montag Nachmittag in aller Form an.

Es kann nun nicht ungesagt bleiben, daß dieses Durcheinander von Nachrichten und Gerüchten wenig dem Eindruck entsprach, welchen die elsäßische Bevölkerung von der Zuverlässigkeit und Ordnung preußischer Dinge bisher hatte. Die erwähnten Vorgänge legten daher die Frage nach dem Ursprunge nahe, und diese wurde allgemein dahin beantwortet, daß dem ganzen Plan lediglich der Wunsch hoher militärischer Kreise zu Grunde lag.

Dies erklärte sich auch zur Genüge durch den Umstand, daß der kommandierende General v. Heuduck den Ehrendienst bei dem König Umberto versah und für seine Wünsche gewiß die Unterstützung des bisherigen Gouverneurs, des Kriegsministers General von Verdy, gefunden haben wird. Was dem Gerüchte einen eigentümlichen Beigeschmack verlieh, war die Ankündigung, der Kaiser werde bei dem kommandierenden General, also nicht im Kaiserpalast wohnen, oder wie Kaiser Wilhelm I. im Statthalterpalais absteigen, die Reise werde dadurch einen rein militärischen Charakter erhalten.

Dies war eigentlich mit der unglaublichste Punkt in der Sache. Der erste Besuch, welchen Se. Majestät dem Lande abstattete, konnte doch unmöglich ein rein militärischer bleiben. Elsaß-Lothringen hatte

doch ein Anrecht auf seinen Landesherrn, und der hohen Anerkennung, welche der Kaiser dem Statthalter Fürsten Hohenlohe noch eben zu dessen siebzigsten Geburtstage ausgesprochen — eine Anerkennung, welche in allen bürgerlichen Kreisen des Landes das lebhafteste Echo fand und große Befriedigung hervorrief — würde eine ausschließliche Beschränkung des kaiserlichen Besuches auf rein militärische Dinge doch wohl kaum entsprochen haben. Daß inmitten der verschiedenen Kombinationen auch die auftauchte, es habe sich bei dem ganzen Plan zugleich auch um eine gegen den Statthalter auszuspielende Karte gehandelt, mag hier beiläufig Erwähnung finden als Beweis für die Erregung der Gemüter durch eine so ungewohnte Behandlung einer derartigen Angelegenheit. Eine solche Kombination fand ihre Nahrung in der Behauptung von den fortgesetzten Disharmonien, welche seitens der höheren militärischen Kreise in Straßburg gegenüber der Statthalterschaft bestanden. Es handelte sich da vielleicht weniger um die Person als um Institutionen. In den preußischen Provinzen ist der kommandierende General gewohnt, sich als den ersten und vornehmsten Mann der Provinz zu betrachten. Dort im Elsaß, dem ohne Zweifel wichtigsten Generalkommando im ganzen Reiche, werden Rücksichtnahmen auf einen Statthalter des Kaisers, den Vertreter kaiserlicher Majestät, erfordert, welche mitunter den Militärs schwer fallen mögen.

Die Reise nach dem Nordkap sollte lediglich der Erholung dienen. Wenn aber von daher Telegramme gekommen sind, die in die heimatliche Preßfehde eingriffen, wenn in Deutschland Artikel geschrieben wurden, in denen alle Welt eine nach dem Norden gerichtete Mahnung erblickte, dann muß wohl die Politik selbst angesichts der romantischsten Naturwunder eine Rolle gespielt haben. Ein so ernsthaftes und besonnenes Blatt, wie die „Schlesische Zeitung", schrieb während der Reise: „Der alte Bismarck, vor anderthalb Jahren noch der allmächtigste „Hausmeier" Wilhelms I., sitzt fern in Hinterpommern schmollend in seiner Einsiedelei und schleudert in seinem Unmut mittelst der offiziösen Presse Donnerkeile gegen den aufstrebenden, seinen Zirkel kreuzenden Rivalen (Graf Waldersee). Über diesem Rivalen aber strahlt vor aller Welt die Sonne der kaiserlichen Gnade, auf eine ganze Reihe von Wochen hinaus steht er im unmittelbarsten Verkehr mit der allerhöchsten Person, gehört ihm allein das Ohr des Monarchen. Welche weltgeschichtlichen Folgen wird dies haben."

Das war wohl ironisch gemeint. Aber das Blatt sagte doch auch: „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer" und sprach von dem Gegen-

satz zwischen den genannten Faktoren als einem naturgemäßen und fortbestehenden, den zu begleichen, Sache des Kaisers sei.

Kurz zuvor hatte ein Artikel der „Hamburger Nachrichten“ die Aufmerksamkeit auf den Generalstabschef Graf Waldersee gelenkt, und zwar unter der Überschrift: „Die Nationalliberalen und der Reichskanzler“. Dieser Artikel hatte eine merkwürdige Veranlassung. Von Seiten des Generalsekretärs der nationalliberalen Partei war ein Cirkular an eine Anzahl Parteimitglieder gerichtet worden, in welchem vor einer allzu weitgehenden Unterstützung des „rasch alternden Reichskanzlers“ gewarnt wurde. Das Cirkular war dem Reichskanzler bekannt geworden; er nahm Veranlassung, selbst im Reichstage der Auffassung entgegenzutreten, als ob er rasch altere. Und in der That, die gewaltige Körperkonstitution des Reichskanzlers war ungebrochen. Dagegen war es selbstverständlich, daß das Alter den Reichskanzler veranlaßte, seine Thätigkeit auf eine gewisse Direktive zu beschränken, daß in auswärtigen Angelegenheiten Staatssekretär Graf Bismarck in zunehmendem Maße die Geschäfte zu führen hatte, während in inneren Angelegenheiten, wie der Reichskanzler im Reichstage erklärte, der Staatssekretär von Bötticher die Leitung der Geschäfte in Händen hielt. Dies mag genügen zur Beurteilung des damals gesprochenen Wortes vom rasch alternden Reichskanzler.*)

Der Artikel der „Hamburger Nachrichten“ war eine Verwarnung der Nationalliberalen, welche an das Stillschweigen derselben bei der Erörterung der Geffcken-Angelegenheit im Reichstage anknüpfte. Dieses Stillschweigen wurde in Verbindung gebracht mit „gewissen, im Laufe der letzten Zeit gemachten Beobachtungen“, „welche nicht verfehlen konnten, die Besorgnis wachzurufen, daß in einigen Kreisen der nationalliberalen Partei das Bestreben obwalte, sich gegenüber der Politik des Kanzlers „„möglichst vorsichtig““ zu verhalten“. Nach dieser Feststellung wurde den Nationalliberalen auseinandergesetzt, welche Wege die politische Klugheit ihnen vorzeichne; für den Fall, daß diese Wege eingeschlagen würden, stellte der Artikel in Aussicht, daß den Nationalliberalen „die Früchte ihrer zweifellos großen Verdienste um Kaiser und Reich ihnen von selbst in den Schoß fallen würden“. Andernfalls wurde ihnen prophezeit, daß die „Weltgeschichte über ihre Köpfe hinweggehen“ werde.

---

*) Vergl. „Die eigene Flugbahn, wer will sie stören“, Berlin, George & Fiedler. S. 23.

Es sei — so wurde ausgeführt — unmöglich anzunehmen, daß die Politik des Kanzlers nach einem plötzlichen Scheiden aus seinem hohen Amte in sich selbst zusammenbrechen könne. Auf die Wähler werde der tote Kanzler einen größeren Einfluß üben als der lebende, und was den Kaiser betreffe, so sei dessen Gesinnung gegen den Staatsmann notorisch; er konferiere so eingehend mit dem Reichskanzler, daß er am besten die Absichten des Staatsmannes zu verstehen und ihnen die Ausführung auch für den Fall eines vorzeitigen Abscheidens des Kanzlers zu sichern in der Lage sei. Nachdem so der eine Weg gezeichnet, wurde aber auch der andere mögliche nicht außer Acht gelassen. In der Form einer Wiedergabe des angeblich in den renitent werdenden nationalliberalen Kreisen maßgebenden Gedankenganges wurde anscheinend en passant die Auffassung erwähnt, „daß irgend ein anderer Programmmann, heiße er Graf Waldersee oder sonstwie, als Nachfolger des Fürsten Bismarck in Betracht komme". Unter „Programmmann" war im Sinne dieses Artikels ein künftiger Reichskanzler zu verstehen, der nicht die Politik Bismarcks fortzusetzen gewillt ist, sondern ein eigenes, selbständiges Programm vertritt. Der „Programmmann" Waldersee wurde also hier in einen Gegensatz zur Politik des Fürsten Bismarck gebracht. Es fehlte nicht an Stimmen, namentlich in der nationalliberalen Presse, welche ausdrücklich hervorhoben, daß in diesem Hinweis auf den Grafen Waldersee eigentlich der Kernpunkt des Artikels zu finden sei. Alle übrigen Ausführungen in dem Artikel sollten nach jener Auffassung nur Beiwerk sein, um die Beleuchtung zu vervollständigen, in der Graf Waldersee als künftiger Reichskanzler öffentlich zur Diskussion gestellt wurde.

Der Artikel der „Hamburger Nachrichten" wurde von der „Nordd. Allg. Ztg." abgedruckt. Als er seine Schuldigkeit gethan hatte, wurde er als Privatarbeit des Redakteurs der „Hamburger Nachrichten" hingestellt.

Politisch war der General nur hervorgetreten, als in seinem Hause im November 1887 jene Konferenz abgehalten wurde im Interesse der Unterstützung der Stöckerschen Stadtmission. Diese Konferenz wurde damals in der offiziösen Presse sehr heftig unter dem Stichwort „Stöckerei und Muckerei" angegriffen. Der General gilt als ein ebenso kirchlich gesinnter als konservativer Herr. Seine Frau, eine geborene Lee aus New-York war in erster Ehe mit dem Fürsten Noer, dem Großoheim der jetzigen Kaiserin, vermählt. Es

verlautete im Monat Januar, daß in Bezug auf eine neue Artillerie-Vorlage Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Grafen Waldersee und dem Kriegsminister hervorgetreten seien. Graf Waldersee war damals auch in Friedrichsruh bei dem Reichskanzler gewesen. Nach den Zeitungen konferierte er öfter, als der Kanzler, mit dem Kaiser. Daß aber hierbei andere, als militärisch-technische Fragen zu Sprache gekommen, hatte man bisher nicht angenommen.

Namentlich in der nationalliberalen Presse wurden die Beziehungen des Grafen Waldersee zum Kaiser als sehr enge bezeichnet. In Rücksicht auf diese waren wiederholt Gerüchte verbreitet, welche von einer gewissen Gegnerschaft zwischen dem Chef des Generalstabes und dem Reichskanzler wissen wollten. Diese Gerüchte erhielten durch die eigentümliche Warnung an die nationalliberale Partei neue Nahrung, ja, eine Art von Begründung. Wenn es sich bloß darum handelte, die nationalliberale Partei vor dem Irrtum zu behüten, als könne nach dem Fürsten Bismarck irgend ein anderer Programmmann kommen, so war jetzt keine Nötigung vorhanden, den Namen eines der obersten militärischen Würdenträger in die Diskussion zu verflechten. In einem ganz besonders merkwürdigen Lichte erschien die Hervorhebung dieses Namens durch den Umstand, daß der Aufsehen erregende Artikel unter anderem auch darauf aufmerksam machte, daß der Kanzler für sein Vorgehen in dem Prozesse Geffcken auch Gründe gehabt haben könne, die er in seinem Berichte an den Kaiser über die Veröffentlichung der Anklage nicht geltend gemacht habe; etwa den, an einem besonders hervorstehenden Falle zu zeigen, zu welchen unliebsamen staatsgefährlichen Konsequenzen allzugroßes Vertrauen zu gewissen Persönlichkeiten in der nächsten Umgebung eines Herrschers oder Thronerben führen könne.

„Die Tragweite dieser Fingerzeige zu ermessen, oder auch nur ihre Zielpunkte genau zu erkennen, wurde damals gesagt, ist unmöglich. Soviel aber lassen sie erraten, daß die Frage, wer dereinst bestimmt sein werde, das Werk des Fürsten Bismarck weiterzuführen, bevor sie von der deutschen Presse erörtert wurde, den Reichskanzler selbst beschäftigt hat, und daß er bezüglich derselben keineswegs aller Besorgnisse ledig ist. In jedem Falle wird man von nun ab mit dem Namen des Grafen Waldersee nicht bloß die Vorstellung eines hochgestellten Generals, des Lenkers der deutschen Heere in einem zukünftigen Kriege, sondern auch diejenigen einer politischen Persönlichkeit von hoher Bedeutung verknüpfen müssen. Die Macht des Fürsten Bismarck ist so groß und reicht so weit, daß es durchaus

nicht zu den unmöglichen Dingen gehört, daß die Frage seiner Nachfolgeschaft wenigstens für eine gewisse Zeit nach seinem Ableben, noch von ihm selbst im Einverständnisse mit dem Kaiser gelöst werde, der ihm so verschwenderische Beweise seiner Zuneigung und seines unbegrenzten Vertrauens schon gegeben hat. Aber wenn diese Lösung durch den Kanzler und bei dessen Lebzeiten nicht erfolgen sollte, dann wird man nicht umhin können, den Grafen Waldersee unter diejenigen Persönlichkeiten zu zählen, welche, wenn künftig die Frage der Nachfolgeschaft auftaucht, wenigstens in Betracht gezogen werden müssen und dieser Umstand ist vielleicht schon für die gegenwärtige Politik in Deutschland nicht ganz ohne Bedeutung." In Abgeordnetenkreisen wurde ganz offen davon gesprochen, daß der Artikel des Hamburger Blattes ein Signalruf von jemand sei, der sich in Schwierigkeiten befinde, und der Alle, die es angeht, darauf aufmerksam machen wolle, daß sie wachsam zu sein hätten. Fürst Bismarck habe stets den guten Grundsatz beherzigt, daß es notwendig sei, schon den Anfängen zu widerstehen. Wo ein mehr sanguinisch beanlagter Politiker vielleicht noch gar kein Unheil sich herausgestalten sähe, nähme der Reichskanzler eine ganz künftige Entwickelungskette in seine Betrachtungen und Entschließungen vorweg und handle so, als ob das schon eingetreten wäre, was er bekämpfen muß. In diesem Falle befinde er sich auch offenbar jetzt. Es mache auf den unbefangenen Beobachter nicht den Eindruck, als ob der Schwerpunkt des offiziösen Warnungsartikels in jenen Stellen liege, die sich mit den Nationalliberalen beschäftigen. Fürst Bismarck habe wieder einmal auf die Möglichkeit hinweisen wollen, daß der Kreuzzeitungsflügel an Macht und Einfluß gewinnen und sich schließlich beim jungen Kaiser durchsetzen könnte. Man könne fragen, ob gerade die unmittelbare Gegenwart Veranlassung dazu geboten habe, derartige Befürchtungen zu hegen. Nachdem so eben erst der Vorstoß der Deklaranten von der Mehrheit der konservativen Partei abgeschlagen worden sei und nachdem persönliche Äußerungen des Kaisers gegen das Treiben der „Kreuzzeitung" bekannt geworden, sollte man meinen, es könne gar kein Zweifel darüber sein, daß der Kaiser bewußt und überzeugt auf dem Boden einer Politik stehe, die mit irgend einer der extremen Richtungen nichts gemein haben will. Aber seltsam bleibe es immerhin, daß die Bemühungen, den wahren Standpunkt des Monarchen zu fassen, in der offiziösen Publizistik immer häufiger und immer dringender würden. Das war bisher nicht Stil in Preußen-Deutschland. Angefangen von der Douglas-Rede bis zu

den merkwürdigen Ausführungen in den „Hamburger Nachrichten“ habe es eine ganze Reihe von anonymen und nicht anonymen Darlegungen gegeben, die sich alle mit der Frage befaßten: Wohin zielt die Politik des Kaisers? Oder vielmehr, wohin wird sie zielen, wenn Fürst Bismarck vom Schauplatz abgetreten sein wird? Bestände nicht im Charakter und in den individuellen politischen Neigungen des Kaisers die Möglichkeit einer nach rechts hinstrebenden Richtung, so würden Erörterungen dieser Art kaum angestellt werden.

„Das gerade ist das Bezeichnende, sagte man, daß trotz aller Versicherungen von offiziöser Seite die Partei, welche durch die „Kreuzzeitung“ repräsentiert wird, an eine Zukunft für sich und ihre Sache glaubt. Der Artikel der „Hamburger Nachrichten“ lüftet den Schleier von den Plänen und Wühlereien dieser Gruppe, indem er einen Namen in die Diskussion schleudert, der bis dahin nur in engeren Kreisen in einem möglichen Zusammenhang mit dem einstmaligen Ausscheiden des Reichskanzlers gebracht worden war. Indem Graf Waldersee als „Programmmann“ der Hochkonservativen genannt wird, bekommt jene Agitation auch in den Augen der Massen gleichsam Fleisch und Blut, immer macht ja doch erst ein Mann, eine Persönlichkeit die Politik lebendig und bringt sie dem Verständnis des großen Publikums näher. Nicht von heute auf morgen wird sich ein Wechsel vollziehen, wofern er überhaupt eintritt. Darauf auch kommt es in diesem Augenblick nicht an, sondern das aktuelle Interesse, welches der Notruf des Hamburger Blattes gewährt, tritt zurück hinter die Darlegung eines Verhältnisses, welches etwas Typisches und Bleibendes an sich hat, und welches darum die politische Welt sobald nicht zur Ruhe kommen lassen wird. Auf eine kurze Formel gebracht, muß der Artikel so verstanden werden: Fürst Bismarck faßt die Möglichkeit einer Bedrohung seines Lebenswerkes ins Auge und er verlangt die unbedingte Unterstützung aller Parteien und Richtungen, die sich auf seinen Namen und seine Politik vereinigt haben, weil er nur so den Rückhalt für den Kampf gegen die Machinationen seiner heimlichen und offenen Gegner finden kann.“

Als feststand, daß der Kaiser eine Reise nach der nordischen Küste unternehmen, daß ihn Graf Waldersee dorthin begleiten werde, während eine Teilnahme der höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes an der Fahrt nicht vorgesehen war, erschien in den „Hamb. Nachrichten“ ein Artikel „Zur Kriegstreiberei“, welcher dem Blatte ebenso wie der frühere Artikel „Die Nationalliberalen und der Reichs-

kanzler", von besonderer Seite zugegangen war. Der Artikel sagte unter anderem: „Man sollte meinen, die Folgen der falschen Kriegs-beunruhigung von 1887 seien noch zu bekannt und fühlbar, als daß Blätter, welche ernst genommen sein wollen, in denselben Fehler fallen könnten, den sie 1887 begangen haben. Dennoch ist dies leider der Fall. So bewegt sich namentlich die „Kreuz-Ztg.", trotz der in den Jahren 1887/88 erhaltenen schmerzhaften Desaveus, seit geraumer Zeit wieder genau in demselben Fahrwasser. Es ist wohl nicht wahrscheinlich, daß sie diese „Politik" auf eigene Faust treibt; es muß vielmehr eine Stelle vorhanden sein, durch welche sie inspiriert wird. Bei den Beziehungen und Verbindungen des Blattes braucht danach nicht erst lange gesucht zu werden. Daß diese Stelle nichts mit der offiziellen Staatspolitik zu thun hat, bedarf keiner besonderen Versicherung."

Die Absicht des Artikels lag auf der Hand. Die wiederholte Bezugnahme auf den „Generalstab" ließ die Spitze erkennen. Nach Verlauf einiger Tage brachten die „Hamb. Nachrichten" einen weiteren Artikel, worin es hieß: „Wenn freisinnige Blätter auf Grund unseres Artikels unter Nennung von Namen einen Gegensatz zwischen dem leitenden Staatsmanne und hohen militärischen Kreisen konstruieren, so entspricht dies lediglich ihrem Bedürfnis nach irgend einer Handhabe, um gegen die Regierung überhaupt Stimmung zu machen. Unser Artikel bot dazu keinen Anlaß. Er hatte lediglich den Zweck, den Gegensatz zu konstatieren, welcher bezüglich der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck namentlich in der „Kreuz-Ztg." seinen Ausdruck findet. Mit dem offiziösen Kampf gegen die russischen Werte hat dieser Gegensatz nicht das mindeste zu thun und die Berufung der „Kreuz-Ztg." hierauf ist nicht entfernt geeignet, sie zu entlasten. Die Zuspitzung unserer Ausführungen gegen die „Kreuz-Ztg." war vielmehr eine durchaus gerechtfertigte und notwendige."

Ein Vergleich beider Artikel der „Hamb. Nachrichten" zeigte, daß der letztere lediglich aus taktischen Gründen das ableugnete, was in dem ersten enthalten war. Selbstverständlich that diese Ableugnung angesichts des klaren Wortlautes des ersten Artikels den Wirkungen desselben keinen Abbruch. Kein Mensch zweifelte natürlich mehr daran, daß es für nötig erachtet worden war, gegen den Grafen Waldersee einen Feldzug in der Presse zu eröffnen. Wäre ein solcher Zweifel noch vorhanden gewesen, so wäre er behoben worden durch die Fortsetzung, welche die Artikel der „Hamb. Nachrichten" während der Reise des Kaisers nach Norwegen in der

„Nordd. Allg. Ztg.“ fanden. Das hochoffiziöse Organ brachte am 7. Juli den bekannten Clausewitz-Artikel.

Nachdem die öffentliche Meinung denselben dahin erörtert hatte, daß darin zum erstenmal in unbestreitbar offiziöser Form das Vorhandensein von Bestrebungen festgestellt wurde, welche auf eine Entscheidung der Kriegsfrage außerhalb des Zusammenhanges mit der allgemeinen Politik des Landes gerichtet sind, erklärte die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Artikel für einen rein „akademischen“. Sie sagte: „In dem vorliegenden Falle ist es um so weniger angebracht, den Herrn Reichskanzler mit dem erwähnten Artikel in irgend welchen Zusammenhang zu bringen, als Se. Durchlaucht bekanntlich in ländlicher Zurückgezogenheit Erholung sucht und kaum Anlaß haben dürfte, sich gegenwärtig mit derartigen Doktorfragen zu beschäftigen.“

Dem Sturm, den der Äolus der „Nordd. Allg. Ztg.“ während der Nordfahrt des Kaisers angefacht, folgten Beruhigungsartikel. Es wurde bestritten, daß eine entschiedene Gegnerschaft in der Frage, ob Krieg, ob Frieden, zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Waldersee bestehe. „Außer Zeitungsartikeln, die sehr füglich eine andere Deutung zulassen und diese auch in unterrichteten Kreisen finden, wird nicht das mindeste Beweismaterial zur Unterstützung dieser Behauptung beigebracht. Graf Waldersee seinerseits legt dem Vernehmen nach den größten Wert darauf, jeden Zweifel darüber auszuschließen, daß er für seine Person den Clausewitzschen Standpunkt über den Krieg durchaus teilt und die Beratschlagung mit dem Kaiser über Krieg oder Frieden für die ausschließliche Aufgabe des Fürsten Bismarck betrachtet. Nicht minder darauf, daß man weiß, er stehe in keinerlei ursächlicher Verbindung mit der Kriegstreiberei der „Kreuz-Ztg.“ und überhaupt in keinerlei Beziehungen zu diesem Blatt.“ Es hieße, so wurde ferner gesagt, der „Kreuz-Ztg.“ zu viel Ehre anthun, „sie im Ernste als das Sprachrohr eines Mannes von der Bedeutung und Verantwortlichkeit des Grafen Waldersee anzusehen. Sie drapiert sich natürlich gern mit der Bedeutung, welche ihr die freisinnige Partei aus Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck andichtet. In Wahrheit aber sind ihre militärischen Hintermänner in äußerst wenig verantwortlichen Stellungen zu suchen.“

Immerhin blieb als Thatsache die immer von neuem notwendig werdende Abwehr des Fürsten Bismarck gegenüber militärischen Autoritäten, die ihn in eine andere Bahn drängen mochten, bestehen. Die Friedenspolitik des einen, und die Kriegstheorie der anderen stand sich zu schroff gegenüber, als daß es sich nicht um einen

Gegensatz hätte handeln sollen, bei dem die Existenz des einen oder des anderen Teiles auf dem Spiele stand. So erklärte sich der nach dem Nordkap gerichtete Warnruf der „Nordd. Allg. Ztg." Das plötzliche Einlenken derselben bedeutete eine neue Waffenruhe. Um solche militärische Hintermänner der „Neuen Preuß. Ztg." aber, die in „äußerst wenig verantwortlichen Stellungen zu suchen sind," hätte sich die „Nordd. Allg. Ztg." wahrlich nicht in Unkosten gesetzt. Auch waren es gewiß andere Leute als diese, die Fürst Bismarck seit Jahren als die Widersacher seiner Friedensliebe unablässig dem deutschen Volke mit den Fingern zeigte. Wie dieselben im übrigen seine Politik bekämpften, ersah man aus dem „Militär-Wochenblatt", das sich u. a. auch sehr despektierlich über die Mittelparteien äußerte, und die Offiziere vor der Annäherung an diese warnte. „Ganz Deutschland", so hieß es dort, „leidet und seufzt unter dem Drucke dieses Alps, welcher die lauwarmen Mittelparteien und die populären Schwätzer erzeugt."

Das „Militär-Wochenblatt" ist ein offiziöses Organ, wie kam dasselbe dazu, gegen die Mittelparteien in der angegebenen Weise loszuziehen? Es war unerhört, daß sich ein amtliches Blatt herausnahm, diejenigen Parteien zu schmähen, welche in voller Überzeugung, damit auf dem rechten Wege zu sein, der Regierung bisher treu zur Seite standen. Für die Auslassungen des „Militär-Wochenblattes" konnte man natürlich nicht die berufene Leitung unserer Politik verantwortlich machen, denn an dieser Stelle war doch zu viel Weisheit vorhanden, als daß man ihr zutrauen durfte, den Ast abzusägen, auf dem sie selbst saß. Dagegen durfte man aus dem Artikel des „Militär-Wochenblattes" schließen, daß die Nebenströmungen, von denen in letzter Zeit so vielfach die Rede gewesen war, wirklich existierten, und zwar unter den hohen militärischen Kreisen, unter deren Ägide das Blatt erschien."

Im „Frankfurter Journal", das von dem Herausgeber der „Berl. Polit. Nachr." inspiriert wird, fand sich eine Bemerkung, welche auf den endlichen Austrag der immer wieder unvermittelten Gegensätze, welche die Kanzlerpolitik zu überwinden habe, hindeutete, und mit Bezug auf die Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin im Monat August sagte:

„Es besteht das Bedürfnis, gewisse innere Mißverhältnisse endlich zu klären. Es sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß dieser August an Bedeutung seine Vorgänger seit 1870 insgesamt überragen wird."

In der That soll während des Besuches des Kaisers Franz Joseph in Berlin der Konflikt zwischen dem Reichskanzler und dem „Chef des Generalstabs“ aus der Welt geschafft worden sein.

Das Kapitel von den Kriegstreibereien kam auch vor den Reichstag. Herr Richter trat bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes mit einer Interpellation auf, worin es hieß: „Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob irgend welche Anzeichen vorliegen, als ob der Chef des Generalstabes darauf ausginge, die auswärtige Politik des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs zu kreuzen, oder irgend ein Verhalten zeigt, welches sich in anderer Richtung bewegt, als diejenige, die der Politik des Herrn Reichskanzlers in auswärtigen Dingen entspricht?“

Diese Frage war an den Grafen Herbert v. Bismarck gerichtet. Gleichwohl nahm der Kriegsminister zunächst das Wort, indem er antwortete: „Da die Sache hier im Hause zur Sprache gekommen ist und sie ein Mitglied der Armee betrifft, so will ich darauf antworten. Ich betrachte diese ganze Erscheinung, welche sich in den letzten Monaten nach dieser Richtung hin abgespielt hat, als frivol und beleidigend. Ich stehe nicht an, ein derartiges Verfahren für frivol zu erklären. (Lebhafter Beifall.) Denn es ist frivol, überhaupt Sachen zu erfinden, die nach unseren Begriffen nicht existieren können; es ist frivol, in solchen Sachen die höchsten Offiziere der Armee hineinzuziehen, um sie in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren. Es ist beleidigend für die Armee, wenn man den Offizieren überhaupt zumutet, daß in ihnen ein Geist entstehen könnte, der in irgend welche Opposition zu der Regierung Sr. Majestät treten könnte. Ich halte dieses Zeugnis mit Rücksicht auf jede Presse aufrecht, die ein derartiges Verfahren bewußt ausführt, gleichgültig, welcher Partei sie angehört.“

Alle Welt erkannte damals an, daß von den Deutsch-Freisinnigen lediglich im partei-politischen Interesse eine sensationelle Scene herbeigeführt worden war, die im öffentlichen Interesse vollkommen überflüssig war. Graf Waldersee hatte selbst in einem Toast beim Schluß der Unfallverhütungs-Ausstellung seine friedliche Gesinnung und insoweit seine Übereinstimmung mit der Leitung der auswärtigen Politik bestimmt ausgesprochen; die Herbeiführung der Scene von jenem Tage kam deshalb auf ein höchst überflüssiges, wiederholtes Hineinziehen des Chefs des Generalstabes in die politischen Erörterungen heraus — das ihm nach seinen eigenen Erklärungen so unerwünscht war. Gerade von der deutsch-freisinnigen Seite war Graf Waldersee

seit Jahr und Tag als das hinter den Koulissen spielende Organ finsterer Reaktion behandelt worden. Als aber auch von Seiten des Kartells Andeutungen über einen Zwiespalt zwischen dem Chef des Generalstabes und dem leitenden Staatsmanne gemacht wurden, warf der Freisinn sich sofort zum Patron des ersteren auf, um dafür den letzteren an den Pranger zu stellen. Die Interpellation hatte deswegen etwas ungemein Komisches, da doch wohl niemand so naiv war, zu glauben, daß, wenn wirklich ein Konflikt zwischen Waldersee und Bismarck bestanden hätte, die Regierung einen solchen würde coram populo bestätigt haben. Ein Berliner Blatt erinnerte an die Zeit des Krimkrieges, wo der damalige Leiter der preußischen Politik, der Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Manteuffel, der Ansicht war, das Wichtigste für Preußen sei, im Bunde mit Österreich durch diplomatische Mittel Rußland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen; es gab aber auch andere Bestrebungen, worüber Sybel in seinem neuen Geschichtswerk berichtet:

„In schneidendem Gegensatz zu diesen Entschließungen oder Velleitäten stand die Gesinnung der persönlichen Umgebung des Königs, an erster Stelle des Generaladjutanten Generals v. Gerlach, sowie der Generale Graf Dohna und v. d. Gröben, zu welchen dann, wenn auch mit geringerem Ansehen, der Flügeladjutant v. Manteuffel, der Kabinettsrat Niebuhr und gelegentlich der frühere Minister Graf Alvensleben-Erxleben hinzutraten. Hier war man nach konservativer Anschauung kurz und bestimmt russisch, erfüllt von begeisterter Verehrung für den großen Zaren, welcher 1849 Österreich und 1850 Preußen vor dem Dämon der Revolution beschirmt hatte, und der jetzt in den heiligen Kampf zöge, um das Kreuz wieder auf der Hagia Sofia zu erhöhen und Europa von der Besudelung durch den Islam zu reinigen. Man wollte nicht geradezu für den Zaren in den Krieg stürmen, im übrigen aber alles thun, um Rußlands Stellung zu verbessern; würde jedoch die Teilnahme am Kampfe unvermeidlich, so gehöre Preußen an die Seite nicht des revolutionären Frankreich, sondern des konservativen Rußland.“

Angenommen nun, daß Herr Richter zu jener Zeit schon das preußische Abgeordnetenhaus durch seine Gegenwart geziert und eine ähnliche Anfrage, wie am 22. November 1889 gestellt hätte — glaubt irgend jemand, daß alsdann der Ministerpräsident v. Manteuffel erwidert hätte: „Ja wohl, Herr Richter, Sie haben ganz recht, der General v. Gerlach und seine Freunde hindern mich in der

Leitung der auswärtigen Politik!?" Und doch wäre der damalige Kriegsminister offenbar nicht in der Lage gewesen, wie jetzt Herr v. Verdy, zu versichern, es sei „frivol" und es sei „beleidigend" für die Armee, wenn man ihr zumute, daß in derselben ein Geist bestehen könnte, der in irgend welche Opposition mit der Regierung Sr. Majestät zu treten vermöchte.

Soweit, was die Interpellation betrifft. Die Antwort des Kriegsministers war nun freilich derart, dem deutschen Freisinn Wasser auf die Mühle zuzuführen, wenn auch durchaus absichtslos. Niemand bezweifelte, daß die Spitze der Anfrage sich gegen den Reichskanzler richtete, mochte sie auch so formuliert sein, daß der Kriegsminister und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu antworten hatten, wie sie es thaten. Indem Herr v. Verdy in möglichst starken Ausdrücken von der „frivolen Presse" sprach, welche Dinge behauptet habe, die in Preußen unmöglich seien, wurde dem eben in der Bildung begriffenen Antikartell eine Waffe ausgeliefert, die es sodann trefflich zu handhaben verstand. Herr Richter beeilte sich in derselben Sitzung noch einmal das Wort zu ergreifen und von dem amtlich dokumentierten „Unfug der offizösen Presse" zu sprechen.

Erst im Jahre 1891, beim Rücktritt des Grafen Waldersee, hat sich herausgestellt, daß ein förmliches Preßbureau des früheren Generalstabschefs bestanden hat und kann er auch nicht persönlich als der Urheber der Artikel angesprochen werden, welche zu den Gerüchten über „Kriegstreibereien", über „militärische Nebenströmungen" Anlaß gaben, so ist doch die Thatsache festgestellt, daß ihn die Verantwortung für die kriegslustigen Auslassungen besonders der „Kreuz-Ztg.", welche die amtliche Politik der Reichsregierung störten, unweigerlich trifft. Unter diesen Umständen gewannen die Ausführungen der „Hamb. Nachrichten" und der Clausewitz-Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." erst ihr volles Verständnis. Die Verfasser der militärischen Artikel der „Kreuz-Ztg." welche häufig gegen die Regierung ankämpften und im Auslande Zweifel an der Friedensliebe Deutschlands erregen konnten, sind bekannt geworden, sie gehörten dem Generalstab an oder hatten doch Beziehungen zu demselben. In der alten Litanei gegen Bismarck: „Preßtreiben gegen Kaiserin Friedrich, Battenbergiade, Hetze gegen die Schweiz, Lärm um Graf Waldersee ꝛc." gab es wieder einen Vers weniger. Im übrigen hat die Broschüre „Videant consules", welche bald nach der Entlassung Bismarcks erschien, bezeugt, was der Clause-

witz- und andere Artikel zu bedeuten hatten, die gegen die Kriegstreibereien gerichtet waren.

Die Reise des Kaisers nach dem Nordkap, ohne den Staatssekretär des Auswärtigen, Graf H. Bismarck, der sonst dem Monarchen bis zur Newa, Donau, Tiber gefolgt war, hatte im Lager des Videant consules Hoffnungen erweckt, in Friedrichsruh beunruhigt. Jene Hoffnungen wurden vereitelt. Aber man darf den Reisen des Kaisers die Wirkung nicht absprechen, daß sie die Beziehungen des Monarchen zu Bismarck gelockert haben, wie dieser selber einmal gesagt hat: „Der Kaiser war viel auf Reisen, und ich konnte ihn nicht begleiten, so gewannen andere, jüngere Persönlichkeiten sein Vertrauen“.



III.

Militärische und politische Neubildungen.

Eine eigentümliche Verkettung der Schicksale berief Kaiser Wilhelm auf den Thron, ehe er, wie seine Vorgänger, den vollen Weg der militärhierarchischen Laufbahn durchmessen. Die beiden nächsten Vorgänger hatten, ehe sie den Thron bestiegen, dem Feinde gegenüber einen höheren Befehlshaberposten bekleidet, der eigene Vater zweimal gegenüber Feinden, die in vieler Augen bis dahin als überlegen gegolten hatten. Auch eine reiche Friedenserfahrung auf militärischem Gebiet stand den Vorgängern zur Seite. Schätzen wir diese nicht gering, heute ist der Friede der Normalzustand des Kriegers, aber diese Friedensarbeit, sie trägt in sich den Keim des Sieges oder der Niederlage. Ein künftiger Krieg ist nicht bloß ein Kampf um Machtstellung, es ist ein Kampf um staatliche Existenz. Es giebt heute keine größeren Heere mehr, welche nicht die Nation in Waffen darstellen, der Krieg ist kein Handwerk mehr, wie es ein großer Dichter gesungen, es wird ein Völkerringen sein, ein Kampf aller gegen alle bis zum letzten Blutstropfen. Seit jene Überzeugung die Völker durchdrungen, hat der Ausbruch eines großen europäischen Krieges an Wahrscheinlichkeit verloren. Es ist möglich, daß den Heeren Europas noch auf lange Zeit hinaus kriegerische Arbeit erspart bleibt, um so wichtiger wird die Friedensarbeit sein, um so wichtiger aber auch, daß uns in dieser Arbeit die Überlieferung des Krieges nicht verloren gehe. Unser Kaiser Wilhelm II. hatte vor der Thronbesteigung nur denjenigen Teil der militärischen Laufbahn zurückgelegt, in welchem der höhere Befehlshaber über eine einzige Waffengattung verfügt. Wir wissen alle, daß jene Laufbahn mit dem Kommando einer Infanteriebrigade abschloß, und daß ihm selbst hierbei durch eine Verkettung der traurigsten Umstände der groß-

väterliche oder väterliche Berater nicht mehr zur Seite stehen durfte. Es konnte der Gedanke auftauchen, als vermöchte bei unserem Kaiser sich jene Lücke fühlbar zu machen, als könne auch der verknüpfende Faden mit jener militärischen Generation, die durch ihre unvergleichlichen Siege das Vaterland geeint, die aber dem Lauf der Dinge gemäß in ihren Spitzen fast ausgestorben ist, verloren gehen. Nun, wenn jene Sorge bestanden, so hat sie sich als eitel erwiesen. Die Deutsche Armee hat unter Kaiser Wilhelm II. in den Personen ihrer höheren Befehlshaber einen Verjüngungsprozeß durchlaufen. Es war so natürlich, daß Kaiser Wilhelm I. alle Mitkämpfer an seinen großen Siegen bis zum äußersten Maß ihrer Kräfte dem Dienst erhalten wissen wollte und nur ungern in den dringendsten Fällen Abschiedsbewilligungen erteilte. — Waren doch alle diejenigen, die sich selbst nicht mehr den Anforderungen des Dienstes für gewachsen hielten, dem hohen Herrn gegenüber noch jung und auch hier lag der so natürliche Wunsch vor, den letzten Lebensjahren die freundliche Gewohnheit zu erhalten. — Hatte doch auch der Kaiser in vielen Fällen es selbst ausgesprochen, daß er diese oder jene Änderung, die er für zweckmäßig erkannte, seinem Nachfolger überlassen wolle, und hatte er doch gewiß über viele solcher Änderungen schon mit dem Prinzen Wilhelm gesprochen, in jener trüben Zeit, als es ihm schon zur schmerzvollen Gewißheit geworden war, daß sein edler Sohn kaum auf lange, wenn überhaupt jemals zur Regierung gelangen könnte. Für die Beweglichkeit und Schlagfertigkeit der Armee konnten aus solchem Stillstande freilich manche Bedenken erwachsen; und so ist es denn auch des Nachfolgers erstes Werk gewesen, die Armee zu verjüngen, und jungen Kräften freien Spielraum zu schaffen.

Es hat an Klagen über verletzte persönliche Interessen, oder über vermißte Pietät, andererseits über Beschwerden der Opposition im Parlamente über die außerordentliche Steigerung der Pensionslast nicht gefehlt. Es ist eine ausgemachte Sache, daß eine länger dauernde kriegerische Thätigkeit nicht bloß an den Geist und Willen, sondern auch an den Körper der Führer hohe Anforderungen stellt; wenn die Kriegsgeschichte Feldherrn registriert, welche in einer Sänfte ihren Heeren vorangetragen wurden und dabei Siege erfochten, so ist dies immerhin ein abnormes Verhältnis. Jene körperliche Fähigkeit, immer die anhaltende Dauer der Inanspruchnahme vorausgesetzt, findet im Lebensalter ihre Grenze, wenngleich wir niemals eine Altersgrenze statuieren, wenigstens keine,

die lediglich vom Kalender abhängt. Wilhelm I. war im deutsch-französischen Kriege ein dreiundsiebzigjähriger Mann, Moltke ein siebzigjähriger, und eine Reihe anderer hervorragender Führer wenig jünger. Die Kriegserfahrenheit wird immer nur schwer ersetzt, wenn auch der Kriegsheld einem jugendlichen Monarchen bei Truppenübungen nicht mehr über Stock und Stein zu folgen vermag.

Man hat auch viel von einer veränderten Stellung der Spitzen der Militärverwaltung zu einander, von den veränderten Beziehungen zwischen dem Militärkabinett, dem Kriegsminister, dem Generalstabschef u. s. w. gesprochen. In einer jüngst erschienenen Lebensbeschreibung des Generals von Manteuffel wird erzählt, wie König Wilhelm I. den Chef des Militärkabinetts, als sich derselbe Bemerkungen, welche über den Rahmen seines Amtes hinausgingen, gestattete, mit den Worten zurückgewiesen habe: „Ich brauche keinen Witzleben.“ Wurde im Beginne der Konfliktszeit, namentlich in Twestens Schrift „Was uns noch retten kann,“ die Stellung des Militärkabinetts als unverantwortlicher Behörde neben dem verantwortlichen Kriegsministerium vielfach erörtert, so wußte bald der Kriegsminister von Roon seinen eignen Platz sehr entschieden zu behaupten. In der Folgezeit trat das Militärkabinett mehr und mehr zurück, es unterstand dem Kriegsministerium, und von Reibungen wurde wenig vernommen. Heute hat das Militärkabinett anscheinend wieder neben und gegenüber dem Kriegsministerium eine höhere Bedeutung gewonnen. Die „Voss. Ztg.“, die beim Rücktritt des Ministers von Verdy sich so äußerte, setzte hinzu: „Indessen heute hat auch der Chef des Generalstabes und überdies der vortragende Generaladjutant im Vergleiche mit dem Kriegsminister eine weit einflußreichere Stellung, als sie selbst Graf Moltke eingenommen hat.“ Damals war noch Graf Waldersee Generalstabschef. Moltke erlebte es noch, daß durch die plötzliche Versetzung seines Nachfolgers der Nimbus der Stellung des Generalstabschefs, die der Verewigte derselben verliehen hatte, erloschen erschien. Das vorhin genannte Blatt beklagte Verdys Rücktritt und sagte, derselbe habe sich in seiner Ministerstellung unbehaglich gefühlt. Er sei bei allen Parteien ebenso geachtet, wie beliebt gewesen, keinem Kriegsminister werde eine Volksvertretung bereitwilligeres Entgegenkommen beweisen, als ihm. Also müsse Herr v. Verdy über den Widerstand verstimmt gewesen sein, den er außerhalb des Parlamentes finde. Und wer wollte leugnen, daß noch niemals ein preußischer Kriegsminister aus parlamentarischen Gründen gegangen ist? Aber diese Stellung müsse seit Jahr und

Tag allerdings eine ungewöhnlich schwierige sein, da schon General Bronsart von Schellendorff trotz größerer Schneidigkeit sich nach einem Korpskommando sehnte. Früher wurde der Kriegsminister jedem anderen Einflusse gegenüber durch die mächtige Persönlichkeit des Fürsten Bismarck gestützt. Heute wird die Stellung des Kriegsministers noch dadurch erschwert, daß der Reichskanzler Berufssoldat ist. So unterstand Herr v. Verdy als Minister, obwohl er der ältere General war, Herrn v. Caprivi und er mußte sich gefallen lassen, daß der Reichskanzler dieselben Militärpläne in das Reich der phantastischen Zukunftsbilder verwies, welche der Minister sicherlich nicht ohne Auftrag von entscheidender Stelle in großen Umrissen gezeichnet hatte. Es war des Kaisers eigener Gedanke, daß die allgemeine Wehrpflicht vollständig durchgeführt, d. h. jeder waffenfähige Mann thatsächlich eingestellt und ausgebildet werde. Dieser Plan wirkte auf die Nerven des Reichstags, und nicht bloß der Opposition, so aufregend, daß Herr v. Caprivi dem Kriegsminister, den parlamentarischen Dolmetsch des kaiserlichen Gedankens, desavouieren mußte.

Wie das Quantum, so ist das Quale der Armee das unausgesetzte Augenmerk des obersten Kriegsherrn.

In Verordnungen und Ansprachen, namentlich an Offiziere, wurde auf die Lebensführung, auf Einfachheit und Mäßigkeit, auf die Pflege der Kameradschaft „im hohen Stile" hingewiesen. Großes Aufsehen erregte der Kabinettsbefehl von 29. März 1890, welcher, ausgehend von der durch die Errichtung zwei neuer Armeekorps notwendig gewordenen Vermehrung der Offizierstellen, von den Regimentskommandeuren verlangte, daß sie hinsichtlich der Herkunft, der Vorkenntnisse, der Höhe der Monatszulagen, der Luxusausgaben der Offiziere bestimmte Grenzen beobachten sollten.

Wie der Kaiser am 1. September 1888 ein Exerzierreglement für die Infanterie erlassen hatte, welchem am 20. April 1886 ein solches für die Kavallerie und am 23. Mai 1887 eine Felddienstordnung vorangegangen waren, so erließ er am 25. März 1889 ein Exerzierreglement für die Feldartillerie, worin es hieß: „Die Feldartillerie soll durch ihr Feuer die Bahn zum Siege brechen. Hauptsache ist für sie deshalb gutes Schießen, rechtzeitig und vom richtigen Platz. Dies fordert volle Beherrschung der Waffe mit ihren vielseitigen Eigentümlichkeiten und hohe Beweglichkeit." Für das Gefecht wurde Wert darauf gelegt, gleich anfangs eine überlegene Geschützzahl zu entwickeln und eine Massenwirkung entfalten zu können, daher Verwendung im Abteilungs- oder im Regimentsverbande Regel sein sollte. Eine be-

sondere Bedeckung der Artillerie wurde im allgemeinen als nicht erforderlich bezeichnet.

Im Volke hat man auch die Empfindung, daß die künftige Kriegführung, was Strategie und Taktik betrifft, Wilhelm I. und Moltke weit hinter sich lassen wird. Die Wagnisse werden durch die Persönlichkeit des Kaisers an Kühnheit gewinnen. Die höher gegriffene Aufgabe der Marine ist in einer Rede, die der Kaiser im Monat April 1891 in Kiel gehalten, ausdrücklich hervorgehoben worden. Während seines Besuches daselbst fand im Saale der Marine-Akademie eine Versammlung des Seeoffizierkorps statt, in welcher Kapitänleutnant Weyer einen Vortrag über die Kriegsflotten Europas hielt, dem auch der Kaiser beiwohnte. An den Vortrag schlossen sich einige weitere, von dem Kapitän zur See Prinz Heinrich gegebene Darlegungen, nach welchen sofort der Kaiser das Wort ergriff, um seinerseits einen improvisierten, an das Gehörte anknüpfenden kurzen aber inhaltsreichen Vortrag zur Sache zu halten. Der Kaiser sprach etwa 25 Minuten in freier, ersichtlich unvorbereiteter Rede. In dem Bericht darüber hieß es: „In unserer Marine denkt man, namentlich in den höheren Kreisen, noch heute mit schmerzlichem Bedauern an die Zeiten des Krieges von 1870—71, in denen unsere Flotte mit ihren besten, zu passender Zeit mit Erfolg verwendbaren Kräften in dem Kriegshafen an der Nordsee zurückgehalten, und jegliche offensive Aktion ihr untersagt wurde. Damals mangelte nicht nur eine Strategie zur See, was durch die Kleinheit unserer Flotte erklärlich war, sondern auch der Taktik waren enge Fesseln angelegt, und noch heute erinnert man sich mit Bedauern der von oben ergangenen Ordre, welche dem Admiral Jachmann den am 12. August geplanten, einen taktischen Erfolg versprechenden Angriff auf das französische Panzergeschwader bei Helgoland untersagte. Wer jene Periode in unserer Flotte mit durchgemacht, dem ist die Niedergeschlagenheit, welche sich unserer besten Marineoffiziere im Vergleich mit der freien Thätigkeit der Landarmee damals bemächtigte, unauslöschlich im Gedächtnis verblieben. Aus dem Geiste, den die Rede des Kaisers in der Marine-Akademie atmete, hat das Offizierkorps der Marine die Überzeugung gewonnen, daß Zeiten dieser Art niemals wiederkehren werden. Im Gegenteil, das altpreußische, zur energischen Offensive drängende Element wird in etwaigen zukünftigen Kriegen auch bei unserer Kriegsmarine zur vollen Geltung kommen, trotzdem ihr der Gesamtlage nach die Situation der Defensive vorgeschrieben ist. „Der Angriff ist die

beste Verteidigung", dieser Grundsatz wird in Zukunft taktisch in allererster Linie stehen, wenn nicht ausschließlich maßgebend sein."

„Der Inhalt des Vortrags des Kaisers, hieß es zum Schluß, ist vom Seeoffizierkorps mit hoher Befriedigung aufgenommen worden. Was für weitere Kreise, namentlich der Politiker hierbei von wesentlichem Belang ist, das ist die Thatsache, daß die Direktiven in den Kaiserlichen Ausführungen in weiser Selbstbeschränkung mit dem vorhandenen Material, resp. dem feststehenden Umfange einer „Verteidigungsflotte", wie sie im Retablissementsplan von 1889 vorgezeichnet ist, rechnen, und sich von allen, bei oberflächlicher Kenntnisnahme der Kaiserlichen Darlegungen etwa befürchteten sogenannten „uferlosen Plänen" durchaus fern halten. Mit dem 1870—71 in Geltung gewesenen System der „Defensive ohne jede ernste Offensivunternehmung" ist aber gründlich gebrochen."

Wir sind immer belehrt worden, daß gegen die beiden gewaltigen Flotten, die Frankreich in der Ost- und Nordsee postierte, unsere geringen maritimen Kräfte unter allen Umständen auf die Defensive angewiesen waren. In dem Generalstabswerke über 1870—71 wird darüber in Bezug auf die Ostsee gesagt: „Die Masse der feindlichen Flotte lag bei Tage auf der vom Winde abgewendeten Seite der Insel meist unter Dampf, kreuzte aber in der Regel nur während der Nacht, indem sie die Flußmündungen durch schnell erscheinende und sogleich wieder verschwindende Vorpostenschiffe beobachten ließ. Sobald sich solche — gewöhnlich in Zwischenräumen von 2 bis 3 Tagen — der Einfahrt zum Wangerooger Fahrwasser näherten, ging ihnen der Arminius entgegen und veranlaßte hierdurch die feindlichen Fahrzeuge jedesmal zum Umwenden auf Helgoland. Da letztere dem Arminius an Schnelligkeit überlegen waren, so wurde aus ihrem auffälligen Verhalten auf die Absicht geschlossen, das preußische Schiff zu übereilter Verfolgung zu verleiten und in ein Gefecht zu verwickeln, welches dann auch die übrigen Teile des Jade-Geschwaders herbeiziehen mußte. Admiral Jachmann hatte sich indessen in richtiger Erkenntnis der Sachlage dahin entschieden, einen Kampf gegen den weit überlegenen Feind auf offener See zu vermeiden, und ging daher auf die ihm anscheinend gestellte Falle nicht ein." Es ist klar, daß zwischen dieser Auffassung Moltkes in seinem Generalstabswerke und jenem Berichte über die Rede des Kaisers Wilhelm II. in Berlin ein Widerspruch besteht. Vielleicht kommt noch die Aufklärung.

Es ist bekannt, welche Vorliebe Kaiser Wilhelm für das See-

leben besitzt. Jene Vorliebe gab den Anstoß dazu, daß er an der Spitze einer stattlichen Flotte seine Besuche an den nordischen Höfen ausführte. Kaiser Wilhelm steht bezüglich der deutschen Flotte, wie man sagt, erst am Anfang der Reformen, die damit begonnen, daß er der Marine eine Spitze in Gestalt einer aus ihr selber hervorgegangenen, bewährten Persönlichkeit verlieh, der es leider nicht vergönnt sein sollte, jenes Reformwerk durchzuführen (Graf Monts). Im Hintergrunde der Bestrebungen der maßgebenden Kreise scheint, trotz aller Verwahrung dagegen, die Schaffung einer Flotte ersten Ranges zu stehen. So eröffnete der Staatssekretär im Marineamt Hollmann, Nachfolger Heusners, in der Budgetkommission des Reichstages im Februar 1891 über dem Retablissementsplan von 1889/90 hinaus die Perspektive einer weiteren Entwickelung der Marine. „Deutschland müsse auch zur Schaffung einer Marine ersten Ranges das Geld finden.“ Überhaupt ließen sich die Flotten nicht nach einem bestimmten Range klassifizieren.

Im Jahre 1889 wurden die obersten Marinebehörden neu organisiert, indem die Funktionen des Oberbefehlshabers und des obersten Verwaltungschefs der Marine, welche damals der Chef der Admiralität in seiner Person vereinigte, auf zwei verschiedene Personen übertragen wurden durch Gründung eines Oberkommandos und eines Reichsmarineamtes, das erstere für den Oberbefehl, das zweite für Technik und Verwaltung. Es fehlte im Reichstage nicht an Opposition. „Die Teilung der Admiralität in ein Oberkommando und in eine Reichs-Marineverwaltung widerspricht allen praktischen Erfahrungen. Wir haben von 1861 bis 1870 diese Zweiteilung gehabt; der Marineminister v. Stosch hat hier die Verhältnisse unter der damaligen Zweiteilung als geradezu unausstehlich bezeichnet. Marineverwaltung und Oberkommando hätten sich zu einander verhalten wie zwei feindliche Brüder in demselben Geschäft. Jetzt heißt es in der Denkschrift, beim Ausbruch eines Krieges müßte ohnedies eine Zweiteilung erfolgen, deshalb möchte man sie schon im Frieden machen. Die Erfahrungen von 1870 sprechen für das gerade Gegenteil. Denn unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges wurde eine einheitliche Leitung der Marine hergestellt. Auch Prinz Adalbert, der frühere Oberkommandeur, widerriet nach dem Kriege, die Zweiteilung wieder einzuführen. Man ließ es also dabei bewenden. Noch in den letzten Tagen des Kaisers Friedrich ist von dem jetzigen Kaiser, als damaligem Stellvertreter, eine neue Organisation der Marine publiziert worden, die ganz auf der einheitlichen Leitung der Marine fußte.

Um so überraschender war es, daß unmittelbar nach dem Thronwechsel, nach dem Rücktritt Caprivis offiziös verlautete, daß nunmehr die Teilung in ein Oberkommando und in eine Verwaltung durchgeführt werden solle. Die Analogie mit der Armee trifft nach verschiedenen Richtungen nicht zu. Der Oberkommandeur der Armee ist der Kaiser selbst, der auch mit dem Kriegsminister und mit dem Reichskanzler in organischer Verbindung steht." Der Reichskanzler Fürst Bismarck verteidigte im März 1889 die Teilung aus konstitutionellen Gründen. Er betonte, daß die Stellung des für die Marineverwaltung verantwortlichen Reichskanzlers zu einem auch das Marine-Kommando, aber dieses nur unter dem Kaiser, führenden Chef der Admiralität eine unhaltbare sei.

Das Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße war am 26. März in helles Licht getaucht; der Reichskanzler Fürst Bismarck gab ein parlamentarisches Diner, das aber von allen seinen Vorgängerinnen dadurch eine besondere Bedeutung erlangte, daß der Kaiser an demselben teilnahm. Eine Anzahl Abgeordnete hatten, als sie das Reichskanzlerpalais betraten, von dem Vorhaben des Kaisers noch keine Kenntnis erlangt und sie waren auf das freudigste überrascht, als sie den hohen Herrn erblickten.

Der Kaiser war sehr frühzeitig gekommen, kurz vor sechs Uhr fuhr er vor dem Palais in der Wilhelmstraße vor. Der hohe Herr trug die Marine-Uniform, was von den anwesenden Reichstagsabgeordneten als eine besondere Aufmerksamkeit gegen den Reichstag wegen der Marinebewilligungen betrachtet wurde. Der Kaiser ließ sich, noch ehe er sich zu Tisch setzte, die geladenen Gäste des Kanzlers vorstellen. Der Kaiser war außerordentlich heiter und fröhlich gestimmt, von einer Gruppe zur andern ging er hin und her. Da war kein Abgeordneter, den er nicht in ein Gespräch zog, von dem Einem ließ er sich über die heimatlichen Verhältnisse unterrichten, während er mit den Anderen kurz die parlamentarischen Arbeiten besprach, er gedachte des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, berührte das Genossenschaftsgesetz, mit großer Vorliebe verweilte er bei den Verhältnissen der Marine.

Eine ganz besonders freudige Überraschung bereitete er dem Abgeordneten von Huene (Centrum), er hatte ihm den Roten Adlerorden II. Klasse mitgebracht und ließ ihm denselben überreichen; bei der Überreichung betonte der Kaiser die Verdienste, welche sich der Abgeordnete bei den parlamentarischen Debatten im Reichstag um die Marine erworben habe.

Nachdem das Diner aufgehoben war, machte der Kaiser, eine Cigarre rauchend, wiederum Cercle, in längere Gespräche zog er die Abgeordneten von Bennigsen, Miquel; scherzend und heiter wandelte dann der Kaiser wieder von einer Gruppe zur anderen, im Gespräch nochmals die heimatlichen Verhältnisse berührend, die Arbeiter-Angelegenheiten streifend, hier und da geschichtliche Erinnerungen berührend.

Die Ordensauszeichnung, welche dem Herrn von Huene durch den Kaiser zu teil wurde, brachte eine große Bewegung in der fortschrittlichen und klerikalen Presse hervor. Zuerst wurde der Scharfsinn an der Meldung eines Berichterstatters geübt, daß der Grund dieser Ordens-Verleihung in dem Verdienst des Herrn von Huene um die Genehmigung der Neuordnung der obersten Marinebehörden zu finden sei. Herr v. Frankenstein hatte nämlich vor der Rede des Kanzlers erklärt, daß er und seine Fraktion gegen die Teilung der Admiralität sei; als darauf Fürst Bismarck die Maßregel befürwortete, sah man, während dieser sprach, Herrn v. Huene zu Herrn von Frankenstein herantreten und lebhaft auf ihn einreden; offenbar die Wirkung dieser Vorstellungen — welche durch den augenblicklich abwesenden Herrn Windthorst nicht paralysiert werden konnten — war die alsbaldige Erklärung des Herrn v. Frankenstein für den eine halbe Stunde vorher von ihm verworfenen Vorschlag. Wie es nun auch um die Gründe der Ordensverleihung stehen mochte, so war es doch zweifellos, daß dieselbe ein bemerkenswerter Vorgang war, dessen Bedeutung kaum verkannt werden konnte: er konstatierte die veränderte Stellung desjenigen Teils der Centrumspartei, dessen spezieller Führer Herr v. Huene war, zur Reichs- und Staatsleitung.

Im März 1891 war viel von einer Krise in den höchsten Marine-Behörden die Rede. Es wurde über die an der chilenischen Küste hervorgetretene Mangelhaftigkeit in den Dispositionen über die Kriegsschiffe geklagt und von einer Erschütterung der Stellung des kommandierenden Admirals gesprochen. Von einer Seite bemerkte man mit Bezug darauf, daß nach den jüngst der Öffentlichkeit übergebenen organisatorischen Abgrenzungen des Wirkungskreises für Reichs-Marine-Amt und Oberkommando der Marine die Stellung des kommandierenden Admirals eine wesentliche Beschränkung an Pflichten und Befugnissen erfahren habe, sei ebenso einleuchtend, als es feststehe, daß durch eine schöpferische Ausgestaltung der Admiralstabsgeschäfte erhöhte Anforderungen an die Thätigkeit und Leistungsfähigkeit des Oberkommandos der Marine herantreten. Es liege

daher durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß dem jetzigen kommandierenden Admiral das Einleben und Einarbeiten in die veränderten Verhältnisse Aufgaben stelle, deren Lösung er anderen Kräften zu überlassen geneigt sein durfte. Es sei zunächst eine überraschende Erscheinung, daß gerade zu einem Zeitpunkt, an welchem die Vertretung der Marine-Verwaltung vor dem Lande Zeugnis von einer allgemein anerkannten Unzulänglichkeit abgelegt habe, Erschütterungen in höchsten Kommando-Behörden der Marine eintreten. Bei der immerhin geringen Stärke unseres Seeoffizierkorps liege die Befürchtung nahe, daß für die leitenden Stellen die geeigneten Persönlichkeiten nicht immer gefunden werden. Eine richtige Wahl der Führer sei gleichwohl das ernsteste Erfordernis im Interesse der Zukunft unserer Marine und müsse man es daher für bedauerlich ansehen, wenn die Kommandogewalten unter dem Druck der Verwaltungsbeamten einem jähen Wechsel preisgegeben wären. Andererseits wurde bestritten, daß die Verschiebungen in den höchsten Kommandostellen der Marine mit den Dispositionen über unsere auswärtigen Flottenteile in Beziehung ständen. Die Zurückhaltung des Kreuzergeschwaders in China von der so dringend erwünschten Verwendung desselben an der chilenischen Küste könne schwerlich dem Oberkommando der Marine zur Last gelegt werden. Diese befremdende und betrübende Beschneidung der Lebensaufgaben unserer Flotte würde, falls sie vom kommandierenden Admiral ausginge, allerdings als ein Zeichen dafür anzusehen sein, daß in der Führung der Marine ein ihrem Beruf und Wesen fremder Geist Platz ergriffen hätte, welchen fortzuweisen, die Marine wie die Nation nur dringend wünschen könnte. Daß die Dinge thatsächlich nicht so lägen, gehe mit genügender Deutlichkeit allein schon aus der Begründung hervor, welche der Reichskanzler für die Vernachlässigung deutscher Interessen in Chile im vermeintlichen Interesse der Marine gegeben habe. Es gebe wohl kaum einen Seeoffizier, welcher den dort entwickelten Argumenten irgend eine Beweiskraft beilegen möchte — ein Ober-Kommando der Marine aber, welches für derartige Grundsätze und Anschauungen eintreten sollte, würde sich selbst den Todesstoß geben. Träte demnach ein Kommandowechsel in der Marine thatsächlich ein, so lägen die Gründe hierfür wohl lediglich auf dem Gebiete der neuesten Organisation und leiten sich her von der veränderten Stellung des Ober-Kommandos der Marine zum Reichs-Marine-Amt. „Sollte Freiherr v. d. Goltz“, so schrieb ein Berliner Blatt, „sich wirklich mit Rücktrittsgedanken tragen, so dürfte der

Grund darin zu suchen sein, daß in der Behandlung der Marine-Angelegenheiten an allerhöchster Stelle ein Modus verfolgt wird, der von dem unter Kaiser Wilhelm I. geübten, erheblich abweicht. Der verewigte Monarch pflegte alle Angelegenheiten des Heeres und der Marine erst mit den Abteilungschefs eingehend zu besprechen, ehe er seine Entscheidung traf. Besonders in Fragen der Marine trat der Kaiser mit seiner eigenen Ansicht wohl kaum jemals in den Vordergrund. Jetzt haben wir einen Kaiser, der mit Begeisterung an der Marine hängt, und eine eingehende Kenntnis von dem Marinewesen besitzt. Zudem ist nach dem Tode Kaiser Wilhelm I. ein Marinekabinett errichtet worden, an dessen Spitze ein dem Range nach dem kommandierenden Admiral unterstehender Seeoffizier sich befindet, der aber seinem Vorgesetzen gegenüber den Vorzug hat, zu jeder Zeit das Ohr des Monarchen zu haben, während der Chef des Oberkommandos der Marine nur einmal wöchentlich — bekanntlich pflegt es Dienstags zu sein — beim Kaiser Vortrag hält. Berücksichtigt man außerdem den Umstand, daß des Kaisers Bruder, bei dem innigen Verhältnis, welches zwischen beiden besteht, in vielen Fragen sein fachmännisches Urteil zur Geltung bringen dürfte, so ergiebt sich für den kommandierenden Admiral, der ja auch in seiner Stellung gegenüber dem Reichs-Marine-Amt in Bezug auf Organisation, Technik und besonders den Geldpunkt eingeschränkt ist, eine Fülle von Gelegenheiten, bei denen Meinungsverschiedenheiten sich ergeben können."

Es konnte nicht fehlen, daß die großen Verschiebungen innerhalb der Militär- und Marineverwaltung, namentlich das Aufräumen mit Personen, den Gedanken nahe legten, auf welche Umwälzung man sich innerhalb der Civilverwaltung in Preußen und im Reiche gefaßt zu machen habe. Schon bald nach dem Regierungsantritt des jungen Kaisers schwirrten Gerüchte durch die Zeitungen von Änderungen in der Organisation der Reichsämter, insbesondere von Loslösung einzelner derselben von der Person des Reichskanzlers. Die „Nordd. Allg. Ztg." dementierte sie. Da brachte die „Indépendance Belge" einen Artikel unter der Überschrift „Wilhelm II. und Fürst Bismarck", in welchem gesagt wurde, in den dem Fürsten sehr viel näher stehenden politischen Gruppen, als es die Gruppe des Herrn Eugen Richter sei, habe man diese Nachricht (von den Änderungen der Reichsämter) lanciert zu dem alleinigen Zweck, in diskreter Weise dem Fürsten von Bismarck nahezulegen, daß es Zeit wäre, sich einen eventuellen Nachfolger zu bezeichnen,

wie es der Feldmarschall von Moltke gethan habe, um ohne Erschütterungen und nutzloses Tasten den Übergang der sehr ausgedehnten Machtvollkommenheit des Kanzlers in andere Hände, die notwendiger Weise weniger erfahren sind, vorzubereiten. Der Kanzler, es ist wahr, sei von der Last der Jahre nicht so bedrückt wie der Feldmarschall von Moltke; aber es werde bemerkt, daß lange Zeit, bevor der ehemalige Chef des Generalstabes dieses Alter erreicht hatte, er die Wahl eines späteren Nachfolgers in der Person des Grafen von Waldersee getroffen habe, der in der That ihm nachgefolgt ist. Im übrigen war Graf Moltke im Generalstabe weit davon entfernt, in einer solchen Lage zu sein, wie diejenige des Kanzlers sei, welcher in seinen Händen alle Machtbefugnisse vereinige und in gewisser Weise allmächtig sei, dergestalt, daß keine nur irgendwie wichtige Frage von allgemeinem Interesse sich ohne seine Mitwirkung regeln lasse. „Einer der gerechtesten Vorwürfe, wurde bemerkt, welche man dem Reichskanzler selbst in befreundeten Kreisen macht, ist, daß in dem Reiche alles so eingerichtet ist, wie wenn er allein da wäre, um eine Frage entscheiden zu können und wie wenn er für immer sich seiner geistigen Fähigkeiten und seiner Arbeitskraft erfreuen sollte." Die Thatsache, daß die Nachricht einer Reorganisation der Reichsämter anfangs durch notorisch liberale Zeitungen gelaufen und nicht sofort durch die offiziöse Presse widerlegt worden sei, zeige deutlich an, daß diese ganze Geschichte sich in einem Kreise entwickelt habe, welchen man über die Neigungen des jungen Kaisers gut unterrichtet erachten müßte. Es würde in der That eigentümlich sein, daß, nachdem der Kaiser in der Armee dem jungen Element einen so weiten Spielraum eingeräumt und nachdem er so deutlich seinen Willen einer allgemeinen Verjüngung zu erkennen gegeben habe, er in der Regierung des Reiches es beim alten lassen sollte. Hieraus erkläre sich auch das Gerücht, welches mehr als einmal entstanden sei, daß zwischen dem Kanzler und seinem Souverän eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Die Frage der Reorganisation der Reichsämter scheine in der That nur ein ballon d'essai, eine nicht feindliche, sondern freundliche Andeutung, gerichtet an die Adresse des Fürsten Reichskanzlers, gewesen zu sein; darum sei sie durch Zeitungen in die Welt geschleudert worden, die im allgemeinen wenig für Phantasien oder Nachrichten nach Art der fortschrittlichen Presse zugänglich seien.

Die „Nordd. Allg. Ztg." druckte diesen Artikel ohne Kommentar ab, nur mit der Bemerkung, daß der Verfasser mit den Berliner Verhältnissen wohl vertraut sei, und daß es nicht konservative, sondern

liberale Kreise seien, aus denen die Mitteilungen jenes Artikels stammen. Die höfliche Miene, die die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu den Äußerungen des belgischen Blattes machte, sowie ihre Enthaltung von weiteren Bemerkungen dazu, ließ darauf schließen, daß sie durch die bloße Wiedergabe des Artikels wirken wollte, d. h. nur den Zweck verfolgte, die Existenz von Leuten zu bezeugen, die den Kaiser gern dahin lenken möchten, daß das in der Armee angewandte Prinzip der Verjüngung auch auf die Regierung des Reiches übertragen würde. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ denunzierte sie, sozusagen, dem größeren Publikum. Sie hätte nur genauer von den Extrem-Konservativen sprechen sollen, die in Bezug auf Bismarck die Wünsche der Deutsch-Freisinnigen teilten. Indessen das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler trat mehr und mehr als ein solches in die Öffentlichkeit, welche jede Trennung für immer auszuschließen schien.

Von den Änderungen der Reichsämter hörte man nichts wieder. Dagegen trat in der Praxis ein veränderter Verkehr des Monarchen mit den Ministern hervor. Der Kaiser gewöhnte sich daran, während der Abwesenheit des Fürsten Bismarck auch mit anderen Ministern oder mit vertrauten Männern, die eine unverantwortliche Stellung einnahmen, Beratungen zu halten. Fürst Bismarck, welcher als Reichskanzler und als preußischer Ministerpräsident die Verantwortung für die ganze äußere und innere Politik des Deutschen Reiches und Preußens hatte, hielt streng darauf, daß alle Reichsämter und alle preußischen Ministerien unter seine oberste Aufsicht gestellt wurden, und nicht unabhängig von ihm mit dem Kaiser verkehren und eine der seinigen entgegengesetzte selbständige Politik machten. Er hatte das Recht, dies zu verlangen; denn niemand konnte ihm zumuten, daß er für etwaige Mißgriffe seiner Kollegen die Verantwortung übernehme und die Folgen der begangenen Fehler ruhig kommen sehe, vielleicht ohne im stande zu sein, dieselben wieder gut zu machen.

Der Manteuffelschen Ära verdanken wir die Kabinettsordre vom 8. September 1852, welche den Verkehr des Monarchen mit den Ministern in der folgenden Weise ordnete:

„Ich finde es nötig, daß dem Ministerpräsidenten, mehr als bisher, eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die notwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verhaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich

folgendes: 1. Über alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden einer Berichterstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen."

Diese Allerhöchste Ordre sollte den übeln Erfahrungen steuern, die mit der großen Unabhängigkeit der preußischen Minister vom Ministerpräsidenten und vom Gesamtministerium gemacht worden waren, welche Unabhängigkeit so weit ging, daß sich einzelne Minister zuweilen nicht bloß den Weisungen des Ministerpräsidenten widersetzten, sondern auch die Beschlüsse des Gesamtministeriums unbeachtet ließen. Wir führen einen solchen Fall aus der Zeit an, wo der Minister Westphalen das Portefeuille des Innern führte. Ein politisch unkompromittierter Mann wurde auf Befehl Westphalens um irgend eines Vorwandes willen angeklagt. Von sämtlichen Instanzen freigesprochen, wurde er, da er, obwohl in Preußen geboren, das Staatsbürgerrecht nicht besaß, aus der preußischen Monarchie auf Befehl des Ministers ausgewiesen. Der Rekurs an den Ministerpräsidenten v. Manteuffel, welcher das Verfahren unverhohlen mißbilligte, hatte nur einen Aufschub von einigen Monaten zur Folge, bis ein Beschluß des Gesamtministeriums erfolgt war. Durch den letzteren wurde Westphalen aufgefordert, den Ausweisungsbefehl zurückzunehmen. Trotzdem hielt dieser seinen Akt aufrecht, und die Ausweisung wurde vollzogen, ohne daß dem Betroffenen Zeit gelassen wurde, das Gesamtministerium noch vorher von diesem Vorfall in Kenntnis zu setzen. In den meisten Angelegenheiten verhandelten die Minister ganz unabhängig vom Gesamtministerium mit dem König direkt, so daß dieser eigentlich der wahre Minister

war. Es ist klar, daß durch diese Einrichtung die konstitutionelle Tradition einigermaßen beeinträchtigt wurde. Denn nur ein solcher Zustand kann als ein echt konstitutioneller betrachtet werden, wo das Gesamtministerium und sein Präsident zu allen wichtigeren Maßregeln der einzelnen Departements ihre Zustimmung erteilt haben, die sie mit ihrer Verantwortlichkeit decken, wo demnach das ganze Ministerium solidarisch für seine Mitglieder einsteht und die Minister mit ihrem Präsidenten stehen und fallen.

Die erwähnte Ordre, welche wieder Ordnung schuf, ließ Kaiser Wilhelm II. in Vergessenheit geraten. Hatte Fürst Bismarck selber von ihm gesagt, er, der Kaiser, werde sein eigener Reichskanzler und sein eigener Ministerpräsident sein, so hatte er damit bereits sein eigenes Todesurteil ausgesprochen. Man darf aber wohl diese Auflösung der herkömmlichen Ordnung nicht bis auf die erste Zeit der Regierung Wilhelms II. datieren, sie trat erst nach und nach hervor.



IV.

Der Kaiser und Fürst Bismarck.

Der Kaiser hatte in seiner kurzen Regierungszeit schon wiederholt ein hohes Interesse für die Arbeiterfrage bezeugt. Am 6. Februar 1889 empfing er, wie man weiß, den Präsidenten Bödiker vom Reichsversicherungsamt und den Herrn Rösike, von welchen jener Ehrenpräsident, dieser Vorsitzender der deutschen allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung war. Nachdem Bödiker dem Kaiser für die Übernahme des Protektorats, und für das Interesse, welches derselbe dem Unternehmen entgegenbringe, gedankt hatte, erwiderte der Kaiser: „Er habe das Protektorat gern übernommen, denn die Arbeiterschutzfrage interessiere ihn schon seit langer Zeit. Er verdanke dieses Interesse zum Teil seinem ehemaligen Erzieher Geheimrat Hinzpeter, der schon seit langen Jahren und zu einer Zeit, bevor das allgemeine Interesse sich dieser Frage bemächtigt hätte, für dieselbe thätig gewesen sei. Die Arbeiter seien so gut seine Unterthanen, wie die Arbeitgeber, und er könne nicht zugeben, daß den ersteren der Schutz vorenthalten würde, auf den sie Anspruch hätten. Er habe auch die Absicht, sich gelegentlich durch eigenen Augenschein von den für Arbeiter getroffenen Einrichtungen zu überzeugen und zu diesem Zwecke diese oder jene Fabrik zu besuchen. Es käme überhaupt darauf an, den Arbeitern die Überzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand seien und allseitig als solcher anerkannt würden, nur dann würde es gelingen, sie der Sozialdemokratie zu entfremden." Im Mai desselben Jahres empfing der Kaiser zuerst eine Deputation der strikenden Bergleute aus den westfälischen Bergbezirken; später eine Deputation der Grubenbesitzer. Letzterer sagte er: „Ich möchte dringend empfehlen, daß die Bergwerksgesellschaften und ihre Organe in Zukunft möglichst nahe Fühlung

mit den Arbeitern haben, damit ihnen solche Bewegungen nicht entgehen, denn ganz unvorbereitet kann der Strike sich unmöglich entwickelt haben. Ich möchte Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche zu formulieren und sich vor allen Dingen immer vor Augen zu halten, daß diejenigen Gesellschaften, welche einen großen Teil Meiner Unterthanen beschäftigen, auch dem Staat und den beteiligten Gemeinden gegenüber die Pflicht haben, für das Wohl der Arbeiter nach besten Kräften zu sorgen. Ich betrachte es als Meine Königliche Pflicht, den Beteiligten, den Arbeitgebern sowohl, wie den Arbeitern, Meine Unterstützung bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten in dem Maße zuzuwenden, in welchem sie ihrerseits bemüht sind, die Interessen ihrer gesamten Mitbürger durch Pflege der Einigkeit unter einander zu fördern und vor Erschütterungen wie diese zu bewahren." Das Interesse des Kaisers für baldige gütliche Beilegung des Streites war so groß, daß er seinen früheren Erzieher, Geheimrat Hinzpeter, veranlaßte, von Dortmund aus ihm genauen Bericht über die Lage des Strikes zu erstatten. Daher kam es, daß der Kaiser mehr Hinneigung für die Arbeiter, als für die Arbeitgeber zu haben schien, worin wohl schon damals Fürst Bismarck dem Monarchen nicht vollständig folgte.

Am 22. Okt. desselben Jahres wurde der Reichstag eröffnet. Es gab eine sehr bemerkbare Schwüle in Berlin, die über der ganzen Session bis in den Anfang des Jahres 1891 lasten blieb. Die Eröffnung erfolgte ohne Kaiser und Kanzler. Jener hatte kurz zuvor Berlin verlassen, um in Athen die Schwester dem Gatten zu freien, und Konstantinopel aufzusuchen, von wo er an Bismarck telegraphierte, ihm sei alles wie ein Traum. Dieser weilte in Varzin und zwar nach seiner eigenen, später gemachten Angabe aus dem Grunde: „Wenn er nach Berlin gekommen wäre, so hätte er sich notwendig über die sozialen Fragen aussprechen müssen. Er würde das Sozialistengesetz energisch vertreten und das in Geltung befindliche als unzulänglich hingestellt haben. Er wäre dadurch amtlich mit den damals reifenden sozialpolitischen Ansichten des Kaisers in Widerspruch getreten, und dürfe deshalb angenommen werden, daß es dem Wunsche des Kaisers entsprochen habe, wenn Fürst Bismarck an der Reichstagsdiskussion sich nicht beteiligte."

Am 26. Januar 1890, abends, erfolgte der Schluß des Reichstags mit einer Rede des Kaisers, in der es hieß: „Mit besonderer Befriedigung habe Ich die fortschreitende Durchführung der in der

Botschaft Meines Hochseligen Herrn Großvaters vom Jahre 1881 ausgesprochenen Gedanken durch den weiteren Ausbau der Unfallversicherungsgesetzgebung und namentlich durch die Vereinbarung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes begrüßt. Den der Fürsorge vorzugsweise bedürftigen Gliedern des Volkes ist dadurch für die Sicherung ihrer Zukunft eine Gewähr geboten, welche für den inneren Frieden des Vaterlandes von guten Folgen begleitet sein wird. Bleibt auch auf diesem Gebiete noch vieles zu thun übrig, so bin Ich doch überzeugt, daß der Anteil, welchen der Reichstag an dem bereits Erreichten hat, im Volke nicht vergessen werden wird. Auf den gewonnenen Grundlagen wird sich weiter bauen lassen, um den arbeitenden Klassen die Gewißheit zu verschaffen, daß die gesetzgebenden Gewalten für ihre berechtigten Interessen und Wünsche ein warmes Herz haben, und daß eine befriedigende Gestaltung ihrer Lage nur auf dem Wege friedlicher und gesetzmäßiger Ordnung zu erreichen ist. Es ist Mein dringender Wunsch und Meine Hoffnung, daß es dem folgenden Reichstage gelingen möge, im Verein mit den verbündeten Regierungen für die auf diesem Felde notwendigen Verbesserungen wirksame gesetzliche Formen zu schaffen. Ich betrachte es als meine ernste und erhabene Aufgabe, auf die Erfüllung dieser Hoffnung hinzuwirken." Hier wurde allerdings das soziale Werk des Großvaters noch rühmlich hervorgehoben. Als einzig bedeutsam aber galt das Schweigen über das eben im Reichstage gescheiterte Sozialistengesetz.

Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie hatte nach seiner letzten Erneuerung bis zum 30. September 1890 Gültigkeit. Das Verlangen, daß statt der stets wiederkehrenden Erneuerungen auf kurze Zeit ein dauernder Zustand geschaffen und dementsprechend das bestehende Gesetz einer Revision unterzogen werde, war in den letzten Jahren immer dringender hervorgetreten. Es wurde demgemäß unterm 25. Oktober 1889 dem Reichstag ein neuer Gesetzentwurf in dieser Angelegenheit vorgelegt, der nicht mehr wie in früheren Jahren einfach die Gültigkeitsdauer des unverändert bestehenden Gesetzes um eine mäßige Frist verlängern sollte, sondern erhebliche Abänderungen vorschlug.

Die wichtigste derselben war die Aufhebung der Fristbeschränkung, das neue Gesetz sollte dauernd gültig sein, bis die Zeit gekommen sein würde, wo man solcher Abwehrmittel nicht mehr bedürfe. Sachlich waren in dem Gesetzentwurf eine Anzahl erheblicher Milderungen hinsichtlich der Erweiterung der Rechtsgarantieen, der Be-

seitigung oder Abschwächung von Strafvorschriften und polizeilichen Bestimmungen vorgeschlagen. Die unter dem Namen des „kleinen Belagerungszustandes“ bekannten außerordentlichen Maßregeln (vorgängige Genehmigung der Polizeibehörden zu Versammlungen, Verbot der Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, Beschränkung des Waffentragens) wurden aufgehoben, mit Ausnahme der allerdings wichtigsten Bestimmung, wonach Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen war, der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften versagt werden konnte.

Der Minister Herrfurth gab in seinen verschiedenen Ausführungen zu, daß diese Maßregel eine zweischneidige Waffe sei; er erkannte an, daß gerade sie in der allgemeinen Meinung dem Gesetze hauptsächlich den Charakter eines Ausnahmegesetzes geben und zur Agitation gegen dasselbe benutzt werde. Allein die Existenz dieser Befugnis habe sich doch als sehr wichtig erwiesen. In zahlreichen Fällen, in welchen die Anwendung dieser Befugnis vollkommen begründet gewesen sei, habe die Drohung mit der Ausweisung genügt, die Betreffenden von einer Fortsetzung ihrer früheren maßlosen Agitationen abzuhalten; nicht ein einziges Mal hätten sie durch ihr späteres Verhalten die Behörden genötigt, sie auszuweisen. Als Drohmittel habe die Befugnis daher einen großen Wert und bewirke eine Mäßigung der sozialdemokratischen Agitation.

Das Gesetz wurde abgelehnt, und der Kaiser schwieg darüber in seiner Schlußrede. Sofort galt es als sicher, daß das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert werden würde, vielmehr die Rückkehr zum gemeinen Recht eintreten solle, und die gegenwärtigen Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches in den Augen des Kaisers für ausreichend gelten.

Über die Haltung, welche der Kaiser zu dem Sozialistengesetz eingenommen hat, sind noch heute Nachrichten verbreitet, welche den Thatsachen nicht entsprechen. Zwar muß jedermann einleuchten, daß die Rückkehr zum gemeinen Recht, ohne daß im Reichstage ein — von vornherein nicht aussichtsloser — Versuch gemacht wurde, das Sozialistengesetz in irgend einer Form zu verlängern, nur auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers erfolgen konnte. Denn wäre der Kaiser für ein Sozialistengesetz etwa ohne Ausweisungsbefugnis gewesen, so hätte die Regierung eine in diesem Sinne gehaltene Vorlage nicht unterlassen. Auf derjenigen Seite, wo man den Eindruck lebhaft empfindet, daß in den heutigen Regierungskreisen der Sozial-

demokratie gegenüber eine schwächliche und sentimentale Anschauungsweise Platz gegriffen, glaubt man der Ansicht gegenüber, daß der Herrscher das Gesetz nicht gewollt habe, versichern zu dürfen, der Kaiser, sämtliche Monarchen, sämtliche Minister wünschten die Fortdauer des Sozialistengesetzes, und waren deshalb bereit, das dauernde Spezialgesetz in der von den Nationalliberalen dargebotenen Form, also ohne Ausweisungsbefugnis anzunehmen, Fürst Bismarck sei allerdings anderer Ansicht gewesen.

Es ist richtig, daß der Kaiser im Kronrat vom 24. Januar 1890 meinte, das Sozialistengesetz biete auch ohne die Ausweisungsbefugnis Handhaben zur Unterdrückung von Ausschreitungen genug und daß derselben Ansicht die übrigen Minister waren. Diese Bereitschaft, das Gesetz ohne Ausweisungsbefugnis zu genehmigen, war das äußerste Zugeständnis, welches dem Fürsten Bismarck gemacht wurde. War mit dem Fürsten Bismarck nicht mehr zu rechnen, so fiel auch die Notwendigkeit jenes Zugeständnisses fort. Der frühere Reichskanzler, der eben von Friedrichsruh nach Berlin gekommen war, erklärte, er wolle einstweilen lieber gar kein Sozialistengesetz, als ein verstümmeltes. Er hatte die Absicht, das Sozialistengesetz zur Wahlparole zu machen, und brachte, wie ohne Widerspruch gemeldet worden ist, einen entsprechenden Satz in die bei Auflösung des Reichstages zu verlesende Thronrede; indessen strich der Kaiser diesen Satz aus dem Entwurfe, und des Gesetzes wurde keinerlei Erwähnung gethan. Jener Kronrat vom 24. Januar 1890 war der eigentliche Ausgangspunkt der Kanzlerkrisis. Fürst Bismarck, welcher die Absicht hatte, an Stelle der Ausweisung die Verbannung treten zu lassen, bekämpfte die Ansicht des Kaisers. Daß der eigentliche Stein des Anstoßes die soziale Frage war, sagte Bismarck später bei mehreren Unterredungen. „Der Kaiser neigt sich bei seinem guten Herzen dahin, daß man den Sozialisten mit milden Maßregeln, mit Güte beikommen soll. Ich bin vollkommen entgegengesetzter Meinung. Bei solcher Meinungsverschiedenheit konnte ich nicht lange mehr im Amte bleiben. Und da der Kaiser auf meine Frage, ob er auf der Durchführung seiner Anschauungen bestehe, mir antwortete, er bestehe darauf, so erwiderte ich: Da kann ich nicht mitthun und muß gehen." Ein ander Mal sagte der Fürst: „Der Kaiser als der bessere Mensch von uns beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich hat, hat sich für den Frieden entschieden, während ich kämpfen wollte, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschieden-

heit war einer der Gründe, aus denen ich mein Amt niedergelegt habe."

Schon aus diesen Mitteilungen geht zur Genüge hervor, daß der Kaiser es war, der den Ausschlag gegen das Sozialistengesetz gab. Allein aus den Verhandlungen des Staatsrats ist bekannt, daß der Kaiser bei einer Erörterung über die Notwendigkeit des Sozialistengesetzes erklärte: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich ganz allein fertig werden." Ferner ist der Bericht von keiner Seite angefochten worden, daß der Kaiser bei dem für den Staatsrat veranstalteten Festessen im Schlosse einen seiner Gäste über das Sozialistengesetz befragte und auf dessen Erklärung, am besten lasse man dasselbe am 30. September ablaufen, wörtlich erwiderte: „Das ist ganz meine Meinung!" An diesen Thatsachen ist die Angabe der „unterrichteten Seite" zu prüfen, daß der Kaiser die Fortdauer des Sozialistengesetzes „gewünscht" habe. Hätte er sie gewünscht, so hätte es an der verfassungsmäßigen Form zur Verlautbarung dieses Wunsches im neuen Reichstage nicht gefehlt.

Im Monat Februar erfuhr Berlin plötzlich eine große politische Wandlung. Kaiser Wilhelm II. wurde mit einem Male „populär". Er war es ja längst anderswo, aber die Hauptstadt citierte immer noch den Vater, um den Sohn in den Schatten zu stellen. Da kamen die Erlasse vom 4. Februar, und sofort wurde der junge Kaiser von dem deutschen Freisinn proklamiert: „Er ist unser!" Kaiser Friedrich wurde nicht mehr gegen ihn citiert. Jenen Erlassen ging um wenige Tage der Rücktritt des Reichskanzlers vom Handelsministerium voraus, das er zehn Jahre verwaltet hatte. Man brachte beides, diesen Rücktritt und die Erlasse in einen Zusammenhang. Der frühere Widerspruch des Kanzlers gegen den in den Erlassen ausgesprochenen Gedanken in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, wurde sofort als das deutliche Merkmal eines Gegensatzes zwischen Kaiser und Kanzler und einer Erschütterung der Stellung des letzteren gefeiert. Man sprach von einer Abschwenkung des Kaisers von dem Standpunkte der sozialen Reform, wie ihn sein Großvater in der Novemberbotschaft von 1881 eingenommen und durchgeführt hatte.

Der Kaiser wollte zu seinem Geburtstage, am 27. Januar 1890, das sozialpolitische Manifest erlassen. Wegen der in der Kronratssitzung vom 24. Januar hervorgetretenen Differenzen mit dem Reichskanzler verzögerte sich die Zeichnung und die Veröffentlichung der Erlasse bis zum 4. resp. zum 7. Februar. In-

zwischen hatte Herr von Berlepsch das Handelsministerium übernommen.

Am 14. Februar wurde im Königlichen Schlosse in Berlin der Staatsrat vom Kaiser eröffnet, um die Erlasse vom 4. Februar zu beraten. Über das Verhalten des Fürsten Bismarck zu den Arbeiten des Staatsrats wurde damals berichtet: „Die Institution des Staatsrats hatte ursprünglich den Zweck, nur dem Könige in Konkurrenz mit den Ministern als Mittel zur Information zu dienen; der Staatsrat bildete eine Erweiterung des Kreises der Ratgeber des absoluten Herrschers über die Zahl der aktiven Staatsminister hinaus. In dem Verfassungsstaate gehören aber auch die Staatsminister zu den durch den Staatsrat zu Informierenden. Der Staatsrat liefert ihnen Material, auf Grund dessen sie dem Könige als dessen verantwortliche Ratgeber ihre schließlichen Vorschläge machen. Es würde also mit der Stellung eines Ministers nicht verträglich sein, wenn er bereits im Staatsrate zu dem Gegenstande der Beratung eine definitive Stellung nehmen und seine Auffassung festlegen wollte. Letzteres darf er erst in der kollegialischen Beratung des Staatsministeriums, in welcher die Minister über ihre Sr. Majestät dem Könige zu unterbreitenden Vorschläge selbständig und ohne Staatsrat verantwortlich zu beschließen haben. Im Staatsrat nimmt ein aktiver Minister heut zu seiner Information bezüglich der von ihm zu vertretenden Ministerialbeschlüsse teil, ohne sein, dem Ministerkonseil vorbehaltenes Votum festzulegen. Das gilt auch für die Plenarsitzungen des Staatsrats, im verstärkten Maße aber für die Sitzungen der Abteilungen, denen die Minister gar nicht angehören. Der Ministerpräsident hat dann auch in der That an den jüngsten Beratungen des Staatsrats keinen aktiven Anteil genommen; er hat der ersten Sitzung der Ausschüsse als Vizepräsident des Staatsrates beigewohnt, sich aber jeder Meinungsäußerung enthalten und in die Diskussion gar nicht eingegriffen. Die Behauptung, Fürst Bismarck habe gegenüber den sozialpolitischen Anregungen im Staatsrate eine „ablehnende Haltung" beobachtet, ist also willkürlich erfunden."

Indessen, wie wir später erfahren haben, hatte Fürst Bismarck nicht die günstige Aufnahme der Erlasse im Staatsrate erwartet, die sie dort fanden. Am 15. März, mittags um 2 Uhr, versammelten sich in dem sogenannten Kongreßsaale, Wilhelmstraße 77 (Palais des Reichskanzlers), die sämtlichen bisher eingetroffenen Delegierten zur internationalen Arbeiterschutz-Konferenz. Sie wurden von dem Handelsminister, Freiherrn von Berlepsch, im Namen

Sr. Majestät willkommen geheißen und ihnen der Kaiserliche Dank für das Entgegenkommen ausgesprochen, mit welchem ihre Regierungen der Einladung zur Konferenz gefolgt seien.

Der Bundesrat der Schweiz hatte schon am 15. März 1889 den Regierungen der europäischen Industriestaaten eine Note zugesandt, welche den Vorschlag enthielt, daß Vertreter derselben im September in Bern zu einer Konferenz sich versammeln sollten, um zur internationalen Regelung der Fabrikarbeit Vereinbarungen zu treffen. Am 11. April berichtete der italienische Botschafter in Berlin, die deutsche Regierung habe die Sache dem Studium kompetenter Autoritäten unterbreitet, und werde an der Konferenz teilnehmen, ohne sich indessen in ihrer Aktionsfreiheit beschränken zu lassen. Am 3. Juli 1889 erkundigte sich Crispi nach der von den Kabinetten zu Berlin, Brüssel, London, Paris, Washington und Wien eingenommenen Haltung. Der italienische Botschafter in Berlin erwiderte: wie ihm der Graf Berchem erzählte, habe anfangs unter den Beamten der Reichskanzlei der Gedanke der Konferenz viel Anklang gefunden, aber Fürst Bismarck teile die Ansicht seiner Untergebenen durchaus nicht, glaube vielmehr nicht, daß eine ähnliche Konferenz zu praktischen Resultaten gelangen könne. Das kaiserliche Kabinett habe bis jetzt noch keine Antwort gegeben, doch sei eine Ablehnung der Einladung wahrscheinlich. Um Mißverständnisse auszuschließen, hatte die schweizerische Regierung inzwischen die Frage einem erneuten Studium zu unterwerfen beschlossen und darum die Konferenz aufs Frühjahr 1890 verschoben. Die Note schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dann auch die noch ausstehenden Antworten, u. a. die Deutschlands, erfolgt sein würden. Am 10. Februar meldete der italienische Gesandte zu Bern das Erstaunen der schweizer Regierung über die Thatsache, daß, während am 5. Februar die Schweiz die Einladungen zur Konferenz ergehen lasse, am folgenden Tage der „Reichsanzeiger" den bekannten Erlaß Kaiser Wilhelms an den Fürsten Bismarck veröffentlichte, worin diesem aufgetragen wurde, Frankreich, England, die Schweiz und Belgien zu einer Konferenz über denselben Gegenstand nach Berlin einzuladen. Der Gesandte schrieb: „Die so unerwartete Nachricht von der Veröffentlichung des kaiserlichen Erlasses hat die Bundesregierung nicht wenig überrascht, umsomehr, da, nachdem schon seit einigen Tagen durch die Zeitungen bekannt war, daß die Schweiz die Cirkularnote erlassen, in dem kaiserlichen Erlaß kein Hinweis auf die von der Schweiz ergriffene Initiative sich findet, und keinerlei

vorläufige Mitteilung an die Berner Regierung ergangen war. Herr Droz verbarg mir nicht den einigermaßen peinlichen Eindruck, den die Veröffentlichung der kaiserlichen Reskripte machte. Indessen fügte er hinzu, die schweizer Regierung sehe mit Interesse, wie eine so hohe mächtige Persönlichkeit die von der Schweiz angeregte Sache zu der seinen mache."

Am 8. Februar übersandte Fürst Bismarck dem deutschen Botschafter in Rom eine Abschrift des kaiserlichen Erlasses, mit dem Auftrage, dieselbe der italienischen Regierung zu übergeben, und sich über die Absichten dieser Regierung zu vergewissern. Der italienische Minister des Auswärtigen erwiderte, die Regierung sei glücklich, sich in völliger Übereinstimmung mit den Ansichten der kaiserlichen Regierung zu befinden. Am 15. Februar berichtete der italienische Gesandte in Bern, die schweizer Regierung habe der deutschen für ihre Mitteilung gedankt und daran erinnert, wie sie schon wegen einer ähnlichen am 5. Mai in Bern abzuhaltenden Konferenz engagiert sei, zu der am 5. Februar die Einladungen ergangen seien und wegen welcher sie noch die Antwort Deutschlands erwarte. Der Bundesrat sehe keinen Grund, auf die schon festgesetzte Konferenz zu verzichten und sei bereit, die Zusammenberufung zu beschleunigen. Am 19. Februar schrieb Crispi an den Botschafter Nigra in Wien: „Von Berlin giebt man mir den Wunsch zu erkennen, daß ich auf vertraulichem Wege beim Bundesrat dahin wirke, daß derselbe die Einladung zur Konferenz wegen der sozialen Fragen zurückziehe, oder wenigstens verschiebe. Es ist hinzugefügt, daß ein ähnlicher Wunsch dem österreichischen Botschafter am deutschen Hofe ausgesprochen. Ich bin geneigt zuzustimmen, möchte aber die Absichten des Grafen Kalnoky kennen und ob er bereit ist, seinen Vertreter in Bern zu beauftragen, sich dem unsrigen anzuschließen bei seinen dahin zielenden Bemühungen, wobei recht verstanden alles zu vermeiden ist, was einer Pression ähnlich wäre. Sie verstehen, welche Reserve und Vorsicht notwendig ist." Nigras Antwort war eine bejahende. So telegraphierte Crispi am 21. an den italienischen Vertreter in Bern, er möge der Bundesregierung den Rat geben, auf die Konferenz vom 5. Mai zu verzichten und der von Deutschland einberufenen sich anzuschließen. Am folgenden Tag schrieb Crispi an den italienischen Botschafter in Berlin, der schweizerische Gesandte zu Berlin sei zur Erklärung ermächtigt, daß die Schweiz an der deutschen Konferenz sich beteiligen wolle, wenn dieselbe nicht aus Diplomaten, sondern aus Technikern bestände und dasselbe

Programm verfolge, wie die von der Schweiz einberufene, die dann auf unbestimmte Zeit vertagt würde. Am 25. Februar 1890 übermittelte der Berliner Botschafter Crispi den Dank des Kaisers und Bismarcks für die Vermittelung der italienischen Regierung bei der Schweiz, wonach diese die Berner Konferenz sine die vertagte.

Am 3. März ging eine Note des italienischen Gesandten in Bern ein, welche die Beteiligung der Schweiz an der Berliner Konferenz meldete und folgendermaßen schloß:

„Hier hegt man wieder die Hoffnung, daß nach Erlangung praktischer Resultate festgesetzt werde, daß die kontrahierenden Staaten in der Folge regelmäßige Konferenzen abhalten werden, um die erzielte Übereinstimmung zu modifizieren und zu verbessern und daß die erste derartige Konferenz in Bern zusammentrete. Käme es nicht zu einer Einigung, so wäre der Bundesrat nicht abgeneigt, in der Folge eine neue Vereinigung in Bern vorzuschlagen, die vielleicht einen besseren Ausgang verspräche, da zur Diskussion so ernster und delikater Probleme ein kleiner und neutraler Staat geeigneter erscheint, in dem alle Gedanken frei und ohne höhere Rücksichtnahme ausgesprochen werden können."

Marocchetti, der Botschafter in Petersburg, schrieb in einer am 27. abgesandten Depesche folgendes:

„Die offiziellen russischen Kreise und die Presse zweifeln am Erfolg der internationalen Arbeiterschutzkonferenz, zu welcher der deutsche Kaiser selbst die Initiative ergriffen. Übrigens weiß Ew. Excellenz, daß Rußland zur Teilnahme nicht aufgefordert ist, und gestern sagte mir Herr v. Giers, er freue sich, daß die entschiedene Weigerung, an der Berner Konferenz teilzunehmen, ihm die Verlegenheit erspart habe, einem deutschen Vorschlage eine wenig günstige Aufnahme zu bereiten. Er fügte hinzu, der Sozialismus sei im Grunde für Rußland von geringer Bedeutung, das unterm Nihilismus leide, welcher die Doktrine des Sozialismus zurückweise. Allen Diplomaten gegenüber, die über diesen Gegenstand mit ihm sprachen, äußerte Herr v. Giers seine Befriedigung darüber, daß Rußland ähnlichen Projekten fernbleibe, deren Resultate sich nicht berechnen lassen, zumal in einer Zeit, wo der Sozialismus in allen Ländern reißende Fortschritte mache. Zeigt die Konferenz nicht den Sozialisten — fuhr Herr v. Giers fort — daß mit ihnen wie mit einer wirklichen Macht gerechnet werden muß? Ist es etwa weise und angezeigt mit solchen Elementen gleichsam in Verhandlung einzutreten? Und wie könnte man eine internationale Kodifizierung finden, die

in gleicher Weise geeignet wäre für so viele, der Rasse und der Regierungsform nach grundverschiedene Länder? Die Sozialisten sind ohnehin schon zu sehr geneigt, die Grenzen zu ignorieren, welche die einzelnen Länder sondern; für sie existieren keine nationalen Aspirationen; Vaterland und Banner sind ihnen leere Worte ohne Sinn; der gemeinsame Feind ist das Kapital, der Besitz. Die Berner Konferenz zielte nur auf praktische Fragen. Die von Deutschland vorgeschlagene trägt vielmehr einen politischen Charakter".

Wendet man sich von dem moralischen Eindruck, der von den Beschlüssen der Berliner Konferenz vielleicht erwartet werden durfte, zu ihrer praktischen Bedeutung, so hieße es, sich selbst täuschen, wenn man an eine solche glauben wollte. Es stand freilich von vornherein fest, daß die Konferenz keine irgendwie verbindlichen Beschlüsse fassen konnte. Trotzdem hätte sie die ihrer Beratung unterstellten Probleme wohl für die öffentliche Meinung Europas weiter klären können, wenn über ihre Verhandlungen, fortlaufend eingehende offizielle Berichte erstattet worden wären, oder wenn die Beschlüsse — was freilich schwieriger war — auf die streitigen Einzelheiten der erörterten Fragen eingegangen wären. Wie das Ergebnis der Konferenz jetzt vorlag, bestand es in einer Anzahl Erklärungen, wonach gewisse Beschränkungen der Arbeit „wünschenswert" sind. Darüber bestand indes schon vor der Konferenz unter denen, welche sich mit diesen Dingen beschäftigt haben, kein Zweifel. Die Frage war, wie weit diese Beschränkungen durchführbar und wie ihre Folgen sein würden, außerdem wie man in den einzelnen Ländern sich zu den „wünschenswerten" Änderungen stelle. Darüber ging aus den Konferenzbeschlüssen nichts hervor.

Selbst als bloße „Wünsche" sind die Beschlüsse der Konferenz über die Bergwerksverhältnisse und über die Sonntagsarbeit außerordentlich nichtssagend; sie berühren die praktischen Probleme kaum. Die von dem Programm gestellte Frage, ob es „im allgemeinen Interesse möglich ist, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen, war gar nicht beantwortet; es wurden einige allgemeine Wünsche dahin formuliert, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern möglichst gut gestaltet werden möchte und die bekannte Thatsache der nützlichen Wirksamkeit von Schiedsgerichten erwähnt. In der Sonntagsfrage kommt alles darauf an, wie die in ununterbrechbaren Betrieben und in den sog. Saisonindustrien notwendigen Ausnahmen gestaltet werden sollen; die

Konferenz hat sich, hier unter der Ägide des Bischofs Kopp, damit begnügt, zu konstatieren, daß solche Ausnahmen erforderlich sind. Wie in der Bergwerksfrage, so ist die Antwort völlig umgangen worden auf die Frage des Programms: „Sollen Bestimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Überwachung getroffen werden?“ Die Konferenz läßt die Frage einer „Vereinbarung von Vorschriften“ — in der That die entscheidende Frage! — ganz bei Seite und schlägt für den Fall, „daß die Regierungen den Arbeiten der Kommission Folge geben,“ einige höchst harmlose Dinge, wie gegenseitige Zusendung der ohnehin allgemein zugänglichen Berichte der Fabrikinspektoren, statistischen Aufnahmen &c. vor.

Was Fürst Bismarck über die Konferenz dachte, sehen wir aus der Unterredung, welche er später mit dem Herausgeber des „Frankfurter Journals“ gehabt hat. In dieser äußerte er sich hierüber mit folgenden Worten: „Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers. Hinzpeter, Douglas und andere, kurz solche, die nicht im Dienste waren, haben mit Seiner Majestät darüber Beratungen gehalten. Der Kaiser versprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaktion gezeigt, die weitgehender war als diejenige, welche erschienen ist. Ich war prinzipiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen — und der Kaiser bestand darauf — so wollte ich wenigstens meine Redaktion durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm deshalb die Redaktion und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder, als Diener des Kaisers. Die Redaktion rührt also von mir her. Ich habe keinen Kollegen zugezogen. Ich fügte noch die internationale Konferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des Humanen, arbeiterfreundlichen Elan unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen allzugroße Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Weiu gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind enttäuscht worden. Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den Mut zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraseologie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Überhaupt, es ist Illusion, den Arbeiterschutz international machen zu wollen. Jeder Staat steht doch schließlich für die Interessen seiner Industrie. Ich glaubte übrigens damals immer noch, daß der Staatsrat die Erlasse nicht billigen würde. Da aber auch der Staatsrat zu=

stimmte, so gingen sie durch, ohne mein Votum, ohne meine Gegenzeichnung."

Drei Tage nach der Eröffnung der Arbeiterschutzkonferenz brachte der Telegraph in alle Länder Europas und in die fernsten Weltteile die Nachricht, daß der Reichskanzler, Fürst Bismarck im Ministerrat vom 17. März seinen Entschluß, seine sämtlichen Ämter niederzulegen und in den Ruhestand zu treten, angekündigt und am 18. dem Kaiser sein Entlassungsgesuch vorgelegt und dasselbe in einem langen Schreiben begründet habe. Alle Welt war voll Erstaunen, die nationalen Kreise Deutschlands waren voll Bestürzung. Zwei Tage dauerte die Spannung. Der Kaiser konnte das Entlassungsgesuch annehmen oder ablehnen. War der Stein des Anstoßes gehoben, so blieb Fürst Bismarck in seinem Amt. Der Stein wurde nicht gehoben; der Kaiser nahm das Gesuch an. Am 20. März, nachmittags 3 Uhr, erschienen im Kanzlergebäude die beiden Vorstände des kaiserlichen Zivilkabinetts und des Militärkabinetts, v. Hahnke, und jeder derselben überreichte dem Fürsten Bismarck ein kaiserliches Schreiben.*)

Fürst Bismarck hat das Ereignis von Anfang an kommen sehen. In der That, war von dem Kaiser das Wort gesprochen, er würde sein eigener Kanzler sein, so konnte ein andrer nicht gut neben ihm auf die Dauer seinen Platz finden. Desto größer war das Erstaunen der Welt über das rasche Eintreten der Katastrophe. Noch am letzten Tage hatte das Jahr 1889 ein Zeugnis des Kaisers für sein unerschütterliches Vertrauen zum Fürsten Bismarck und seine ebenso unwandelbare Anhänglichkeit gebracht, die in dem Wunsche gipfelte, noch recht lange Jahre seiner Dienste zu des Vaterlandes Wohl sich erfreuen zu können. „Die Jugend des einen, so kommentierte man die Neujahrsgratulation, möchte von dem Alter des anderen sich nicht sobald trennen, als nach dem Gesetze der Natur es wahrscheinlich ist. Wäre der Reichskanzler nicht eine so lange Reihe von Jahren hindurch schon der Diener des Kaisers Wilhelm I. gewesen, so könnte man sagen: solch ein Verhältnis zwischen einem Monarchen und seinem ersten Ratgeber hat kaum je bestanden, als dasjenige, in welchem der Enkel des ersten Kaisers zu demselben Staatsmanne steht, der fast drei Dezennien dem Großvater zur Seite gestanden. Man muß diese Thatsache immer von neuem feststellen, gegenüber den Zweifeln an dem wirklichen Bestande jenes Verhältnisses, die

*) W. Müller, Geschichte der Gegenwart.

sich indirekt in so vielen Gerüchten ausdrücken, die seit dem Regierungsantritt unseres gegenwärtigen Kaisers immer von neuem auftauchen, als ob dessen Neigungen sich nach einer anderen Stelle wendeten, als nach derjenigen des Reichskanzlers hin, oder als ob eine Möglichkeit vorhanden wäre, daß eine Trennung von demselben noch bei Lebzeiten stattfände."

Der Trinkspruch, mit welchem am 1. April 1888 der Kronprinz Wilhelm den Kanzler an seinem Geburtstage ehrte, indem er ihn als den Bannerträger bezeichnete, welcher, nachdem der älteste Führer gefallen, der nächste schwer getroffen sei, festen Fußes voranschreite, erschien zu jenen kritischen Tagen als das aus der tiefsten Seele entflossene politische Glaubensbekenntnis des Thronerben, unseres nunmehrigen Kaisers. Ein Glaubensbekenntnis jedem gegen das Lebenswerk Kaiser Wilhelms I. gerichteten Programm gegenüber. Kaiser Wilhelm II. hatte dann am 16. August, am Jahrestage von Mars-la-Tour und Vionville, nur deutlicher und unumwundener ausgesprochen, was an jenem 1. April die Seele des Kronprinzen bewegte. Kundige wußten freilich, daß schon der Prinz Wilhelm sich seit Jahren mit vollster Überzeugung in den Dienst der vom Fürsten Bismarck vertretenen Politik seines kaiserlichen Großvaters gestellt hatte. Als daher Kaiser Friedrich ausgerungen und Wilhelm II. den in einem Jahre zum zweiten Male erledigten Thron bestieg, war zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck kein neues Verhältnis aufzurichten. Wohl war es fortan ein Verhältnis zwischen König und Unterthan, aber der neue König wußte, wessen Verdienst es war, daß er die Krone Wilhelms I. ungeschmälert an Ehre und Würde, an Macht und Ansehen überkam. In anderer Art, als das voraufgegangene, kündigte das neue Regiment sich an mit den zündenden Worten an Heer und Flotte, mit der entschlossenen Sprache der ersten Thronrede. Hatte der politische Kompaß während der vergangenen Monate nach England gewiesen, Kaiser Wilhelm II. richtete ihn sofort nach Petersburg, um darzuthun, daß ihm nichts ferner liege, als eine prinzipiell antirussische Politik, welche Deutschlands Interesse nicht erfordert.

Über die Wege, welche der Monarch inne zu halten gewillt war, schien im Inlande wie im Auslande füglich kein Zweifel bestehen zu dürfen. Als dennoch Intrigue und Parteiegoismus glaubten, aus der Geffckenangelegenheit Giftpfeile gegen den Kanzler schnitzen zu können, enthob der Neujahrsgruß, welchen am Ende des Jahres 1888 der Monarch dem Fürsten Bismarck sandte, die Minierer von

rechts und links ihrer vergeblichen Arbeit. Kaiser Wilhelm legte seine Politik mit ernstem Nachdruck fest, als er in jenem Glückwünsch die Bitte zu Gott aussprach, „noch lange mit dem Kanzler vereint für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes wirken zu können." Wer die Berliner Vorgänge nur einigermaßen verfolgte, vermochte auch aus den vielen Auszeichnungen, deren Gegenstand Graf Herbert Bismarck fortgesetzt seitens seines Monarchen war, wohl einen Rückschluß auf die Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler machen, er brauchte dazu nicht einmal von der huldvollen, ja fast liebevollen Form Kenntnis zu haben, welche der Monarch im geschäftlichen Verkehr mit dem Fürsten Bismarck beobachtete.

„Doch es giebt Leute, (bemerkte damals ein Hamburger Blatt) welche besonders weise zu sein meinen, indem sie auf den großen Altersunterschied zwischen dem Kaiser und seinem ersten Berater hinweisen, und — die einen fürchtend, die andern hoffend — behaupten, ein solches Verhältnis werde nicht lange durchführbar sein. Diese Rechner vergessen nur, daß, wenngleich Kaiser Wilhelm II. verhältnismäßig jung an Jahren, immerhin etwas älter als Friedrich der Große und Friedrich Wilhelm III. zur Regierung gelangt ist, die seinem Regierungsantritt voraufgegangenen drei Monate so reich an schmerzlichen Erfahrungen aller Art waren, wie sie in der neueren Geschichte vielleicht einzig dastehen und jedenfalls kaum je einem Thronerben beschieden gewesen sind. In dieser Zeit ist die altersgereifte Weisheit des Fürsten Bismarck, wie für Deutschland selbst, so auch für den Thronerben von unschätzbarem Werte gewesen. Der Unterschied der Jahre könnte in Betracht kommen, wenn nicht einerseits der Kaiser an den Grundanschauungen der Bismarckschen Politik aus vollster Überzeugung festhielte, andererseits Fürst Bismarck nicht der ergebene Lehensmann des Hauses Hohenzollern wäre, als welcher er sich nun bald dreißig Jahre hindurch im höchsten Staatsamt erwiesen hat. Mögen immerhin gewisse Blätter — Ausdruck vorhandener Wünsche und Stimmungen — sich den Anschein geben, als hätten sie einen Nachfolger für den ersten Kanzler, womöglich schon zu dessen Lebzeiten bereit — sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht, wie die Interessenten der antibismarckschen Politik unter Kaiser Friedrich die Rechnung ohne den Wirt gemacht hatten, so lange der Kaiser zu regieren vermochte. Das „niemals", welches einst Kaiser Wilhelm I. an das letzte Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck gesetzt, steht sicherlich ebenso tief und fest in das Herz seines Enkels eingeschrieben. Und wenn dereinst, nach hoffentlich noch

langen Jahren, Gottes Allmacht dem irdischen Wirken des Staatsmannes ein Ziel setzt, um welchen alle Völker uns beneiden und der für uns Heere aufwiegt, so wird Fürst Bismarck die Augen in der Zuversicht schließen dürfen, daß über der mühevollen Arbeit seines Lebens niemand treuer und sorglicher wachen wird, als sein königlicher Herr. Mit ihm die Nation in ihrer großen und dankbaren Mehrheit."

Das war noch vor dem neuen Neujahrswunsch vom 31. Dezember 1889 geschrieben. Die festen Beziehungen des Kanzlers zum Kaiser drückten sich insbesondere auch in der Haltung des Monarchen zur „Kreuz-Ztg." aus. Letztere hatte seit der Waldersee-Versammlung, indem sie indirekt den Kaiser Wilhelm II. für ihre Sache reklamierte, ebenso indirekt einen Kampf gegen den Fürsten Bismarck aufgenommen, der auf den Sturz desselben hinauslief. Wir wiederholen die einzelnen Vorgänge nicht, die damals den Kaiser veranlaßten, für den Reichskanzler gegen die „Kreuz-Ztg.", wie gegen andere Gegner einzutreten. Man möchte fast glauben, daß das „Hamburger Blatt", als es die obigen Worte schrieb, schon ahnte, was kommen würde, und deshalb im voraus auf den Widerspruch hinwies, in welchem die Trennung des Kaisers von seinem bisherigen Kanzler mit aller bisherigen Beobachtung stehen würde.

Daß bei dem jähen Sturze Bismarcks auch die Intrigue mitspielte, ist aus einer Reihe von Äußerungen aus seinem und anderer Munde ersichtlich. An einen Artikel über den Fürsten Bismarck und den Kaiser der „H. N." im Monat Juli 1890 hatte die „Germania" die Frage geknüpft, ob Fürst Bismarck nach seiner Redigierung der kaiserlichen Erlasse offen gesagt, daß er diese Form, diesen Inhalt nicht billige. Hierzu machten die „Hamburger Nachrichten" die Bemerkung: Die Germania sei über die Vorgänge genau unterrichtet, da ihre Leiter bei den fraglichen Ereignissen wesentlich mitgewirkt hätten. Jene Frage selbst sei ein Beweis dafür, und die „Germania" im stande, sie selbst zu beantworten; die Frage sei nur gestellt, weil die „Germania" wisse, daß Fürst Bismarck niemals Auskunft darüber geben werde, was zwischen dem Kaiser und ihm unter vier Augen stattgefunden habe. Diese Auslassung bestätigte eine frühere Meldung, wonach Fürst Bismarck der Ansicht ist, daß Herr Windthorst in dem zu seinem Sturze geschmiedeten „Komplott" eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Am 11. März hatte die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt, daß die Deutschkonservativen und die Ultramontanen, jede Partei in ihrer

Art, in ihren Grundauffassungen die Autorität verträten, das Centrum wolle die kirchliche Autorität voranstellen und ihr die staatliche erst folgen lassen, die Deutschkonservativen räumten der staatlichen den Vorrang ein. Abgesehen von diesem Unterschiede verträten beide Parteien das Autoritätsprinzip. Indem die große Mehrheit der Wähler sich für sie ausgesprochen habe, wolle es also eben dieses Prinzip hochgehalten wissen. Das möchte sich die Demokratie gesagt sein lassen. Man sprach sofort von einer Werbung des offiziösen Blattes um das Centrum, von einer konservativ-klerikalen Ära. Die Deutsch-Freisinnigen beuteten diese angebliche Wendung zur neuen Schmähung Bismarcks aus. Die Kartellparteien erschraken. Die „Köln. Ztg." kündete dem Fürsten Bismarck den Kampf bis aufs Messer an, wenn er sich mit dem „Chef des politischen Handlungshauses, welches sich Centrum nennt", einließe.

Dr. Windthorst hatte dem Reichskanzler Fürsten Bismarck am 13. März einen längeren Besuch gemacht und diese Kunde hob natürlich wieder den Gedankenflug zu seraphischer Höhe. Sofort wurden die Bedingungen erörtert, welche in der Konferenz der kleinen Excellenz mit dem großen Kanzler als unerläßliche Voraussetzung der Übernahme der ehrenvollen Bürde einer Regierungspartei durch das Centrum aufgestellt worden sein könnten; und wie wenn man heimlich einen Phonographen unter dem Sessel des Centrumsführers bereit gehalten hätte, und nun aus dieser untrüglichen, wenn auch mechanischen Quelle der Weisheit schöpfte, erwog man die Chancen der Annahme oder Ablehnung der „Offerte" des Centrumsführers. Die „Köln. Ztg." sprach ganz rückhaltlos von den „Kaufbedingungen", die Dr. Windthorst dem leitenden Staatsmanne vorgelegt habe und formulierte die Forderungen des Centrumleiters dahin: für das Reich Aufhebung des Jesuitengesetzes oder mindestens eine erhebliche Einschränkung desselben für Preußen und die Unterwerfung der Schule unter das Kirchenregiment. Das rheinische Blatt soufflierte gleichzeitig die Antwort auf diese Bedingungen, indem es die Änderung der Haltung gegenüber den Jesuiten für unmöglich erklärte, nachdem der Kaiser gegen eine solche Maßnahme sich im vorigen Jahre unzweideutig präjudiziert habe, und was die Schulfrage anlange, so sei im preußischen Landtage für die Wünsche des Centrums keine Mehrheit zu gewinnen. Aus diesen und anderen Gründen glaubte die „Köln. Ztg." einen Sieg des Centrums nicht besorgen zu dürfen.

Daß die Besprechungen des Herrn Windthorst mit dem Fürsten Bismarck das Cumberlandsche Vermögen zum Gegenstand gehabt

haben, wie von einigen Seiten behauptet wurde, wo man sich durch diese Annahme beruhigen zu können glaubte, wurde später von der „Nordd. Allg. Ztg." selber bestritten. Jener Vorgang, sagte diese, habe in der ganzen Krise nur insofern eine Rolle gespielt, als der Kanzler sich geweigert habe, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Kontrolle zu unterwerfen. In der That war der Kaiser über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst sehr erregt und fuhr gleich am Morgen nach der Unterredung der beiden nach dem Kanzlerpalaste, um den Fürsten zu fragen, was diese Unterredungen zu bedeuten hätten. Fürst Bismarck, der sich eben im Bette befand, erhob sich sofort und beantwortete, nachdem er beim Kaiser eingetreten war, die Frage dahin, daß es sich um Privatangelegenheiten gehandelt habe. Der Kaiser betonte, daß er von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windthorst rechtzeitig zu erfahren ein Recht habe, was Fürst Bismarck ungefähr mit dem obigen Satze zurückwies, daß er seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Kontrolle unterwerfe. Er fügte hinzu, nur infolge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er werde aber gern bereit sein, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbequem werde. Daß nach diesen Vorgängen ein Verbleiben des Fürsten Bismarck im Amte unmöglich war, bedarf keines weiteren Nachweises.

Man hat mit Recht gefragt: wer wohl dem Kaiser von der am späten Abend stattgehabten Unterredung Bismarcks mit Windthorst so zeitig Mitteilung gemacht haben kann, daß der Monarch schon am anderen Morgen sehr früh beim Reichskanzler vorfahren und ihn über die Verhandlungen mit Windthorst interpellieren konnte. Und dann: In welchem Lichte muß wohl die Sache dem Kaiser vorgestellt worden sein?

Der Triumph des Centrums sollte, wie wir sehen werden, erst unter dem Nachfolger Bismarcks kommen.

Ein Grund des Rücktritts des Fürsten Bismarck lag auch in dem Verhalten seiner Ministerkollegen. Die Unterordnung, die diesen die schon erwähnte Kabinettsordre von 1852 auferlegte, mochte der eine oder andere ungern ertragen, und sie stellten sich daher, als sie bemerkten, daß zwischen dem neuen Kaiser und dem Reichskanzler Meinungsverschiedenheiten obwalteten, lieber auf die Seite des ersteren, der auf dem Thron blieb, als auf die des letzteren, dessen Posten eben um dieser Differenzen willen bedroht war. Bismarck selbst

sprach sich hierüber mit folgenden Worten aus: „Die Gründe lagen in der Zersetzung der Ansichten meiner Kollegen in der Regierung. Nur die Einigkeit einer Regierung macht dieselbe stark. Ich war mit den Kollegen nicht mehr eins; der notwendige einige Geist war nicht mehr vorhanden."

Daß Fürst Bismarck in die Lage kam, an die Bestimmung der Kabinettsordre von 1852 zu appellieren, beweist, wie sehr der Einklang unter den Ministern gestört war und Fürst Bismarck Grund haben mußte, die Verantwortlichkeit des Präsidenten stärker zu betonen. Das heißt mit anderen Worten: Die staatsrechtlichen Erörterungen waren nicht eigentlich die Ursache, sondern vielmehr die Folge einer für den Kanzler deshalb unbefriedigenden Situation, weil er sich in der Stellung als erster Ratgeber der Krone beeinträchtigt sah. Sein Festhalten an der Kabinettsordre, welche den Ressortministern den Vortrag beim Könige ohne Vorwissen des Premierministers untersagt, betrachtete Fürst Bismarck, wie uns die Interviews in Friedrichsruh bestätigt haben, nicht allein als den zufälligen äußeren Anlaß, sondern auch als die eigentlich wirkende Ursache seiner Entfernung von den Geschäften, da er in dieser Beziehung keine Konzession habe machen können. Das unterscheide einen Ministerpräsidenten von einem Kabinettssekretär, daß der erstere sein Auge über alle Zweige der Politik wachen lasse, das allein gebe auch die Garantie für eine stets heilsame Verwaltung. Er ging, wie er es früher öffentlich wiederholt gethan, auf die Nachteile ein, welche das Kollegialsystem und der überwuchernde Einfluß der vortragenden Räte habe. Er erzählte, wie es ihm mehrfach gelungen sei, einen Ressortminister zu seiner Ansicht zu bekehren, wie aber dann der Minister seinen vortragenden Rat nicht habe überzeugen können und, vor die Wahl gestellt, mit ihm oder dem Kollegium seiner Räte zu brechen, ein Abschiedsgesuch eingereicht habe, das ihn, den Fürsten, zur Nachgiebigkeit gezwungen habe.

In seinen Interviews in Friedrichsruh kam Bismarck wiederholt auf seine Entlassung zu sprechen. Der Pariser „Matin" veröffentlichte am 18. Mai den Bericht seines Mitarbeiters Henry des Houx über seinen Besuch beim Fürsten Bismarck. Als jener den Fürsten an die bei seiner Abreise von Berlin ihm dargebrachten Huldigungen und an die 6000 Sympathie-Telegramme erinnerte, erwiderte dieser: „Es war ein hübsches Begräbnis, ein Begräbnis erster Klasse, wie man bei Ihnen in Frankreich sagt, und doch lebe

ich noch. Ich bin mit 75 Jahren kaltgestellt worden, und doch fühle ich mich noch sehr jung, viel zu jung, um nichts zu arbeiten. Ich war an die Politik gewöhnt; jetzt fehlt sie mir.“ Auf die Bemerkung des Journalisten, daß sein Rücktritt kein endgültiger sein werde, sagte der Fürst: „O, es ist aus, ganz aus, mehr als Sie glauben, mehr als Sie jemals ahnen können... Ich bin vor allem Deutscher und habe Deutschland gegenüber meine Aufgabe und meine Pflicht erfüllt. Ich hätte gern länger in seinem Dienste gearbeitet. Aber jetzt ruhe ich mich aus im geeinten Deutschland, das mit seinen Grenzen zufrieden ist und seine Nachbarn um nichts zu beneiden hat. Ich werde glücklich sterben, da ich dazu beigetragen habe, mein Vaterland zu einigen, es groß und mächtig zu machen. Nie habe ich nach etwas gestrebt, was außerhalb des deutschen Vaterlandes liegt. Um dasselbe zu schaffen, habe ich den Krieg unternommen, während ich den Frieden wünschte; um das Vaterland unbestritten, vollständig und unberührt zu erhalten, schloß ich die Bündnisse.“

Eine andere Unterredung hatte Fürst Bismarck am 22. Mai mit Tristan, einem Mitarbeiter des Pariser Blattes „Petit Journal“. Über sein Verhältnis zum Kaiser sagte er: „Ein altes Arbeitspferd und ein junger Renner können nur schlecht in ein und dasselbe Geschirr gespannt werden. Der Kaiser will die Völker beglücken; ich glaube kaum, daß die Möglichkeit in dieser Beziehung eine sehr große ist. Er war viel auf Reisen und ich konnte ihn nicht begleiten; so gewannen andere, jüngere Persönlichkeiten sein Vertrauen.“ Über seinen Nachfolger, v. Caprivi, äußerte er sich sehr anerkennend: „Ich schätze ihn mehr wie irgend jemand. Er ist ein tüchtiger General. Schade, daß er sich nun mit Politik befassen muß. Als er den Posten übernahm, sagte er selbst, es sei ihm zu Mute, als ob er einen dunklen Raum betrete. Doch wird in der auswärtigen Politik keine Änderung stattfinden. Die Geleise sind dort so tief eingefahren, daß die Räder des Wagens dieselben gar nicht verlassen können.“

In gleicher Weise sprach der Fürst von seinem Nachfolger in den Unterredungen, welche er am 7. und 8. Juni mit dem Engländer Kingston hatte, der hierüber im Londoner „Daily Telegraph“ berichtete: „Caprivi ist ein Mann von hoher Intelligenz und ausgedehntem Wissen, ein vollendeter Gentleman, frei von persönlichem Ehrgeiz, kurz ein Mann ersten Ranges.“

Im Juli erschienen auch deutsche Journalisten, am 9. Juli Julius Rittershaus, Herausgeber des „Frankfurter Journals“, am 18. Juli Dr. Reichardt, Redakteur der „Dresdener Nachrichten“.

Ersterer äußerte zunächst seine Verwunderung darüber, daß der Fürst ihm eine Audienz bewilligt habe, während bisher nur ausländische Journalisten empfangen worden seien und er doch hätte annehmen müssen, daß auch deutsche Zeitungen um die Ehre eines Empfanges gebeten hätten. Darauf antwortete der Fürst: „Deutsche Zeitungen? Nein, das ist eben nicht der Fall. Gerade die Zeitungen, welche doch bis zu einem gewissen Grade von mir abhängig gewesen sind, fragen nicht nach mir. Ich bin eine gefallene Größe, man will damit nicht gern zu thun haben. Die Presse hat hierzulande keinen Mut, sie ist feige. Sie sind der erste von der deutschen Presse, der den Mut hat, zu mir zu kommen. Die anderen fürchten, sich zu kompromittieren, anzustoßen. Geschäftliche Rücksichten auf Abonnenten u. s. w. sind stärker als die Anhänglichkeit an mich. Die „Post“, die „Kölnische Zeitung“, die „Nordd. Allg. Zeitung“, die früher mit mir in lebhafter Verbindung standen, sie fliehen mich jetzt, als ob die Pest bei mir ausgebrochen wäre.“ Der Fürst sprach dann über die Arbeiter-Erlasse, über das deutsch-englische Abkommen und über die Arbeiterschutz-Konferenz. Auf die Frage nach den Gründen seines Rücktritts gab er nur die eine Antwort: „Es bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Kaiser, mehr noch zwischen mir und meinen Kollegen.“ In der Unterredung mit Dr. Reichardt äußerte der Fürst: „Man nehme immer eine gewisse Gespannheit zwischen dem Kaiser und ihm an, ja man habe ihn wohl in dem Verdacht, daß er noch Wünsche hege, etwa den, noch einmal in sein Amt zurückzukehren. Dazu sei er aber zu alt, und man unterschätze auch sein Selbstgefühl. Er habe nur den Wunsch, in der Kritik der Nachwelt nicht das Opfer falscher Annahmen zu werden. Deshalb könne er nicht schweigen, wenn man sein Wirken angreife. Zwischen dem Kaiser und ihm liege aber gar nichts Feindseliges vor. Sie seien in einer Frage verschiedener Meinung gewesen, die er (der Fürst) für zu wichtig gehalten habe, als daß er sich habe fügen können.“ Am 14. Juni empfing der Fürst eine Abordnung der vereinigten Mittelparteien Düsseldorfs, gegen welche er sich über seinen Rücktritt und seine jetzige Stellung äußerte: „Daß er auch als Privatmann noch besonderes Interesse an der Politik nehme, sei natürlich, da er sich doch 40 Jahre lang ausschließlich mit derselben beschäftigt und ihr alle seine sonstigen Neigungen und mannigfachen Beziehungen zum Opfer gebracht habe. Nichts liege ihm aber ferner, als auf den Gang der Politik noch einmal einen Einfluß erstreben zu wollen; alles, was die Zeitungen nach dieser

Richtung schrieben, sei unrichtig; aber das jedem Privatmann zustehende Recht der freien Willensäußerung lasse er sich nicht nehmen."

Es war in jenen Tagen der Trauer aller national gesinnten Parteien ein tief beschämendes Schauspiel, das die deutsche Nation in der Mehrzahl ihrer konservativen Kreise bot. „Solch eine Flucht und Felonie, Herr Fürst, ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte." Die nicht den Ratten gleich schon das sinkende Schiff verlassen hatten, waren feige genug, den gestürzten Staatsmann gegen seine Verleumder von rechts und links schutzlos zu lassen. Derselbe Mann, der noch vor kurzem der Heros seines Volkes war und von Kaisern und Fürsten ausgezeichnet und geehrt wurde, wie niemand je zuvor, der sollte nun plötzlich wie von der Erdoberfläche verschwunden betrachtet werden, man sollte nicht mehr der Geschichte ihr Recht lassen, sondern verschweigen, wer der wirkliche Schöpfer der Größe und Macht des neuen Kaiserreichs gewesen ist und was ihm das deutsche Volk, was ganz Europa ihm zu danken habe. Ja, was man vordem an ihm bewundert hatte, wurde in den Kot gezogen. Das Sozialistengesetz, das bis dahin diesen Konservativen nicht rigoros genug sein konnte, wurde ihm als brutale Blut- und Eisenpolitik angerechnet, seine Arbeiterversicherungsgesetzgebung als herzlos gestempelt. Der Kanzler habe kein Verständnis für die „hochherzige, weitschauende" Sozialpolitik des Kaisers. Der „vollständige Zusammenbruch der so hoch gepriesenen Kartellmehrheit des Reichstages" durch die jüngsten Wahlen sei auf des Kanzlers Rechnung zu setzen. Als nun gar der Totgeglaubte oder Totgewünschte in seinem Exil noch Lebenszeichen von sich gab und noch ein warmes Herz für die Entwickelung des Reiches, das er gegründet hatte, offenbarte, hatte ein konservatives Blatt den Mut, zu schreiben: „Fürst Bismarck sei ein etwa mit Mazzini auf eine Stufe zu stellender Frondeur geworden, der in Deutschland eine Nebenregierung zu begründen versuche." Ein konservatives Provinzialblatt sagte: „Es scheint fast, als ob der sonst so ruhebedürftige und nach seinem Tuskulum im Sachsenwald verlangende Fürst sich absolut nicht genug aussprechen kann. Wüßte er, wie viele Tausende und aber Tausende, die sonst treu ihm zur Seite standen und auch jetzt nicht um ein Deut seine Erfolge als Kanzler und Minister unterschätzen, im tiefsten Innern verstimmt, ja geradezu erschreckt sind, ob dieses seines Bruchs mit all seinen früheren Anschauungen über Vasallenpflicht und Männertreue!" Fürst Bismarck hat solche Salbadereien mit dem richtigen Wort bezeichnet, indem er einmal sagte: „Man hat von mir ver-

langt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen, als diese unerhörte Forderung."

Man war so naiv, an den entlassenen Staatsmann das Ansinnen zu stellen, daß er in Sack und Asche Buße thue und nach der Bergpredigt handele, die da sagt: „So jemand einen Streich giebt auf Deinen rechten Backen, dem biete den anderen auch dar." Das Sündenregister war lang, das die Konservativen dem Fürsten Bismarck bei seinem Abschiede vorhielten. Der Fürst mußte sich daran erinnern lassen, daß unmittelbar nach dem Krieg und Sieg von 1866 verhängnisvolle Spuren einer Schwenkung der inneren Politik sich bemerkbar machten. Die Nachsuchung der Indemnität wäre die allererste gewesen, ein Ereignis „von unheilvoller Bedeutung". Und seitdem habe Bismarck die Linie des Liberalismus nie wieder verlassen.

In Preußen hatte, so wurde gesagt, die konservative Richtung Kraft genug, um im Landtag maßgebend zu sein. Im Deutschen Reiche war der Liberalismus viel stärker und gegen die partikularistischen und ultramontanen Bestrebungen wirksam zu gebrauchen und deshalb willkommen. Hier liege die Wurzel dessen, was in der Bismarckschen Politik oft so unbegreiflich erschienen sei. Der Blick auf das Zusammenwachsen Deutschlands hätte den ursprünglich konservativen Staatsmann zu einem halbliberalen gemacht. Damals begann die sogenannte Realpolitik, welche schließlich zu der Niederlage des Jahres 1890 geführt habe.

„Fürst Bismarck glaubte nicht, daß die bürgerlichen Kreise für eine wahrhaft konservative Überzeugung zu gewinnen seien, und rechnete mit ihrem Liberalismus in den politischen, religiösen und wirtschaftlichen Dingen. Daher die Ära Lasker, Bleichröder, Falk, die Überschüttung des Volks mit unverstandenen und unbrauchbaren Freiheiten, die Auslieferung des Erwerbes an die Börse, der Kulturkampf mit seinen für einen konservativen christlichen Staatsmann unbegreiflichen Fehlern, das alles entsprang daraus, daß sich Fürst Bismarck gewiß nicht grundsätzlich, aber thatsächlich dem Liberalismus beugte, dem er innerlich bis auf den heutigen Tag fern steht." Es sei sehr wohl möglich gewesen in den beiden letzten Jahrzehnten ein politisch- und kirchlich-konservatives Deutschland zu schaffen. Daß dies nicht geschehen, nicht gewollt, ja sogar hintertrieben und nun für lange unmöglich sei, müsse als der durchdringendste Fehler der Bismarckschen Politik angesehen werden. Darin hätte der Kanzler

ganz recht gehabt, daß er bei seinen politischen Kombinationen das gebildete, besitzende Bürgertum nicht entbehren wollte. In der That war ohne diese Kreise weder auf dem staatlichen, noch auf dem kirchlichen Gebiete vorwärts zu kommen. Aber es wäre nicht schwer gewesen, unter dem Eindruck der großen Erfolge des Königtums einerseits, unter der sozialistischen und ultramontanen Bedrohung des deutschen Volkes andererseits jenes Bürgertum zu staats- und kirchenerhaltender Gesinnung zu erziehen. Statt dessen wurde es dem oberflächlichen und widerchristlichen Denken eines Laskers in die Arme geworfen. „Daß dieser Jude ein volles Jahrzehnt hindurch den Reichstag und Landtag zu beherrschen und damit das Judentum in seiner ganzen unermeßlichen Gefahr zum mitregierenden Faktor deutschen Lebens machen durfte, ist die schwerste Anklage gegen die Bismarcksche Epoche."

Dies Hinneigen zu einem falschen Liberalismus, nicht aus Überzeugung, sondern aus Berechnung, sei der eigentliche Grundfehler der hinter uns liegenden Zeit gewesen. Daß der Kanzler ihn fortdauernd begangen habe, und zwar so, daß ein christlich konservativer Geist nicht recht zur Geltung kommen konnte, ja sogar, wo er zum Durchbruch kam, geschwächt wurde, erkläre sich nicht allein aus seiner politischen Mission, welche ihm gebot, alle vorhandenen Kräfte zur Schaffung der deutschen Reichseinheit zusammenzufassen, sondern aus Einseitigkeit seiner Anschauung. Das Verständnis für die kirchliche soziale Welt habe sich ihm je länger, je mehr verschlossen.

Diesem Raisonnement ist nur das eine entgegenzusetzen: Wenn Bismarck nicht alle vorhandenen Kräfte zur Schaffung der deutschen Reichseinheit zusammengefaßt hätte, so hätten wir diese Einheit nicht. Ein konservatives Preußen im Sinne jener tadelnden Stimme wäre wohl in dem alten deutschen Bunde möglich gewesen, weiter aber auch nichts. Wir sehen davon ab, daß Bismarck den alten Liberalismus auf eine ganz andere Stelle, als diejenige, auf der er ihn vorfand, gebracht hat und daß er ihm weniger hätte entgegenzukommen gebraucht, wenn ihn nicht der ausschlaggebende Teil der konservativen Partei an der Schwelle seines Werkes im Stiche gelassen hätte und wiederholen nur: mit der konservativen Partei, wie sie zur Zeit des Herrn v. Gerlach erschien, war die nationale Aufgabe Bismarcks wesentlich nicht zu erreichen. Diese hat eben Parteiopfer gekostet. War etwa Kaiser Wilhelm für die konservative Sache so, wie sie damals beschaffen war, zu haben? Er gerade ist

zuerst der Bahn Bismarcks gefolgt, auf der allein der nationalen Idee zum Siege zu verhelfen war, nämlich durch die Zusammenfassung aller jener Idee dienstbaren Kräfte, die den Konservativen s. Z. abhanden gekommenen war. Wir finden den König in fortwährendem Widerstreit mit den konservativen Extremen, die heute jene Sprache führen, die wir oben citiert haben. Wie er persönlich in das Aufbäumen derselben gegen das neue Deutschland eingriff, ist bei den verschiedensten Gelegenheiten hervorgetreten. Im übrigen ist die Anschauung, als ob es möglich gewesen, ein politisch- und kirchlich-konservatives Deutschland zu schaffen, eine so utopistische und alle realen Verhältnisse gänzlich übersehende, daß darüber weiter gar nichts zu sagen ist. Die Schaffung eines politisch- und kirchlich-konservativen Deutschlands in dem Sinne, wie jene Ankläger Bismarcks ihn verstehen, ist überhaupt eine Phantasmagorie, eine großartige aber nie zu verwirklichende Idee.

Das einige Deutschland ist ohne und gegen die Konservativen geschaffen, denn diese wollten nichts von einer Auseinandersetzung mit Österreich, nichts von einem Bunde mit Italien wissen. Sie wollten Preußen im alten deutschen Bunde erhalten. Die nationale Idee war, bis Bismarck sie in die Hand nahm, eine liberale, keine konservative. Mit der konservativen Partei war weder die Annäherung des Südens, wo die konservative Sache so gut wie Null war, an den Norden, noch die Verschmelzung der annektierten Länder, wo die liberale Partei die herrschende war, mit Preußen zu erreichen. Und eine solche Partei wagte es, dem Einiger Deutschlands zum Abschiede ein Sündenregister vorzuhalten, weil er seinem einen großen Zwecke alles andere untergeordnet hat, eine Partei, die, wenn sie an der Herrlichkeit von Kaiser und Reich teilnimmt, dies allein Bismarck und nur Bismarck verdankt.

Was der Haß gegen Bismarck zu leisten imstande ist, bewies auch die bewußte Lügenhaftigkeit, mit welcher bei der Trennung des Staatsmannes vom Monarchen angebliche Erinnerungen an die Beziehungen jenes zu Wilhelm I. hervorgeholt wurden, um diese so darzustellen, als ob der erste Kaiser Deutschlands seinen ersten Ratgeber eben nur ertragen hätte. Niemals herrschte größere Harmonie zwischen Wilhelm I. und Bismarck als nach dem Kriege von 1866. Insbesondere diente der Konflikt, in den die Konservativen mit Bismarck wegen des hannöverschen Provinzialfonds gerieten, dazu, die Beziehungen des Monarchen, der entschlossen und persönlich der frondierenden Partei gegenübertrat, zu dem Minister-Präsidenten,

zu einem unzertrennbaren Bande auszugestalten. Wir verdanken diesem Zeitabschnitte mehrere Briefe des Königs an konservative Abgeordnete, in denen diese strenge Vorwürfe zu hören bekamen und gefragt wurden, ob denn die Wirren von 1862 bis 1866 sich wiederholen sollten, nur mit dem Unterschiede, daß die Konservativen die Rolle der Fortschrittspartei spielten. Am kronprinzlichen Hofe dagegen herrschte Verstimmung. Der Kronprinz, der während des Krieges wiederholt in die Lage gekommen war, an der Seite Bismarcks der Militärpartei samt dem Könige entgegenzutreten, war doch mit den Resultaten des Krieges nicht überall einverstanden. Er fand sie auf einer Seite dürftig, auf der anderen brutal. Während der Friedensverhandlungen war er, wie Sybel erzählt, mit dem Gedanken hervorgetreten: sein Vater müsse die Würde eines Königs von Deutschland erhalten. Bismarck erinnerte dagegen, es gäbe noch andere Könige von Deutschland, von Hannover, von Sachsen u. s. w. Diese würden dann, war die Antwort, wieder den Herzogstitel annehmen. „Aber sie werden das nicht wollen," — „Sie werden müssen!" rief der hohe Herr. Nach dem weiteren Verlauf der Ereignisse gab er dies System freilich auf, äußerte dann aber Anfang 1867, der König möge sich den deutschen Kaisertitel beilegen. Was die Annexionen betrifft, so hätte der Kronprinz Schleswig-Holstein gern dem Herzog Friedrich, dessen Sache er schon in den Verwickelungen vor dem Kriege zu der seinen gemacht hatte, ausgeliefert gesehen. Das Schicksal Hannovers, das am englischen Hofe den tiefsten Eindruck machte, wurde auch in Potsdam schmerzlich empfunden, namentlich von der Kronprinzessin. Hatte der Kronprinz bereits in der Konfliktszeit für das, was er „das System Bismarck" nannte, die spöttische Bezeichnung „Bismarckerei" in Umlauf gebracht, so kam jetzt, nach dem siegreichen Kriege, noch der quälende Gedanke hinzu, daß durch des Kanzlers persönliche Bedeutung der Glanz des regierenden Herrscherhauses viel verlieren könne. Es zirkulierten deshalb in Berlin auch längere Zeit fertige Ministerlisten, welche für den Fall, daß der Kronprinz zur Regierung käme, verwirklicht werden sollten; es standen darauf Männer, deren „Ergebenheit" ebenso inkontestabel war als ihr Liberalismus. Der Sturz Bismarcks war ein Gedanke, den die liberalen Hofpolitiker, wie Herr v. Schleinitz, Herr v. Gruner, die auch beim Könige Wilhelm, der ihre persönlichen Dienste aus früherer Zeit schätzte, Zutritt fanden, schon während der Konfliktszeit verfolgten. K. Biedermann erzählt uns davon in seinem Buche „Aus meinem Leben". „Von einfluß-

reicher Seite", schreibt er, „wird an dem Sturze des Grafen Bismarck gearbeitet. Wer wird, fragte ich, sein Nachfolger sein? Sollte man etwa zu einem liberalen Ministerium greifen wollen, um das vom Grafen Bismarck in der auswärtigen Politik verfolgte Ziel, dessen Erreichung auf dem von ihm eingeschlagenen Wege sich anscheinend als unmöglich erwiesen hat, mit anderen Mitteln, etwa mit Zuhilferufung der Volkkraft der deutschen Nation zu erreichen? Aber wo sind die Männer, die in echt liberalem und nationalem Geist, zugleich doch mit derselben Energie, wie Graf Bismarck, die Zügel der auswärtigen und namentlich der deutschen Politik Preußens zu ergreifen befähigt sein möchten?" Der König war mit den feindlichen Bestrebungen gegen Bismarck so wenig einverstanden, daß er seinen Verdruß darüber mehr als einmal aussprach. Wir wissen, daß König Wilhelm schon in der ersten Begegnung mit Bismarck bei dessen Berufung an die Spitze des Ministeriums sich über seinen Sohn beklagte. Wir wissen ferner, wie wenig die Klagen des Königs über den kronprinzlichen Hof, auch die gegen den Kronprinzen (in der Danziger Affaire) notwendig gewordenen Schritte verborgen geblieben sind. Jetzt nach dem glorreichen Kriege von 1866 hatte sich der Monarch auch noch gegen die verstärkten Versuche, ihn von Bismarck zu trennen, zu verwahren. Wir wissen nicht, ob der Kronprinz so weit gegangen ist, dem Könige offen zu sagen: „Dieser Mann wird uns zu groß, wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen." Es ist aber bekannt geworden, daß er nach einem Nachfolger Bismarcks forschte und zuletzt an Herrn v. Gruner dachte, gerade im Jahre 1867, das die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages, die Beratung der Bundesverfassung, die Luxemburger Frage, den Abschluß des Zollbundes, den Besuch des Kaisers Alexander, die Pariser Reise, die schwierigen Verhältnisse in Hannover u. s. w. brachte, Momente, in denen bei König Wilhelm I. unmöglich die Absicht bestanden haben kann, sich von seinem Minister-Präsidenten zu trennen, an welchen ihn damals schon so große Erinnerungen und eine so bewegte politische Zeit doppelt fest knüpften. Wer den Verhandlungen des konstituierenden Reichstags und der Herbst-Session des Parlaments im Jahre 1867 beigewohnt hat, weiß aus dem Foyer, wie alle diese Dinge damals als offenes Geheimnis besprochen wurden.

An diesen Thatsachen messe man die Dreistigkeit der vom Bismarckhaß erzeugten Darstellung, die eine Zeitung nach dem Sturze des Staatsmannes zum besten gab. Sie schrieb: „Mit den

Erfolgen des Kanzlers wuchs in überraschender Schnelligkeit seine herrische Eigenart. Und beides zusammen erhob seine Stellung frühzeitig zu einer so ungewöhnlichen Höhe, daß sie den Thron zu überschatten begann. Mit Sorge blickte König Wilhelm auf diese Entwickelung und schon im Jahre 1867 sann er, wie wir verbürgen können, auf Abhilfe. In einem Gespräch, das er damals mit dem Kronprinzen über den Kanzler führte, erklärte er: ‚Dieser Mann wird uns zu groß. Wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen und ich beanspruche dazu deine Mitwirkung'. Der Kronprinz wandte sich an eine Persönlichkeit, die in gleich hohem Grade sein Vertrauen wie das seines erlauchten Vaters genoß: an Herrn v. Gruner, der als Unterstaatssekretär des Innern im altliberalen Ministerium fungiert hatte, und beauftragte ihn, geeignete Männer für das Amt des Kanzlers vorzuschlagen. Wir wissen nicht, woran die Mission des Herrn v. Gruner scheiterte. Wir wissen nur, daß Fürst Bismarck seitdem einen heftigen Groll gegen ihn hegte. Wir wissen auch, daß seitdem der Kanzler sich nicht mehr im Besitz seiner Würde sicher glaubte, und jeden begabten und beim Monarchen beliebten hohen Beamten mit argwöhnischen Augen als Nebenbuhler betrachtete. Lange Jahre nicht mit Unrecht, denn das Gefühl, das den König im Jahre 1867 durchdrang, wurde in den nächsten Jahren nicht schwächer, vielmehr trug manches dazu bei, es zu verstärken. Die Stellung des Kanzlers wurde immer dominierender, seine Reizbarkeit immer größer, seine Anwesenheit in Berlin immer seltener, und seine Entlassungsgesuche immer häufiger. Man könnte fragen, warum unter solchen Umständen der Monarch nicht eines dieser Entlassungsgesuche genehmigte. Die Antwort darauf ist nicht schwer zu geben. Es war einmal die Verlegenheit um einen Nachfolger, der mitten in der schwierigen inneren und äußeren Lage die Erbschaft Bismarcks übernehmen wollte und noch mehr das zunehmende Alter des Kaisers. Im Jahre 1867 mochte dieser noch in sich die Kraft fühlen, mit einem neuen leitenden Minister die Regierung zu führen. Zehn Jahre später, als er das 80. Lebensjahr erreichte und als obendrein seine körperliche Rüstigkeit durch das Nobilingsche Attentat stark erschüttert wurde, da war dieser Gedanke für ihn so gut wie ausgeschlossen. Damit verband sich, daß die eminenten Erfolge des Kanzlers, so wie seine erstaunliche Findigkeit in den verworrensten Situationen es dem Kaiser allmählich als ein geringeres Übel erscheinen ließen, die Ausnahmestellung des Kanzlers zu ertragen, als sich seiner langbewährten Dienste zu berauben."

Alles ist in diesem Phantasiestück auf den Kopf gestellt, alles umgekehrt und verkehrt. Nur das eine ist richtig, Bismarck war seinem Gegner v. Gruner nicht so freundlich zugethan wie vielen anderen Leuten. Dem Könige und späteren Kaiser Wilhelm I. hat jede Eifersüchtelei auf die Verdienste und das Ansehen Bismarcks in irgend einer Periode seiner Regierung so fern gelegen, als er je die Geltendmachung eines niederdrückenden Uebergewichtes seitens des Ministerpräsidenten und Kanzlers abzuwehren Veranlassung fand. Gelegentliche politische Gegensätze haben stets eine freie Aussöhnung gefunden in dem gemeinsamen Streben beider nach demselben Ziele. Gerade die Zeit zwischen den beiden Kriegen von 1866—70 zeigt uns den Monarchen in den inneren, schweren Kämpfen, welche die Befestigung und Ausgestaltung des neu geschaffenen Norddeutschen Bundes mit sich führte, wie in der äußeren Politik, deren Handhabung damals das größte diplomatische Geschick erforderte, unentwegt auf der Seite Bismarcks. Dafür liegt eine Reihe von schriftlichen und mündlichen Zeugnissen des Königs aus jener Zeit vor. Er hat seine Zustimmung zu den wirtschaftlichen Reformen, die damals den liberalen Kitt des neuen deutschen Staatswesen bildeten, gelegentlich geäußert, hat Privatbriefe an konservative Parlamentarier gerichtet, worin er ihren Widerstand gegen die Selbstverwaltungsreform, gegen preußische partikularistische Gelüste u. dergl. rügt und Hingabe an die nationale Sache ans Herz legt. Er hat Hoffestlichkeiten und die daselbst stattfindenden Begegnungen mit dem einen oder anderen Gaste zu einer politischen Diskussion benutzt. Alle solche Kundgebungen lassen erkennen, wie eng der Monarch und sein erster Minister verknüpft waren, wie ungetrübt ihr Verhältnis, das noch durch die politesse de coeur des Monarchen gehoben und verschönt wurde.



V.

Der neue Reichskanzler.

„Der Kurs bleibt der alte!“ Dieses Wort des Kaisers wurde sehr bald dahin verstanden, daß die Richtung allerdings dieselbe bleibe, aber darum sei doch der Steuermann gewechselt, neue Hilfskräfte, neue Begleiter und ein verändertes Maß von treibender Kraft, seien in den Dienst desselben Staatsschiffes gestellt und hätten eine neue Ära unserer inneren und auswärtigen Politik eingeleitet. So wurde aus dem alten Kurs ein neuer.

Das Programm des Nachfolgers Bismarcks, soweit es im Reichstage und im Abgeordnetenhause in einzelnen Zügen angedeutet wurde, fand bei der freisinnigen Partei Aufnahme, wie wenn wir in eine neue Ära eingetreten wären, die unsere ganze Vergangenheit unter Bismarcks Regiment zu verleugnen bestimmt war. Herr v. Caprivi versprach, das Gute zu nehmen, wo er es fände. „Die überlieferten Unterschiede zwischen nationalen und reichsfeindlichen Parteien gelten nicht mehr“, lautete die Folgerung.

Herr v. Caprivi sprach von größerer Selbständigkeit der Minister. „Das ist unser Programm“, ertönte es unisono im fortschrittlichen Lager. „Das unbeschränkte Imperium eines einzelnen Beamten hört auf.“

Herr v. Caprivi wollte zurückgestellte Wünsche aufnehmen und durchführen. „Das alte Regime hat seinen Vorrat von Ideen verausgabt — erst nach Bismarck hat die Regierung die Kraft wiedergefunden, den großen Bedürfnisfragen im Staatsleben mit einem neuen und eigenen Plane entgegenzutreten.“

Der neue Reichstag war am 6. Mai eröffnet worden. Es war natürlich, daß derselbe am Schlusse des ersten Abschnittes seiner Thätigkeit mit seinem Vorgänger verglichen wurde, und zweifellos war das Resultat dieses Vergleiches ebenso schmeichelhaft für die

alte Kartellmehrheit, wie ungünstig für den politischen Kredit ihrer Gegner. Eine auf die Entrüstung über den alten Reichstag gewählte Mehrheit wußte mit ihrer Macht nichts anderes anzufangen, als die Thaten dieses angeblichen Gegenstandes ihres Abscheues fortzusetzen und wiederrief, wenn die Stunde da war, wo die Schlagwörter ihres Wahlkampfes in Handlungen auszumünzen waren, diese Wahlparolen Stück für Stück. Das von der Regierung gewonnene Centrum bewilligte, nachdem den Kartellparteien ihre Nachgiebigkeit gegenüber dem unersättlichen Militarismus im Wahlkampfe als eine ihrer schwersten Sünden angerechnet war, Schulter an Schulter mit eben diesen Parteien eine stattliche, militärische Mehrforderung. Die andere Hälfte der Anti-Kartell-Koalition, die freisinnig-sozialdemokratische, durfte sich gegenüber der Militärfrage, die durch das Centrum gesichert war, den Luxus der Opposition gestatten. Als die Militärvorlage zu Beginn der Tagung eingebracht wurde, herrschte in den weiten Kreisen eine vollständige Übereinstimmung in der Richtung, daß diese Forderung ohne Weiteres und wo möglich einstimmig genehmigt werden würde; jetzt sollte es sich einmal zeigen, so hieß es, wie viel besser die Antikartellmehrheit sei, als ihr Ruf; — kurz, es bestand sogar bis weit in die hohen und höchsten Kreise hinauf die „festbegründete“ Ansicht, daß die ganze Geschichte diesmal so glatt wie möglich durchgehen und im In- und Auslande ein wahres Erstaunen hervorrufen werde. In der That entsprach das Centrum dieser Erwartung. Man hegte aber auch vielfach den Glauben, daß die Verkehrtheit des sogenannten deutschen Freisinns lediglich ein Produkt der Bismarckschen Methode sei. Wenn man die Herren Richter und Rickert anders behandle, als es der eiserne Kanzler zu thun sich angewöhnt habe, werde eine herzensgute Gesellschaft zum Vorschein kommen, auf deren Loyalität und praktischen Patriotismus man in allen Lagen der Zukunft rechnen könne, das war allerdings ein trügerischer Glaube. Aber der Freisinn ging doch mit einem gewissen Triumphe aus den Verhandlungen hervor.

Wenn die Militärfrage eine Zeit lang auf das ernstlichste gefährdet schien, so waren es die höchsten militärischen Kreise selber, die der Agitation Stoff lieferten. Der Kriegsminister v. Verdy sprach am 14. Mai zuerst von den schon erwähnten Zukunftsplänen, über welche früher oder später ein Entwurf ausgearbeitet werden müsse. In der Kommission werde er die Grundzüge eines solchen Entwurfes mitteilen. Dann war es zwei Tage später der Reichskanzler selbst, der diese Grundzüge bereits in scharfen Umrissen zeichnete. Der

General v. Caprivi sagte, man möge, wenn die verbündeten Regierungen später mit Entwürfen, die bis dahin gereift seien, vor den Reichstag treten, nicht erschrecken, wenn die Präsenzziffer ein Prozent der Bevölkerung oder noch etwas mehr betragen sollte. Der Reichskanzler sprach von der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nach der Scharnhorstschen Idee und führte aus:

„Es kann sich nur noch fragen — darauf bezog sich die Äußerung, die der Herr Kriegsminister über andere Pläne gemacht hatte — ob wir in diesem Zustande verharren und uns nur schrittweise von Mann zu Mann durch das Ausland drängen lassen oder ob wir der Sache dreist ins Gesicht sehen und uns sagen: Kommt der Zukunftskrieg, so kann kein waffenfähiger Mann zu Hause bleiben. Wir wollen also die Organisation so schaffen, daß alle zum Waffendienst ausgehobenen Leute auch fähig sind, die Waffen auszunützen."

Wenn der Reichskanzler einige Vorbehalte machte, weil noch keine Beschlüsse gefaßt seien, ein fester Plan also noch nicht mitgeteilt werden könne, so ging er doch in der Kennzeichnung dieses Planes schon so weit, auszuführen, daß die Ausbildung jedes waffenfähigen Mannes einen Verzicht auf das Septennat zur Folge haben werde und am besten die Festsetzung der Präsenzstärke des Heeres an die fünfjährige Periode der Volkszählung angeschlossen werde. Was Herr v. Verdy dann acht Tage später in der Kommission erklärte, war eine weitere Ausführung und Umschreibung dessen, was Herr v. Caprivi gesagt hatte.

Offenbar herrschte zwischen beiden Männern über die Nützlichkeit solcher Andeutungen vollkommenes Einverständnis. Der Kriegsminister erklärte, daß er dasjenige mitteile, was er „als ehrlicher Mann mitteilen müsse". Der Reichskanzler sagte in der Kommission: die vom Kriegsminister angedeuteten Zukunftspläne hätten sich zu düsteren Gestaltungen in der Bevölkerung verdichtet und es sei deshalb nötig, die Vorlage wieder mehr als das erscheinen zu lassen, was sie sei. Was über weitere Pläne gesprochen worden, sei aus der Absicht hervorgegangen, auf keinen Fall unwahr zu sein. Es handle sich aber dabei vorerst nur um schätzenswerte Ideen, von denen er selbst noch nicht wisse, welche Stellung er dazu zu nehmen hätte, und noch weniger, welche die verbündeten Regierungen einnehmen würden. Man müßte jedenfalls vorher die finanzielle Seite der Sache erörtert haben; das Aufbringen so großer Summen bringe aber viel Schwierigkeiten mit sich. Er und der Kriegsminister hätten nur ehrlich auftreten wollen. Wenn dann in den Pfingstferien ein

Wandel eintrat und sich die anfangs scharfen Umrisse des Zukunftsplanes mehr und mehr verflüchtigten, bis der Reichskanzler erklärte, er kenne diese Pläne gar nicht, so liegt auf der Hand, daß der Eindruck, den jene Pläne gemacht, als gefährlich erkannt worden war und verwischt werden sollte. Jedenfalls war der Opposition gegen die Mehrforderungen der Reichsregierung ohne Herabsetzung der Militärdienstzeit Nahrung gegeben. Die Verzichtleistung des Herrn von Caprivi auf das Septennat, dessen Bekämpfung der Opposition einst so harte Verurteilungen zugezogen hatte, vollendete den Triumph. Herr v. Verdy wartete die dritte Lesung der Vorlage gar nicht ab, sondern legte als Sündenbock sein Portefeuille nieder.

Aber der Freisinn war zufrieden. Er sagte: „Es ist anders geworden, seit Wilhelm II. Bismarck entlassen hat. Die früheren Gegensätze treffen nicht mehr zu. Wenn Männer, wie die Herren v. Huene und v. Schorlemer vom Kaiser ausgezeichnet werden und Herr v. Frankenstein die Anerkennung besonderer nationaler Gesinnung findet, so ist das Kartell ein Hohn auf die Wirklichkeit. Und wenn von der entscheidenden Stelle der Ausspruch fällt, es sei ganz gleichgiltig, ob ein Mann konservativ oder liberal sei, wenn er nur zu Kaiser und Reich stehe, so hat sich die ehemalige Sonderung der Parteien überlebt. Heute ist die freisinnige Partei der Herrschaft immer noch fern, aber sie ist zufrieden, wenn der Zustand hergestellt wird, auf den allein eine Partei Anspruch erheben kann: die Gleichberechtigung mit den anderen Parteien.“ Ferner: „Die Ankündigung wichtiger Reformvorlagen, welche, wie immer sie beschaffen seien, doch auf dem Wege nach links liegen müssen, das Mißtrauen, welches die äußerste Rechte zeigt, ihr Widerstand, mit dem gerechnet werden muß, die Abbröckelung der Agrarpolitik, alles weist auf die Notwendigkeit hin, Unterstützung für die Pläne der Regierung anderwärts zu suchen, als in dem Kartell der „nationalen Parteien“.

Die Freisinnigen sollten bald die Genugthuung haben, daß in der That ein neuer Kurs auf allen Gebieten sich ankündigte. Als der Reichstag seine zweitägige Kolonialdebatte beendet hatte, sah man das Hauptergebnis derselben in der Bestätigung der bisherigen kolonialpolitischen Richtung durch alle Faktoren des Reichs, und in der Kolonialpresse wurde Zufriedenheit darüber bekundet, daß es sich nicht, wie einige gefürchtet hatten, um die „Liquidation“ des ostafrikanischen Besitzes, sondern um die Erhaltung und Ausbildung der deutschen Weltmachtstellung am Indischen Ozean handle

und daß in dieser Beziehung der Wechsel der innerpolitischen Leitung keine Änderung hervorgerufen hatte. Damals standen die Verhandlungen unter dem ermutigenden Eindruck der Wißmannschen Siege und der anscheinend völlig gelungenen Unterdrückung des Aufstandes in Ostafrika. Es lag noch nicht der bleierne Druck des deutsch-englischen Abkommens auf ihnen. Mit diesem kamen herbe Enttäuschungen für die Freunde der Kolonialpolitik. Der Kaiser selber brachte weit mehr als früher seinen persönlichen Einfluß auf die deutsche Kolonialpolitik zur Geltung. Man braucht in dieser Beziehung nur an die Mitteilungen des Reichskanzlers v. Caprivi in der Reichstagsdebatte über Ostafrika zu denken, aus denen man zuerst erfuhr, daß die Gestaltung der deutschen Kolonialverhältnisse seit dem Sturze Bismarcks wesentlich auf die persönliche Direktive des Kaisers selbst zurückzuführen sei und daß die jetzige Regierung dabei nur als Vollstreckerin des kaiserlichen Willens handle. Der Verlust Witu's, der Verzicht auf Sansibar, die Anerkennung der englischen Interessensphäre in Mittel-Ostafrika, die Abweisung aller weitergehenden Opfer für Südwestafrika u. s. w., das waren trübe Erfahrungen. Die englische Gesellschaft aber in Berlin jubelte über den Sieg Englands, dessen Entgegenkommen gegen Deutschland nicht weiter ging, als daß es Helgoland hergab, das — wie die deutsche Denkschrift sagte — für England niemals einen Wert gehabt hat.

Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar nahmen für den Staat eine überaus weitgehende Einwirkung auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Beziehungen des Arbeitgebers zum Arbeiter in Anspruch. Sie stellten dem Staate nicht nur die Aufgabe der Organisation der Arbeiter, sondern vindizierten ihm auch das Recht und demzufolge die Pflicht, die Zeit, Dauer und Art der Arbeit zu regeln. Ebenso wurde auf dem Gebiete des Bergbaues eine sehr erhebliche Erweiterung des Gebietes der staatlichen Thätigkeit angekündigt. Es war klar, daß diese, den Erlassen zu Grunde liegende Auffassung der Aufgabe und des Wirkungsgebietes des Staates in dem direktesten Widerspruche stand mit der manchesterlichen Theorie, welche dem Staate nur die Aufgabe des Macht- und Rechtsschutzes beimißt. Noch vor kurzem stand die deutsch-freisinnige Partei vollständig auf dem manchesterlichen Standpunkte und perhorreszierte jede über diesen Rahmen hinausgehende Einwirkung des Staates. Aber selbst, nachdem der Wettbewerb mit den Sozialdemokraten um die Wahlgunst der Massen das Aufgeben des streng manchesterlichen Standpunktes herbeigeführt hatte, wurde das Prinzip der Selbst-

hilfe und Freiwilligkeit gegenüber der staatlichen Ordnung der einschlagenden Fragen mit Nachdruck betont. Es wurde auch in dem freisinnigen Wahlaufrufe gegen die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung ausgespielt.

Wenn jetzt die deutsch-freisinnige Presse sich den Anschein gab, als decke sich das Sozialprogramm der Kaiserlichen Erlasse mit der bisherigen deutsch-freisinnigen Auffassung, so konnte das leicht als Heuchelei erscheinen; es giebt keinen größeren Gegensatz, als zwischen der in gutem Sinn staatssozialistischen Auffassung der Kaiserlichen Erlasse von den sozialpolitischen Aufgaben und Befugnissen des Staates und dem wesentlichen Kernpunkte selbst in der verwässerten heutigen Auffassung der Deutsch-freisinnigen. Stellten sich die Letzteren in der That auf den Standpunkt der Kaiserlichen Erlasse, so war dieses eine vollständige Umkehr, ein gänzliches Aufgeben der prinzipiellsten Grundanschauung, welche naturgemäß ebenso zum Aufgeben des manchesterlichen Standpunktes auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens führen müßte. Eines von beiden war nur möglich: entweder die bisherige Grundanschauung von der Aufgabe des Staates auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete war gänzlich aufgegeben oder die Zustimmung zu der in den Erlassen in Aussicht genommenen rein staatlichen Aktion erheuchelt. In der That war das erstere sozialpolitisch der Fall.

Es ist interessant zu sehen, wie mühsam innerhalb der freisinnigen Partei die scharfen Gegensätze ausgeglichen sind, die in ihrem Schoße vor der Einigung über die Arbeiterschutzgesetzgebung bestanden, welche auf Grund der kaiserlichen Februarreskripte und der Beschlüsse der internationalen Konferenz den Reichstag in der ersten Hälfte seiner Session beschäftigte. Die „Kieler Ztg.“ hat uns die geheimen Vorgänge in der Partei enthüllt. Sie schrieb nach den Erlassen, um zu erklären, wie ihre Partei dieselben hätte als einen Triumph feiern können: „Wenn man die Vergangenheit der freisinnigen Partei betrachtet, so begegnet man ganz verschiedenartigen Bestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Da waren auf der einen Seite ausgesprochene Manchestermänner, welche das geflügelte Wort Giskras erneuern konnten: In Bodenbach hört die soziale Frage auf. Sie sahen die ganze soziale Frage als eine Frage der Steuer- und Zollgesetzgebung an, und wenn man nur die Zölle beseitigte, den Freihandel schuf, indirekte Steuern abtrug, so war der Arbeiterstand frei und glücklich und hatte zu Beschwerden keinen Anlaß. Daß auch diese Auffassung vielfach einen berechtigten Kern hat, ist

nicht zu bestreiten. Aber wenn alle diese Reformen radikal durchgeführt wären, so wäre die soziale Frage noch keineswegs gelöst. Es wäre sogar möglich, daß sie an Schärfe gegen heute gar nichts verloren hätte. Die andere Richtung, welche sich in dem deutschen Liberalismus von jeher geltend machte, zeigt eine gewisse Hinneigung zum Sozialismus, wenn man dieses Wort nicht allzu eng auffassen will. Ein Mann, wie Franz Ziegler, hatte nicht scharfe Worte genug über diejenigen seiner Parteigenossen, welche nichts als Freihändler seien. Er war schon frühzeitig nicht wegen seiner Bekanntschaft mit Lassalle allein, sondern aus eigener gereifter Überzeugung der Fürsprecher kräftigen Staatsschutzes für die Arbeiter. In diesem Sinne hat er schon 1849 gewirkt und manche seiner älteren Broschüren, welche diese Frage behandeln, verdiente heute so gut beachtet zu werden, wie die zum Evangelium des konservativen Staatssozialismus gewordenen Briefe des Rodbertus. Die ganze Folgezeit hat Franz Ziegler dann in wesentlicher Übereinstimmung mit Waldeck eine dem staatlichen Schutze der Arbeiter weit geneigtere Haltung eingenommen, als die Mehrzahl seiner Parteigenossen; es kam darüber, wie wir aus seinen Briefen wissen, nicht selten zu schroffen Konflikten, daß Ziegler ganze Sessionen hindurch von den Sitzungen der Fraktion fern blieb. Ein ähnlicher Zwiespalt aber hat sich vor nicht gar langer Zeit in der freisinnigen Partei abgespielt, als es sich um den verschärften Arbeiterschutz handelte. Seit der Fusion war das freihändlerische Element, oder um prägnanter zu sprechen, das Manchestertum in der Fraktion wesentlich verstärkt und man konnte von freisinniger Seite Reden über Kinderschutz und Frauenarbeit lesen, bei welchen jeder Sozialpolitiker trauernd den Kopf schütteln mußte. Da zeigte sich eines Tages eine entschiedene Opposition gegen das Manchestertum in der freisinnigen Partei. Es waren Pädagogen wie Halben, Mediziner wie Virchow und Möller, Arbeitgeber wie Ludwig Löwe, die jetzt die Anforderungen an einen erhöhten Schutz der schutzbedürftigen Personen für wirtschaftlich berechtigt, politisch heilsam und sozial notwendig erklärten. Dazu kam ein großer Teil der Presse, welcher nachgerühmt werden muß, daß sie der Fraktion mit gutem Beispiele und oft trotz kleinlicher Angriffe seitens der Parteileitung vorangegangen ist. Uns sind die manchesterlichen Reden einzelner freisinniger Volksvertreter noch in frischem Gedächtnis. Aber wir erinnern uns auch, daß bald ein Umschwung eintrat und ein vielgenannter, freisinniger Abgeordneter schrieb, seine Fraktion habe in dieser Frage vor der öffentlichen Meinung kapituliert. So

ist die Einmütigkeit auf diesem Gebiete hergestellt worden. Und so kann heute die ganze freisinnige Fraktion die kaiserlichen Erlasse mit Freuden und Genugthuung begrüßen."

Diese „Einmütigkeit" ist natürlich nur eine scheinbare, taktische, aber die Darstellung der „Kieler Ztg." betreffs des bisherigen Ganges der Dinge in der deutsch-freisinnigen Partei enthält viel Wichtiges. Das Blatt hätte noch hinzu fügen sollen, daß bis vor kurzem von deutschfreisinniger Seite das Manchestertum als gleichbedeutend mit dem Liberalismus behandelt, und jedem, der nicht an die unbedingt heilsame Selbstentwickelung aller Dinge glaubte, der Liberalismus abgesprochen wurde. Der Freisinn opferte seine heiligsten Prinzipien, sobald er sah, daß er bei der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes von anderen Parteien ausgestochen werden könnte, abgesehen davon, daß schon der Widerstand Bismarcks gegen den Schutz für ihn, den Freisinn, Grund genug sein mußte, um sich auf die entgegengesetzte Seite zu schlagen.

Die freundliche Positur, welche die neue Regierung von Anfang an zu den Deutsch-Freisinnigen einnahm, mußte notwendig das Segel ihrer Perspektive in die Zukunft mächtig schwellen. Die Art und Weise, wie sie sich als die eigensten und wahrsten Patrone der kaiserlichen Erlasse aufwarfen und die gesetzgeberischen Vorschläge der Regierung noch zu überbieten suchten, obwohl sie sich erst in der letzten Zeit zum Arbeiterschutz bekehrt hatten, charakterisierte ihre Stellung zu der neuen, nachbismarckschen Regierung überhaupt. Sie reklamierten diese für ihre Partei. Sie konstruierten — im Gegensatze zu den kaiserlichen Worten: der Kurs bleibt der alte — einen neuen antibismarckschen Kurs auch da, wo nur willkürliche Auslegungen und subjektive Eindrücke einen solchen begründen konnten. Sie „witterten Morgenluft" überall, in hundert Jubelakkorden tönte es seit dem Rücktritt Bismarcks und seit den ersten Reden und Schritten Caprivis, täglich aus der freisinnigen Presse ins Land hinein, eine neue liberale Ära sei im Anzuge. Freiheit, Freihandel und noch viele andere Himmelsgaben wurden in Aussicht gestellt, so daß immer weitere Kreise in Erwartung der kommenden gebratenen Taubenschar unwillkürlich den Mund aufmachten. Vom Sozialistengesetz an zählten sie den „alten Plunder" aus der Bismarckschen Rumpelkammer auf, der bereits über die Mauer geflogen sei, aber das beste solle erst noch kommen: ein Bruch mit der Schutzzollpolitik, und eine Anlehnung der Regierung an den Liberalismus, besonders an die freisinnige Partei. Daß Eugen Richter dann Minister werde, war eine Kon-

sequenz, die sich schließlich von selbst ergab, aber auch schon leise angedeutet, ja sogar dem Kaiser in den Mund gelegt wurde.

Ein „neuer Kurs“, sagte die „Vossische Zeitung“ wurde genommen, trotz der Ankündigung des Herrschers, daß der Kurs der alte bleiben solle. „Dieses Wort war mit dem Vorbehalt aufzunehmen, den der Kaiser selbst machen mußte. Hätte der Kurs allgemein und unbedingt der alte bleiben sollen, so konnte auch Fürst Bismarck im Amte bleiben. Fürst Bismarck mußte aber gerade scheiden, damit ein neuer Kurs zur Herrschaft komme. Und diese Voraussicht hat sich erfüllt. Nicht als ob nun eine liberale Ära angebrochen und der freisinnigen Bevölkerung die Verwirklichung ihrer kühnsten Wünsche genaht wäre. Wer solche Hoffnungen hegte, kennt nicht die Entwickelung der Völker, beachtet nicht die Bahnen der Geschichte. Als der erste Kaiser einst in Preußen die Regentschaft übernahm, versicherte er, von einem Bruche mit der Vergangenheit könne nun und nimmermehr die Rede sein, und doch erfolgte dieser Bruch, wenn auch nicht allgemein, so doch auf vielen Gebieten des inneren Staatslebens sichtlich und handgreiflich, besonders in der Absage an die Orthodoxie und an das Junkertum. Auch heute kann von einer Bekehrung der Regierung zum Liberalismus nicht die Rede sein. Die meisten Minister könnten wieder, wie es in den Zeiten des Fürsten Bismarck Sitte war, geflissentlich beteuern, keine „liberale Neigungen“ zu haben. Aber die liberale Partei hat Bescheidenheit gelernt. Sie will der natürlichen Entwickelung der Verhältnisse nicht vorgreifen. Sie überläßt der Eindringlichkeit der Thatsachen die weitere Bekehrung der leitenden Kreise und sie begnügt sich, ehe sie zur Herrschaft kommen kann, mit der Anerkennung ihrer Gleichberechtigung. Das aber ist die erfreulichste Abkehr von dem altem Kurse, daß heute die Ächtung und Brandmarkung einzelner Parteien und die Monopolisierung der nationalen Gesinnung für andere Parteien aufgehört hat. Vom Kaiser ist das treffende Wort gekommen, ihm sei ein liberaler Mann so viel wert wie ein konservativer, wenn er nur zu Kaiser und Reich stehe. Wir sind ehrlich genug gegen uns und andere, zu bekennen, daß bei der weltgeschichtlichen Größe des ersten Kanzlers eine andere als liberalisierende Politik für den Nachfolger unmöglich gewesen wäre. Nach dem Sturze des Fürsten Bismarck war es die unabweisliche Aufgabe der Krone, vor aller Welt zu zeigen, daß ohne den Fürsten Bismarck besser regiert werde, als mit ihm, daß durch seine Entlassung für notwendige und unaufschiebbare Reformen endlich die Bahn freige-

macht werde. Diese Politik mußte unter allen Umständen zu Neuerungen wichtigster Art führen; sie mußte eingeschlagen werden, um dem Volke die Notwendigkeit eines Schrittes darzuthun, der immerhin allenthalben Aufsehen und unleugbar in vielen Kreisen Bedauern erregen mußte."

Was das Berliner Blatt als Symptome des neuen Kurses aufführte, waren ebensowohl Illusionen und Aufbauschungen von indifferenten Dingen, als unleugbare Realitäten. Die aus erlauchtem Munde später gekommenen Worte von „den neuen Zielen und dem neuen Geist, von welchem die Zeit erfüllt ist", bezeichneten, wie sie schon in der Trennung des Monarchen vom Fürsten Bismarck sich bethätigen, sehr bald nach derselben die weite Abwendung vom alten Kurs. Die Wege, die beide, der Monarch und der Fürst bis dahin zusammen eingeschlagen, gingen mehr und mehr auseinander. Was war, was ist die wirtschaftliche Politik Bismarcks? Er sagte einmal im Abgeordnetenhause: „Ich bekenne mich schuldig, daß ich für die Landwirtschaft und deren Interessen mit Entschiedenheit eintrete, — ja, meine Herren, einen Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der sich für die Landwirtschaft nicht interessiert, den müßten Sie sofort wegjagen, den kann das Land gar nicht gebrauchen. Es sind 25 Millionen Menschen von unseren 45 Millionen, deren Interessen von dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft abhängen. Sie hängen doch sonst so an Majoritäten und sind für Abstimmungen von 101 gegen 100, aber hier ist bei weitem die überwiegende Menge der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt und nächst dieser in der Industrie. Dem gegenüber steht ein kleines Quantum der unproduktiven Bevölkerung, die zum Teil ganz unproduktiv ist, indem sie von Tausch und Austausch lebt, oder nur mit der Kouponschere ihre Thätigkeit abschließt. Ich bin immer eingetreten für die beiden ersten Schlagadern unseres gesellschaftlichen Organismus: für die Landwirtschaft und für die Industrie; wenn ich für diese nicht einträte, würde ich mich vor meinem eigenen Gewissen nicht entschuldigen können, ich würde mich nicht halten können vor der öffentlichen Meinung, ich würde mich vor meinem König nicht verantworten können, — Sie würden sehr wohl thun, mir gegenüber zu sagen: Diesem Kanzler keinen Groschen! oder: Fort mit diesem Ministerium! — wenn ich mich um die Landwirtschaft nicht vorzugsweise bemühte."

In diesen Worten Bismarcks liegt sein ganzes wirtschaftliches System, das als Schutz für die Landwirtschaft und die Industrie

gegen die ausländische Konkurrenz durch angemessene Zölle in unsere Gesetzgebung aufgenommen worden ist. Ein Ausfluß dieses Systems ist das Widerstreben Bismarcks gegen den Arbeiterschutz, der ihm als die Industrie schädigend und als eitler Versuch der Entreißung der Arbeiterwelt aus der sozialdemokratischen Umschlingung gilt. Ein Ausfluß jenes Systems war auch die Stellung Bismarcks gegenüber der Reform der Einkommensteuer mit Deklarationspflicht. Er hat den durch Verbrauchssteuern von Reichswegen wiederholt zu erhöhten Leistungen herangezogenen unteren Klassen gegenüber der Verpflichtung zur Reform der Steuergesetzgebung in Preußen das Wort geredet, aber er leistete Widerstand gegen die in dem Scholzschen Entwurfe (1889) vorgeschlagene Form der Selbsteinschätzung aus Besorgnis vor einer Mehrbesteuerung des ländlichen Grundbesitzes. Ein Ausfluß endlich des Systems Bismarck war und ist seine Abneigung gegen die Kodifikation der Landgemeindeordnung, gegen die Depossedierung des Bauernstandes u. s. w. In allem diesem hatte er Jahre lang den größeren Teil der Konservativen im ganzen und großen auf seiner Seite.

Die kaiserliche Politik hat nach der Entlassung Bismarcks in allem entgegengesetzte Bahnen eingeschlagen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung war der Ausgangspunkt: mit ihr wurde zunächst das Sozialistengesetz als nicht vereinbar angesehen. Der Kaiser ließ es fallen. Eine Rechenschaft darüber ist öffentlich nicht gegeben. Privatim sprach sich der Monarch mehrere Male dahin aus, daß die Sozialdemokratie jetzt freie Bewegung im Rahmen des Gesetzes habe; darüber hinaus werde sie die schärfste Zurückweisung erfahren. Er drückte auch seine Zustimmung zu der Meinung eines Abgeordneten aus, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten habe. Auf konservativer Seite wurde anfangs gesagt, an die Aufhebung des Sozialistengesetzes sei so wenig zu denken, daß im Gegenteil angenommen werden müsse, daß, wenn einerseits dem Staate angesonnen werde, den Interessen der Arbeiter bis an die äußerste Grenze entgegen zu kommen, andererseits die volle Macht des Staates rücksichtslos gegen alle Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten in Anwendung gebracht werden solle. Man erinnerte in dieser Hinsicht an die Äußerung Sr. Majestät gegenüber der westfälischen Bergarbeiter-Deputation und an die Ausführungen, welche Fürst Bismarck bei Beratung der Invaliden- und Altersversicherung im Reichstage vortrug. Nicht als Schwächung, sondern als Verstärkung der repressiven Macht des Staates gegenüber den Umsturzbestrebungen

diene daher die kaiserliche Aktion. Die gegenteiligen Behauptungen seien nichts als freisinnige Flunkereien.

Aber die Freisinnigen hatten Recht, als sie sofort nach den Erlassen behaupteten, daß mit denselben auch dem Sozialistengesetze das Urteil gesprochen sei. Zu ihnen gesellte sich sodann die „Neue Preuß. Zeitung“, die das Sozialistengesetz mit dem Prinzip der Erlasse nicht mehr für vereinbar hielt. Nachdem dasselbe ihr bis dahin nicht rigoros genug gewesen war, brandmarkte sie jetzt die Arbeiterversicherungsgesetzgebung, die Erfüllung der Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 12. November 1881 als eine bloß verstandesmäßige Berechnung, mit der das Herz nichts zu thun habe. Fürst Bismarck habe kein Verständnis für die hochherzige, weitschauende Sozialpolitik des Kaisers. „Erst mit dem 4. Februar 1890 sind wir zu der alten, großen Wahrheit zurückgekehrt, welche „die Liebe in den Mittelpunkt aller Dinge stellt“. „Die Erlasse erkennen das Berechtigte an den Bestrebungen des vierten Standes seinem vollen Umfange nach an, sie wollen versöhnend wirken, gehen also von dem Vertrauen aus, daß es hierzu noch nicht zu spät sei. Das Sozialistengesetz vertritt den entgegengesetzten Standpunkt; es baut sich auf der Anschauung auf, daß die „revolutionäre Bestie“ nur mit Gewalt noch niedergehalten werden kann. Beides verträgt sich nicht mit einander. Je entschlossener mit dem einen oder dem anderen Gesichtspunkte Ernst gemacht wird, um so schreiender muß der Widerspruch hervortreten. Eines würde mit der Einbringung eines neuen Ausnahmegesetzes allerdings erreicht werden; man würde die Stimmung erzeugen, deren die Sozialdemokratie bedarf, um den Eindruck der Erlasse niederzukämpfen und die Masse der Arbeiter in den Bahnen der revolutionären Anschauungen zu erhalten, die den Führern allein am Herzen liegen. Will man das? Kann man das wollen? Gewiß nicht, davon sind wir überzeugt! Nun, dann mache man sich klar, daß die Wege, für die hier und da noch eine gewisse Vorliebe zu bestehen scheint, vermieden werden müssen.“

So die „Kreuzzeitung“. Zu der Äußerung des Fürsten Bismarck gegenüber dem Berichterstatter der „Nowoje Wremja“, je später Vorkehrungen gegen die Sozialisten getroffen würden, um so blutiger würde das Ende sein, bemerkte der extrem-konservative „Reichsbote“: „Blutiger kann das Ende sicher nicht werden, als dasjenige, zu dem uns die falsche Sozialpolitik des ehemaligen Reichskanzlers mit Notwendigkeit gedrängt hätte. Gerade das Blut soll ja durch die kaiserliche Reform vermieden und an seiner Stelle der friedliche Aus-

gleich gesetzt werden; aber Bismarck scheint von dem unbekehrbaren Phantom beherrscht, daß es in der sozialen Frage unter allen Umständen zu Blut kommen müsse, während zunächst doch nur feststeht, daß es unter ihm und seiner aus Mißtrauen und Menschenverachtung geborenen mechanischen Gewaltdiplomatie der letzten Jahre, die auch in den eignen Unterthanen eine Art äußere Feinde erkennt, zu Blut kommen würde. Es ist gut, daß er nicht mehr in der Lage ist, durch eine solche, an der falschen Stelle angewendete Blut- und Eisenpolitik das nationale Sedan von 1870 durch ein inneres von 1890 in Frage zu stellen." In diesem Sinne haben wir die Wendung unserer Sozialpolitik sich vollziehen sehen. Moltke stellte sich — beiläufig gesagt — in dem nach seinem Tode veröffentlichten Briefe an Dr. Dorn in London vom 16. Dezember 1890 vollständig auf den entgegengesetzten Standpunkt. Am Schlusse desjenigen Jahres, das vorzugsweise von der modernen Sozialpolitik, von der Arbeiterschutzgesetzgebung ausgefüllt war, hat Moltke kein Wort für diese, sondern nur für die Sozialpolitik Wilhelms I. und Bismarcks, er sagt auch vom Gesetz gegen die Sozialdemokratie: „Es war das humanere Verfahren, es wirkte präventiv, nach seiner Aufhebung bleibt nur die rücksichtslose Repression". Ganz und gar Bismarck.

Der Kaiser zog eine zweite Konsequenz aus der Arbeiterschutzpolitik, und zwar wiederum in Übereinstimmung mit den Freisinnigen. Diese schlugen aus den Erlassen sofort Kapital gegen die Schutzzollpolitik.

Die Konservativen behaupteten, daß umgekehrt eine Politik, welche sich die Regelung der Arbeitsdauer in der Richtung der Verhütung übermäßiger Inanspruchnahme der Arbeitskraft zur Aufgabe stelle, doch gerade nur auf der Grundlage einer Wirtschaftspolitik sich aufbaue, durch welche für reichliche Arbeitsgelegenheit und gutes Arbeitsverdienst gesorgt werde, wie bei der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit. Andernfalls würde der Hunger der Durchführung einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung von selbst die engsten Schranken ziehen.

Der Kaiser betrieb dagegen bei seinen letzten Besuchen in Wien die Abschließung eines Vertrages, in dessen Rahmen die Herabminderung der landwirtschaftlichen Zölle stattfinden und dem die Vereinbarung ähnlicher Verträge mit einer Reihe anderer Staaten folgen soll, also Rückkehr zu dem System der Tarifverträge. Der Kaiser tadelte öffentlich die widerstrebenden Agrarier, während von

Friedrichsruh man den Mahnruf hörte: „Das System unserer wirtschaftlichen Zölle verträgt keine Durchlöcherung, ohne daß sofort ihr ganzer Nutzen in Frage gestellt wird, außerdem würde die Preisgabe der Viehzölle den kleinen Mann auf dem Lande noch weit härter treffen als den Großgrundbesitzer, mithin würde die Verstimmung gerade in denjenigen breiten Schichten der ländlichen Bevölkerung sich äußern, welche für die preußische Monarchie eine der festesten Stützen bilden."

Die Zuckersteuervorlage, die ebenfalls der Tendenz der Erleichterung der Volksernährung folgt, erhielt gelegentlich aus allerhöchstem Munde einen Kommentar mit den Worten, die er bei einem Jagdausfluge in Sachsen äußerte, indem er bemerkte, er habe die Beobachtung gemacht, wie in Gegenden mit Rübenbau der kleine Grundbesitz sich großer Wohlhabenheit erfreue. Die meisten kleinen Besitzer hätten ein Reitpferd im Stalle, die Familie treibe Luxus, fast in jedem Hause befände sich ein Pianino, welches die Töchter kunstgerecht bearbeiteten, während die Söhne die höheren Schulen in den Städten besuchten. Der Kaiser habe sich außerordentlich über die Wohlhabenheit des kleinen Grundbesitzes gefreut, jedoch seine Verwunderung darüber ausgedrückt, wie man bei solcher Wohlhabenheit noch fernerhin vom Staate Zuckerprämien beanspruchen könne.

Es liegen verschiedene andere konstatierte Äußerungen des Kaisers über seinen wirtschaftlichen Standpunkt vor, die begreiflicherweise das Hineinziehen der Person des Monarchen in die tagespolitischen Kämpfe unvermeidlich gemacht haben. Bei dem Diner beim Finanzminister Miquel (Januar 1891) erwiderte der Kaiser auf den Versuch des Abgeordneten v. Kardorff, ihn für den Bimetallismus zu gewinnen: „Nein, lieber Kardorff, auf den Schwindel falle ich nicht hinein." Im Februar 1891 gab es ein parlamentarisches Festessen bei Herrn v. Caprivi: dabei kam die Rede im Gespräch auf den Wagenmangel im Kohlenrevier an der Ruhr. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Mangel in übertriebener Weise von den Großindustriellen allein geschildert werde, um den Eisenbahnminister v. Maybach zu stürzen. Maybach habe sich den Zorn der Schutzzöllnerklique zugezogen, weil er sich von dem Schienenring die Preise nicht habe diktieren lassen wollen und deshalb jüngst einem ausländischen Werk den Zuschlag für Schienenlieferung erteilt habe. Der Kaiser bemerkte, daß ihm dies sehr wohl bekannt sei, und daß Maybach sehr recht daran gethan habe, dem Schienenring entgegenzutreten. „Solche Ringe sind unhaltbar und ungesund."

Bei derselben Gelegenheit wurde die Stellung der Großindustriellen zum Arbeiterschutz und der Einfluß, den diese während der Zeit des Vorgängers des Herrn v. Caprivi durch die Regierung ausgeübt hätten, „eingehend, aber nicht beifällig“ erörtert. Die „Kölnische“ forderte ein Dementi dieser und anderer Äußerungen Es kam keines.

Der Kaiser hat persönlich sich für die Landgemeindeordnung interessiert. Im heißen Streite des Ministers des Innern mit den Konservativen, erhielt jener am Geburtstage des Kaisers — eine hohe Dekoration und zwar gerade die des Hohenzollernschen Hausordens. Die Liberalen sahen darin ein Seitenstück zu der Randbemerkung Friedrich Wilhelms I., die gewöhnlich unrichtig citiert wird, richtig aber lautete: „Ich komme zu meinem Zweck und stabiliere die Souveränität und setze die Krone fest wie einen rocher von bronze und lasse den Herren Junkers den Wind vom Landtag. Man lasse den Leuten Wind, wenn man zum Zweck kommt.“ Als am 24. April die Landgemeindeordnung im Abgeordnetenhause mit großer Majorität angenommen war, telegraphierte der Kaiser von Eisenach dem Minister Herrfurth seinen Glückwunsch. In konservativen Kreisen hatte man auf die Thatsache hingewiesen, daß der jetzige Minister des Innern es möglich gefunden habe, zehn Jahre lang mit dem System Puttkamer als Unterstaatssekretär in Seelengemeinschaft zu leben und man hielt es in diesen Kreisen nicht für unmöglich, daß der drohend erhobene Speer sich gegen den kampflustigen Minister wende, d. h. daß er ginge und dann eine Landgemeindeordnung in konservativer Fassung komme.

Des Kaisers eigenstes Werk ist das Abkommen mit England wegen Ostafrika, wie er selbst geäußert. Er hat Miquel berufen, um endlich die Steuergesetzgebungsreform zu bewerkstelligen. Er hat nach eigenen Gedanken der Reform der höheren Schulen kraft seines an Herrn v. Goßler gerichteten Wortes sic volo, sic jubeo die Richtung vorgeschrieben, selbst bis auf die Abschaffung des lateinischen Aufsatzes für die Gymnasial-Abiturienten.

Der Kaiser hat in den ehemaligen Kollegen des Fürsten Bismarck, wie in den neuen Ministern, insbesondere in Herrn v. Caprivi willige Mitarbeiter und Dolmetscher seines Werkes gefunden. Es ist nicht richtig, wie bisher allgemein angenommen wurde, daß nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck sämtliche Minister ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt hätten, nur die Minister v. Scholz und v. Maybach sind der Ansicht gewesen, daß es ihnen gezieme,

mit dem Fürsten Bismarck zu stehen und zu fallen, und vertraten ihre Ansicht auch ihren Kollegen gegenüber mit Nachdruck. Herr Herrfurth, der bis dahin für das Sozialistengesetz wie ein zweiter Puttkamer gekämpft, gab es preis, wie Herr v. Böttícher aus dem schroffen Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung (vgl. Reichstag, Sitzung vom 23. Januar 1889) ein beredter Fürsprecher derselben wurde. Herr v. Goßler hielt sein Portefeuille für eine Messe wert, er gab dem Centrum die Sperrgelder-Vorlage vom Januar 1891. „Wenn ein leitender Minister glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen verpflichtet, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregeln zu überzeugen, weil der Minister infolge seiner Antecedenzien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne Weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Überzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen, als der leitende verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anrät, vor der Ausführung seiner Entschließung eine gutachtliche Beurteilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen. In dieser Lage dürfte sich Fürst Bismarck dem Kaiser gegenüber in Sachen der auf die Arbeiterfragen bezüglichen Erlasse und weiteren Maßnahmen befunden haben. Die Meinung des Monarchen war eine andere, wie die seines Kanzlers, die übrigen Minister aber, die noch wenige Jahre zuvor mit dem leitenden Staatsmanne eines Sinnes waren, mochten ihre Ansicht geändert, oder aus

Gründen, deren Erörterung uns hier nicht obliegt, geändert haben." (H. N.).

Die Freisinnigen bezeichnen als ein Symton des neuen Kursus, daß unter Bismarck ein Minister Miquel nicht möglich gewesen wäre. Jener hat doch mit Bennigsen, dem Landsmann und politischen Freunde Miquels, wegen Eintritt ins Ministerium verhandelt? Wie Bismarck über Miquel dachte, ist bekannt, und erhellt u. a. aus einer Notiz, welche die „Nordd. Allg. Ztg." im April 1884 brachte, wo Miquel Berlin passierte und alle Welt diese Reise mit seiner Berufung als Minister (des Innern?) in Verbindung brachte. Die „Nordd. Allg. Ztg." leugnete diesen Zusammenhang, indem sie sagte: „Fürst Bismarck kann sowohl um der Persönlichkeit des Herrn Miquel willen, als auch wegen seiner hervorragenden Stellung in einer angesehenen Fraktion und wegen seiner Eigenschaft als consul dirigens einer so bedeutenden Stadt, wie Frankfurt a. M. ist, sehr wohl das Bedürfnis nach geselligem und persönlichem Verkehr mit demselben haben, ohne daß daraus auf eine Ministerkrisis und Verhandlungen über Neubesetzung noch nicht vakanter Stellen geschlossen werden dürfte."

Fürst Bismarck hatte sehr wohl an Herrn Miquel als Kollegen gedacht. Aber der König widerstrebte. Wilhelm I. war von äußerster Empfindlichkeit für Intaktheit des Rufes seiner höchsten Beamten, besonders voller Abscheu für das Gründerwesen, und Herr Miquel war dem Schicksal des calumniare audacter, semper aliquid haeret nicht entgangen. Er verdankte dies seinem Freunde Lasker. Als dieser Abgeordnete, der durch die von ihm selbst herrührende Gesetzgebung das Gründerwesen gezüchtet hatte, einige Männer der Kreuzzeitungspartei, die in die Gründerei hineingepfuscht und den Liberalen Konkurrenz zu machen mit vielem Ungeschick versucht hatten, herausgriff, um sie an den Pranger zu stellen, während er und seine Partei die Moralischen spielten, blieb die angegriffene Partei die Replik nicht schuldig. Sie deckte das liberale Gründertum triumphierend auf und schonte auch diejenigen nicht, welche nur im entferntesten sich darein gemengt hatten. Einer der schlimmsten Rächer war Herr von Diest-Daber. Er verfolgte Lasker mit bitteren Briefen. Als dieser nicht mehr antwortete, nahm Herr v. Diest Veranlassung, einem Fraktionsgenossen des Herrn Lasker von dem Inhalt seines letzten Briefes Mitteilung zu machen, mit dem Ersuchen, Herrn Lasker zu fragen, warum er nicht geantwortet habe. Derselbe teilte Herrn Diest darauf mit:

„Herr Lasker habe sich dahin geäußert, er könne auf einen Drohbrief nicht antworten, übrigens erklärt, dem Inhalte des Briefes, was insbesondere Herrn Miquel betreffe, auch nicht widersprechen zu können, weil er niemals ein Hehl daraus gemacht habe, daß dessen Einwirkung auf einzelne Gesetze eine ganz eigentümliche gewesen sei und ihm nicht gefallen habe.“

Lasker gestand schließlich ein, wenn er sich auf Enthüllungen weiter einließe, daß er seine eigene Partei ruinieren würde.

Die geistige Bedeutung Miquels ist von niemand so anerkannt worden, als von Bismarck. Er war stets der konträre Gegensatz zu jenen Politikern, welche, immer zufrieden, das Große gewollt zu haben, auch wenn durch sie die Gesetzgebung nicht vom Flecke kommt, oder aber in dem Bewußtsein, nützliche Reform nicht zu hindern dank der Bereitwilligkeit anderer, etwas zu stande zu bringen, sich gestatten dürfen, Unausführbares zu fordern, und durch die Kühnheit ihrer Ideen die anderen in den Schatten zu stellen, die die Verpflichtung fühlen, die allerdings sehr unbequeme, sehr lästige Verantwortlichkeit nicht nur des Redens und Abstimmens, sondern auch des Handelns zu übernehmen. Miquel war der vollendete Typus des „Ja — aber“, d. h. des praktischen Staatsmannes, das gerade Gegenteil des „Ja — also“.

Daß Miquel an der Seite Bismarcks etwas anderes bedeutet hätte, als eine Concession an die Deutsch-Freisinnigen und an das Centrum, liegt auf der Hand. Miquel gilt heute im Rate der Krone des Reiches und Preußens als die am meisten vorwärts treibende Kraft. Was er in seinem Ressort teils ausgeführt, teils in die Wege geleitet, ist aus den parlamentarischen Verhandlungen bekannt. Seine Einwirkung auf den Gang der preußischen Staatsmaschine über das eigene Ressort hinaus hat es ermöglicht, daß die Sperrgeld-Vorlage das zweite Mal in einer von dem ersten Mal umgewandelten, den Ultramontanen anbequemten Gestalt hat vorgelegt werden können. Der neue Kurs fand auch in der Landgemeinde-Ordnung einen besonders bezeichnenden Ausdruck. Der Entwurf des Ministers des Innern deckte gegenüber früheren Erklärungen desselben einen Umschlag auf, der an denselben Kontrast erinnert, den der erste und zweite Entwurf des Sperrgeldgesetzes bot. Im Jahre 1869 sagte der ältere Graf Eulenburg im Abgeordnetenhause, als ihm sein erster Kreisordnungsentwurf vor die Füße geworfen wurde, weil er erst eine Landgemeinde-Ordnung schaffen müsse: „Wir brauchen keine Gemeindeordnung. Der Herr

Abgeordnete Miquel irrt, wenn er den Mangel einer Gemeinde-ordnung in dem Sinne hervorhebt, daß er sagt, es existiere kein Gemeindeleben auf dem platten Lande der sechs östlichen Provinzen. Das ist ein wirklicher Irrtum. Diejenigen Gemeinden, die diesen Namen verdienen, — ich gebe zu, daß es einige kleine Gemeinden giebt, die einer Abhilfe bedürfen, — diejenigen Gemeinden aber, die diesen Namen verdienen, haben ein sehr reges Bewußtsein derjenigen Verpflichtungen, die ihnen obliegen, und sie haben sich in die Art und Weise, wie diesen Verpflichtungen nachzukommen sei, so hineingelebt, daß von irgend einem Mangel von gesetzlichen Bestimmungen nicht die Rede ist. Unser kommunales Leben auf dem Lande ist ein ganz frisches — das werden mir diejenigen Herren bezeugen, die in der Lage sind, dasselbe aus der Nähe zu beobachten."

Nach zwanzig Jahren kömmt Herr Herrfurth und sagt den Liberalen dasselbe noch einmal. „Wir brauchen keine Landgemeinde-Ordnung, die bestehenden Gesetze genügen allenfalls." — Das sagte auch die konservative Partei im Herbst 1888 in ihrem Wahlprogramm. „Für den Erlaß einer den ganzen preußischen Staat umfassenden Landgemeinde-Ordnung sehen wir kein Bedürfnis. Die Freiheit der Entwickelung unserer ländlichen Verhältnisse ist gegenwärtig in keiner Weise behindert, sie beruht vielmehr auf gesunden Grundlagen. Dagegen glauben wir, daß da, wo Landgemeinde-Ordnungen und selbständige Gutsbezirke örtlich gemeinsame öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben, die Möglichkeit geboten werden muß, auch beim Widerspruch der Beteiligten, statutarisch gemeinsame Einrichtungen ins Leben zu rufen."

Im Jahre darauf sagte Herr Herrfurth, „er wolle nicht nach doktrinären Parteianschauungen in mechanischer Weise schablonenhafte Neubildungen schaffen, er wolle nur da, wo es nötig sei, die bessernde Hand anlegen." Das war alles sehr wenig verheißungsvoll für die Liberalen. Wieder ein Jahr später hat Herr Miquel, nicht mehr als Abgeordneter, sondern als treibende Kraft im Rate der Krone, das, was ihm als Abgeordneten Graf F. Eulenburg vor 21 Jahren rund abschlug, erreicht.

Im Herbst 1889 sagte Herr v. Bennigsen im Reichstage: „In drei Jahren laufen eine Reihe von Verträgen ab, die Deutschland und andere europäische Mächte abgeschlossen haben, Handelsverträge u. s. w., und dann wird es sich fragen, ob das System aufrecht erhalten werden soll, welches in Deutschland für unseren Tarif Ende der 70er Jahre in Geltung gekommen ist, oder aber, was ich nicht

für unmöglich halte, ob zwischen den europäischen Staaten wieder eingelenkt wird auf ein System gemeinsamer Handelsverträge. Bei einer solchen Gelegenheit würden ja natürlich die verschiedenen Sätze in den Tarifen der einzelnen Staaten, sowohl was Industrie, als was Landwirtschaft betrifft, in eine gegenseitige Beurteilung miteinander gebracht werden. Da ist es ja doch mit Händen zu greifen, daß, wenn wir, Deutschland, vorher so wesentliche Änderungen vornehmen, wie es hier von manchen Seiten gefordert wird, und die agrarischen Zölle anderthalb Jahre vor dieser Zeit, wo diese Verhandlungen mit den übrigen Staaten beginnen, vollständig abgeschafft hätten — daß wir eines der wertvollsten Unterhandlungsmittel bei diesen Verträgen und deren Vorbereitung in den Jahren 1891/92 aus den Händen geben würden."

Es ist so gekommen, oder scheint so kommen zu sollen, wie Herr v. Bennigsen gewünscht hat. Man sagt, Herr Miquel stehe noch eine Kleinigkeit mehr rechts, als Herr v. Bennigsen. In der im Monat April 1884 in Neustadt a. d. Hardt stattgehabten Versammlung der südwestdeutschen Nationalliberalen hielt Herr Miquel eine Rede, in der er sich, obwohl kein Agrarier, doch im Punkte der Getreidezölle auf deren Seite stellte. Bei derselben Gelegenheit erklärte er die Reichsministerfrage, die damals sehr stark ventiliert wurde, für eine Nebensache. Bekanntlich berührte Herr v. Bennigsen auch diesen Punkt, namentlich die Einsetzung eines Reichsfinanzministers, in seiner oben erwähnten Reichstagsrede von 1889. Die Deutsch-Freisinnigen hatten gleichwohl Recht, als sie die Berufung Miquels in den Rat der Krone als ein bedeutsames Symptom für eine neue Zeit ansahen. Nur sollten sie ihn nicht mehr für sich reklamieren, als er es verdient. Es ist nicht zu leugnen, daß die, durch die vielen Neuerungen erregte Unruhe in der Bevölkerung durch die von deutsch-freisinniger Seite systematisch betriebene Reklame, von der die beständige Andeutung, daß die Regierung insgeheim noch mit den weiteren „Zielen" der Partei einverstanden sei, ein wichtiger Bestandteil war, sowie durch den von derselben Seite hervorgerufenen Schein, als ob der Kurs überall der des deutschen Freisinns sei, noch eine wesentliche Steigerung erhielt. Durch die skrupellose Agitation verbreitete man den Glauben an einen über das schon Gegebene weit hinausgehenden Bruch mit der unter dem Fürsten Bismarck erfolgten Politik. Durch diese „Preßtreiberei" wurden Volkskreise, welche ohnehin durch den wirklichen jetzigen Kurs verstimmt waren, noch mehr beunruhigt und abgestoßen. Die unleug-

bare Erregung, welche in landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen durch die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich hervorgerufen wurde, mußte durch die demonstrativ zur Schau getragene Siegeszuversicht von Politikern, welche ihrerseits bereit sein würden, auch ohne jene Gegenleistung des Auslandes die weitgehendsten Zugeständnisse zu machen, zum äußersten getrieben werden. Die Regierung aber schwieg zu den „Preßtreibereien". So mußten die Unzufriedenen in dem Glauben bestärkt werden, daß das schlimmste erst noch kommen würde. Es war kein Grund ersichtlich, warum man seitens der Regierung sich als „Unterstützung" eine politische Haltung anrechnen ließ, die in der Verweigerung der Geldforderungen der Regierung — z. B. im Militär-Etat und in der Kolonialpolitik — in dem Votum gegen fast alle wichtigen gesetzlichen Vorlagen sich bethätigte.

Wenn die freisinnigen Blätter nicht müde wurden, bei den Ihrigen goldene Illusionen wachzurufen, so wußten sie ganz genau, was sie thaten, sie rechneten so: Entweder geht die Regierung weiter auf der liberalen Bahn, und dann ist ja unser Zweck erreicht, oder die hochgespannten Hoffnungen der freisinnigen Partei im Lande werden getäuscht, die Regierung wirft sich wieder den Konservativen und „Agrariern" in die Arme. Im letzteren Falle würde der Fehlschlag getäuschter Hoffnungen bei den „Unsrigen" eine mächtige Reaktion erzeugen, und alle Freisinnigen würden wie die emporgeschnellten Gummimännchen auf dem Plan erscheinen, um an der verräterischen Regierung Rache zu nehmen. Dieser Plan war fein ausgesonnen, denn nichts erzeugt eine solche Erbitterung als fehlgeschlagene Erwartungen und Einbildungen. Wer nichts gewähren will, darf vor allen Dingen nichts versprechen, oder auch nur zu versprechen scheinen. Hatte die Regierung die Absicht, den Freisinnigen weiter entgegenzukommen? Die „Köln. Ztg." sagte in einem Artikel, der die Überschrift trug: „Der alte und der neue Kurs", daß sich vielfach der Eindruck festgesetzt habe, als „gebreche es der herrschenden Richtung an Entschiedenheit und an einer Überschätzung der erreichbaren Ziele". Dann hieß es weiter:

„Richtung gebend für unsere Regierungspolitik scheint uns das Bestreben zu sein, Streitpunkte thunlichst bei Seite zu räumen und so dem Staatswagen eine bequeme, glatte Fahrbahn zu schaffen. Wir fürchten, daß die Regierung damit die preußische Energie in der Verteidigung der Grundlagen unseres staatlichen Volkstums, in der Abwehr schädlicher und zersetzender Bestrebungen einbüßt."

Das Blatt sah dann eine unsichere Haltung in der Frage des Septennats, es spielte auf den Vertrag mit England an, es hatte übereifrige, sozialpolitische Äußerungen vernommen, welche einen aussichtslosen Wettlauf um die Gunst des Arbeiters zu eröffnen drohten, und es wünschte endlich betreffs des Sozialistengesetzes „von maßgebender Stellung eine Aufklärung über die Gründe und Erwägungen, welche der Regierung einen Verzicht auf das Schutzgesetz statthaft machen". Diesen Ausführungen nun schloß sich unter der Überschrift: „Wohin treiben wir?" die „Münchener Allg. Ztg." an, mit dem Bemerken:

„Mehr und mehr beginnt überall den ernsten und besonnenen Männern das Tempo des Staatswagens ein unheimliches zu werden, und in je größerem Umfange die beabsichtigten Reformen an Quantität wie an tiefeingreifender Bedeutung zunehmen, desto mehr tritt die Frage in den Vordergrund, ob für eine so folgenreiche Arbeit auch die geeigneten umsichtigen und scharfblickenden Führer vorhanden seien."

Während indessen bei der „Köln. Ztg.", wie sich aus den angeführten Stellen und zahlreichen früheren Äußerungen unzweideutig ergab, der treibende Beweggrund in dem Grolle über das Aufgeben des Sozialistengesetzes und die soziale Reform zu suchen war, war es bei dem Münchener Blatte die Entlassung des Fürsten Bismarck. Dieselbe wurde eingehend erörtert und aufs tiefste bedauert; es wurde bezweifelt, ob Herr v. Caprivi auch genügende Befähigung und Kenntnisse zum Ministerpräsidenten und Kanzler besitze und es wurde gefragt, ob Fürst Bismarck wirklich gehen mußte. Des weiteren hieß es dann, Herr v. Caprivi sei bis jetzt durch die Umstände begünstigt gewesen.

„Hierzu kommt, daß alle Parteien durchfühlen, wie Kaiser Wilhelm II. sein eigener Ministerpräsident und Reichskanzler sein, selbst das Ruder führen will und daß sie somit sich weit weniger auf ihr künftiges Verhalten zu dem neuen Ministerium, als auf ihr künftiges Verhalten zur Krone einzurichten haben. Mit dem Eintritt Miquels ist ein neues Moment hinzugekommen, welches das Stadium des Abwartens verlängert. Je mehr die heutige Reichs- und Staatsleitung der eigentlichen Geschäftskenntnis entbehrt, desto mehr neigt sie naturgemäß dazu, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, um dem Staatswagen eine möglichst glatte Bahn zu sichern. Notgedrungen tritt an die Stelle erprobter und bewährter Grundsätze eine Neigung zum Experimentieren, der aus-

sichtslose Versuch, durch die Preisgabe bisher innegehaltener Positionen Sympathien zu erwecken, welche hinter jenen an Gleichwertigkeit weit zurückstehen. Das Ränkespiel der Parteien gewinnt damit einen bisher unbekannten, für die Kontinuität unserer Entwickelung unheilvollen Einfluß auf die Entschließungen der Regierung."

Man sieht, die Angriffe ließen an Schärfe nichts zu wünschen übrig, und war somit erklärlich, daß in ihnen das Ausland, z. B. die „Neue Züricher Zeitung" „bedeutsame Symptome gährender Unzufriedenheit" erblickte. Die Kreuzzeitung bemerkte:

„Wenn die „Kölnerin" heute schon von „Mangel an Entschiedenheit und Überschätzung der erreichbaren Ziele" spricht, so wissen wir wirklich nicht, aus welchen Thatsachen sie solche Urteile folgern will; auch hat die Regierung weder, wie die „Münchnerin" behauptet, experimentiert, noch Entschlußlosigkeit gezeigt, im Gegenteil bis jetzt eine Festigkeit des Entschlusses und eine Kühnheit der Initiative bewiesen, die mit Recht auch dem Auslande imponiert."

Mit dem konservativen Blatte stimmte die fortschrittliche „Voss. Ztg." überein. Auch sie meinte, es werde solchen Kreisen, „deren Selbstsucht dem Allgemeinwohl Opfer zu bringen hat", bei den jetzigen Reformvorbereitungen und deren Tempo unheimlich zu Mute. „Anstatt die Grundlagen von Staat und Reich zu erschüttern, ist die neue Regierung im Gegenteil kräftig am Werke, sie gegen jeden Angriff auch von innen her zu stützen und zu festigen." Den Dritten im Bunde bildete die ultramontane „Köln. Volksztg.", welche der Ansicht war, daß sich anscheinend eine neue Oppositionspartei mit sozial-politischem Grundzuge bilde.

Ein Streit um die Folgen des staatlichen Eingreifens in der zunächst vorliegenden Frage des Arbeiterschutzes, der in den „Spalten der Rheinisch-Westfälischen Zeitung an die Öffentlichkeit gelangte, beansprucht wegen der dabei beteiligten Personen, in erster Linie des Geheimrats Dr. Hinzpeter, der, wie die Rh.-W. Ztg. sich ausdrückte, „in hervorragendem Maße das Ohr unseres Kaisers besitzt", die Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Zum Verständnisse des Falles muß allerdings etwas zurückgegriffen werden.

Anfangs Juli hatte die „Rh. Westf. Ztg." an leitender Stelle dem Artikel „eines bekannten Eisen-Industriellen aus Hagen i. W." unter der Überschrift: „Auch eine Bitte um die Fürsorge der Regierung" Aufnahme gewährt. In diesem Artikel war, an die Besichtigung der Kruppschen Werke durch Se. Majestät anknüpfend,

ausgeführt worden, die Kruppschen Werke gäben kein richtiges Bild von der allgemeinen Lage der Industrie, weil die Haupterzeugnisse der Fabrik Kriegsmaterialien bildeten, die so gut bezahlt würden, daß auch die übrigen Fabrikate bei schlechten Konjunkturen und Preisen mit durchgezogen werden können, ohne einen Durchschnitts-Verlust zu erzeugen. Um sich ein richtiges Bild von der Lage der Werke zu verschaffen, die mit dem Weltmarkte kämpfen müssen, solle der Kaiser ältere erfahrenere Geschäftsleute oder auch Vertreter großer wirtschaftlicher Vereine befragen. Die Industrie sei durch die vielen Gesetze für das Wohl der Arbeiter, die neuen Vorlagen für Militär zu sehr belastet, um diesen Anforderungen dauernd nachkommen zu können. Das Einmischen der Staatsregierung in die Lohn- und Arbeitszeit-Frage habe die Arbeiter in eine unruhige Bewegung versetzt und vielfach übertriebene Ansprüche hervorgerufen. Die dadurch entstandene Verteuerung der Materialien und Fabrikate habe schon einen Rückschlag auf die Ausfuhr ausgeübt. „Ist der Staat nicht in der Lage, für 1891 große Ausschreibungen für Gebrauchsartikel machen zu können, dann kommen unsere Montan- und im Gefolge manche andere Industrien in eine traurige Lage und mit ihnen viele und teilweise verwöhnte Arbeiter. Das Wohlwollen für die letzteren allein ist durchaus unzureichend. Dasselbe schafft kein Geld."

Herr Geheimer Oberregierungsrat Dr. Hinzpeter schien nun den Wunsch empfunden zu haben, sich mit dem Verfasser des Artikels in Verbindung zu setzen, denn er richtete an die Redaktion der „Rh. W. Ztg." einen Brief, woraus diese folgendes mitteilte:

„Daß der Verfasser des Artikels sich nicht genannt, ist ein fühlbarer Mangel und macht eine Diskussion wenigstens für mich unmöglich. Derselbe kann sich übrigens beruhigen, die Ausnahmestellung des Kruppschen Etablissements ist während jenes Besuches desselben genügend hervorgehoben. Seine Behauptung, daß die Regierung sich in die Lohn- und Arbeitszeitfrage der Arbeiter eingemischt habe, ist für jemand, der mit seiner offenen Darlegung der Verhältnisse dem allgemeinen Wohl dienen will, gelinde gesagt, unbegreiflich. Unbegreiflicher freilich noch ist der daran geknüpfte Versuch, die nunmehrige Bewegung und die vielfach übertriebenen Ansprüche der Arbeiter auf solche Einmischung zurückzuführen. Für den Fall, daß der Verfasser des Artikels, wie es ja wohl seine Schuldigkeit wäre, in einer Fortsetzung die „ganz anderen staatlichen Maßnahmen und Entlastungen", welche erforderlich sind, näher be-

zeichnet, erlaube ich mir die Bitte um Zusendung auch solcher Fortsetzung."

Die Redaktion stellte auch dieses Schreiben dem Verfasser des Artikels, Herrn W. Funcke in Hagen, richtig zu; Herr Funcke seinerseits wandte sich aber sofort an die Öffentlichkeit in einem offenen Briefe, den die „Rh. W. Ztg." abdruckte. Wir entnehmen dem Schreiben die wesentlichsten Stellen.

„Wenn Sie, Herr Geheimrat, Ihrer Verwunderung Ausdruck geben, daß ich es wage, mich mit der Fürsorge für das Wohl unserer Arbeiter zu beschäftigen, ohne die näheren Vorschläge zu unterbreiten, wie die Staatsregierung der Gewerbthätigkeit des Vaterlandes stützend zur Seite treten könnte, ja in Rücksicht auf den Weltmitbewerb müßte, so kann auch das nur dann „unbegreiflich" erscheinen, wenn man den seit vielen Jahren in der Presse und im Landtage erörterten Erfordernissen keine Beachtung schenkte, denn jedermann, der mit Interesse diese Fragen verfolgte, weiß, wo der Schuh drückt.

„Wie nachteilig sich aber erst die Einmischung derjenigen erweist, die mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genauer bekannt sind, davon haben gerade Sie, Herr Geheimrat, bei dem unseligen Bergarbeiterausstande des verflossenen Jahres ein vielseitig beklagtes Beispiel gegeben. Es ist dies nicht nur die allgemeine Ansicht hiesiger und weiterer Kreise, sondern es wird dieselbe auch von vielen Männern geteilt, welche ganz außerhalb der beteiligten Interessen stehen, wie diese Ansicht auch seinerzeit schon von hervorragender Stelle zum Ausdruck gebracht wurde.

„Die Ausübung irgend welchen Einflusses solcher, denen die Kenntnisse der Verhältnisse fehlen, kann in den meisten Fällen nur unheilvoll wirken, da vorgefaßte Schulmeinungen gewöhnlich den Ausschlag geben und fühle ich daher kein Bedürfnis, für diese in weitere Erörterungen einzutreten. Nur eins darf ich Ihnen gegenüber wohl hervorheben. Für unseren Handwerker- und Arbeiterstand ist eine Schulreform das dringendste Bedürfnis und auch hierüber scheinen Sie nicht gehörig orientiert zu sein; es lag ja in Ihrer Sphäre, auf diesen Gegenstand in erster Reihe Ihr Augenmerk zu richten und geeigneten Orts Ihre Vorschläge zu unterbreiten."

Herr Wilhelm Funcke erntete vielen Beifall durch diese Erklärung. Wer den Gang der Dinge, wurde gesagt, in den letzten $1^1/_2$ Jahren aufmerksam verfolgt habe, der wisse, wie unselig sich die Einmischung derjenigen erweise, die mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genauer bekannt sind. Dazu komme als besonders erschwerend noch

hinzu, daß Herr Geheimrat Dr. Hinzpeter sich nicht in einer Stellung befinde, in der er für die von ihm abzustattenden Berichte ꝛc. dem Lande gegenüber eine Verantwortung habe, wie sie den Ministern, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten ꝛc. zufällt. Seine Berichte kommen nicht einmal zur Kenntnis der Behörden der betreffenden Bezirke, über die er berichtet, und man wisse es ganz positiv, daß dieses Verhältnis auch in den Kreisen der betreffenden Behörden zum Teil auf das tiefste beklagt werde. Angenommen, ein Regierungspräsident habe über einen Teil des ihm unterstehenden Bezirks an seine vorgesetzte Behörde berichtet. Wenige Tage darauf kommt Herr Dr. Hinzpeter, hält sich in demselben Teile des Bezirks einen halben Tag auf, verhört die ihm passend erscheinenden Leute und schreibt über seine Wahrnehmungen einen Bericht. Könne es da fehlen, daß sich die ärgsten Widersprüche herausstellen? Und wo liegt die Korrektur? — Man traue den Fähigkeiten des ehemaligen Erziehers unseres Kaisers alles mögliche zu, daß er aber über Nacht einen so tiefen Einblick in die verschiedensten Branchen der Industrie gethan haben sollte, um ein sachgemäßes Urteil über die Bedürfnisse derselben abgeben zu können, erlaube man sich mit aller Bescheidenheit zu bezweifeln. Würde man z. B. auf militärischem Gebiete Gutachten von dem genannten Herren einziehen? Warum auf industriellem Gebiete? „Ist die Industrie derjenige Faktor unseres staatlichen Lebens, auf dem sich jeglicher Dilettantismus breit machen darf? Wir haben schon genug Assessoren, Referendare und andere Leute ähnlicher Berufsstellung, die über die „Pflichten der Arbeitgeber" und was dergleichen zeitgemäße Themata mehr sind, eine Broschüre nach der andern schreiben, deren Wert durchweg sehr zweifelhafter Natur ist; da liegt denn der Gedanke und Wunsch uns nahe, Herr Dr. Hinzpeter möge sich auf das Gebiet beschränken, auf dem er ohne Zweifel zu Hause ist, das Gebiet der Schule. Und mit dieser Meinung stehen wir, wie gesagt, mit Herrn Wilhelm Funcke nicht allein da, sondern es ist dies die Meinung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Industrie."

Die „Rheinisch-Westf. Ztg." bemerkte noch: „Der Näherstehende weiß, daß die von Herrn W. Funcke ausgesprochene Meinung nur ein schwacher Abglanz ist von der wirklichen, unter unseren Industriellen bestehenden Stimmung. Und darin haben sie nur zu sehr recht. Wer so wie die rheinisch-westfälischen Industriellen seit Jahren treue Fürsorge für die Arbeiter an den Tag gelegt hat, wer so wie sie freudig die schweren Lasten der sozialpolitischen Gesetz-

gebung bei oft mangelnder Beschäftigung und schlechten Preisen übernommen hat und nun dafür, so wie sie, wenn nicht Undank und Hohn, so doch eine völlige Verkennung der der Allgemeinheit gebrachten Opfer erfährt, der wird ganz selbstverständlich darauf bedacht sein, daß die Urheber dieser irrtümlichen Beurteilung eines besseren belehrt werden, oder aber, wenn ihnen dazu das Fassungsvermögen, die Erfahrungen und die Kenntnisse fehlen, als solche der Öffentlichkeit gegenüber kenntlich gemacht werden. So lange das nicht geschieht, gehen wir schlimmen Verhältnissen entgegen, bei denen allein der Weizen des Radikalismus gedeihen kann, ob er nun freisinniger oder ultramontaner Natur ist."

Herr W. Funcke nahm sodann wieder das Wort und erklärte gegenüber den unwürdigen Verdächtigungen der Freisinnigen und Hochkonservativen: Die Industriellen haben dokumentiert, nicht Gegner der kaiserlichen Sozialpolitik zu sein, sie unterstützen dieselbe, soweit wie es geht, um konkurrenzfähig zu bleiben, dem Lande die notwendige Beschäftigung und den Arbeitern einen angemessenen Verdienst zu erhalten, was auch u. a. auf meinen Werken stets die Hauptaufgabe war, weshalb ein gutes Verhältnis mit denselben auch nie getrübt wurde. Bei den schweren Belastungen, welche der deutschen Gewerbethätigkeit auferlegt sind, fordern die Industriellen mit Recht vom Staat, um nicht vom Weltmarkte verdrängt zu werden und dem Lande mehr Arbeit zu erhalten, das einzige Mittel, um bessere Löhne zahlen zu können, u. a. Herabsetzung der Eisenbahnfrachtsätze für Massen- und minderwertige Güter, Fortfall der Bruttobesteuerung des Bergbaues, welchen der Herr Minister v. Maybach schon seit Jahren in Aussicht stellte, Schulreform u. s. w."

Was in jener Zeit (Sommer 1890) zum Ausdruck kam, war nicht mißverständlich und ließ sich mit kurzen Worten dahin bestimmen: Weitere und angesehene Kreise haben alle nebelhaften und auf die Umbuhlung der Volksgunst zugeschnittenen Züge der Sozialpolitik der Parteien satt, entschieden satt und machen kein Hehl aus diesem Überdruß.

Erst der preußische Landtag, der im Herbst zusammentrat, nachdem der Reichstag vertagt war, brachte durch das reiche Füllhorn seiner namentlich den Ministerien der Finanzen und des Innern angehörenden Reformvorlagen weiteren Kreisen zum Bewußtsein, daß in der That ein neuer Kurs im vollen Gange war.



VI.

Dr. v. Goßler.

Der Kaiser hat sich gerade auf dem Gebiete des Schulwesens ein sehr selbständiges Urteil gebildet. Ebenso auf kirchlichem Gebiete. Über Religion, Dogma, Ethik, hat er sich wiederholentlich sowohl streng offiziell als privatim geäußert. Wer Gelegenheit hatte, das Bild zu beobachten, das das parlamentarische Diner bei Herrn v. Caprivi im November 1890 bot, wurde nicht nur nach der äußeren Scenerie, sondern auch nach der Art der Unterhaltung auch hier an den Ausspruch Bismarcks erinnert, er glaube, daß der Kaiser sein eigener Kanzler sein werde. Kaum dürfte in irgend einer ähnlichen Gesellschaft unter Teilnahme des Souveräns eine anziehendere und fesselndere Unterhaltung gepflogen werden können, als es hier der Fall war. Über die Frische und die liebenswürdige Ungezwungenheit, mit welcher der Kaiser als Mittelpunkt die Unterhaltung beherrschte, war unter den Anwesenden nur eine Stimme. Das Gespräch erstreckte sich auf die mannigfaltigsten Gegenstände. Von allgemeinem Interesse war die scharfe Äußerung des Kaisers, daß alle dogmatischen Zänkereien ihm abhold wären. Weiter erklärte der Kaiser, er werde allen Bestrebungen, die auf Abschwächung des Summepiskopats hinzielten, entgegentreten und wünsche die dogmatischen Streitigkeiten sollten hinter den ethischen und praktischen Forderungen des Christentums zurücktreten.

Auf dem Gebiete der Kunst ist der Kaiser u. a. in der Angelegenheit des Nationaldenkmals für Wilhelm I. mit seinem maßgebenden Urteil hervorgetreten. Im Oktober 1889 entschied das Preisgericht über eine Reihe von Entwürfen zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. Diese Entwürfe waren infolge des Preisaus-

schreibens eingegangen, welches auf Grund des 100000 Mark für die Preisbewerbung zur Verfügung stellenden Reichsgesetzes vom 23. Dezember 1888 erlassen war. Die beiden ersten Preise erhielten drei Berliner Architekten, von den vier zweiten Preisen fiel einer nach Berlin, einer nach Charlottenburg, einer nach Dresden, einer nach Florenz. Vor allem erweckte es eine große Befriedigung, daß diese Entscheidung der Jury mit allen jenen phantastischen Projekten, die durch Niederreißung ganzer Straßenzüge und selbst von Kunstwerken einen freien Platz für dieses Denkmal schaffen wollten, aufräumte; insbesondere, daß in den prämiierten Entwürfen nicht in Betracht gezogen war die Niederreißung der Schloßfreiheit, wodurch ein Aufwand von so und so viel Millionen entstehen müßte, um erst Platz zu schaffen für ein verhältnismäßig kleines Denkmal, das allerdings in einem Entwurfe, demjenigen des Herrn Begas, vorgesehen war, — aber einem Entwurfe, der in der öffentlichen Wertschätzung sehr zurückgeschoben war. Man gewann den Eindruck damals, daß auch die Regierung in dieser allgemeinen Auffassung der Sache, der Bedeutung der Jury beitrat. Unmittelbar nach der Publikation der Preise erschien ein Artikel, der in mehr als hundert der Regierung und dem Preßbüreau zugänglichen Zeitungen veröffentlicht wurde, in dem es hieß: Aus dem Spruche der Richter ergebe sich im allgemeinen für die Platzfrage, daß das Denkmal nicht im Innern der Stadt, sondern vor dem Brandenburger Thore auf dem Königsplatz oder im Tiergarten in monumentaler Größe seinen Platz finden solle. Alle phantastischen Entwürfe, welche mit ganzen Stadtvierteln aufräumen, seien beseitigt. — Weiter hieß es dann: Allseitig wird erkannt, daß die Konkurrenz eine vorläufige Klärung gebracht und daß damit ein wirklicher Schritt zur würdigen Versinnbildlichung des Dankgefühls des deutschen Volkes für seinen großen Kaiser geschehe.

Da fiel von allerhöchster Stelle eine Äußerung, welche sich in ganz entgegengesetzter Richtung bewegte als diejenige, die die Regierung in Übereinstimmung mit dem Reichstag bisher eingeschlagen; in dieser Äußerung wurden die prämiierten Entwürfe samt und sonders sehr abfällig beurteilt. Es hieß, der einzige Entwurf, der irgendwie beachtenswert erscheine, sei der von Begas, ein Entwurf, der gar nicht prämiiert worden war, der einzige Platz, der in Betracht kommen könne, sei die Schloßfreiheit; und endlich war hervorgehoben — ganz im Gegensatz zur amtlichen Ankündigung, — daß an der engeren Konkurrenz zur Bestellung des Denkmals nur Bildhauer

teilhaben sollten; die Sieger der ersten Konkurrenz, die beiden Architekten sollten also demnach ausgeschlossen sein.

Die Niederreißung der Schloßfreiheit, d. h. einer Straße von neun hohen Häusern, welche die Westseite des Kaiserschlosses begrenzt, sollte 8, nach anderen 11 Millionen Mark kosten. Ursprünglich hieß es einmal, das königliche Hausministerium habe aus den Mitteln der seit dem Jahre 1889 um jährlich $3^1/_2$ Millionen Mark erhöhten Krondotation 5 Millionen Mark zur teilweisen Bestreitung der Kosten des Ankaufs jener neun Häuser angeboten. Die Nachricht fand umsomehr Glauben, als die Erhöhung der Krondotation im preußischen Landtage wesentlich auch durch die Notwendigkeit von Schloßbauten begründet wurde. Bald aber wurde es in betreff jenes angeblichen Anerbietens des Hausministeriums wieder ganz still. Nunmehr hieß es, das Reich und die Stadt Berlin sollten die Millionen je zur Hälfte beisteuern. Auch das bestätigte sich nicht. Das erforderliche Geld wurde auf dem Wege des öffentlichen Glücksspiels verschafft, worüber viel Lärm entstand. Der Berliner Architektenverein erklärte, daß die Mitwirkung der Baukunst bei der Wahl des Platzes für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal unentbehrlich und daß die Schloßfreiheit unzureichend sei, daß jedoch der Königsplatz sich empfehle und der von den Architekten Rettig und Pfann eingereichte Entwurf geeignet sei, als Grundlage für die Lösung der Aufgabe zn dienen. Das konservative „Deutsche Wochenblatt“ sprach sich gegen die Lotterie zum Ankauf der Berliner „Schloßfreiheit“ aus. Es wünschte das Kaiserdenkmal vor dem Portal des alten Schlosses, aber eben deshalb dürfte die Lotterie nicht genehmigt werden. „Denn sobald dies geschieht, würde es das Gefühl eines großen Teiles des deutschen Volkes verletzen, wenn der Grund und Boden für ein Denkmal, welches Liebe und Verehrung der Nation dem Einiger Deutschlands widmet, durch Spiel erworben ist.“ Ferner sagte das Blatt bezüglich der geplanten Lotterie: „Das schmeckt nach Gründerei und Spekulation und auf solcher Grundlage wünschen wir nicht das Denkmal Wilhelms I. errichtet, auch nicht das Stammschloß der Hohenzollern und Wünsche des regierenden Kaisers damit in Verbindung gebracht zu sehen.“

Nachdem die Schloßfreiheit trotz alledem auf die angegebene Weise für das Denkmal erworben war, beschloß der Reichstag, die Entscheidung über die Gestaltung des Standbildes und über die Art und Weise des Wettbewerbes ausschließlich dem Kaiser zu überlassen.

In der dritten Woche des Monats November 1890 wurde

im Reichsanzeiger die Allerhöchste Ordre vom 1. Mai 1889 veröffentlicht, welche den Zweck hatte, bereits im Schulunterricht den Kampf gegen die sozialdemokratischen Irrlehren zu legen. Dem Willen des Kaisers gemäß soll die Regierung Mittel finden, um durch den Schulunterricht die Erkenntnis dessen, „was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist“, zu fördern. Die Lehren richtiger gesunder Volkswirtschaft sollen nicht erst dem reiferen Lebensalter zugeführt, sondern schon dem empfänglichen Sinne des Schülers nahe gebracht werden, um ihn bei Zeiten von den Unmöglichkeiten des sozialdemokratischen Zukunftsstaates zu überzeugen. Der Grundgedanke dieses Verlangens wurde im liberalen Lager mit Beifall aufgenommen. Man kommentierte hier die kaiserliche Ordre weiter dahin: „Ohne die Verbreitung vernünftiger Wirtschaftsbegriffe, ohne zureichende Kenntnis der Bedingungen, die für das menschliche Zusammenleben und die Gütererzeugung maßgebend sind, giebt es keinen Schutz gegen die sozialistische Verführung, die sich in den Mantel falscher Wissenschaftlichkeit hüllt und ihre Opfer dort am leichtesten findet, wo bisher noch keine wirtschaftliche Belehrung Fuß gefaßt hat. Der Gedanke, durch die Schule das heranwachsende Geschlecht zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie auszurüsten, wird die Zustimmung aller finden, welche von der Notwendigkeit überzeugt sind, diesen Kampf durch die Selbsthilfe der Gesellschaft, nicht durch polizeiliche Mittel entschieden zu sehen. Die Frage kann nur sein, ob die Schule imstande ist, die ihr damit zugewiesene Aufgabe in dem vorgeschriebenen Sinne zu erfüllen, ohne neue Gegensätze zu schaffen, die den Kampf vertiefen und dem Zwiespalt immer neue Zuflüsse öffnen. Unbedenklich wird den Gesichtspunkten beizupflichten sein, welche die beiden Aktenstücke von 1889 in negativer Hinsicht für die künftige Gestaltung des Schulunterrichts aufstellen. Der Unterricht soll nach dem Plane des Kaisers vergeistigt und der Schüler schon so früh wie möglich an das praktische Leben herangeführt werden; daraus ergiebt sich die Beseitigung alles überflüssigen Gedächtnisstoffes, die Abwendung von der bloß mechanischen Dressur, die Beschränkung des Auswendiglernens, namentlich in der Religion und Geschichte, und als Ersatz dafür eine bessere geistige Durchdringung dieser Lehrstoffe, namentlich nach ihrer sittlichen Seite hin. In Bezug auf den Religionsunterricht bricht die kaiserliche Ordre mit allen Überlieferungen der Orthodoxie, die auf Bibelsprüche, Gesangbuchverse und äußeren Formelkram den Hauptnachdruck legte. Mit Genugthuung sieht man aus der

kaiserlichen Willensmeinung, daß der Stöckersche Geist so wenig in der Schule, wie in der Kirche zum herrschenden werden soll, wenn dieser Vorsatz in den Kundgebungen, die beide noch die Unterschrift des Fürsten Bismarck tragen, vielleicht auch nicht in der ganzen Deutlichkeit hervortritt, die dem Kaiser selber vorschwebte. Auch der Geschichtsunterricht soll künftig den Schüler mehr auf die praktischen Lebensaufgaben und Kulturfragen vorbereiten, als ihm totes Material in einer Menge von Zahlen und Thatsachen zuführen, die außer Beziehung zur Gegenwart stehen. Unter den Kulturentwickelungen soll die deutsche vor jeder anderen den Vorrang haben, die Vergangenheit soll hinter die Bedürfnisse der Gegenwart, das Ausland hinter die Interessen des eigenen Vaterlandes zurücktreten. Es sind dieselben Gesichtspunkte, die der Kaiser auch für den militärischen Unterricht als maßgebend aufgestellt hat, und deren Übereinstimmung mit dem Zuge unserer Zeit unverkennbar ist."

Indessen wurden auch im liberalen Lager gewisse Bedenken gegen die Wünsche des Kaisers laut. Zunächst habe, so sagte man, schon jede bestimmte Tendenz im Schulunterricht ihr Mißliches, denn die Schule soll für das Leben, nicht für eine bestimmte Parteianschauung erziehen. Wenn nun aber gar der Geschichtsunterricht, der bis zur Thronbesteigung des regierenden Kaisers geführt werden soll, dem Nachweise diene, daß Preußens Könige für die Armee stets besser gesorgt haben, als irgend jemand anders, und wenn man im Lande wisse, daß dieser Nachweis den Zweck habe, die Lehren der Sozialdemokratie abzusperren, so sei es ein Leichtes, ihn in den Augen der Masse zu verdächtigen, und seine pädagogischen Wirkungen zu vereiteln. Es komme aber hinzu, daß namentlich, wenn die Volksschule in Betracht kommt, der soziale Einfluß, den die Familie des Schülers auf diesen übe, in der Regel mächtiger sei, als der Einfluß der Schule und daß die letztere bisher stets bemüht war, diesen Einfluß des Hauses ihren Zwecken dienstbar zu machen. Der neue sozialpolitische Schulunterricht werde, anstatt des Zusammenwirkens von Schule und Haus, unzweifelhaft eine tiefe Kluft zwischen beiden überall da hervorrufen, wo die sozialdemokratisch gesinnten Angehörigen des Schülers ein Interesse daran haben, diesen den Einwirkungen staatlicher Sozialpolitik zu entziehen. Welche Folgen dieser Kampf haben könnte, sei im einzelnen schwer abzusehen, daß aber die Schule bei ihm den kürzeren zöge, sei nach allen Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Propaganda leider mehr als wahrscheinlich.

Auf konservativer Seite glaubte man nicht unehrerbietig zu er-

scheinen, wenn man Bedenken erhob, zumal da diese Bedenken hervorgegangen seien aus dem dringenden Wunsche, die kaiserliche Initiative möchte in reichem Maße den gewollten, und nicht den entgegengesetzten Erfolg haben. — Da sei vor allem der Satz: „Um den Religionsunterricht in dem angedeuteten Sinne fruchtbarer zu machen, wird es erforderlich sein, die ethische Seite desselben mehr in den Vordergrund treten zu lassen, dagegen den Memorierstoff auf das Notwendigste zu beschränken.“ Weniger das, was diese Worte unmittelbar besagen, als das, was sie im Zusammenhange des Ganzen bedeuten, scheine von fragwürdigem Werte. Soll darnach — vorausgesetzt, daß etwas über den jetzigen Unterrichtsbetrieb Hinausgehendes bezeichnet sein soll — das Religiöse (das, was das Verhältnis des Menschen zu Gott betrifft) lediglich als Mittel für das Ethische (das, was das Verhältnis des Menschen zum Menschen betrifft) angesehen werden? soll diese Ethik in den Dienst des monarchischen Staatsprinzips gestellt werden? — Man sei übezeugt: das ist die Meinung nicht. Aber man fühle sich gedrungen, dem eben dahingehenden Mißverständnisse gegenüber wieder und wieder es zu betonen: die Religion ist nicht Mittel zum Zwecke, sei der Zweck noch so richtig und löblich, die Religion ist Selbstzweck. Und nur, wenn sie so angesehen und um ihrer selbst willen gepflegt wird, wird sie das in Wahrheit ethische Verhalten zuwege bringen. Ebensowenig würde die christliche Religion für oder wider irgend eine weltliche Staatsform ins Feld können geführt werden. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, spricht ihr Stifter. Und es sei durchaus zutreffend, was vor kurzem die pommersche Provinzialsynode über das Nichtgebundensein des Christen an eine bestimmte Gesellschaftsordnung gesagt hat — sie sei leider die einzige geblieben, welche diesen wichtigen und klärenden Grundsatz ausgesprochen habe. — Was endlich den Memorierstoff betrifft, so glaube man, daß derselbe, wenigstens in der Volksschule, schon jetzt auf das notwendigste beschränkt werde; einer weiteren Beschränkung würde man mit Sorge entgegensehen. Denn es handele sich doch beim christlichen Religionsunterrichte um Heilsgedanken, welche wesentlich in Heilsthatsachen niedergelegt und dargestellt sind; beide aber müssen gedächtnismäßig angeeignet werden; auch habe es bei dem heutigen Bildungsstande der Lehrer — wir haben immer die Volksschule im Auge — keine Gefahr, daß der Gedächtnisstoff verständnislos mitgeteilt werde. Dem gegenüber werde jeder, welcher im Schulgetriebe sich umgesehen hat, der Ansicht beipflichten, daß die an den Lehrer gestellte Aufgabe unter rigorosester

Beschränkung des Memorierstoffs die ethische Seite hervorzukehren — nur allzu leicht zur Verschwommenheit und Phrasendrechselei führen könnte, und das wäre der Tod jedes fruchtbaren Religionsunterrichts.

Als Kaiser Wilhelm I. von den Folgen des fluchwürdigen Attentates genesen, einen feierlichen Einzug in seine Hauptstadt gehalten, empfing er das Stadtverordnetenkollegium und richtete unter anderem bezüglich des Schulunterrichtes an dasselbe die Worte: „Das ist Ihre Aufgabe, die Herzen der Jugend zu lenken, daß solche Gesinnungen nicht wieder aufwachsen und dabei ist das wichtigste die Religion. Die religiöse Erziehung muß noch viel tiefer und ernster gefaßt werden; in dieser Beziehung ist auch in unserer Stadt noch nicht alles gut bestellt." In ähnlicher Beziehung sprach sich der Monarch gegenüber einer Deputation der Lehrer sämtlicher Gemeindeschulen aus. Diese Worte, weithin erschallend in allen deutschen Gauen, waren bittere Pillen für die liberalen Lehrer und deren Freunde.

Es mag dahingestellt bleiben, ob man wirklich wider die Ansicht des Grafen de Maistre der Religion zu entraten und sich eine eigene praktische Moralphilosophie zu konstruieren vermag — die Lebensgeschichte der Encyklopädisten hat das Gegenteil bewiesen — das dürften aber wenige bestreiten, daß diese Lehren von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Weltanschauung in die Schule hineingetragen und als Vademecum fünfzehnjährigen Kindern beim Eintritt ins Leben mitgegeben, das gefährlichste und wirksamste Ferment der sozialpolitischen Revolution abgeben.

Kaum minder schwer sind die Bedenken, welche gegen das den Geschichtsunterricht Betreffende aufsteigen. Es soll die ältere Geschichte zu Gunsten der neuesten verkürzt werden: das ist die Absicht. Nun haftet aber den Ereignissen und den Helden der Vergangenheit ein Nimbus an, dessen Reize schon der gereifte Mann, geschweige das Kindesgemüt sich schwer entziehen kann und der doch unleugbar von hohem gesinnungsbildendem Werte ist. Den Thatsachen und Männern der Gegenwart gegenüber geht diese pädagogische Hilfe wesentlich ab. Dazu kommt: den zeitgenössischen Vorgängen fehlen noch die scharfen Umrisse des im eigentlichen Sinne geschichtlichen; sie sind noch nicht aus dem Gewoge der Parteidoktrinen emporgetaucht; je nach dem subjektiven Standpunkte beurteilt der eine sie günstig, der andere ungünstig. Jeder Schulmann weiß, wie ungeheuer schwierig es ist, Zeitgeschichte zu lehren; und wir fragen: wird die tendenziöse (im Sinne der Erlasse) Darstellung derselben

bei der naturnotwendigen Dürftigkeit solcher Darstellung im Rahmen der Volksschule wirklich imstande sein, den heranwachsenden jungen Mann gegen sozialdemokratische, vaterlandsfeindliche Anfechtungen zu feien? Ist nicht vielmehr zu erwarten, daß die umstürzlerischen Agitationen ihm die Tendenz seines Schulunterrichts in argem Lichte zeigen und jene erst recht gefährliche Verstimmung erzeugen, welche aus der vermutlich „gemerkten Absicht“ hervorgeht?

In der Abgeordnetenhaussitzung vom 18. März 1890 machte der Kultusminister v. Goßler die Mitteilung, daß die Regierung beabsichtige, eine Kommission von Sachverständigen zur Untersuchung wichtiger Fragen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens zu berufen, um die Grundlagen für weitere Entschließungen über eine etwaige Reform desselben zu gewinnen. Wie der Minister dabei bemerkte, sollten Anhänger der verschiedenen Richtungen auf diesem Gebiet in der Kommission vereinigt werden, damit es „vielleicht möglich sei, im lebendigen Kampf der Worte gewisse einheitliche Regeln zu finden.“ Diese Untersuchungskommission trat am 4. Dez. desselben Jahres in Berlin zusammen. Man darf wohl sagen, daß die Rede, mit der der Kaiser die Sitzungen eröffnete, durch das über unsere Gymnasien gefällte Urteil geradezu erschütternd wirkte, nämlich überall da, wo das alte preußische Gymnasium mit seinen großen Traditionen noch im Ansehen steht, wo man die Bedeutung desselben für Charakter und nationale Bildung zu würdigen weiß und nicht dem Prinzip der Nützlichkeit in der Pädagogik huldigt. Im liberalen Lager, das ja politisch sich so ziemlich mit der Gegnerschaft der gymnasialen Bildung und der Anhängerschaft der modernen realistischen Bildung deckt, herrschte allerdings Jubel, obwohl die Verwerfung des Realgymnasiums, die der Kaiser aussprach, auch hier mißfiel. Diese Verwerfung beruht darauf, daß der Kaiser aus dem Gymnasium etwas anderes machen will, wodurch dann allerdings das Realgymnasium überflüssig wird.

Das Hervortreten des Kaisers mit seinen eigenen persönlichen Ansichten, und obenein mit sehr anfechtbaren, die notwendig die Kritik herausforderten, beunruhigte auch in formeller Beziehung und erneuerte die schon bei früheren Gelegenheiten aufgeworfene konstitutionelle Frage in betreff des Grundsatzes: „Der Monarch gehört nicht in die Debatte“. Dieser zur Zeit Bismarcks immer von neuem von der liberalen Presse gegen denselben ins Feld geführte Grundsatz wurde jetzt mit einemmal von ihr als ein alter Zopf preisgegeben. „Man kann nicht leugnen, daß der Grundsatz,

den König aus dem Spiel zu lassen, in unserer heutigen, lebendigen Zeit eine „konventionelle Lüge" wäre, die einfach unhaltbar ist. Denn, tritt der Träger der Krone ganz persönlich in Beziehungen zu Behörden, zu Volksvertretern, zu Abordnungen einzelner Körperschaften, äußert er, wie es gerade von den Erbpächtern monarchischen Gefühls als ein großer Vorzug gerühmt worden ist, frei und offen seine Meinung, drückt er der Regierung den Stempel seines Willens, seines Geistes auf, so kann sich unmöglich die politische Welt und zumal die politische Presse der Beschäftigung mit den Aussprüchen des Königs entziehen. Wollte man heute den Grundsatz durchführen, daß man den König aus der Debatte lasse, so würde man bald in arges Gedränge kommen. Freilich, wenn der König, wie es in parlamentarischen Staaten notwendig ist, eine derartige Zurückhaltung beobachtet, daß er politische Äußerungen überhaupt nicht thut, es sei denn durch seine verantwortliche Regierung, so ist es unschwer, den Namen des Königs nicht anders zu erwähnen, als mit den Huldigungen, welche unter allen Umständen dem obersten Vertreter des gesamten Volkes zukommen. Man hat ihm dann nur Beweise der Verehrung und Liebe zu leisten, welche ganz unabhängig von politischen Meinungen sind; man weiß dann gar nicht und kümmert sich nicht darum, welchen persönlichen Anschauungen über die wichtigsten Staatsangelegenheiten der Träger der Krone anhängt. Aber das ist es, was die Kartellparteien niemals zugeben wollen; das ist es, was die Rechte als die Auflösung der Monarchie in eine schattenhafte Komödie bezeichnet. Tritt mithin der König nach dem Grundsatze der Rechten überhaupt allseitig mit seiner Person in die Öffentlichkeit, so bleibt auch dem überzeugtesten Anhänger des Parlamentarismus schlechterdings nichts übrig, als sich mit den Worten des Königs öffentlich zu beschäftigen. Man kann solche Worte nicht einfach übersehen; man kann sie nicht als bedeutungslos unterdrücken; man kann ebensowenig annehmen, daß ein König, wenn er vor einer Gesellschaft von Volksvertretern spricht, beabsichtige, ihnen Geheimnisse anzuvertrauen. Der Einfluß der Krone auf die gesamte Staatsleitung ist in Preußen und Deutschland so groß, daß die Aussprüche des Königs als Anweisungen auf die Zukunft gelten müssen. Es ist daher die Pflicht der Presse ihnen die Bedeutung zuzumessen, welche ihnen gebührt. Und darum kann die liberale Presse den Vorwurf zurückweisen, im Widerspruch mit ihren Grundsätzen heute den König fortwährend in die Debatte zu ziehen. Denn sie schafft nicht die Voraussetzungen für dieses

Verfahren, sondern sie zieht nur aus den gegebenen und von ihrem Willen unabhängigen Vordersätzen die platterdings unabweislichen Schlüsse." So die „Voß'sche".

Nicht überall dachte man in freisinnigen Kreisen ebenso. Man fand dort vielmehr die Lage befremdlich; der Kaiser stelle, so sagte man, öffentlich einen Plan auf, den der verantwortliche Minister augenscheinlich zu vertreten nicht bereit sei. So sei die öffentliche Meinung gezwungen, unmittelbar zu den Ausführungen des Kaisers kritisch Stellung zu nehmen. Und während der Kaiser bereits seine Ansichten festgelegt habe, erörtere eine Kommission hervorragender Männer, was geschehen soll, so daß durchaus die Möglichkeit bestehe, es könnten jene Beratungen der Sachkenner zu ganz entgegengesetzten Ergebnissen führen, als sie der Kaiser vorgezeichnet habe. Inmitten aller Fährlichkeiten einer Diskussion stehe also der Kaiser, und das Urteil der Kommission müsse schließlich auch als ein Verdikt über den Standpunkt des Monarchen erscheinen. Ein solcher Zustand sei stets überaus bedenklich und könne, wenn die Verhältnisse dazu angethan sind, die größten Gefahren bergen. „Weil der Kaiser einige Gedanken aussprach, die auch in der Bevölkerung weit verbreitet sind, übersah man vielfach die Einzelheiten des Planes und vor allem die politischen Konsequenzen der Rede. Fürst Bismarck behauptete, die Liberalen verlangten das konstitutionelle Zurücktreten des Monarchen, um so leichter mit der Krone fertig werden zu können; thatsächlich ist dieses Verlangen aber diktiert von dem Wunsche, die Monarchie vor Erschütterungen zu bewahren. Auch die Sachkenntnis eines Monarchen ist beschränkt; auch er irrt, und damit sich aus all diesen menschlich notwendigen Zwischenfällen keine Folgen ergeben, haben die Minister das Staatsoberhaupt zu decken. Bei den unendlichen Schwierigkeiten, die fast jede einzelne Frage des öffentlichen Lebens in den verwickelten Verhältnissen des modernen Staates darbietet, nutzen sich selbst begabte, welterfahrene und mit reicher Sachkenntnis ausgestattete Männer häufig in kurzer Zeit ab, und weil dieser Gefahr die Monarchie nicht ausgesetzt werden darf, darum ist heutigen Tages auch für ein wohlmeinendes patriarchalisches Regiment kein Raum. Wo ein solches Regiment zu etablieren versucht würde, da könnten die besten Absichten über Mißverständnisse, Enttäuschungen und schließlich über gefährliche Verbitterungen nicht hinweghelfen, und so ist es denn gut, die Gefahren nicht abzuwarten, sondern vor den Fährlichkeiten gleich zu Beginn mit Offenheit zu warnen."

Der Kaiser hat die persönliche Führung der Politik in stärkerem Grade übernommen, wie seine Vorgänger an der Krone; in Preußen wie im Reiche wirkt das erhöhte Schwergewicht der letzteren bestimmend auf den Gang der öffentlichen und Staatsangelegenheiten ein; die konstitutionelle Theorie von der Ministerverantwortlichkeit ist in den Hintergrund getreten. Nach der Verfassung ist dies durchaus berechtigt, da diese dem König, nicht den Ministern alle Regierungsrechte zuweist und es folglich im Belieben des Monarchen steht, wie weit er dieselbe persönlich wahrnehmen will oder nicht; der Kaiser kann sein eigener Ministerpräsident und sein eigener Kanzler, wenn auch nicht in formell-staatsrechtlichem, so in politisch-materiellem Sinne sein. Es ist natürlich, daß sich, entsprechend diesem gesteigerten Einflusse des Monarchen auf die Politik des Landes, die Hoffnungen der Bevölkerung mit um so größerer Intensität auf die Person des Staatsoberhauptes richten.

Kaiser Wilhelm I. trat nur in seltenen Augenblicken, meist in kritische, die Zeit lebhaft bewegenden Fragen mit seinen persönlichen Meinungen und Wünschen hervor. Es traf sich zufällig, daß der erregte Streit wegen des „Königs in der Debatte“ gerade in die Tage fiel, wo der dreißigste Gedenktag des Regierungsantritts Wilhelms I. an diesen Monarchen erinnerte. In den Artikeln, die dem verstorbenen Monarchen an diesem Tage gewidmet wurden, hieß es, noch seien die Wunden nicht vernarbt, die sein Scheiden dem Herzen des deutschen Volkes schlug, und schon leben wir in einer durchaus anders gearteten Zeit, unter neuer Führung, unter dem Einfluß gewaltig drängender, neuer politischer Grundsätze, mit anderen Hoffnungen und mit anderen Befürchtungen. Ja, man könnte glauben, das deutsche Volk sei seit dem Scheiden des greisen Kaisers ein anderes geworden, so anders klinge uns seine Stimme entgegen durch den Mund der öffentlichen Meinung. Kaiser Wilhelm I. wurde gerühmt, die Grenzen seines Könnens nicht nur überschaut, sondern auch stets eingehalten zu haben. „Heute, da die Tradition noch durchaus lebendig ist, lebt gerade diese Seite im Charakter Kaiser Wilhelms mit voller Deutlichkeit im Volksbewußtsein weiter. Es ist kein Fall bekannt, in welchem Kaiser Wilhelm I. in technischen und fachmännischen Fragen auch nur versucht hätte, sein Urteil dem der Fachmänner entgegenzusetzen, vorausgesetzt selbstverständlich, daß er sich davon überzeugt hatte, daß er wirklichen Autoritäten gegenüberstand, und daß es sich nicht um Einfälle, sondern um reif erwogene Ansichten handelte. Uns schwebt, um ein Beispiel zu nennen,

Kaiser Wilhelms Stellung der Kunst gegenüber vor. Giebt es doch kein Gebiet, über welches jeder Laie sich leichter ein Urteil erlaubt. In unseren besten Künstlerkreisen spricht man noch heute mit Rührung von der bescheidenen und doch meist das Rechte treffenden Art Kaiser Wilhelms, der mit freigebiger Hand stets diejenigen Unternehmungen stützte, die ihm von der berufenen Vertretung der Künstlerschaft zugetragen wurden. Nicht minder ist der hohe Wert bekannt, den er auf die historische Treue von geschichtlichen und Schlachtenbildern legte und in einzelnen Fällen sogar mit großer Energie festhielt. In den Kreisen unseres höheren Beamtentums erinnert man an die Sorgfalt, mit welcher Kaiser Wilhelm bis in sein höchstes Alter hinauf die ihm vorgelegten Akten studierte und nie eine Entscheidung traf, von deren Richtigkeit er sich nicht durch eingehendes Studium überzeugt hatte. Jenes Gefühl der Verantwortlichkeit, welches eine strenge militärische Erziehung fördert, leitete sein gesamtes Thun, und er empfand die Verantwortung nicht nur seinem Volk gegenüber, sondern sie beruhte zugleich auf einem Bewußtsein gläubigen Christentums, das sich in ihm im Laufe seines an Wechseln so reichen Lebens stetig gefestigt hatte. Seine Frömmigkeit war, wie Sybel in seiner schönen Charakteristik sagt: das Brot seines Lebens, der Trost seiner Schmerzen, das Richtmaß seines Handelns. Wir glauben nicht, daß es je einen Herrscher gegeben hat, der weniger mit dem Hinblicke auf die Geschichtsbücher der Zukunft handelte, nicht was die Menschen sagen würden, sondern was der kategorische Imperativ in ihm gebot, gab die Entscheidung."

Man sieht, wie weit bereits das kräftige persönliche Hervortreten Wilhelms II. unzufriedene Gemüter zu Parallelen anregte. Die Schulfrage förderte ganz besonders die Neigung zu dergleichen Hinweisen. Kaiser Wilhelm II. mußte Kritiken von höchstem Freimut, z. B. im „Deutschen Tageblatt" und in der „Kreuzzeitung", über sich ergehen lassen, wie wir sie in Preußen gegenüber den allerhöchsten Personen sonst nicht gewohnt waren. In dieser allgemein-politischen Hinsicht wird die Schulkonferenz eine neue Periode in der preußisch-deutschen Geschichte eingeleitet haben. Die „Neue Preuß. Ztg." sagte, wenn es ihr auch wenig wünschenswert erscheine, Meinungsäußerungen des Monarchen zum Gegenstande der öffentlichen Diskussion zu machen, so könne sie sich, nachdem dieselben dieser einmal unterbreitet worden sind, der Pflicht schwer entziehen, über einzelne Punkte der Rede sich auszusprechen. Der Monarch begründe zu einem guten Teile seine scharfe Beurteilung der höheren

Schulen auf die persönliche Erfahrung, die er als Besucher des Gymnasiums zu Kassel gemacht habe. Es sei unzweifelhaft ein trostloses Bild, das aus den Einzelzügen, die unser Kaiserlicher Herr anführte, von dieser Schule sich ergebe. Wenn man es überhaupt für angezeigt halte, einen Königlichen Prinzen einer öffentlichen Schule anzuvertrauen, so müßte doch das erste Erfordernis sein, eine nach allen Richtungen hin musterhafte Anstalt zu diesem Zweck auszusuchen. In Kassel müsse aber der Schulbetrieb ein solcher gewesen sein, daß die aufsichtführende Behörde sehr entschieden dagegen hätte einschreiten müssen. Das „D. Tagebl." bedauerte es schmerzlich, daß Se. Majestät als Prinz Wilhelm das preußische Gymnasium in einem Exemplar kennen gelernt habe, welches sich von allen bekannten altpreußischen Schulen dieser Gattung auf das auffälligste unterschieden haben müsse. Schon die Mitteilung, daß auf dem Kasseler Gymnasium $5^1/_2$ bis 7 Stunden außer der Schulzeit mit den dem häuslichen Fleiß gestellten Aufgaben in Anspruch genommen wurden, ließe erkennen, daß es auf dieser Anstalt entweder mit der Unterrichtsmethode in den höheren Klassen oder mit dem Fundament, welches in den unteren und mittleren gelegt wurde, sehr schlecht bestellt war. Noch haarsträubender sei die Feststellung, daß der Kasseler Gymnasiast in seinem Geschichtsunterricht nichts von dem siebenjährigen Kriege, wenig oder nichts von der französischen Revolution und nichts von den Freiheitskriegen erfuhr. Das sei in der That unerhört und eine in ihrer Eigenmächtigkeit auffällige Abweichung von der Regel; denn es sei sonst die allgemeine Praxis, daß vaterländische Geschichte in den mittleren Klassen getrieben und in den oberen wiederholt werde. Nicht minder ungesunde und anormale Verhältnisse müssen betreffs der Anfertigung des lateinischen Aufsatzes in Kassel geherrscht haben; denn wir müssen ehrlich gestehen, daß wir uns nach unserer eigenen Erfahrung nicht einmal ein ganz klares Bild machen können, welche unerlaubten Hilfsmittel dort bei der Absolvierung dieser Aufgabe zur Anwendung gebracht wurden. Unsere eigenen Arbeiten dieser Art waren ausnahmslos das Produkt redlichen Fleißes, und wir wissen auch nichts anderes von unseren Mitschülern."

Nun blieben aber alle diese Schlüsse, die von den Berufungen des Kaisers auf seine eigenen Schulerfahrungen auf den Zustand des von ihm besuchten Gymnasiums gemacht wurden, von Kassel her nicht ohne Widerspruch, und Dr. Hinzpeter selber, der dem Kaiser in seiner Schulzeit als Leiter seiner Studien beigegeben war, hielt

in der Schulkonferenz eine Rede, worin er sich als Ehrenretter des so scharf angegriffenen Gymnasiums aufwarf. Als es sich, sagte er, in den sechziger Jahren darum handelte, den Weg vorzuzeichnen, den die Erziehung des damaligen jungen Prinzen Wilhelm zu nehmen hatte, da wurde als Prinzip aufgestellt, es solle die Erziehungsweise gewählt werdeu, die die sicherste Gewähr biete für eine harmonische Ausbildung der Geisteskräfte des jungen Knaben mit Beiseitesetzung jeder anderen Rücksicht, die früher hätte vorwalten dürfen. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß zur Erreichung eines solchen Zieles nur die altklassische Gymnasialbildung gewählt werden könne, die so vielen Generationen der herrschenden Klasse die höchste Bildung hatte gewähren können. Was nun der junge Prinz suchen sollte in Kassel, hieß ungefähr so — ich wiederhole ziemlich wörtlich, was sich in einer der zahlreichen damals verfaßten Denkschriften findet —: er sollte dort suchen die strenge Disziplin des Geistes, die der altsprachliche Unterricht der Gymnasien allein im stande schien zu gewähren, er sollte suchen eine gewisse Übung in der Lösung geistiger Aufgaben und ein gewisses Streben nach wahrem Erkennen und Wissen. Daneben hoffte man auch, es solle sich in ihm dort eine historische Weltanschauung ausbilden mit einem gewissen Verständnis für die Verhältnisse seiner Zeit. Ich will nichts ändern, nichts hinzufügen, ich möchte nur erklären: Alle Beteiligten haben es seiner Zeit dankbar anerkannt und so weit sie noch leben, erkennen sie es noch heute dankbar an, daß das Gymnasium zu Kassel an diesem doch sehr eigenartigen und sehr eigentümlich gestellten Schüler seine Schuldigkeit redlich gethan hat und daß es die großen Hoffnungen, die auf dasselbe gesetzt worden sind, in hohem Maße erfüllt hat."

Die Verwirrung der Gemüter wurde nur um so größer. Woher stammten denn die Anklagen des Kaisers?

Der Kaiser klagte die höheren Schulen ganz allgemein an, ihre Pflicht nicht erfüllt zu haben, denn hätten sie dies gethan, so müßten die ihm ungefähr gleichalterigen Männer seine Hauptmitkämpfer gegen die Sozialdemokratie sein. Der Vorwurf traf die gesamte Schulverwaltung härter fast noch als die Lehrer. Aber einmal darf man doch die Wirksamkeit der Schule gerade auf diesem Gebiete nicht so hoch anschlagen, wie die der Familie und der Kirche, andererseits ist es eine jedermann bekannte Thatsache, daß die jungen Männer, die noch 1870 die höhere Schule und die Universität besucht haben, viel sozialer denken als die ältere Generation und daher

sich auch viel entschlossener und begeisterter, als die meisten Vertreter der älteren Schule, auf die Seite des in der Sozialpolitik führenden Monarchen gestellt haben.

Ähnlich liegt auch die Frage des nationalen Gefühles. Der Kaiser meint, um die Zeit von 1864—70 sei die von den Gymnasien abgehende Jugend viel mehr die Trägerin des nationalen Einheitsgedanken gewesen, als nach 1870, wo die zentrifugalen Tendenzen stärker hervorgetreten seien. „Der Schreiber dieser Zeilen, schrieb die „N. Pr. Ztg.“, gehört jener ersten Periode an; er muß aber gestehen, er und seine Mitschüler waren patriotische Preußen, vielleicht sogar „Stockpreußen“, aber an national-deutscher Begeisterung und Selbstbewußtsein übertrifft uns die heutige Schul- und besonders akademische Jugend weitaus. Was sich z. B. an national-deutscher Gesinnung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre an den Universitäten breit machte, hatte vielfach einen für uns patriotisch gesonnene Preußen so unangenehmen politischen Beigeschmack, daß wir uns wenig davon angezogen fühlten. Die heutigen Studierenden aber sind in der glücklichen Lage, die Großthaten des neuen Deutschlands und, was mehr ist, die großen Männer desselben in lebendiger Frische feiern zu können. Und wir meinen, sie thut dies in vollem Jugendschwung, mit dem sie oft genug die älteren, sie fast beschämend, mit sich fortreißen müssen. Und selbst wenn wir uns irrten, wenn die Abiturienten-Generation von 1864—70 in der That nationaler wäre, als die spätere, wäre dann wirklich das heutige Gymnasium dafür verantwortlich zu machen, weil es den alten Sprachen zu viel, dem Deutschen und der vaterländischen und neuesten Geschichte zu wenig Gewicht beilegt?“

„Wäre dies wirklich vor 25—30 Jahren anders und besser gewesen? Kein Kenner der Geschichte unseres höheren Schulwesens wird dies behaupten wollen. Das Gegenteil dürfte eher zutreffend sein. Dann aber stünden wir vor der eigentümlichen Erscheinung, daß die weit stärker unter dem Einfluß der Antike nnd weit weniger unter dem des deutschen und moderngeschichtlichen Unterrichtes stehende Generation patriotischer und nationaler zu fühlen in der Schule gelernt habe, als die heutige Jugend. Das möchten wir nun nicht annehmen, im Gegenteil: wir halten an unserer Anschauung fest, daß die Jugend seit 1870 ganz naturgemäß mehr von national-deutscher Gesinnung getragen ist, als dies früher der Fall war. Darf doch überhaupt nicht vergessen werden, wie viel mehr heute die Jugend von dem Strom des öffentlichen Lebens berührt und

leider auch infiziert wird, als vor 25 Jahren! Aber wir glauben gerade deshalb und weil der Lehrplan einheitlicher, die Klassen kleiner, die Lehrer nicht so sehr Fachgelehrte waren, ist damals die geistige Entwickelung der Schüler eine ungleich ruhigere gewesen. Daß dies auch dem Körper zugute kommen mußte, liegt auf der Hand. Woher wäre es sonst zu erklären, daß trotz aller höher und höher gesteigerten Hygiene, von der man damals kaum etwas wußte, heut immer stärker über das Sinken der körperlichen Kräfte Klage geführt wird? Gewiß sind diese Klagen nicht unberechtigt, ein Blick auf die Straßen Berlins beweist das. Aber einmal ist Berlin nicht maßgebend, dann aber scheint es uns nicht ganz gerecht zu sein, die Schule und nun gar die alten Sprachen allein dafür verantwortlich zu machen. Die erstere sorgt in mancher Hinsicht mehr für die Erhaltung der Gesundheit als das Haus, die letzteren belasten den Schüler nicht so sehr, als die Gesamtheit der anderen jetzt sämtlich mehr oder weniger zu Hauptfächern erhobenen Lehrobjekte."

„Auch die mangelnde Charakterbildung der Neuzeit, über die der Kaiser so bitter klagt, möchten wir nicht der Beschäftigung mit der alten Welt auf die Rechnung schreiben. Es mag ja sein, daß dadurch der Blick des Schülers etwas von der Welt, in der er lebt, abgelenkt wird. Ist das aber wirklich ein unverbesserlicher Mangel? Wir glauben kaum. Die alte Geschichte ist ein auch in seinen Folgen abgeschlossenes und daher ein für den Unterricht der Jugend ungemein wertvolles Material, dann aber gestehen wir offen, daß uns die alte Welt einfachere und daher packendere Vorbilder von charaktervoller Behauptung der eigenen Überzeugung, aber auch von selbstloser Hingabe an das Gemeinwohl für die Jugend zu bieten scheint, als die neueste Zeit, die mit ihrem zum Prinzip erhobenen Egoismus das eigene Interesse so leicht mit dem der Gesamtheit verwechselt und ebenso nur zu oft eher geneigt ist, die Charaktere zu brechen, als sich ihrer Festigkeit zu freuen."

„Bei alledem sind wir weit entfernt zu glauben, daß die Antike für die moralische und intellektuelle Vorbildung unserer Jugend obenan stehen muß. Nein, wir sind in erster Linie Deutsche und Christen, das dürfen wir nie vergessen. Aber die deutsche Gesinnung wie die Kenntnis der deutschen Sprache lehrt doch nicht allein die deutsche Lehrstunde, sondern der gesamte Unterricht soll vom deutschen Geist durchdrungen und getragen sein. Eine Ver-

mehrung der Wochenzahl der deutschen Stunden macht es wirklich nicht. Wer aber mit Sr. Majestät an die Heilung unserer sozialen Schäden auch in der Schule arbeiten will, der erziehe die Jugend vor allem zu deutschen Christen."

Es wurde dem Gymnasium vom Kaiser der Vorwurf gemacht, daß es zu wenig praktisch unmittelbar Verwendbares dem Schüler ins Leben mitgebe, und über diese Anklage ist aus dem Grunde schwer eine Verständigung zu erzielen, weil das, was der eine für einen Mangel hält, dem anderen als der größte Vorzug erscheint. „Unser Gymnasium stellt seine Schüler in eine Welt, in denen die Ideale herrschen, in denen ihre Denkart an vollendeten Mustern der Vaterlandsliebe, der Bürgertugend, der hochsinnigen sittlichen und philosophischen Anschauung auf jedem Gebiete herangebildet wird, und in der das Banausische als gemein, die Abweichung von der geraden Linie des Pflichtgefühls und der Männerwürde, die Frage nach äußerem Gewinn und Vorteil als verächtlich gilt. Eine solche in der Jugend zusammengetragene Denkweise bildet einen Schatz, von der das ganze Leben zehrt; und es will uns scheinen, als ob nie ein so starkes Bedürfnis, unseren jungen Leuten eine derartige Ausstattung mitzugeben vorgelegen hätte, wie gerade in der Gegenwart mit ihren materialistischen Strömungen und ihrem Hohngrinsen über alles Hohe und Ideale. Es will uns scheinen, daß die Aufgabe, die heranwachsende Jugend in der bezeichneten Denkart zu voller Festigkeit zu stählen und bis diese widerstandsfähige Kraft der idealen Lebensanschauung erreicht ist, sie soweit irgend durchführbar von der Berührung mit der Erdschlacke und dem Pesthauch des Tagestreibens fern zu halten, gerade in der Gegenwart so unermeßlich wichtig ist, daß die Frage, ob man dem Mechaniker oder Physiker oder Geschäftsreisenden auf dem Gymnasium einige unmittelbar in Mark und Groschen umzusetzende Kenntnisse mehr beibringen könnte, daneben gar nicht in Betracht kommt. Man kann auch wirklich nicht sagen, daß unsere Gymnasialjugend durch ihre Erziehung, durch die Beschäftigung mit der antiken Welt dem Vaterland entfremdet wird und gleichsam auf einer Trauminsel oder in den kühlen Säulenhallen eines fern von dem Leben der Gegenwart liegenden Museums wandelt. Was die junge Seele an hochgestimmten Gedanken und edlen patriotischen Entschlüssen aus den ihr vorgeführten Vorbildern der Griechen und Römer in sich aufsaugt, wendet sie mit heißer Glut dem eigenen Vaterlande zu und so hat unsere Gymnasialjugend unter den Hütern der heiligen Flamme der Vaterlands-

liebe und der Begeisterung für des Vaterlandes Größe allezeit gerade so in der ersten Reihe gestanden, wie die größten und deutschesten Staatsmänner unseres Volkes aus ihrer Mitte hervorgegangen sind."

War in der Verhandlung der Schulfrage ein besonderer Zug, vielleicht nicht weniger wichtig, als die Sache selbst, das persönliche Hervortreten des Monarchen, so wurde dieses noch markierter durch den Gegensatz, in den die Auffassungen des Kaisers zu denjenigen des Fachministers traten, ohne daß dieser Minister, durch große Vertrauensbeweise des Monarchen ausgezeichnet, aus dem Amte schied. Im Beginn seiner Eröffnungsrede vom 5. Dezember hatte der Kaiser gesagt: „Ich bin der festen Überzeugung, daß kein Mensch mehr dazu angethan ist und geschickter dazu angelegt ist, eine solche Frage richtig zu leiten und zu ihrer Lösung beizutragen, wie unser Herr Kultusminister, von dem Ich ganz bestimmt und ohne Überhebung sagen kann, daß der deutsche Staat und das Königreich Preußen seit langen Jahren keinen so tapferen, hingebenden und hervorragenden Kultusminister gehabt haben, wie ihn." Herr v. Goßler war allerdings ein elastischer Mann, von dem man erwarten konnte, er werde auch in der Schulreform vom Nein zum Ja überspringen.

Bei der Schlußsitzung der Konferenz wurde der Kultusminister v. Goßler durch eine Aufmerksamkeit des Kaisers überrascht. Er fand im Konferenzsaale das ihm gewidmete lebensgroße Brustbild des Herrschers vor, welches die eigenhändige Unterschrift trägt: „Sic volo, sic jubeo." Man ging kaum fehl, wenn man in diesen Worten die Anweisung des Herrschers für den Minister v. Goßler erblickte, bei der ferneren Entwickelung des höheren Unterrichtswesens ganz nach den in den Reden des Kaisers ausgesprochenen Grundsätzen zu verfahren. Das seit langer Zeit, beispielsweise schon von Luther in der von dem Kaiser gebrauchten Form citierte Wort lautet bei Juvenal, Satire 6, 223: Sic volo, sic jubeo: sit (nicht stat) pro ratione voluntas: Ich wills, also befehl ichs, statt Grundes diene der Wille! Die Gabe des Kaisers versinnlichte zutreffend die Stellung, welche Herr v. Goßler in den streitigen Fragen des höheren Unterrichtswesens einnahm.

Die Ursache des Rücktritts des Herrn v. Goßler lag auf einem anderen Gebiete. Im Reiche ist nach dem Ausfall der Wahlen von 1890 das Centrum zum ausschlaggebenden Faktor geworden. Es wird gebraucht, wenn immer positive Politik gemacht werden

soll. Dank der Opposition der freisinnigen Partei giebt es namentlich in Heeres- und Marinefragen für die Regierung keine Mehrheit, wenn das Centrum versagt. Der Regierung lag unter diesen Umständen daran, auch in Preußen mit dem Centrum auf gutem Fuße zu stehen. Das war kaum möglich, so lange Herr von Goßler das Kultus- und Unterrichtsministerium leitete.



VII.

Stöcker und Graf Waldersee.

Am 30. Oktober 1890 erfolgte die Berufung des Konsistorialrats Dryander zur Wahrnehmung der Geschäfte des Schloßpfarrers; wenige Tage später ging das Gerücht um, Herr Hofprediger Stöcker habe dem Kaiser seine Entlassung angeboten, und nun las man in der „Kreuz-Ztg.“:

„Es verlautet, daß das Entlassungsgesuch des Hof- und Dompredigers Stöcker genehmigt sei und er also demnächst in den Ruhestand treten werde. Auch das Gesuch des Hof- und Dompredigers Schrader soll bewilligt sein; derselbe dürfte wohl ein anderes geistliches Amt erhalten.“

Die reiche Amtsthätigkeit des Hofpredigers war abgeschlossen. In auswärtigen Blättern wurde berichtet, Herr Stöcker sei seit längerer Zeit im Schlosse „persona minus grata“ gewesen, und man habe sich gewundert, daß er nicht freiwillig gegangen sei, als nach der Entlassung des Fürsten Bismarck, auf den er jene Zurückhaltung zurückführen möchte, sich „die ablehnende oder geradezu abweisende Haltung der höchsten Herrschaften eher verschärfte als verminderte.“

Es gab in weiten Kreisen Deutschlands schmerzbewegte Wochen. Die „Dtsch. Evang. Kirchen-Ztg.“, brachte über die Entlassung der Hofprediger Stöcker und Schrader längere Ausführungen. „Sie (Stöcker und Schrader), sagte es, haben schlicht und recht ihre amtliche Ehrenpflicht erfüllt; das ist die Thatsache, die man feststellen und festhalten muß. In ihrer Vokation steht geschrieben, daß sie sowohl bei Hofe als auch in der Domkirche ihrem Amte mit Lehren, Predigen, Austeilen und Administrieren der heiligen Sakramente vorstehen sollen. Es ist klar, daß sie ihre Entlassung anbieten mußten, als Konsistorialrat

Dryander mit der Stellvertretung im Amte des Schloßpfarrers betraut wurde. Gefordert haben sie ihre Demission nicht, nur angeboten und das war durch die Verhältnisse bedingt... Schon bei der letzten Reichstagseröffnung, wo Stöcker als Abgeordneter außer Frage stand, wurde mit Übergehung Bayers und Schraders Hofprediger Frommel zu der Predigt befohlen. Die Berufung Dryanders ist nur der letzte Schritt in derselben Richtung... Es bleibt ein Rätsel in der Sache, das zu lösen der Zukunft vorbehalten ist... Und man wird gut thun, die kommenden Dinge abzuwarten, welche über kurz oder lang Klarheit in die Lage bringen müssen."

Die „Kreuz-Ztg." meinte, das Ereignis sei nur unter dem politischen Gesichtspunkte richtig zu würdigen. „Wenn ein Mann, wie Stöcker „unbequem und deshalb bei Seite geschoben," so bleibe nur die Annahme übrig, „daß man andere Potenzen und Kräfte stärker und für geeigneter zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hält, als die christlich-sozial-konservativen, mit denen Stöcker die Massen bisher gewann, Kräfte vielleicht, denen Stöcker und seine Freunde im Wege stehen — mit einem Worte die Annahme, daß ein grundsätzlich-politischer Systemwechsel bevorstehe." Aus der Bemerkung, daß Herr Stöcker unbequem und beiseite geschoben worden sei, müßte geschlossen werden, daß sein Entlassungsgesuch kein ganz freiwilliges gewesen sei. Die Aussicht auf einen politischen Systemwechsel preßte der „Kreuz-Ztg." folgenden Schmerzenschrei ab:

„Daß viele der Treuesten im Lande den Mut sinken und vom Kampfe ablassen werden, wenn sie sehen, daß ein Mann wie Stöcker, der doch an Mut und Begabung die Mehrzahl seiner Zeitgenossen weit überragt, im Kampfe für Christentum und Monarchie als unbrauchbar abgethan wird, ist gewiß. Stöckers Entlassung wird in allen christlichkonservativen Kreisen des Deutschen Reiches und noch darüber hinaus als ein schwerer Schlag empfunden werden... Wir unsererseits wollen auch nicht eine Stunde mit der Erklärung zurückhalten, daß, wie wir bisher Schulter an Schulter mit Stöcker gekämpft haben für die Befreiung der evangelischen Kirche von der Beherrschung durch den Staat und für die Befreiung des Staates von der Beherrschung durch Judentum und Kapitalismus, als die unerläßlichen Vorbedingungen einer ersprießlichen Sozialreform, so wir auch ferner in diesem Kampfe ihm zur Seite stehen werden."

In ähnlichen Betrachtungen erging sich der „Reichsbote", der es als ein „Ereignis von erschütternder Tragik" bezeichnete, daß das Hofpredigerkollegium mit einem Schlage verschwunden sei, und von

der Entlassung des Herrn Stöcker nur mit „tiefem, schmerzvollem Ernste“ redete, um hinzuzufügen: „Daß Stöcker nicht müßig bleiben, sondern seine ganze Kraft seinen als richtig erkannten Bestrebungen, an die er sein Leben gesetzt hat, widmen wird, das glauben auch wir. Er ist, so viel wir wissen, sehr frohen, getrosten Mutes.“

Von einer Seite war mitgeteilt, der evangelische Oberkirchenrat habe sich mit den von Herrn Stöcker in Baden gehaltenen Reden zu beschäftigen gehabt und sich gegen den Hofprediger ausgesprochen, worauf die Entlassung erfolgte. Der „Reichsbote“, der sonst in die Angelegenheit gut eingeweiht war, erklärte diese Mitteilung nicht für unwahr, sondern verlangte von dem Oberkirchenrat, daß er die Meldung als unbegründet bezeichne, da er doch erst vor einigen Monaten die Geistlichen zum Auftreten in öffentlichen Versammlungen aufgefordert habe und es auf der Hand liege, „daß schwerlich noch ein Geistlicher in öffentlichen Versammlungen auftreten wird, wenn selbst ein Vortrag von solcher Milde, wie der des Hofprediger Stöcker dem Vortragenden sein Amt kosten kann, und daß also der Aufruf des Oberkirchenrats dadurch völlig hinfällig werden würde. Der Oberkirchenrat kann doch unmöglich seinen eigenen Aufruf desavouieren.“ Die Auslassung des „Reichsboten“ sah eher wie ein Vorwurf gegen den Oberkirchenrat, als ein Zweifel an der aufgestellten Behauptung aus. Die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlichte zwei Briefe, aus Baden und Siegen, über die Entlassung des Herrn Stöcker, in denen der „tiefen Trauer“ der „christlichkonservativen Kreise“ über dieses Ereignis Ausdruck gegeben wurde. Anfangs habe „große Niedergeschlagenheit“ geherrscht, die Nachricht habe „einen sehr niederdrückenden Eindruck“ gemacht, dann aber, das war der Gedankengang in beiden Briefen, sei man wieder zuversichtlich geworden: „Post nubila Phoebus!“ In dem Siegener Schreiben wurde von „einer unverdienten Kränkung“ gesprochen. „Allein man kritisiert hier nicht über eine kaiserliche Entscheidung“ ... Der „Reichsbote“ bestätigte beiläufig, daß Herr Stöcker ohne Urlaub in Baden gewesen sei, indem er sagte, es sei Thatsache, daß die Hofprediger für solche kleinen Reisen von wenigen Tagen nie um Urlaub eingekommen seien und also auch Stöcker nichts Ungewöhnliches that, wenn er nicht um Urlaub einkam. Dasselbe Blatt schloß einen weiteren Aufsatz über Stöcker mit folgenden Worten: „Bei jedem Menschen, der Christi Schmach auf sich nimmt, wiederholt sich wirklich, was einst dem Herrn geschah; er trägt des Volkes Sünde und fängt den Blitzstrahl des göttlichen Zornes mit seinem Leibe auf. Er wird ein Opfer

der gestörten sittlichen Weltordnung, damit andere geschont werden, — nicht aber eigentlich er, sondern der Auferstandene, der in ihm und mit ihm ist. — Sicher aber ist, daß von seinen Freunden auch nicht einer ihn verlassen wird. Ja, noch mehr; sie haben längst die Empfindung gehabt, daß unter den bestehenden Verhältnissen seine Stellung im Hofpredigeramt nur noch ein Provisorium sei. Es ist gut, daß die Entscheidung gefallen ist. Treue um Treue, rufen ihm die Christen im Lande zu; Gott mit dir, du streitbarer Held!"

Anders als in jenen Tagen, da Herr Stöcker in öffentlichen Versammlungen von der Deutschen Kaiserin als „seiner lieben Freundin" zu sprechen wagte, war die Stimmung in der „christlich-sozialen Partei", in welcher Herr Stöcker erschien, um eine Rede über „Sozialmonarchie und Sozialdemokratie" zu halten und Herr Professor Adolf Wagner als „seltener Gast" zu bezeugen kam, daß die Ratten nicht das Schiff verlassen. Herr Stöcker begann mit folgenden Worten: „Was heute Abend Ihr Herz und mein Herz bewegt, ist zum öffentlichen Ausspruch noch nicht völlig reif, aber was auch geschehen möge, darin weiß ich mich mit Ihnen einverstanden; daß alle Gedanken gerichtet sind auf das Vaterland, auf unsere gute christlich-soziale Sache, auf unsern geliebten Kaiser und König. Was ich in dieser Stunde fühle, fasse ich zusammen in den Ruf: Unser geliebter Kaiser und König lebe hoch, und nochmals und abermals hoch!"

Und nachdem Herr Stöcker die Versammlung verlassen hatte, widmete ihm Herr Wagner folgenden Nachruf:

„Der Mann, der seit 12 Jahren in der Bresche gestanden hat, wie kein anderer, der bleibt Ihnen, der bleibt Ihrer, der bleibt unserer Sache treu. Welches auch seine Stellung in der Zukunft sein wird: seine gewaltige Beredtsamkeit wird er immer in den Dienst unserer Sache stellen, er wird für das Christentum, für das Vaterland, für die Sozialreform unbeirrt weiter arbeiten. Hofprediger Stöcker gehört zu den bestverleumdeten Männern unserer Nation. Die Sozialdemokraten reden immer von ihren Märtyrern, was sie erduldet haben. Ist Stöcker nicht mehr Märtyrer gewesen, als irgend einer ihrer Partei? Ist er nicht täglich verleumdet, verunglimpft in seiner Ehre, in seinen Absichten gekränkt worden? Lesen Sie die fortschrittliche, die jüdische Presse! Auch ein Teil der nichtfortschrittlichen, die gemäßigte liberale, sogar die freikonservative Presse hat sich an ihm gerieben. Stöcker hat trotz alledem nicht den Mut verloren. Er bleibt frisch und kräftig, und

zeigt uns auch da etwas, woran wir alle viel lernen können, was jeder achten sollte, gehöre er einer Partei an, welcher er wolle, er zeigt Mut! Wenn seine Lebensbahn fortan eine andere werden sollte, er wird nicht wanken, sondern denselben Mut zeigen. Es trifft sich günstig, daß er heute früher fortgehen mußte. Da konnte ich Ihnen dies alles noch sagen. Ich handle in Ihrer aller Sinn, wenn ich Sie zum Schluß auffordere, einzustimmen in ein dreifaches Hoch auf den Hofprediger Stöcker. Hoch! hoch! hoch!" Daß diese Kundgebung in einem Augenblicke, in welchem Herr Stöcker von der Krone seines Amtes entkleidet wurde, mehr als ein Zeichen der Freundschaft für den Führer der „christlich-sozialen Partei" war, konnte den Teilnehmern, welche Hoch riefen, nicht unbewußt sein.

Was vor der Entlassung des Fürsten Bismarck von unfreundlichen Kundgebungen des Kaisers gegen die „Kreuzzeitungspartei" und insbesondere gegen Stöcker bekannt geworden ist, wird wohl mit Recht auf die ausgesprochene Abneigung des Exkanzlers gegen die äußerste Rechte zurückgeführt. Jetzt hatte der Kaiser zum erstenmale aus sich selbst gegen dieselbe demonstriert. Wunderbarer Weise wurde von gewissen Blättern als Motiv angegeben, der Monarch habe zeigen wollen, daß er über den Parteien stehe. Man sagte, daß der Kaiser die Beziehungen zu der sogenannten äußersten Rechten, die ihm, während er noch Prinz Wilhelm war, zugeschrieben wurden, und nicht mit Unrecht, als Monarch wohl unbequem empfunden haben mag. In ungezwungener Weise lasse sich hieraus erklären, daß und weshalb die „Extremen" als solche, nicht bloß Stöcker allein, von dem jungen Monarchen nicht nur keinerlei Zeichen der Gunst empfangen hätten, sondern zum Teil sogar auffällig zurückgesetzt worden seien, wie es denn z. B. nicht unbemerkt geblieben wäre, daß die Herren von Puttkamer und von Kleist-Retzow zu der im Frühling des Jahres 1890 auf der Pfaueninsel bei Potsdam veranstalteten Festlichkeit keine Einladung erhalten hatten, während der sogenannte Helldorffsche Flügel der deutsch-konservativen Partei des Reichstages reichlich vertreten worden war.

Über die Frage, inwieweit sich Bismarck seinerzeit der wahlagitatorischen Thätigkeit des Hofpredigers Stöcker gegenüber feindlich oder freundlich gestellt habe, wird von glaubwürdiger Seite versichert, daß allerdings Kaiser Wilhelm I. nach Ablauf des Prozesses Stöcker-Bäcker nicht wenig geneigt gewesen sei, den Einflüssen nachzugeben, die ein Verbleiben des Herrn Stöcker in seiner Hofpredigerstellung unmöglich zu machen versuchten. Damals sei es Fürst Bismarck

gewesen, welcher seine Meinung dahin abgab, daß man Gras über die Sache wachsen lassen möchte. Als Kaiser Friedrich dann zur Regierung gekommen und sehr bald auch die Beseitigung des Herrn Stöcker aus seiner Stellung als Hofprediger in Frage stand, habe Fürst Bismarck seinen ganzen Einfluß gegen eine solche in jener Zeit sehr bedenkliche Maßnahme geltend gemacht, indem er seinen kaiserlichen Herrn nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Stöcker gegen die staatsfeindlichen Elemente gekämpft habe wie ein Löwe. Ein solcher Schutz fehlte jetzt dem in Ungnade Gefallenen.

Im Monat Januar 1891 wurden die Gemüter abermals durch einen Personenwechsel in einer andern Sphäre lebhaft aufgeregt, wenn nicht erschüttert. Seitdem die Nachricht, daß der Rücktritt des Grafen v. Waldersee aus seiner Stellung als Chef des großen Generalstabes bevorstehe, in die Öffentlichkeit gedrungen, tauchte eine ganze Reihe von Gerüchten über den eigentlichen Grund dieser Thatsache auf. Auch der konfessionelle und kirchenpolitische Standpunkt des Grafen wurde von gewisser Seite herangezogen, um auf diesem Wege die Hoffnung herauszudestillieren, daß der Kaiser sich von dieser kirchlichen Richtung, von den Bestrebungen der „Walderseeversammlung" definitiv freigemacht und abgewandt habe. Es konnte gar keine Frage sein, daß der Vorgang sich wegen rein militärischer Angelegenheiten abgespielt hatte. Hier nun aber eröffnete sich gerade der Phantasie der weiteste Spielraum. Als thatsächliche Gründe militärischer Natur wurden allerhand Einzelheiten aufgezählt, Meinungsverschiedenheiten und andere Anlässe zu Verstimmungen aus der Zeit der letzten schlesischen Manöver, Differenzen in der Beurteilung der schleswig-holsteinschen Manöver u. s. w. Dann gab man diesen „Meinungsverschiedenheiten" einen breiteren, höheren Charakter; es handle sich um verschiedene „Systeme" und der höchste Kriegsherr habe eben einen „Systemwechsel" erstrebt, gegen die Ansichten seines Generalstabschefs. Weiter sollte Graf v. Waldersee schon an dem „Abschiede des Kriegsministers v. Verdy einen positiven Anteil genommen haben" (das sollte wohl heißen: von diesem Abschied mit berührt worden sein), „weil beide im besten Einvernehmen standen" u. s. w. Dann ging durch die Zeitungen eine längere Ausführung der Münchener „Allgem. Ztg.", welche jedenfalls ein zutreffender Niederschlag der Gerüchte und Stimmungen war, wie sie in Berlin und zwar auch in zuständigen Kreisen während der letzten Tage herrschten. Die Thatsache, daß auch die „Neue Preuß. Ztg." diese „von bestinformierter Seite" stammende Darstellung des Münchener Blattes über die

„Walderseekrisis" wörtlich aufnahm und keine Silbe hinzufügte, wurde dann mit vollem Fug und Recht allgemein so aufgefaßt, daß sich die Dinge, wie sie in dem Berliner Artikel der Münchener „Allg. Ztg." geschildert wurden, im wesentlichen so verhielten. Denn es war ganz undenkbar, daß die „Kreuz-Ztg.", welche dem Grafen Waldersee sehr nahe steht, eine solche Darstellung in ihre Spalten übernommen haben sollte, wenn sie ganz aus der Luft gegriffen wäre. Die „Allgem. Ztg." aber schrieb am 2. Februar:

„Die Krisis datiert in ihrem letzten akuten Verlauf vom Geburtstag des Kaisers. Der Monarch hing dem Chef des Generalstabes beim Gratulationsempfange die große Kette des Hohenzollern-Ordens um und fügte hinzu, er freue sich, ihm Gelegenheit bieten zu können, seine unvergleichlichen Fähigkeiten als Führer zu bethätigen, indem er ihn zum kommandierenden General des 9. Armeekorps ernenne. Soviel in militärischen Kreisen zuverlässig bekannt, hat Graf Waldersee sofort mit dem Ausdruck des Dankes für die erwiesene Gnade die Erklärung verbunden, daß er eine solche Minderung seiner Position nicht annehmen könne und um seinen Abschied bitte. Dabei ist es denn auch bei den in den folgenden Tagen geführten Verhandlungen geblieben und die am Samstag zwischen dem Kaiser und dem Grafen Waldersee stattgehabte Unterredung dürfte den Bruch auch in der äußeren Form definitiv gemacht haben. Um einen Bruch handelt es sich und zwar um einen Bruch, der um so auffälliger ist, als die Beziehungen, welche der Kaiser als Prinz Wilhelm, Kronprinz und Souverän zum Grafen Waldersee gepflogen, die denkbar freundschaftlichsten waren. Dagegen ist es weit gefehlt, wie einige freisinnige Blätter es thun, die Ursachen auf politisch-konfessionellem Gebiet zu suchen, als sei Graf Waldersee ein neben Stöcker und Hegel der Strömung des Tages und dem seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck so wesentlich erhöhten Popularitätsbedürfnis des Monarchen dargebrachtes Opfer. Die Ursachen dürften in langjährigen Gegensätzen zwischen dem Grafen Waldersee und dem General v. Caprivi, ferner in den Umständen zu suchen sein, welche zum Rücktritt des Kriegsministers, Generals v. Verdy, geführt hatten. Entscheidend mag sodann die Thatsache gewirkt haben, daß Graf Waldersee bei den letzten schlesischen Manövern die Kampfführung des Kaisers pflichtgemäß einer scharfen Kritik unterzog, welche dadurch, daß sie in Gegenwart der Majestäten von Österreich und Sachsen stattfand, um so empfindlicher war. Namentlich aus diesem letzteren Umstande dürfte ein nicht mehr zu überbrückender Gegensatz erwachsen sein.

„Zu diesem allem gesellt sich die Situation an der Spitze der Reichsverwaltung. General von Caprivi, der sich als homo novus in alle die vielseitigen Aufgaben des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten, nicht zum wenigsten in die der Diplomatie, erst einleben und einarbeiten muß, empfand wohl um so mehr die große Position des Chefs des Generalstabes. Ursprünglich nur ein Appendix des Kriegsministeriums, war der preußische Generalstab seit 1866 zu einem früher nie gekannten Ansehen gelangt und der Chef desselben, General Moltke, in seiner europäischen Berühmtheit zugleich ein politischer Faktor geworden. Dies war gegeben sowohl durch die Bundes- und Reichsverhältnisse, als durch die Thatsache, daß der Organisator unserer künftigen Kriege nicht allein über alle die Elemente hinreichend unterrichtet sein muß, welche die Leistungsfähigkeit des eigenen Heeres in allen seinen Abzweigungen bedingen, sondern auch über die Leistungsfähigkeit unserer Verbündeten und unserer eventuellen Gegner. Da diese militärische Leistungsfähigkeit aber nicht wenig von der inneren und äußeren politischen Lage der Staaten, ihren Finanzen, ihrem Eisenbahnwesen u. s. w. abhängt, so war demgemäß für den Chef des Generalstabes die Notwendigkeit örtlicher Orientierung nach allen diesen Richtungen hin erforderlich. Dadurch erwuchs für ihn aber auch eine bedeutende Stellung über den Rahmen der Armee hinaus, eine Position, welche von dem Glanze des Namens Moltke umstrahlt war. Bekannt ist, daß, als es sich um eine Entlastung des berühmten Feldherrn handelte, Graf Waldersee ihm als Generalquartiermeister, als zweiter Chef des Generalstabes beigegeben wurde. An dieser Stelle hat er 10 Jahre hindurch gestanden, bei dem Rücktritt Moltkes ward er dessen Nachfolger. Der Feldmarschall hielt auf den Grafen Waldersee so große Stücke, daß, als unter der Regierung des Kaisers Friedrich die Stellung des Generalquartiermeisters bedroht war aus Gründen, die damals auf dem Gebiete der inneren Politik lagen, Graf Moltke erklärte, dann gleichfalls den Abschied nehmen zu wollen.

„Das Ausland hat sich auch in dieser Beziehung nach deutschem Muster gerichtet. General Miribel in Frankreich, General Obrutscheff in Rußland nehmen eine gegen früher weit hervorragendere Stellung ein, in gleicher Richtung bewegen sich die Verhältnisse in Österreich-Ungarn und Italien. Diese Position ist nicht zum wenigsten bedingt durch die Größe der heutigen Heere und den Umfang ihres Organismus, sowie durch die Thatsache, daß alle künftigen Kriege Volkskriege sein werden. Damit wächst naturgemäß auch die Stellung

der geistigen Leiter dieser Kämpfe. Nun steht es ja wohl außer Zweifel, daß Kaiser Wilhelm in Zukunft sein eigener Generalstabschef zu sein beabsichtigt; in Berliner militärischen Kreisen wird behauptet, daß ein solches Wort gefallen sei, aber Inland wie Ausland werden sich der Thatsache nicht verschließen können, daß mit dem Rücktritt des Grafen Waldersee wiederum einer der Ecksteine herausbröckelt, auf welchen bei der Thronbesteigung im Jahre 1888 der Bau des Reiches ruhte. Daß Graf Waldersee aus seiner jetzigen Position nicht an die Spitze eines Armeekorps treten konnte, obenein eines der numerisch schwächsten im Reiche, wird jeder Militär zugeben. Wenn auch für den jungen Leutnant das Ziel seiner Wünsche in dem kommandierenden General gipfeln mag — Graf Waldersee war über diese Stellung längst hinausgewachsen. Wer über ein Jahrzehnt hindurch das gesamte geistige Leben der Armee in seiner Hand vereinigt, kann füglich nicht mit einer Position vorlieb nehmen, die er mit ungefähr zwanzig anderen Generälen teilt. Der Nachfolger des Grafen Waldersee — voraussichtlich der jetzige erste Oberquartiermeister Graf Schlieffen II. — wird ohne Zweifel ein befähigter Offizier sein; ob er die Autorität haben wird und haben kann, welche diesem Amte seinen Wert und seine Bedeutung verleiht und für dasselbe unabweislich erforderlich ist, werden die Ereignisse lehren."

Der Kaiser nahm das Abschiedsgesuch des Grafen Waldersee nicht an, sondern ernannte ihn zum kommandierenden General des 9. Armeekorps. In der betreffenden Ordre hieß es: „Ich habe Sie für den Fall eines Krieges zur Führung einer Armee in Aussicht genommen." Darum sollte Graf Waldersee, der, seit er Regiments-Kommandeur war, dem Truppendienst entzogen gewesen, in diesen wieder eintreten. Graf Moltke wäre zum Führer einer von mehreren operierenden Armeen niemals bestimmt worden; er war dazu ausersehen, an der Seite des Monarchen der oberste Leiter aller Operationen zu sein, und er ward es, als es zum Kriege kam. Ob der Chef des großen Generalstabes diese Stellung künftig überhaupt nicht mehr haben wird, das dürfte von der Bedeutung abhängen, welche der Nachfolger des Grafen Waldersee persönlich gewinnen wird; Graf Waldersee jedenfalls — das war in einer Beziehung die Bedeutung des eintretenden Wechsels — sollte im Falle eines Krieges die Aufgabe Moltkes nicht erhalten.

Graf Waldersee legte die Geschäfte des Generalstabschefs am 2. Februar nieder, die Ernennung des Nachfolgers, des Grafen

Alfred Schlieffen trug das Datum des 7. Februar 1891. Mithin bestand ein Provisorium von mehreren Tagen. Man war allgemein der Ansicht, daß, obwohl der Rücktritt des Grafen Waldersee sich seit geraumer Zeit voraussehen ließ, das Ereignis sich schließlich doch in einem für beide Teile unerwarteten Augenblick vollzog. Die Frage des Freiwerdens eines anderen Verwendungsfeldes für den Grafen Waldersee war augenscheinlich für den Zeitpunkt des Wechsels des Generalstabschefs entscheidend. Ein solches Feld mußte dem militärischen Range des Grafen entsprechen; es ließ sich jedoch bis vor kurzem übersehen, daß vor der Hand eine Vakanz in dieser Richtung nicht eintreten werde. Da erfolgte plötzlich das Abschiedsgesuch des Grafen v. Leszczynski, der sich zu weit mit Fürst Bismarck eingelassen hatte, und in dem Unerwarteten dieses Schrittes bot sich unvermutet eine Gelegenheit für die neue Verwendung des Grafen Waldersee. Es mag aus verschiedenen Gründen rätlich erschienen sein, ein Verwendungsfeld für Waldersee zu suchen, dessen Kommandositz nicht in Berlin ist. Bei der Wahl des Grafen Schlieffen zum Generalstabschef drängte sich naturgemäß allen die Hauptfrage auf: ist diese Wahl eine glückliche und gewährt die Person die Aussicht einer im Interesse des Dienstes so notwendigen längeren Amtswaltung, als z. B. die des Grafen Waldersee; hat Graf Schlieffen das Vertrauen der Armee? Er steht in dem Rufe, mit allen Zweigen des Generalstabes vertraut zu sein, ist ein gewissenhafter und fleißiger Arbeiter, sehr vorsichtig und von zurückhaltendem Wesen. Genialität und große Gesichtspunkte sollen ihm dagegen weniger eigen sein; doch wird man sich damit abfinden müssen, daß es keine leichte Sache unter den obwaltenden Umständen ist, einen Ersatz für Moltke zu finden. Es verlautete, daß weder Moltke noch Waldersee bei der Wahl der Persönlichkeit beteiligt gewesen sind, sondern daß der Kaiser auch hierbei seinem eigenen Urteil gefolgt ist. Die Hoffnung geht dahin, daß die getroffene Wahl eine zweckmäßige sei, und daß vor allen Dingen diejenige Stetigkeit im Generalstabe zurückkehre, welche für das erfolgreiche Funktionieren nötig erachtet wird. Es giebt in der Armee verschiedene Persönlichkeiten, welche ein unbedingt höheres Vertrauen genießen, und da auch die Armee eine „öffentliche Meinung" hat, so kann man sich nicht wundern, daß die Namen Häseler und Wittich ganz besonders genannt wurden, ja, daß man die Ernennung des ersteren allgemein erwartete, auch aus Gründen des Dienstalters. Von Wittich verlautete, daß er einer der Hauptgegner des ehemaligen Generalstabs-

chefs sei, und es würde, da das allgemein bekannt ist, einen großen Eindruck gemacht haben, wenn Wittich an seine Stelle berufen worden wäre. „Vielleicht geht man am richtigsten, wenn man die Gründe in der Wahl auf einem ähnlichen Gebiete sucht, wie solche bei dem Nachfolger des Fürsten Bismarck in politischer Beziehung entscheidend gewesen sind“, schrieben damals die „Hamburger Nachr.“

Die Entlassung des Grafen Waldersee aus dem Amte des Chefs des Generalstabes der Armee wurde in der konservativen und namentlich in der Herrn Stöcker nahe stehenden Presse „als charakteristisch für die Lage“ bezeichnet. Aber auch der gemäßigt konservative „Hamb. Korresp.“ überschrieb seine Auslassungen über den Rücktritt des Grafen Waldersee mit den Worten „Zur Lage“. Offenbar betrachtete man das Ereignis nicht ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten. Man sah in ihm ein Anzeichen für die Gestaltung der inneren politischen Verhältnisse, die dem Uneingeweihten immer verworrener schienen. In der öffentlichen Meinung trat die Strömung einer verdrießlichen und das Gefühl des Unbehagens weiterpflanzenden Stimmung immer stärker zu Tage. Wenn auch Graf Waldersee aus anscheinend ganz unpolitischen Gründen nach allem verschwunden, so galt diese Maßnahme doch als ein düsteres Zeichen der Zeit. Die „Deutsche evangel. Kirchenzeitg.“ rief aus: „Es ist ziemlich unbehaglich in Staat und Reich ... Überall begegnet man kopfschüttelnden und achselzuckenden Menschen. Zufrieden mit dem Gange der Dinge ist keiner, dessen Herz warm für Vaterland und Kirche schlägt. Nur die Gegner des Bestehenden freuen sich . . . Ungewiß erscheint alles.“ Dasselbe Blatt schien die Versetzung des Grafen Waldersee als einen Schlag gegen die Kirche anzusehen, denn es trauerte über dieselbe und meinte, wer neuerdings durch Deutschland gereist und mit Patrioten über die öffentlichen Zustände geredet habe, der höre von allen Seiten die Fragen: „Was soll das bedeuten? Was soll daraus werden? Wohin soll das führen?“ Die gouvernemental gesinnte Presse hatte Mühe, die Gemüter zu beschwichtigen, ohne selber, so weit sie selbständig war, bedenkliche Symptome verleugnen zu können. Zufrieden zeigten sich nur der deutsche Freisinn und die Ultramontanen. Was sie nicht schon besaßen, durften sie von der Zukunft erwarten. Die volle Willensstärke des Kaisers, das kräftige Bewußtsein der Größe und Heiligkeit seines hohen Herrscherberufes haben sich in einer Reihe von Aussprüchen bekundet, von denen namentlich zwei aus den im brandenburgischen Provinziallandtag ausgebrachten Trink-

sprüchen bemerkenswert sind. Im März 1890 äußerte er sich daselbst: „Ich gedenke nach Kräften mit dem mir anvertrauten Pfunde so zu wirtschaften, daß ich noch manches andere hoffentlich werde dazulegen können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wo sie auch seien; diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich." Im Jahre darauf forderte der Redner die Brandenburger auf, ihrem Markgrafen durch Dick und Dünn auf allen den Wegen zu folgen, die er sie führen wird. Die starke, jeder Gegensätzlichkeit trotzende Individualität, die in solchen Ausdrücken hervortritt, hat in der Praxis bisher gegen eine Reihe von Persönlichkeiten sich geltend gemacht, die ehemals dem Monarchen besonders nahe standen. Im Hofstaate wie in einer höheren Sphäre sind Verhältnisse aufgelöst, die man für unzerreißbar hielt. Freilich hatte ein Stöcker es gewagt, den Summepiscopat des Landesherrn anzutasten! „Ich lasse mir mein Recht als oberster Bischof der evangelischen Kirche in Preußen nicht verkümmern", sagte der König bei dem parlamentarischen Diner, das wenige Tage nach dem Schlusse der Brandenburgischen Generalsynode bei Herrn von Caprivi stattfand.



VIII.

L. Windthorst.

Die Erregung der Gemüter, welche die Krankheit und der Tod Windthorsts im März 1891 in Berlin hervorrief, der Lärm der Ausschreier der Extrablätter, die Bewegung in den Korridoren des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, wie drinnen im Sitzungssaale, schließlich die Sprache der Blätter, die am Abend des Todestages unruhig erwartet worden waren — alles das reichte begreiflicherweise nicht heran an die Todestage zweier Kaiser im Jahre 1888, aber erinnert wurde man doch daran, denn selten scheidet ein Staatsmann von noch so hohem Verdienste in Berlin aus dem Leben oder aus dem Amte, etwa ein Bismarck ausgenommen, soweit unsere eigenen Erfahrungen als Augen- und Ohrenzeuge zurückgehen, mit so viel Geräusch oder Teilnahme, unter so lebhaften Erörterungen der Bedeutung des Todes oder des Scheidens, als der Führer der ultramontanen Centrumspartei Dr. Windthorst — auf märkischem Boden. Alles war mit einem Male voll von der Größe dieses Mannes, wenn es auch Blätter gab, die sich herausnahmen, das Wesen des Verstorbenen dahin zusammenzufassen: er war vor allem ein Welfe, er war sodann ein kluger Diplomat, der eine aus heterogenen Elementen bestehende Partei zusammenzuhalten, ein Vierteljahrhundert hindurch der preußischen und deutschen Regierung in den verschiedensten Situationen sehr ernste Verlegenheiten zu bereiten und in weiten Kreisen die Gemüter bis zur Empörung aufzureizen verstand. Auf der Höhe seiner Erfolge hat der Verstorbene die Aussöhnung mit der Regierung, soweit das bei einem Welfen und Ultramontanen möglich ist, gesucht und gefunden; er hat es noch am letzten Tage erlebt, daß ein preußischer Kultusminister vor ihm

und seiner mächtig gewordenen Partei hat weichen müssen; er hat seine Gesinnungsgenossen hof-, ordens- und regierungsfähig werden sehen, was bis vor kurzem noch unmöglich schien, er hat zufrieden sterben können und ist das auch.

Der Kulturkampf, der auf die große Zeit der Gründung des Deutschen Reiches seine dunkeln Schatten warf und zwei Decennien die eben geeinte Nation unheilvoll spaltete, war wesentlich, wenigstens die Art seiner Führung, das Werk Windthorsts — die Heftigkeit dieses Kampfes wird nur erklärlich durch den Charakter der Leitung der Centrumspartei, welche sich als Vertreterin der kirchlichen Interessen der deutschen Katholiken geberdete, in welcher aber in Wahrheit noch ganz andere rein politische Gesichtspunkte maßgebend waren, die mit den wirklichen Interessen der römischen Kirche absolut nichts gemein hatten, deren leidenschaftliche Geltendmachung aber von vorn herein den kirchlichen Kampf verbitterte und vergiftete. Die schlaue und künstliche Vermischung der ultramontanen Interessen mit denen des früheren (strenglutherischen) welfischen Fürstenhauses, die Leitung der ganzen Partei durch einen in allen Künsten und Wegen der Politik bewanderten ultramontanen Welfenführer brachte die schweren und verhängnisvollen Verirrungen der Partei und das gehässige Treiben ihrer Presse.

Fürst Bismarck wies auf die Gefahren, welche jene sonderbare Vermischung der Interessen in sich barg, vom ersten Augenblicke bestimmt hin. In der ersten Rede, welche er über die katholische Bewegung über die „Mobilmachung der Partei“ hielt (im Januar 1872) sagte er: bei der Rückkehr aus Frankreich habe er sich gefragt, ob dieses streitbare Korps mit der Regierung oder gegen die Regierung werde gehen wollen. Er sei zweifelhaft geworden, als er die Wahl der Führer gesehen habe, als ein so kampfbereites und streitbares Mitglied wie der Abg. Windthorst sofort an die Spitze trat, ein Mitglied, welches von Anfang an ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten sei, das niemals durch seine Haltung bekundet habe, daß es diesen Widerwillen überwunden habe, ein Mitglied, von dem es zweifelhaft sei, ob ihm die Neubildung des Deutschen Reiches willkommen sei. Fürst Bismarck nannte Windthorst das „geschäftsführende“ Mitglied der Partei, dessen Worte nicht Öl von der Sorte seien, welches Wunden heilt, sondern von der, welche die Flammen nährt, die Flammen des Zorns. Er glaubte mit den Ultramontanen eher zum Frieden zu gelangen, wenn sie der „welfischen Führung“ entsagten.

Es war das die Zeit, in welcher von anderer Seite über den bittersten Gegner des Kanzlers einmal bemerkt wurde: „Seit Jahren laufen die Fäden jeder Opposition gegen Preußen und das Reich, deren Einrichtungen und Staatsmänner in der Hand des Abgeordneten Windthorst zusammen. Polen und Welfen, Dänen und Protestler haben ihre Heimstätte da, wo das Panier des Abgeordneten für Meppen weht. Er hat seine Finger überall dazwischen, wo etwas geschieht, um die Neuordnung der Dinge in Deutschland gehässig und verächtlich zu machen. Wie man eines Tages den Schatten seiner Hand an den Strängen sah, mit welcher die Schandglocke Gehlsens, „Reichsglocke" genannt, geläutet wurde, so kann jeder weitere Zufall noch andere gleichwertige Verbindungen aufweisen. Und mit welcher Geschicklichkeit der Führer der Opposition in Deutschland alle unter einander verfeindeten Gegner der Reichseinrichtungen zu einer gewaltigen und bedrohlichen Macht gesammelt hat, davon giebt uns die dumpfe und verbitterte Stimmung Kunde, in welche es gelungen ist, nach und nach ganz Deutschland zu versetzen."

Das Beste, was wir dem Kulturkampf verdanken, sind die Reden Windthorsts, man sollte sie sammeln, wie diejenigen Bismarcks. Niemand verstand wie Windthorst, die ganze Skala menschlicher Empfindungen wachzurufen, in einem Atemzuge Thränen über die diokletianische Kirchenverfolgung wachzurufen und durch einen köstlichen Humor das Zwerchfell zu erschüttern.

Windthorst war vor allem der geschickteste Taktiker der kleinen Mittel und der amüsanten Späße. Diese beiden Seiten seiner Wirksamkeit reichten aber aus, ihm die Erfolge zu verschaffen, deren er sich rühmen durfte. Seine Getreuen um ihn herum hielt er damit zusammen, und die Regierung kam durch die Art, wie sie die Persönlichkeit Windthorsts immer in den Vordergrund schob, nur in eine um so ungünstigere Position, die der schlaue Mann wohl auszunützen verstand. Jedenfalls hat er es dahin gebracht, daß man mit ihm rechnen mußte, und daß er zuletzt die Lage beherrschte.

Als Dr. Windthorst an der Lungenentzündung schwer erkrankt war, sah man die kaiserliche Equipage vor Windthorsts Wohnung, Alte Jacobsstr. 172 vorfahren. Der Kaiser sandte seinen Adjutanten, Major von Hülsen, während er selbst im Wagen verweilte, hinauf, um Erkundigungen einzuziehen. Er ließ fragen, ob Blumen im Krankenzimmer erlaubt seien, und sandte eine Stunde später einen prachtvollen Strauß. Die Erkundigungen der Majestäten wieder-

holten sich täglich. Nachdem Windthorst verschieden war, sandte der Kaiser zum Schmuck ein reiches Blumenarrangement mit drei hervorstehenden prächtigen Palmen. Die Kaiserin schickte einen Veilchenkranz. Die weißseidene Schleife trug in Gold den Namenszug des Kaisers und die Kaiserkrone. Bei Überführung der Leiche nach Hannover wurde der Sarg auf Befehl des Kaisers auf dem Bahnhofe in das Fürstenzimmer gebracht. Bei der Beisetzung in der Marienkirche ließ der Kaiser sich durch den Grafen Wedel und Herrn v. Bülow vertreten. Ersterer war auch bei der vorangegangenen Trauerfeier in der Hedwigskirche zu Berlin Vertreter des Kaisers und ein reicher Kranz von Sr. Majestät schmückte den Sarg.

„Die Kaiserliche Ehrenbezeugung für Windthorst wird — so schrieb in der „Köln. Volksztg." ein publizistisch sehr thätiger Centrumsabgeordneter, der zu den Führern des „linken Flügels" der Partei gerechnet zu werden pflegt — mit Recht von allen Blättern als kennzeichnend für den Wandel der Dinge betrachtet, welcher seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. sich vollzogen hat. So lange der Einfluß des Fürsten Bismarck allein entscheidend war, galt jeder Gegner der Bismarckschen Politik gewissermaßen als Feind des Staates und des Monarchen und wurde als solcher behandelt. Seit dem Regierungsantritte unseres Kaisers ist das anders geworden; das Kaiserliche Regiment zeigt sich duldsamer und weitherziger als die kanzlerische Diktatur. Unser junger Kaiserlicher Herr hat die Stellung über den Parteien nicht nur als die dem Träger der Krone geziemende wiederholt bezeichnet, sondern auch thatsächlich angenommen. Verdiente und hervorragende Männer aller Richtungen haben seine Beachtung gefunden; er möchte alle in den Dienst des Ganzen gestellt sehen. Das ist eine Wendung der Dinge, welche sich nur als segensreich für unser öffentliches Leben erweisen kann. Das widerwärtige Schlagwort von der „Reichsfeindschaft Aller", welche nicht in allem dem leitenden Minister zu Willen waren, hatte unsere politischen Verhältnisse fast unheilbar vergiftet. Es war eine befreiende, wahrhaft Kaiserliche That, als mit diesem System gebrochen wurde. Wenn wir heute auf die Dinge erneut hinweisen, so geschieht es keineswegs, weil wir das Bedürfnis empfinden, an dem früheren Reichskanzler uns zu reiben — wir gönnen ihm gern das otium in Friedrichsruh, so weit er es cum dignitate übt, — sondern weil wir zum Ausdruck bringen möchten, daß die Ehrung, welche der Landesherr dem Abg. Windthorst in

seiner letzten Krankheit und nach seinem Tode hat zuteil werden lassen, von den preußischen Katholiken dankbar vermerkt und empfunden worden ist. Das Volk hat für solche Thatsachen ein feines Gefühl. Die Anerkennung der ehrlichen Überzeugung, welche in dem Kranze sich bekundet, den der Kaiser auf den Sarg Windthorsts hat niederlegen lassen, hilft über manche bittere Erinnerungen vergangener Tage leichter hinweg — den Gewinn davon werden Land und Herrscherhaus in gleicher Weise davontragen."

Der Centrumsabgeordnete verschwieg, daß Wilhelm I. und Bismarck den Abgeordneten Windthorst besser kannten, als Wilhelm II. Der Tod des Centrumsführers hat dem Monarchen von heute die Erfahrungen erspart, die er sonst vielleicht noch gemacht hätte. Windthorst war und blieb, auch da, wo er sich der Regierung aus taktischen Gründen näherte, der Führer des Klerikalismus, der verderblichsten Richtung des öffentlichen Lebens gerade für Deutschland, wo der Gegensatz der religiösen Bekenntnisse wiederholt in unserer Geschichte die Nation blutig zerrissen hat. Windthorst ließ auch nach dem kirchenpolitischen Ausgleich nicht ab von dem Bestreben, immer neue Gründe zu einem neuen „Kulturkampf" zu finden, immer wieder den deutschen Katholiken die Notwendigkeit abgesonderter politischer Organisation einzuschärfen — aus Feindschaft wider das Reich. Daß die Seinen sich zu einer kaiserlichen Ehrenbezeugung Glück wünschten, war selbstverständlich.

Angesichts der Betrachtungen eines großen Teiles der deutschen Presse über Windthorst konnte man wohl in die Stimmung kommen, sich zu fragen, ob man träumte oder wache. Wenn seine Gesinnungsgenossen die Huldigung bis zur Heroen-Verehrung steigerten, so war das ihre Angelegenheit, in die niemand hineinreden konnte. Aber wie eine Art plötzlich hereingebrochenen Taumels mußte es wirken, wenn man in konservativen und deutsch-freisinnigen, in freikonservativen und selbst nationalliberalen Blättern nicht bloß die berechtigte Anerkennung für unermüdliche Arbeit, hervorragende Befähigung und Uneigennützigkeit, nicht bloß das Lob sympathischer Züge im persönlichen Wesen des Mannes, sondern eine Beurteilung seiner politischen Bestrebungen fand, die im krassesten Widerspruch mit den weltkundigen Thatsachen stand. Die Verhimmelung griff auch außerhalb Berlins in der Presse um sich. In einer nicht nur zur privaten Überreichung bestimmten, sondern als politische Kundgebung veröffentlichten Beileidsadresse der beiden Zentrums-Fraktionen an Frau Windthorst las man:

„Gott sei Dank, er lebte lange genug, um endlich seinen Wert auch da erkannt und anerkannt zu sehen, wo man sich Jahre auf Jahre ablehnend gegen ihn verhalten hatte. Mit den Männern der Kirche trauern heute diejenigen des Staates um diesen großen und edeln Sohn, um diese seltene Zierde des deutschen Vaterlandes, wie sie nur in Jahrhunderten geboren werden. Der volkstümlichste Mann der Welt, er ist gestorben."

Nach dem Verhalten eines großen Teiles der deutschen Presse konnten die Verfasser des Schriftstückes sich allerdings zu einer solchen Äußerung ermutigt fühlen.

Die „Kreuzzeitung" fand die Klage über die beschämende Übertreibung der Trauerkundgebungen nicht „staatsmännisch", und zwar aus folgenden Gründen: „Auf Umwegen erhalten wir sichere Kenntnis darüber, daß in den Pariser anarchistisch-klerikalen Kreisen die Ehrung des Verstorbenen durch den Kaiser und die freundlichen Beurteilungen der nicht ultramontanen Presse vollständig verblüfft haben. Wie man dort über Windthorst dachte, verriet die „Gazette de France", die ihn als unbeugsamen Hannoveraner feierte, zugleich ist aber die Illusion widerlegt, daß alle Centrumswähler, bez. Katholiken, leidenschaftlich die Befreiung „vom preußischen Joche" durch Kosaken und Turkos ersehnten. Die Franzosen sind ja nur zu geneigt, ihre Phantasien für wahr zu halten. Wie sie 1870 glaubten, die Süddeutschen würden mit ihnen gegen die Norddeutschen gehen, so haben sie sich seit dem Kulturkampfe eingebildet, die Katholiken lechzten danach, von ihnen befreit und erlöst zu werden. Aus diesem Grunde haben die Ehrungen des verstorbenen Centrumführers ihnen, wie man uns ausdrücklich schreibt, ein „Kaltwasserbad ersten Ranges" bereitet."

Wer nach dieser „auf Umwegen" erhaltenen Information der „Kreuzzeitung" etwa noch glaubte, daß doch des Guten zu viel geschehen sei, der mußte eben darauf verzichten, von der „Kreuzzeitung" als Staatsmann anerkannt zu werden.

In allen politischen Fragen, die bei Windthorst nur als Mittel zur Förderung kirchlicher Zwecke dienten, war er jederzeit zu einem Handelsgeschäft mit der Regierung, oder mit anderen Parteien bereit, während in der Wirtschaftspolitik seiner Partei, die meist aus industriereichen oder ländlichen Kreisen stammt, durch die Wähler die Marschroute vorgeschrieben war. Als kürzlich der Reichskanzler v. Caprivi bei der Einbringung des neuen Sperrgeldergesetzes im Abgeordnetenhause seine Rede mit der Versicherung schloß, so lange er die Ehre

habe, an der Spitze der Regierung zu stehen, würden die Interessen des Staatswohls nie zum Gegenstande eines politischen Handelsgeschäfts gemacht werden, ließ Windthorst, wie wir zuverlässig wissen, in einem Privatgespräche die scharfe Bemerkung fallen, er habe für alle Fälle einen festen Tarif in der Tasche.

Es war ein bitteres Wort, das aus Friedrichsruh über die erwähnte Vorlage kam: „Wir betrachten die Sperrgeldervorlage namentlich unter dem Gesichtspunkte, daß sie trotz aller Interpretationen eine Preisgabe der noch im vorigen Jahre von der Regierung und von dem nämlichen Minister vertretenen Auffassung darstellt und deshalb den Anschein erwecken kann, sie beruhe lediglich auf dem Bedürfnisse, die Unterstützung der einflußreichen parlamentarischen Partei des Centrums für das Regierungsprogramm zu gewinnen. Es läßt sich kaum etwas Stichhaltiges erwidern, wenn behauptet werden sollte, die Vorlage bilde den Anfang zur Basierung der Staatsautorität auf die Zustimmung der Parteien, also den Übergang zu einer Parlamentsherrschaft, die aus der Konfliktszeit, wo sie das Königtum bekanntlich bis zu Abdikationsgedanken brachte, in Erinnerung ist.“

Von anderer Seite wurde die Regierung mit den Worten verteidigt: „Die Regierung ist in der schwierigsten Lage, für ihre Ziele auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete mit verschieden gearteten Mehrheiten zu operieren. Aus diesem taktischen Grunde, weit mehr aber noch in der ehrlichen Absicht, in dem Kampfe gegen jeden Versuch eines radikalen Umsturzes oder auch nur einer Erschütterung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung verlässige Bundesgenossen zu gewinnen, wünscht die Regierung, der Kaiser voran, alle diejenigen Elemente der Centrumspartei, welche nur durch den polizeimäßigen Charakter der „Maigesetze“ in die Opposition getrieben waren, zur Unterstützung ihrer Politik heranzuziehen. Um diese Hilfstruppe zu werben, ist sie eifrigst bemüht, die Zahl der Streitpunkte möglichst zu vermindern. Nachdem Fürst Bismarck selbst erkannt, daß der kirchenpolitische Kampf in falsche Bahnen gelenkt worden war, und mit gewohnter Energie das Rüstzeug selbst zerstört hatte, das er geschaffen und in dem er selbst gefochten, glaubte die Regierung die Konsequenzen ziehen und jenen Beschwerden, die sie auf Grund der Verhältnisse für gerechtfertigt erachtet, Abhilfe schaffen zu müssen. Daher das zweite Sperrgesetz, dessen Inscenierung freilich nicht glücklich zu nennen ist.“

Die Regierung hatte immer den Standpunkt festgehalten, der

überall außer im Centrum Zustimmung fand, daß die seit 1875 gesperrten Gelder zur freien Verfügung der Regierung ständen. Das Centrum dagegen sieht die gesetzlich vollzogene Sperrung als ungültig an und will demnach einen Rechtsanspruch derjenigen, denen ihr Gehalt auf Grund des Gesetzes nicht ausgezahlt wurde, anerkannt wissen. Es kam deshalb zu sehr heftigen parlamentarischen Kämpfen, als die Regierung im Frühjahr 1890 ein Sperrgeldergesetz einbrachte, wonach das Kapital, welches angesammelt ist, eingezogen werden sollte, während die Zinsen dieses Kapitals als dauernde Rente unter im Gesetz festgestellten Bedingungen der katholischen Kirche zugewendet wurden. Die drei Kartellparteien stellten sich auf den Standpunkt der Regierung und erklärten zugleich, daß sie die Vorlage nur annehmen könnten, wenn das Zentrum sich durch dieselbe befriedigt erklärte — der Papst hatte, wie Herr v. Goßler andeutete, sein tolerare ausgesprochen. Es hatten offenbar Verhandlungen zwischen Rom und Berlin geschwebt — allein Windthorst und das Centrum blieben der Vorlage gegenüber so feindlich, daß die Ablehnung des Gesetzentwurfes erfolgte.

Aus den verschiedenen Reden, welche der Herr Kultusminister v. Goßler damals hielt, seien hier einige besonders bezeichnende Stellen angeführt:

„Die Staatsregierung ist in dieser Vorlage an diejenige Grenze herangegangen, welche überhaupt möglich ist, welche meines Erachtens als eine Diagonale noch zur Not festgehalten werden kann ...“

„Die Staatsregierung ist verpflichtet, auch auf Stimmungen in anderen Parteien, mögen sie auf kirchlichem oder politischem Gebiet sich bewegen, Rücksicht zu nehmen, und wie die Stimmung hier im Hause ist, meine Herren, haben Sie zur Genüge kennen gelernt. Die Regierung hat hier wirklich nicht die Führung genommen, um eine Stimmung im katholischen Lager zu überwinden, sondern sie hat, wie ich das schon angedeutet habe, immer eine möglichst ruhige, mittlere, objektive Diagonale zu wahren gesucht ...“

„Dieser Antrag (Windthorst) kann nur den Sinn haben, daß, wenn die Regierung sich mit den Bischöfen vereinigt, die Regierung den letzten Rest ihrer Autorität aufzugeben hat, um mit Hilfe des Centrums eine Vorlage im Landtag durchzubringen, auch auf die Gefahr hin, mit Parteien in Konflikt zu kommen, die sonst der Regierung nahe stehen.“

Die letzten Worte sprach Minister v. Goßler am 3. Juni 1890, und am 24. Januar 1891 verteidigte er eine Vorlage, die mit den

Bischöfen vereinbart, vom Centrum gut geheißen und durch die der Regierung nahestehenden Parteien bekämpft wurde.

War wirklich die vorjährige Vorlage in einem gewissen Einvernehmen mit dem Papste erfolgt, so mußte die Opposition des Centrums gegen dieselbe unter allen Umständen gebrochen werden. Jetzt erschien Windthorst als Sieger, und sein Einfluß und der Einfluß seiner Partei war dadurch unberechenbar gestiegen. Er hatte für seine Kirche mehr verlangt, als der Papst zu nehmen bereit war! Je länger umgekehrt die Kirche der ihr 1890 bewilligten Mittel beraubt blieb, um so schwerer war die Verantwortung Windthorsts für die Ablehnung der vorjährigen Vorlage geworden. Soll das Centrum künftig noch Respekt vor den Meinungsäußerungen der Regierung haben, wenn förmlich eine Prämie auf den Widerstand gegen die Staatsregierung gesetzt wird, kann irgend eine politische Partei noch die Regierungspolitik verfechten, wenn diese über Nacht aus schwarz, weiß macht und umgekehrt?

Entweder die Vorlage im vorigen Frühjahr oder die jetzige Vorlage muß als ein verhängnisvoller politischer Fehler bezeichnet werden, und beide Vorlagen entstammen demselben Ministerium.

Im Ministerium ist seitdem nur eine Veränderung eingetreten — die Berufung Miquels in das Finanzministerium. Die dem Centrum geneigte kirchenpolitische Haltung Miquels ist bekannt und in parlamentarischen Kreisen sieht man in Miquel den Vater der Vorlage.

Herr v. Goßler hat dem Streben der Regierung, an dem Centrum ihre festeste Stütze zu gewinnen, weichen müssen, und Dr. Windthorst ist als Toter von oben und von allen Seiten gefeiert worden. Den Demokraten im Centrum ist des Guten, das die Führer ihrer Fraktion an Huldigungen von oben erfahren, schon viel zu viel. Denn es ist ihnen zu teuer erkauft. Man erinnert sich der Sprache, die die „Deutsche Reichszeitung“ im vorigen Jahre nach dem Tode der Zentrumsabgeordneten Virnich und Krebs führte: „Beide liebten den klaren, offenen Weg, forderten das Recht ganz, nicht auf Abschlag, verwarfen die Maklerei des do ut des, haßten, wo es sich um gerechte Forderungen handelte, alles Diplomatisieren und waren entschiedene Feinde der Transigentenpolitik. Beide waren echte Volksmänner. Ihr Rücken war gerade und steif, sie hatten das Nicken und Bücken vor den Großen und Mächtigen der Welt nicht gelernt, es waren Männer von altem Schrot und Korn, zwei echte Söhne des deutschen Rheines, unter dessen katholischen Anwohnern der be-

kannte deutsche Bedientensinn und der jetzige landläufige Byzantinismus noch nicht so eingerissen ist, wie anderwärts. Auch das hatten beide mit einander gemeinsam, daß ihnen Anerkennung und Auszeichnung nicht zu teil geworden ist. Sie haben sich darüber auch nicht beklagt, denn beide waren anspruchslose Charaktere, bescheiden und zuückhaltend, die es verschmähten, ihre Verdienste auf großem Präsentierteller der Welt zur Ansicht auszustellen."



IX.

Der Kaiser gegen die Fronde.

Im Monat Februar 1891 ging ein Sturm durch Land und Reich. Die Regierung sollte deutlich zeigen, mit wem und gegen wen sie Politik zu machen gesonnen sei. Nicht als ob man der Regierung zumutete, irgend eine Partei vor den Kopf zu stoßen; die Abschwächung der Gegensätze, welche sich in einer sachlicheren, milderen, weniger verbitternden Methode des politischen Kampfes, als die der letzten Jahre war, bekunden, müßte uns als ein Gewinn gelten. Aber er sei auch erreichbar, ohne daß Zweifel darüber zu entstehen brauchten, wo hinaus die Regierung wolle. Fürst Bismarck konnte eine Zeit lang die Parteien gegen einander ausspielen. Die jetzige Regierung werde nicht im Zweifel darüber sein, daß sie dies überhaupt nicht vermöge. Aber dann müsse auch alles vermieden werden, was die Herstellung der unerläßlichen Vorbedingungen für einen ruhigen und stetigen Gang der Staatsangelegenheiten stören könne. Wenn man nicht entschlossen sei, klerikale Politik zu treiben, dann dürfe man nicht eine Vorlage, wie den neuen Sperrgelder-Gesetzentwurf einbringen. Und wenn die Regierung nicht die Politik der Deutsch-Freisinnigen sich aneignen wolle, dann dürfe man nicht mit völliger Passivität das die öffentliche Meinung verwirrende, systematische Bestreben derselben hinnehmen, den falschen Schein zu erwecken, als ob im Grunde die deutsch-freisinnige Politik nach dem Herzen der Regierung wäre und diese nur zur Zeit aus Zweckmäßigkeitsgründen noch nicht so weit gehen wolle ... Das Richtigste wäre gewesen, sagten andere, nach dem Abgang des Begründers des Deutschen Reiches den ehrlichen Versuch zu machen, Bismarcksche Politik ohne den Fürsten Bismarck zu machen. Statt dessen habe man den Eindruck aufkommen lassen, es bestehe die Absicht, in einer unruhigen

Neuerungs-Ära an möglichst vielen Punkten die bewährten Bahnen der Bismarckschen Politik zu verlassen. Man habe dadurch auch jene zahlreichen Kreise beunruhigt, welche es bei aller Verehrung für den gewaltigen ersten Kanzler des deutschen Reiches sehr wohl verstehen, die Vertretung Bismarckscher Grundsätze von der Persönlichkeit des Fürsten Bismarck zu trennen; man habe ferner dadurch den Fürsten Bismarck vielleicht tiefer in eine reizbare Bitterkeit hineingetrieben; man habe endlich beim Ultramontanismus und Radikalismus wohl laute und für andere Ohren verletzende Zustimmung, aber keinen sicheren Stützpunkt gewonnen. Niemand vermöge mit Bestimmtheit zu sagen, was die Sozialpolitik der Regierung sei; über die Stellung zu Anträgen, welche über die Arbeiterschutzfrage hinausgehen, würden die widersprechendsten Angaben verbreitet. Die Ära der reformatorischen Anläufe und Experimente müsse thunlichst rasch zum Abschluß gebracht werden. „Die Gesetzgebung hat in der letzten Zeit die verschiedensten Verhältnisse erfaßt, aufgewühlt und beunruhigt, wir haben das deutsche produktive Gewerbsleben, die nationale Arbeit in allen ihren Verzweigungen schwer belastet. Wir stehen vor einer Steuerreform, welche den ehrlichen Versuch macht, eine gerechtere Verteilung der Lasten herbeizuführen, welche aber in der schwierigsten Übergangszeit nicht nur die oberen, sondern auch die mittleren Klassen empfindlich drücken wird. Besonders im deutschen Westen, wo dem System der Untereinschätzung die hohen Kommunalzuschläge gegenüberstehen, wird die Umgestaltung um so schwerer empfunden werden, je weniger mit der genaueren Einschätzung die Herabsetzung der Gemeindelasten gleichen Schrittes erfolgen kann. Dazu kommen die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn.“ Der Kern der Lage liege in der Reichs- d. h. der Handelspolitik, und hier sei die Regierung die Antwort auf die Frage schuldig, ob sie sich fest und entschlossen auf den Boden der Interessensolidarität von Landwirtschaft und Industrie stelle. Eine unzweideutige Antwort wäre um so notwendiger, als der Radikalismus Tag für Tag dem deutschen Publikum mit teuren Eiden versichert, daß er die Wirtschaftspolitik der Regierung, welche sich in ihrer ganzen strahlenden Herrlichkeit zur Zeit noch nicht enthüllen könne, gegen die faktiöse Opposition der Kartellparteien verteidigen müsse. Von anderer Seite wurde neben der Wirtschafts- und Kirchenpolitik auch noch die Kolonialpolitik gegen die Regierung ins Feld geführt. Warum die Zugeständnisse an England, an Rom, an Österreich-Ungarn, an Windthorst, Richter und Bebel? „Das beunruhigende

Gefühl der Schwäche und Unsicherheit verbreitet sich in der Nation, die eine starke, zielbewußte Regierung wünscht."

Auf strengkonservativer Seite wurde gesagt, man hebe es als ein besonderer Anerkennung wertes Verdienst der jetzigen Regierung hervor, daß sie nach längerem Stillstand der Gesetzgebung umfassende Reformvorlagen auf dem Gebiete der Besteuerung des Gemeinde- und des Schulwesens gemacht habe. Es möge dahingestellt bleiben, ob diese aus dem Ressorteifer allerdings leicht erklärliche gleichzeitige Reformarbeit an fast den gesamten Grundlagen des preußischen Staates zu einer Zeit, wo auch die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen im Reich sich in vollem Fluß befänden, einem wirklich gefühlten Bedürfnis entspränge und ob es nicht besser gewesen wäre, schrittweise vorzugehen, und sich zunächst auf die rationelle Umgestaltung der direkten Besteuerung zu beschränken, über deren wesentliche Grundlagen ernsthafte Meinungsverschiedenheit kaum mehr beständen, in jedem Falle aber erschiene es schwer begreiflich, und mit der verheißenen rücksichtsvollen Behandlung nicht wohl vereinbar, daß die Regierung sowohl die Landgemeindeordnung, wie das Volksschulgesetz nicht nur überhaupt zur Vorlage gebracht habe, ohne vorher mit der konservativen Partei darüber Fühlung zu nehmen, sondern daß das in einer Form geschehen sei, von der sie voraussehen mußte, daß sie für diese Partei nicht annehmbar sein konnte. Es sei bekannt, wie dieses Vorgehen der Regierung, dessen ungünstiger Eindruck durch das schroffe Auftreten des Ministers Herrfurth noch wesentlich gesteigert wurde, den Grund gelegt habe zu der tiefen Verstimmung, welche unleugbar in weiten Kreisen gerade der konservativen Bevölkerung Platz gegriffen habe. — Daß diese Mißstimmung wesentlich gesteigert worden sei durch die Sperrgeldervorlage in Verbindung mit der wenig rücksichtsvollen Behandlung — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — welche die evangelische Kirche fortgesetzt von oben erfährt — wer wollte es leugnen und wer ihr die Berechtigung bestreiten? Und nicht anders als in Preußen sei es im Reiche. Es sei kein ungerechter Vorwurf, wenn man sich darüber beschwere, daß die Regierung wegen ihrer Kolonial- und Handelspolitik wehrlos tadelnde Zeitungsartikel über sich ergehen lassen müsse, und daß daraus erst ohne Schuld der Regierung Unruhe, Mißmut und Verstimmung entständen. „Die Vorgänge auf kolonialem Gebiet sind doch nicht so völlig in Dunkel gehüllt, daß es nicht möglich wäre, in vielen Punkten eine sachliche Kritik daran zu üben. Daß diese Kritik aber zum Teil sehr berechtigt gewesen,

haben die jüngsten Kolonialdebatten im Reichstage klar genug bewiesen, wobei freilich anerkannt werden muß und auch anerkannt worden ist, daß das kolonial-politische Inventarium, welches der jetzige Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten von seinem Vorgänger übernommen hat, für ein thatkräftiges Vorgehen wenig ausreichend war. In jedem Falle hat die national gesinnte Presse nur der Stimmung Ausdruck gegeben, welche in weiten Kreisen des deutschen Volkes vorhanden war, erzeugt hat sie dieselbe nicht. — Ebenso liegen die Dinge in Ansehung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Die Beunruhiguug darüber ist in landwirtschaftlichen Kreisen eine allgemeine, und die offizielle Erklärung, welche der Reichskanzler über diese Angelegenheit im Reichstage abgegeben hat, war nicht geeignet, dieselbe zu beschwichtigen. Die Presse aber thut — das gilt auch für die kolonial-politischen Dinge — nur ihre Pflicht, wenn sie der Stimmung des deutschen Volkes kräftigen Ausdruck verleiht; sie kann damit nur die Stellung unserer Regierung gegenüber den Vertretern der anderen Staaten bei den Unterhandlungen stärken. In anderen Ländern, wie in England und Ungarn, weiß man diese Unterstützung der öffentlichen Meinung sehr wohl zu schätzen und auszunutzen, man sollte in Deutschland an dem Beispiel derselben lernen."

Das war die Erwiderung der „Kreuz-Ztg." auf einen ministeriellen Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.", der bestimmt war, die Vorwürfe der Nationalliberalen und Konservativen gegen die Regierung zurückzuweisen. Letztere hatte das Gelübde der Keuschheit, das der Enthaltung jeder offiziösen Berührung mit der Presse, ein Gelübde, das nach Bismarcks Rücktritt einst solchen Sturm der Begeisterung erregt hatte, bereits gebrochen.

Es war das ein in Preußen und Deutschland ungewohnter Aufruhr von ganz und halb konservativer Seite gegen die Regierung, und es konnte nicht fehlen, daß gegen einen solchen Feldzug sich konservative Bedenken erhoben. Unter Bismarck hatte man eine Erscheinung gleicher Art nicht wahrzunehmen gehabt. Auf ministerieller Seite hieß es, in der öffentlichen Meinung trete neuerdings eine starke Strömung einer verdrießlichen und das Gefühl des Unbehagens weiterpflanzenden Stimmung zu Tage, die auch in konservativen Kreisen in einer Form zum Ausdruck komme, die sich von der seit Jahren und mit besonderem Nachdruck unter der Amtsführung des Fürsten Bismarck bekämpften nörgelnden Manier des Freisinns wenig oder gar nicht unterscheide. Nun nehme die konservative Partei selbst-

verständlich das Recht einer sachlichen Kritik gegenüber den Regierungsvorlagen und Regierungsmaßnahmen für sich in Anspruch; sie werde auch, wo Bedenken allgemeinerer Art gegenüber der von der Regierung auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet innegehaltenen Richtung bei ihr auftauchen, mit einem Wort der Warnung nicht zurückhalten. Ihre Kritik dürfe aber aus dem sachlichen Rahmen nicht heraustreten, dürfe nicht zu Übertreibungen und gehässigen Zuthaten persönlichen Charakters greifen und nicht zu einer tendenziösen Predigt des Mißmuts und der Voreingenommenheit ausarten. Die konservative Partei habe die Pflicht, und könne sich in keiner Lage und unter keinen Umständen von ihr abdrängen lassen, ihrer Gesamtstellung zur Regierung Seiner Majestät des Königs das Gepräge der Treue und der Loyalität zu erhalten, wie anderseits diese Regierung Seiner Majestät zwar keine Parteiregierung sein könne, aber sich naturgemäß mit denjenigen Parteien zusammenfinden und Verständigung mit ihnen suchen müsse, die den monarchischen Gedanken vertreten. Beurteile man von dieser Grundstellung aus das gegenwärtige Treiben in einem Teil der Presse, so sei der Eindruck einer bedauerlichen und ungehörigen, ja widerwärtigen Erscheinung unabweisbar. Man mache die Beobachtung, daß von bestimmten Centren aus in vollbewußter Weise das Ansehen der Regierung untergraben und vor allem versucht werde, die Vorstellung zu verbreiten, daß sie mit unzulänglichen Kräften ihrer Aufgabe gegenüber stehe, schwankend und haltlos, ohne festen Kurs, sich von der öffentlichen Meinung hin- und hertreiben lasse und in ihren Verhandlungen mit dem Ausland durch ein zu weit gehendes Entgegenkommen das Ansehen und das Interesse Deutschlands schädige. Man beobachte insbesondere, und das sei das Verletzendste und Unerträglichste für die konservative Empfindungsweise, daß vielfach auch die Person Sr. Majestät in mehr oder weniger versteckter Weise in diese Kritik hineingezogen und zur Zielscheibe ebenso unehrerbietiger und hämischer, wie sachlich unbegründeter Ausfälle gemacht werde. Man erinnere in dieser Beziehung an den Artikel der „Münchener Allgem. Ztg.“, über dessen Ursprung und Kausalzusammenhang mit dem Verdruß über einen soeben vollzogenen Wechsel in der Besetzung eines hohen Militärpostens kein Zweifel bestehen könne, und der in der Ausstreuung boshafter Unterstellungen und tendenziöser Unwahrheiten, so der Mitteilung, daß Seine Majestät geäußert haben solle, er wolle in Zukunft sein eigener Generalstabschef sein, wahrhaft Empörendes leistete. In dieselbe Kategorie gehöre das Herumtragen von

Gerüchten, die sich auf die Stellung des Finanzministers v. Miquel beziehen, von angeblich bevorstehenden Teilungen der Ämter des Herrn Reichskanzlers v. Caprivi, von Rivalitäten und Verstimmungen zwischen den Ministern u. s. w. fabeln und, wie bereits festgestellt, völlig aus der Luft gegriffen seien. In allen diesen Dingen trete eine bestimmte Tendenz, die auf Erzeugung einer Stimmung des Unbehagens hinarbeite, die insbesondere auch unter den Konservativen immer aufs neue Mißtrauen wachzurufen suche, die, mit einem Worte, aufwühlen wolle, unzweideutig zu Tage. Gewiß werde kein patriotischer Deutscher dem Fürsten Bismarck den Dank vergessen, den wir ihm für seine an Mühen um das Vaterland so reiche und in ihren Erfolgen unvergleichliche Wirksamkeit schuldig seien. Auch weitere sachliche Begutachtungen unseres alten Kanzlers über Fragen des öffentlichen Wohles seien einer respektvollen Aufnahme und gebührenden Beachtung selbstverständlich sicher. Für Preßtreibereien aber, welche die oben charakterisierten Züge an sich tragen, überdies auch noch die Stellung unserer Regierung in auswärtigen Fragen erschweren, gebe es keine Rechtfertigung, sie möge einen Titel für sich anführen, welchen sie wolle, und es sei tief zu beklagen, daß Fürst Bismarck den Behauptungen, welche die beleuchteten Agitationen in eine Verbindung mit seiner Person bringen und fast allgemein für begründet gelten, nicht in bestimmter und jeden Zweifel niederschlagender Form entgegentrete. „Jedenfalls erklären wir unsererseits hiermit mit allem Nachdruck, daß für eine frondierende Richtung, die in der Weise der „Hamb. Nachrichten“ und der „Münchener Allgem. Ztg.“ gegen die Regierung agiert, auf konservativer Seite kein Verständnis besteht und die Möglichkeit, sich mit ihr zu begegnen, ja auch nur sie noch länger ohne Protest schweigend gewähren zu lassen, ausgeschlossen ist. Eine solche Richtung und Thätigkeit entspricht nicht der Auffassung von Loyalität und patriotischer Pflicht, die wir von der konservativen Denkart unzertrennlich halten, und sie fällt unter eine doppelt scharfe Verurteilung in einer Zeit, in der wir mit der Möglichkeit von Stürmen vor allem im Innern zu rechnen haben, und die Hochhaltung der Autorität auf allen Gebieten und die Sammlung aller wohlgesinnten Elemente hinter dem starken Königtum sich somit als Hauptaufgabe von selbst ergiebt.“

Diese Anklage gegen die angebliche Fronde, die im „Deutschen Tageblatt“ unter dem Titel „Ein ernstes Wort zur Lage“ erschien, hatte den folgenden Ursprung. Der Verfasser des Artikels war Herr von Helldorf, welcher im königlichen Schlosse öfter empfangen wurde.

Solche Audienzen scheinen in bestimmter Absicht geheim gehalten worden zu sein, obwohl für Eingeweihte bekannt war, daß genannter Herr dort als vornehmster leader seiner Partei behandelt wurde. Ihm gegenüber hatte der Kaiser, obwohl derselbe Zeitungen nur aus den Ausschnitten kennt, welche ihm das litterarische Büreau und das Auswärtige Amt zustellen, sich wiederholt darüber beklagt, daß er von der konservativen Presse nicht die erhoffte Anerkennung finde. Daraufhin erbot sich Herr v. Helldorff, Abhilfe zu schaffen. In einer vertraulichen Besprechung brachte er die Beschwerde des Monarchen bei seinen Parteigenossen zur Sprache, stieß dabei jedoch auf mannigfache Einwendungen. Unter anderm wurde bemerkt, eine Presse, die man täglich mit Fußtritten regaliere, könne unmöglich dafür noch katzbuckeln. Der Niederschlag dieser unerquicklichen Auseinandersetzungen war schließlich jene lebhafte Gardinenpredigt im „Deutschen Tagebl.“, welche in der „Kreuz-Ztg.“, welcher man den Mut der Überzeugung nicht absprechen kann, eine nicht minder lebhafte Erwiderung und Abfuhr fand. Daß jener Artikel, bevor er im „Deutschen Tagebl.“ das Licht der Welt erblickte, vom Kaiser gelesen und der Form und dem Inhalt nach gebilligt worden, darf mit Sicherheit angenommen werden. Thatsache ist, daß der Kaiser vor dem noch zu erwähnenden Diner des Brandenburgischen Provinziallandtages Herrn von Manteuffel in sehr gnädiger Weise für die Entschiedenheit dankte, mit der er in Sachen des Artikels „Ein ernstes Wort zur Lage“ Schulter an Schulter mit Herrn v. Helldorff die Aktion geführt hätte. Nichtsdestoweniger wurde dadurch der angestrebte Umschlag keineswegs bewirkt. Man erwiderte auf das „Ernste Wort“, und zwar auf konservativer Seite, der betreffende Artikel gehe von der allerdings nicht wegzuleugnenden, sehr schwerwiegenden Thatsache der wachsenden Unzufriedenheit, namentlich auch in konservativen Kreisen aus, aber er irre, wenn er glaube, daß diese Unzufriedenheit durch irgend welche Preßtreibereien künstlich geschürt sei. Ganz im Gegenteil. Die Unzufriedenheit sei viel stärker, viel allgemeiner, als die Presse es zum Ausdruck bringe. Das zu vertuschen, müßte verhängnisvolle Folgen haben. Es sei richtiger, die Thatsache offen zu bekennen, ihre Ursache aufzudecken und dadurch Besserung anzustreben. Es werde im Anschluß an die Zurückweisung der dem Fürsten Bismarck nahestehenden Preßorgane die Behauptung aufgestellt, „daß vielfach auch die Person Sr. Majestät des Kaisers in mehr oder weniger versteckter Weise in diese Kritik hineingezogen und zur Zielscheibe ebenso unehrerbietiger und

hämischer wie sachlich unbegründeter Ausfälle gemacht wird." „Wir stehen, antwortete man darauf, auf dem Boden der starken Monarchie. Wir wünschen, daß der deutsche Kaiser und daß der König von Preußen regiert — die Verfassung, auf deren Grundlage unser Staatswesen ruht, hat die starke Monarchie aufrecht erhalten. Diese starke Monarchie aber ist durch die Verfassung zugleich eine konstitutionelle geworden. Ein wesentlicher Vorzug des konstitutionellen Systems besteht darin, daß die Minister mit ihrer Verantwortung die Krone decken, und daß diese außerhalb der Erörterung bleibt. Unter diesen Umständen haben wir es beklagt, daß umgekehrt die Minister hinter dem Träger der Krone Deckung suchen. Es ist dies z. B. im Reichstage durch den Reichskanzler v. Caprivi geschehen. Glaubt Herr v. Caprivi, daß es dem Ansehen der Krone nutzt, wenn er kaiserliche Direktiven im Reichstag zur Verteidigung seiner Kolonialpolitik verliest, von denen er wissen mußte, daß sie Gegenstand kritischer Bemerkungen werden könnten? Dieses Hereinziehen der Person Seiner Majestät des Kaisers in den Streit der Partei ist in äußerstem Maße bedenklich, umsomehr sollte die Regierung selbst sich nach dieser Richtung Beschränkung auferlegen." Gerade die königstreuen Parteien hätten die Veranlassung, jede Politik zu bekämpfen, die Staat und Thron in Gefahr bringen könnte. Um persönliche Rücksichten, um Personenfragen könne es sich dabei nicht handeln. „Wir sind dem Ministerium Caprivi in vollstem Vertrauen entgegengekommen, wir sehen lediglich auf Thatsachen, die Thatsachen aber rechtfertigen das sich mehrende Mißtrauen und die gefährliche Unzufriedenheit in denjenigen Kreisen, welche gewohnt waren, für die Regierung einzutreten. Wir bleiben jederzeit bereit, jede Vorlage der Regierung mit demselben Wohlwollen zu prüfen, welches wir stets gemäß unseren politischen Überzeugungen Regierungsvorlagen gegenüber für richtig halten, aber wir können dem Ministerium Caprivi nicht folgen, wenn dasselbe Bahnen einschlägt, die wir für unheilvoll halten."

Die „Kreuz-Ztg." protestierte gegen die der konservativen Presse zugemutete Pflicht, unter allen Umständen ihrer Stellung zur Regierung das Gepräge der Treue zu erhalten. Dieser Pflicht stände die andere gegenüber, in allen Fällen, wo nach der wohlerwogenen Überzeugung der konservativen Partei Se. Majestät schlecht beraten erscheine, dies mit vollem Freimute zum Ausdruck zu bringen. Ähnlich bemerkte Bismarcks Organ in Hamburg: Wenn der konservativen Partei die Pflicht zugeschrieben werde, unter allen Umständen „ihrer Ge-

samtstellung zur Regierung Sr. Majestät des Königs das Gepräge der Treue und Loyalität zu erhalten“ und die Partei vor den in den „Hamburger Nachrichten“ vertretenen Tendenzen gewarnt werde, so sei der Zukunft und der Geschichte die Entscheidung darüber zu überlassen, ob die Treue und Loyalität gegenüber den konservativ-monarchischen Einrichtungen, wie sie im Deutschen Reiche bestehen, besser gewahrt werde durch rein sachliche Kritik, oder durch den Opportunismus einer Fraktionstaktik, die im Wettbewerb mit Herrn Eugen Richter stromabwärts treibe. Das „Deutsche Tageblatt“ befinde sich mit Herrn Richter und dessen Freunde auch in der Beziehung auf gleicher Linie, daß es auf sachliche Ausführungen mit Invektiven gegen den Fürsten Bismarck antworte und sich damit aus der Affaire zu ziehen suche.

Im deutsch-freisinnigen Lager wurde dieser Aufruhr mit Triumphgeschrei aufgenommen. Jetzt heiße es, rief man der Regierung zu, in fester Haltung zu verharren. Man sprach von einem Komplott, durch welches die vom demokratischen Freisinn „unterstützte“ Regierungspolitik durchkreuzt werden solle. Es war erklärlich, daß der Fortschritt nunmehr der so bedrohten Regierung zu Hilfe zu eilen bereit war, und daß dies in der freisinnigen Presse auf besondere Anweisung durch Anpreisen der dargebotenen Dienste zum Ausdruck kam.

Das Organ des Herrn Richter riet der Regierung bezüglich der Sperrgelder und des Handelsvertrages mit Österreich „dieselbe feste und sichere Haltung einzunehmen, wie jüngst in der Frage der Landgemeindeordnung“. Die Konservativen würden sich schon fügen, sie seien bedeutungslos, und das „Komplott“ wäre „nur für eine schwache Regierung gefährlich.“

Die „Demokratische Korrespondenz“ schlug einen noch offeneren Ton an. „Was wird die Reichsregierung diesen ihr feindseligen Anläufen gegenüber thun?“ so fragte das genannte Blatt. Wird sie sich mit den konservativen Frondeuren durch schwächliche Kompromisse soweit abzufinden suchen, daß die vorliegenden Gesetzentwürfe verwässert, etwa in das Gegenteil dessen verwandelt werden, was sie bezwecken sollen? Dann wäre es besser gewesen, die neue Regierung hätte auf jede reformatorische Thätigkeit verzichtet und alles beim alten gelassen.“

Mitten in diese Parteistreitigkeiten fiel eine merkwürdige Kundgebung des Kaisers. Er hielt beim Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages die folgende Ansprache:

„Ich weiß sehr wohl, daß in der Jetztzeit es versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt in schillerndverführerisches Gewand, versucht er die Gemüter Meines Volks und die Mir ergebenen Männer zu verwirren; eines Oceans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verschleiern, die klar zu Tage liegen und liegen müssen für jedermann, der Mich und Meine Prinzipien kennt. Ich lasse Mich dadurch nicht beirren. Es mag Meinem Herzen wohl wehe thun, zu sehen, wie verkannt die Ziele sind, die Ich verfolge; aber Ich hege das Vertrauen, daß alle diejenigen, die monarchisch gesonnen sind, die es gut mit Mir meinen, und daß vor allen Dingen die Brandenburgischen Männer nicht einen Augenblick wankend geworden sind und nie gezweifelt haben an dem, was Ich that.

Wir müssen vorwärts streben, wir müssen arbeiten und im Innern kämpfen. Aber wenn das Ganze gedeihen soll, so seien Sie sich dessen klar, müssen hier und da im Einzelinteresse Opfer gebracht werden.

Unsere jetzigen Parteien sind gegründet auf Interessen und verfolgen dieselben oft zu sehr, eine jede für sich. Es ist ein hohes Verdienst Meiner Vorfahren, daß sie sich nie zu den Parteien gesellt, sondern daß sie stets darüber gestanden haben, und daß es ihnen stets gelungen ist, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen. Nun, Sie sehen ja, wie der Erfolg diese Bemühungen gekrönt hat zum Heile des Ganzen, zum fortschreitenden Gedeihen Unserer Arbeit.

Ich hoffe und spreche die feste Zuversicht aus, daß ein jeder von Ihnen in seiner Arbeit und in seinem Wirkungskreis verstehen wird, daß er für das Ganze wirken und arbeiten soll, daß er Mir treu zur Seite stehen und Mir helfen muß. Ich glaube nicht, daß die Brandenburgischen Männer zaudern werden, Mir zu folgen auf den Bahnen, die Ich beschreite.

Sie wissen, daß Ich Meine ganze Stellung und Meine Aufgabe als eine Mir vom Himmel gesetzte auffasse, daß Ich im Auftrag eines Höheren handle, dem Ich später einmal Rechenschaft abzulegen berufen bin. Deshalb kann Ich Sie versichern, daß kein Abend und kein Morgen vergeht, ohne ein Gebet für Mein Volk und speziell ein Gedenken an Meine Mark Brandenburg.

Nun, Brandenburger! Ihr Markgraf spricht zu Ihnen, folgen Sie Ihm durch Dick und Dünn auf allen den Wegen, die Er Sie

führen wird! Sie können versichert sein, es ist zum Heil und zur Größe Unseres Vaterlandes."

Die Rede wurde beim Bankett mit stürmischem Beifall aufgenommen. Das Land verhielt sich um so kühler. Nur im deutschfreisinnigen Lager herrschte frohe Erregung. Wenn man bedenkt, wie der Artikel „Ein ernstes Wort zur Lage" entstanden war, wie der Kaiser soeben erst die Opposition rheinischer Kreise gegen die Sozialpolitik der Regierung getadelt, wie die Versetzung des Grafen Waldersee in militärischen und bürgerlichen Kreisen gewirkt hatte, so kann es gar keinem Zweifel, gegen welche Parteien die Bankettrede des Kaisers sich richtete, unterliegen. Wenn auch die Linksliberalen bei dieser Gelegenheit wiederum eine Sprache führten, als ob sie den Kaiser als den ihrigen zu reklamieren berechtigt wären, so durfte ihnen zwar Begehrlichkeit und Machthunger von neuem vorgeworfen werden, aber sie hatten wohl recht — was auch in der gemäßigten Presse zugegeben wurde, so weit diese sich nicht in dumpfes Schweigen hüllte — die Rede zu ihren Gunsten auszulegen und den Unmut und die Verbitterung ihrer und der Regierung Gegner, als den Ungehorsam zu bezeichnen, welchen die Worte des Kaisers so scharf verurteilten. Die Strafpredigt des Monarchen richtete ihre Spitze gegen die konservative, teilweise auch nationalliberale Partei. Die Bezugnahme auf den großen Kurfürsten und dessen Vorgehen gegen die Vertreter einseitiger Staatsinteressen, welche seinerzeit die Mark an den Rand des Verderbens brachten, konnte wohl für solche Behauptung den Schein der Berechtigung geben. An die weiteren Worte des Kaisers: „daß im letzten Jahre manches geschehen sei, was die Herzen und Gemüter seiner Hörer bewegt habe und daß es manchem nicht leicht werde, den Weg zu erkennen, den er betreten, daß man aber das Ganze im Auge behalten und Vertrauen zu ihm haben möge!" wurde der alte Sirenengesang an die Regierung geknüpft, nun endlich, dem angeblichen Willen des Kaisers entsprechend, Ernst zu machen und mit fliegenden Fahnen in das freihändlerisch manchesterliche Lager überzugehen. Wenn dann der Kaiser eine Politik im einseitigen Parteiinteresse vorwarf und von den Opfern sprach, die im Interesse der Allgemeinheit von allen gebracht werden müßten, da lag die Deutung nahe, daß diese Opfer nur in einem Aufgeben des Schutzes der nationalen Arbeit und Produktion liegen könnten. Auch die kaiserliche Bezugnahme auf den „Ocean von Druckerschwärze und Papier", der aufgewendet werde, um des Kaisers Absichten zu verdunkeln, konnte nicht anders als

auf die Organe der Kartellparteien gedeutet werden, unter der Beschuldigung, daß sie es seien, welche das Volk irre leiteten. Man konnte sich auch auf gewisse Äußerungen beziehen, welche der Kaiser auf dem Festmahl bei Herrn v. Caprivi gethan hatte, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Bankettrede nicht nur eine scharfe Verurteilung der Angriffe war, die von Friedrichsruh und anderen Stellen gegen die Regierung gerichtet wurden, sondern auch eine Kriegserklärung gegen die „Interessenwirtschaft“ oder „Mißwirtschaft“, welche auf Deutschland seit 1879 laste, gegen die „Fronde“, welche nicht dulden wolle, daß mit der „Begünstigung und Bevorzugung einzelner Stände und Gewerbszweige“ gebrochen werde. Sie galt daher als ein klärendes Ereignis, welches die Hoffnung auf eine durchgreifende Wendung in der Wirtschaftspolitik befestigen müsse. „In der That — schrieb die „Freisinnige Ztg.“ — ist der Kaiser, welcher erklärt, sich nie zu den Parteien stellen, sondern stets darüber stehen zu wollen, um sich zu bemühen, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen, das gerade Gegenteil von dem seitens der der Kartellparteien gepflegten Phantom eines Kartellkaisers. Die Äußerungen des Kaisers gegen diejenigen, welche versuchen, die Gemüter seines Volkes und die ihm ergebenen Männer zu verwirren und sich hierzu eines „Oceans von Druckerschwärze und Papier“ bedienen, sind gerichtet gegen diejenigen, welche noch den Spuren des Fürsten Bismarck folgen und im Fahrwasser der „Hamburger Nachr.“ gleich der „Kreuz-Ztg.“, dem „Deutschen Wochenblatt“, der „Stöckerpresse“, der „Köln. Ztg.“ es jetzt unablässig so darzustellen suchen, als ob im Volke irgend welche Mißstimmung herrsche darüber, daß die Regierungspolitik hier und da einen anderen Kurs einschlägt als denjenigen der Bismarckschen Politik. Die Äußerung des Kaisers, daß nur das Gedeihen des Ganzen die Richtschnur darstellen könne, und daß die Einzelinteressen Opfer bringen müßten, kehrt sich besonders scharf gegen die Agrarier und deren Agitationen gegen den Handelsvertrag mit Österreich und die Ermäßigung der Getreidezölle. Nicht minder aber auch sind diese Äußerungen berechnet auf jene schutzzöllnerischen Großindustriellen, deren selbstsüchtige, wirtschaftspolitische Bestrebungen der Kaiser bereits in den bekannten Äußerungen auf dem parlamentarischen Diner gegenüber dem freisinnigen Abgeordneten Schmit verurteilte. Die Rede des Kaisers ist nichts weniger als die Bestätigung des freisinnigen Parteiprogramms; aber sie muß in ihrer scharfen Betonung, daß der Kaiser kein Parteikaiser sein will, und daß dem Gedeihen des Ganzen alle Einzelinteressen sich

unterordnen müssen, gerade auf die freisinnige Partei ermunternd wirken, für ihre Bestrebungen zum Wohl des Ganzen auch alle Kraft einzusetzen."

Es machte allerdings einen eigentümlichen Eindruck zu sehen, wie die demokratische Presse sich in demselben Augenblicke an den Kaiser herandrängte, wo er die Person des Monarchen so stark in den Vordergrund stellte, unbedingtes Vertrauen und Gehorsam verlangte und die konstitutionellen Momente ganz außer Betracht ließ. Wie würde diese Presse Lärm geschlagen haben, wenn sie es nicht für taktisch richtiger hielt, jetzt die Augen davor zuzudrücken, sich aber mit desto größerer Energie in den Spalt zu werfen, der sich da aufzuthun schien zwischen dem Kaiser und den Parteien, welche die bisherige Zoll- und Wirtschaftspolitik vertraten. In der Erwartung, daß ein Wort das andere giebt, hoffte sie, daß der vermeintliche Riß sich erweitern und der Kaiser sich immer mehr auf die Seite der Freihändler und des Liberalismus stellen werden, als auf Seite der Konservativen, um Stimmung für die Freisinnigen im Lande zu machen und sie als Partei erscheinen zu lassen, die dem Kaiser genau genommen am nächsten stehe.

Die Rede forderte blindes Vertrauen mit Berufung auf den guten Willen des Herrschers: des Staates Wohl nach jeder Richtung hin zu betreiben, aber sie gab wiederum keinerlei klare Fingerzeige, wie das nun geschehen solle und welche Bahnen in Zukunft zu solchem Zwecke eingeschlagen werden müssen. Das eben fehlte in der Rede und darum konnte ihr Erfolg in den breiteren Schichten des Volkes kaum derselbe sein, als derjenige bei dem Festmale in Berlin. Man hatte seit dem Rücktritt Bismarcks versäumt, in offizieller Weise feste und klare Erklärungen darüber abzugeben, wohin der neue Kurs steuern solle und welche Endziele und Aufgaben allen denen gesteckt würden, die mit frischem: „ja also" sich dem jungen, thatkräftigen Kaiser zur Verfügung stellen. Es ist infolge dieser Unklarheit von Anfang an eine große Unsicherheit in das Volk gekommen und in überaus geschickter Weise ist dieselbe gefördert und gezüchtet von der Partei des Freisinns, deren Presse sich ja bekanntlich auf derlei Machenschaften nur zu gut versteht. Ist es nun auch freilich den Linksliberalen nicht gelungen, den Sohn des Kaisers Friedrich III. — um im Jargon ihres Zeitungsstiles zu reden — als einen der Ihrigen „festzunageln", so ist ihnen doch Anlaß gegeben, immer wieder und wieder jedes neue Kaiserwort und jede neue Regierungshandlung dazu benutzen zu können, um in der Nation die Meinung

zu verbreiten, als ob „dieser neue Kurs“ ganz sicherlich nach links hin steuern wolle und steuern müsse und als ob die Hoffnung auf das, was der Optimismus des Freisinns einst in den 99 Tagen erwartete, jetzt in Erfüllung gehen werde. Daraus ist immer voller und voller der große Strom des Unbehagens entflossen, der in den staatserhaltenden Parteien mit mehr oder minder starkem Brausen sich vernehmen läßt.

Die Sprache des Freisinns nach der Bankettrede des Kaisers nötigte schließlich die Regierung einzulenken. Der Eindruck jener Rede mußte wieder verwischt werden. Es geschah das im Reichstag bei Gelegenheit der Beratung einer Vorlage betreffend die Gewährung einer bis auf 1000 Mark zu erhöhenden Prämie für Unteroffiziere. Dieser Vorschlag der Regierung war aus verschiedenen Gesichtspunkten reichlich und überzeugend begründet. Trotzdem hatte die Budgetkommission des Reichstages denselben abgelehnt, und so war die Entscheidung über denselben in das Plenum verlegt. Der Kriegsminister, Herr v. Kaltenborn-Stachau, führte zur dringenden Empfehlung des Regierungsantrags mehr nur die militärischen Gesichtspunkte aus. Dagegen nahm der Reichskanzler General v. Caprivi zu einer bedeutsamen Rede das Wort, in welcher er die politischen Gesichtspunkte der Frage hervorhob. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Auseinandersetzung mit der deutschfreisinnigen Partei. „Herr Richter — so bemerkte Herr v. Caprivi — hat gesagt, die Fortschrittspartei käme gern der Regierung entgegen und wäre auch jetzt gesonnen, mitzumachen, vorausgesetzt, daß das, was wir brächten, gut sei. Genau in demselben Verhältnisse befinde ich mich zur Fortschrittspartei (Heiterkeit rechts). Ich kann aber nicht leugnen, daß ich das, was die Fortschrittspartei thut, meist nicht gut finde. So lange ich die Dinge beobachte, nehme ich an ihr nur eine negierende Haltung wahr. Das liegt in einer Zusammenstellung über die Gesetze vor, die seit 1866 eingebracht und zur Verabschiedung gekommen sind und denen die Fortschrittspartei Widerspruch entgegengesetzt hat. Es sind deren 61 und seit 1870 45 (hört! rechts), darunter zum Teil solche, die zu den grundlegenden Gesetzen für unser gegenwärtiges Verfassungsleben gehören. Solange also die Fortschrittspartei diesen negierenden Standpunkt inne hat, glaube ich, daß es für keine Regierung, es sei denn eine aus der Fortschrittspartei, möglich sein würde, mit ihr in eine engere Verbindung einzutreten.“ (Beifall rechts.) Der Reichskanzler ging nun näher auf die militärische Seite der Vorlage ein und fuhr dann fort:

„Der Abgeordnete Richter hat dann angeführt, mein Amtsvorgänger hätte in seiner berühmten Rede davon gesprochen, daß wir nicht allein für Offiziere, sondern auch für Unteroffiziere das beste Material hätten, und er hat meinen Amtsvorgänger dabei in eine Art Gegensatz zu mir gebracht. Er stellt eine Art von Kampf zwischen uns beiden auch hier her. Ich kann sagen, es gereicht mir zur Befriedigung, daß er sich diesmal auf die Seite meines Amtsvorgängers gestellt hat. (Sehr gut! rechts.) Die Presse läßt in ihren Spalten einen solchen Kampf schon lange in bengalischem Feuer erscheinen. (Hört, hört!) Mir ist bei der Bundesgenossenschaft, die mir in dieser Beziehung in einem Kampfe, der thatsächlich nicht vorhanden ist (lebhafter Beifall), angeboten wird, allmählich unheimlich geworden. (Beifall rechts.) Ich habe mich deshalb gefreut, daß der Abgeordnete auch einmal auf der anderen Seite stand."

Und zum Schluß: „Dann hat Herr Richter uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir an die Unteroffiziersschulen und Prämien anknüpfend das militärische Selbstbewußtsein heben wollten. Ich muß gestehen, das hat mich überrascht, aber Herr Richter hat den Nagel auf den Kopf getroffen. (Heiterkeit.) Wir sind allerdings verpflichtet, das militärische Selbstbewußtsein zu heben und ich würde Herrn Richter aus der preußischen Geschichte Beispiele von Feldherrn und großen Soldaten anführen können, die dieses Bestreben auch gehabt haben und die davon überzeugt waren, daß nur eine Truppe, die Selbstbewußsein hat, etwas zu leisten im Stande ist, wenn nicht das Mißtrauen gegen preußische Offiziere bei dem Abgeordneten Richter sich zu einem so chronischen Leiden ausgebildet zu haben schiene, (Heiterkeit) daß ich glauben muß, er würde diese Beweisführung verneinen. Er mag mir einen großen Feldherrn nennen, Cäsar oder Napoleon, wen er will, keinen hat's gegeben, der nicht das Selbstbewußtsein aufs höchste zu steigern sich bemüht hätte. Nicht die 1000 Mark sind es, sondern das Selbstbewußtsein, das, „wofür wir uns halten in unserem Herzen", das ist und bleibt, was den Soldaten macht und dies „in unserm Herzen" steigern zu können ist einer der Zwecke der Vorlage. Die 1000 Mark sind dazu nur das Mittel. Wenn ich an dieser Stelle von der Sozialdemokratie gesprochen habe, so habe ich auf der einen Seite keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir der Gefahr ganz ernst ins Auge sehen. Andererseits ist ja durch die Vorlagen, welche von der Regierung und schon von der vorigen seit einer Reihe von Jahren gebracht worden sind, zur Genüge bewiesen, daß wir uns auch der

Pflicht bewußt sind, organisch einzuwirken, und wo irgend ein berechtigter Grund zum Mißververgnügen für die Sozialdemokraten da sein könnte, dem entgegenzutreten. Wir wollen in dieser Beziehung ein gutes Gewissen haben, wir wollen aber auch, wenn es — was Gott verhüten möge — nötig sein sollte, eine starke Hand haben.“ (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen).

Man sieht, die Absage des Reichskanzlers an die Freisinnigen ließ an Deutlichkeit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Während die Rede auf einer Seite mit großem Beifall und mit freudiger Genugthuung aufgenommen wurde, da sie endlich das erlösende Wort ausgesprochen habe, auf das weite Kreise schon lange gehofft, erregte sie bei den Deutsch-Freisinnigen großen Verdruß. Ja, die freisinnige Presse sprach schon von einer förmlichen Kriegserklärung an ihre Partei. Während sie bisher den neuen Reichskanzler auf der Folie des verhaßten alten nicht genug loben konnte, stellte sie jetzt plötzlich bittere Klagen und Anschuldigungen über das „unglückliche, haltlose“ Auftreten Caprivis an. Der ganze „neue Kurs“, den diese Presse mit so viel Jubel als Anbruch einer schöneren, freieren, hoffnungsvolleren Zeit angekündigt und begrüßt hatte, schien in nichts zurückgesunken. Das war vollständig „alter Kurs“, vollständig „Bismarcksche Anschauungs- und Sprechweise“. Auch der neue Reichskanzler war vollständig in Ungnade gefallen. Indessen wußte man sich zu trösten. „Das sind nur Worte, keine Thaten ... Einen neuen Kurs giebt es doch.“

„Eine Erklärung, wie sie der „Reichsanz.“ gegen den Centralverband deutscher Industrieller gerichtet hat, wäre unter dem Fürsten Bismarck undenkbar gewesen. Denn dieser Verband war eines der erlesensten Werkzeuge des früheren Kanzlers zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung. Ihn spielte Fürst Bismarck gegen die störrigen Handelskammern aus, die er maßregelte. Auf Anlaß dieses Verbandes verhinderte er im Bundesrate den schon beschlossenen Erlaß von Vorschriften zur Verhütung von Unfällen in Fabriken. Der Centralverband war das Hemmnis für jeden wirksamen Arbeiterschutz und der Fürsprecher der maßlosesten Schutzzölle — das Hauptquartier der Kartellmänner und Ringleute, welche den Verbrauchern willkürlich die Preise vorschreiben. Wenn immer Fürst Bismarck den offiziösen Heerbann aufbot, marschierte der Centralverband mit Beschlüssen, Denkschriften, Glückwünschen in erster Reihe. Das war Geist von seinem Geist! Und nun kommt die eben noch gefeierte Regierung und wirft dem Centralverband und

ähnlichen Gebilden den Fehdehandschuh hin und bezeichnet statt dieser Vereinigungen die Handelskammern als die berufensten Vertreterinnen der Gesamtheit aller einzelnen Zweige der Gewerbethätigkeit. Das ist hart. Aber härter, und zwar auch für die Agrarier, ist, daß diese Erklärung an die Versicherung des Centralverbandes sich anknüpft, daß seine Interessen bei dem österreichischen Handelsvertrage mit denen der Landwirtschaft „solidarisch" seien. Da werden einige Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Am härtesten aber für alle, die es angeht, ist der Umstand, daß man nun diese neue Kundgebung nicht mehr auf „freisinnige Einflüsterungen" zurückführen kann. Und das ist der Humor davon! Die Rede des Herrn von Caprivi war die Kopfseite, seine Wirtschaftspolitik ist die Kehrseite der Medaille. Und da es den Agrariern und Hochschutzzöllnern auf das „Reelle" ankommt, empfinden sie vielleicht ehestens, daß, wiewohl das „Gerippe zerschellt" ist, die donnernde Uhr für sie noch keine frohe Stunde verkündet." Das war der Trost der Freisinnigen.



X.

Das Orakel von Friedrichsruh.

Seit langen Jahren war das deutsche Volk gewohnt gewesen, zum Fürsten Bismarck als dem Polarstern des öffentlichen politischen Lebens emporzublicken. Man wollte es kaum glauben und jeder gute Deutsche fühlte sich bis in die tiefste Seele erschüttert, als sich die Thatsache plötzlich enthüllte, der Fürst habe seine politischen Ämter in die Hände Sr. Majestät des Kaisers zurückgegeben. Und doch war es Wahrheit, auch er hat es erfahren müssen, daß „mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu flechten.“ Fürst Bismarck hat sich nach seinem Landsitze Friedrichsruh zurückgezogen und verlebt dort die Tage eines Privatmannes. Aber nicht grollend und voll Verachtung der Welt den Rücken kehrend, sondern gleichsam wie ein Weiser des Altertums überschaut er von der Höhe seiner Welterfahrung herab die Dinge, wie sie sich im Kreislaufe der Geschichte ihm darstellen. Manch weises, erhellendes Wort ist schon aus der Waldstille von Friedrichsruh in die bewegte Welt hineingeklungen; der Fürst kargt nicht damit und dankbar horchen noch viele, viele, die von ihm lernen und sich seine Schüler nennen möchten, auf seine Rede. In kurzer Zeit ist Friedrichsruh ein Mittel- und Zielpunkt geworden, ein wahrer Wallfahrtsort für alle Verehrer des Fürsten. Man hat es beschrieben, sowohl seine äußere Umgebungen als auch die innere Einrichtung bis zu den kleinsten Details hinab, so daß jeder, dem es nicht vergönnt war, dort in Person zu erscheinen, im Geiste überall folgen und sich ein treues Bild von dem jetzigen Leben des verehrten fürstlichen Herrn machen kann. Einsam ists dort selten gewesen, Besuch hat sich an Besuch gedrängt. Besonderes Aufsehen haben die Interviews einiger Redakteure von russischen, französischen, englischen und zuletzt auch

deutschen Zeitungen erregt. Die geführten Gespräche erschienen in den resp. Blättern und haben nicht wenig dazu beigetragen, das Dunkel, was anfangs über den Abgang des Fürsten gebreitet lag, aufzuklären, ebenso wie über weiter zurückliegende Perioden seines Lebens wichtige Aufschlüsse zu geben. Wir geben hier die Worte wieder, die Bismarck an seinem letzten Geburtstage an eine ihm gratulierende Deputation des Kieler konservativen Vereins richtete:

„Man fragt oft: Was heißt konservativ? Wörtlich übersetzt heißt's erhaltend, aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer vertritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Konservativismus aber sind beständig. Es ist also nicht nötig oder auch nur nützlich, daß die konservative Partei unter allen Umständen ministeriell sei, konservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen: ich habe als Minister die Konservativen ja oft genug zu Gegnern gehabt nnd ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Zeiten der „Reichsglocke."

Es giebt ein altes, gutes politisches Sprichwort: Quieta non movere, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen giebt es Leute, die einseitig das Bedürfnis haben, die Menschheit mit ihren Elaboraten glücklich zu machen. Eine Regierung, welche unnötige Neuerungen vertritt, wirkt antikonservativ, indem sie gesetzliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert ohne Anregung durch die Beteiligten.

Man wirft mir vor, ich sei als Ministerpräsident und Kanzler auch nicht konservativ gewesen, denn ich hätte viele alte Formen zerschlagen und viel Neues aufgerichtet. Nun, hierbei ist der Wert des Alten, welches vernichtet, und des Neuen, welches errichtet werden sollte, gegen einander abzuwägen. Mir stand bei Antritt meines Ministeriums und schon vorher, in Frankfurt, die Überzeugung fest, daß wir nur durch Wiedererweckung der deutschen Nationalität und durch die Einheit der deutschen Stämme die Fähigkeit, unter den europäischen Völkern frei zu atmen und zu leben, würden erringen können. Dies zu erreichen, stellte ich vorerst über alles andere, sobald ich die Möglichkeit sah, unsere Einheit über die preußischen Grenzen hinaus ausdehnen zu können.

Wir hatten und haben ja auch als Preußen ein besonderes

Nationalgefühl, ursprünglich eine Abzweigung vom großen deutschen. Im Grunde hat es nicht mehr Berechtigung, als der spezifische Patriotismus deutscher Staaten. Es verstand sich für mich von selbst, daß ich dieses preußische Bewußtsein, in dem ich aufgewachsen war, sehr lebhaft empfand; sobald ich aber überzeugt war, daß das preußische Nationalgefühl der Anstoß sei zum Zusammenschmieden der anderen, habe ich aufgehört, einseitig preußische Ziele zu verfolgen.

Damals waren also die Aufgaben eines leitenden Ministers andere, wie heute, nachdem wir eine der ersten — so will ich höflicherweise anstatt der ersten sagen — Nationen in Europa zu sein von Gott berufen sind. So war es meine Aufgabe, vor allem unser Nationalgefühl zur Entwickelung zu bringen. Meine Beteiligung an dem Beginn und dem Verlaufe des Bürgerkrieges in Deutschland, ich meine im Jahre 1866, und die Zertrümmerung alter Formen waren im Grunde mehr konservativ, als das Verharren bei den Zuständen der Zerrissenheit gewesen wäre. Denn diese hätten schließlich zur Auflösung oder Fremdherrschaft geführt; für mich aber handelte es sich darum, den Rest des deutschen Nationalgefühls, der unter der Asche fortglimmte, anzufachen, also etwas ganz Altes zu bewahren. Dieses alte Besitztum wurde denn auch bewahrt und verstärkt, in der Hauptsache auf kriegerischem Wege; zum Bedauern ging es auf friedlichem nicht, ist aber nun wohl desto fester gegründet.

Den Vorwurf der Abtrünnigkeit, welchen mir viele der heutigen Konservativen machen, die ihrerseits keine erkennbaren Zwecke verfolgen, halte ich also für ungerecht. Die Einigung Deutschlands war eine konservative That, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber auferlegt werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, einer Fraktion anzugehören, um konservativ zu sein; so habe ich mir in den letzten Jahren meiner Amtsführung um das Kartell zwischen den Konservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben und hoffe, dieses Gebilde wird nicht ganz auseinandergehen, man wird auf konservativer Seite einen Unterschied machen zwischen den Leuten, mit denen zusammen ein staatliches Leben sich nicht führen läßt, und den anderen, die zu solcher Gemeinschaft ehrlich bereit sind. Ich bedaure es, wenn das Kartell zerfällt, und ich denke, auch die Konservativen in Kiel geben die Hoffnung nicht auf, mit ihren Gesinnungsgenossen — nicht allein Fraktionsgenossen — zusammen die leitende Mehrheit zu bilden.

Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten lateinischen Spruch Quieta non movere beachtete, als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgange der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen, als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Pflicht, mitzureden; und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntnis zu sein. Meine Mitwirkung kann sich jetzt nur mehr nach der negativen Seite hin äußern, aber einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein fachgemäßes Urteil auszusprechen, werde ich mir von niemand verbieten lassen.

Dies ist auch konservativ, glaube ich, konservativ, nicht ministeriell, sondern erhaltend."

Es ist charakteristisch für unsere inneren Zustände, daß unsere Konservativen einer solchen Mahnung bedürfen, wie Fürst Bismarck sie an die Kieler Deputation richtete. Es ist charakteristisch, wie die konservativen Blätter in Berlin diese Mahnung aufnahmen — mit Protest und mit neuen Ausfällen gegen Bismarck. Sie hoben besonders den „versteckten Angriff gegen die jetzige Regierung" hervor, während Bismarck ausdrücklich zwischen ministeriell und konservativ unterschieden hatte.

Welches Schauspiel hat sich denn von Berlin her dem Beobachter im Sachsenwalde in dem letzten Jahre geboten?

Selten dürften sich in Preußen und im Reiche so viele und so tief einschneidende gesetzgeberische Umwälzungen vollzogen haben, als seit der Entlassung Bismarcks. Es sind sich einander gefolgt die Novelle zur Gewerbeordnung, die Steuerreform, das Zuckersteuergesetz, die Landgemeindeordnung. Die Regierung steht vor einem neuen sichern Siege, vor der Annahme des deutsch-österreichischen Handelsvertrages und der sich ihm anreihenden Verträge. Die konservative Partei hat einen großen Anteil an dem Zustandekommen aller dieser Reformen. Sie hat eine Schaffensfreudigkeit und eine Willigkeit, mit den übrigen Parteien und der Regierung gemeinsam etwas zu stande zu bringen, an den Tag gelegt, die hervorgehoben zu werden verdient. Nicht alle jene gesetzgeberischen Errungenschaften hatten von Anfang an, da sie als Entwürfe

vor den Land- oder den Reichstag kamen, den Beifall der konservativen Partei, es hat manchen schweren Kampf gekostet, um über alle Bedenken hinwegzukommen. Aber sie ist darüber hinausgekommen, wenn auch mit Seufzen während der parlamentarischen Arbeit und hinterher bei der Prüfung der davon getragenen Siege. Über die Arbeiterschutzgesetzgebung sagt die „Kreuzzeitung“: „Daß die Leistung den Erwartungen nicht entspricht, ist gewiß. Aber wie die Kraftverteilung in unserem öffentlichen Leben nun einmal ist, hat es sich als unmöglich erwiesen, mehr zu erreichen, wenn überhaupt etwas zu stande kommen sollte. Wir müssen uns also zufrieden geben, und zusehen, wie wir auf dem gewonnenen Grunde weiter bauen. Immerhin ist in diesem Gesetz der Grundsatz des Arbeiterschutzes anerkannt und bis zu einem gewissen Grade durchgeführt worden. Darin liegt denn doch ein gewaltiger Fortschritt gegen die Zeit, da nur die Arbeiterversicherung etwas galt.“ So das konservative Blatt in einer ihrer letzten Nummern. In der nächsten Nummer, wo sie sich gegen den Handelsvertrag mit Österreich sträubt, und nicht anerkennen will, daß die „Konstellation der internationalen Handelspolitik“ zu den Tarifverträgen Deutschlands nötige, schreibt sie: „Diese Konstellation berührt ganz Europa, ja die ganze Welt. Warum müssen wir denn diejenigen sein, die alle Gefahren des Experiments auf sich nehmen, nachdem die anderen Nationen vergleichsweise ruhig abwarten, die Dinge an sich heran kommen lassen? Auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung gingen wir ohnehin schon voran und übernahmen damit ein Wagnis allerersten Ranges. Sollte daran ein Gemeinwesen, das noch viele unausgetragene Gegensätze birgt und sich in dem ihm ungewohnten großen Weltgetriebe linkisch und ungeschickt bewegt, vor der Hand nicht genug haben können?“

Also ein Wagnis allerersten Ranges! Die Konservativen werden auch das der Tarifverträge noch zu übernehmen haben. Man lasse diese nur erst vor den Reichstag kommen. Die Kreuzzeitung bemerkt: „Daß die Regierung sich die Unterstützung des Centrums schon jetzt gesichert hat, halten wir zwar für ausgemacht, ohne unsererseits den Preis angeben zu können, den Herr v. Caprivi dafür zu zahlen bereit ist. Denn für die bloße Rückberufung der Redemptoristen, welche von Bayern aus erstrebt wird, dürfte das Centrum schwerlich die Interessen eines großen Teils seiner Wähler so leichten Herzens preisgeben, so sehr dasselbe auch geneigt sein mag, seinen Sympathien für das katholische Österreich Ausdruck zu

geben." Die Kreuzzeitung bezweifelt, daß die Regierung sich dazu entschließen werde, der geschlossenen konservativen Partei gegenüber aus den Händen einer aus Centrum, Freisinn und Sozialdemokraten gebildeten Mehrheit den Handelsvertrag entgegenzunehmen. Ja, wenn es eine geschlossene konservative Partei gäbe! Die Regierung würde aber auch einer solchen gegenüber ihre Majorität nicht preisgeben. Die gouvernementalen Konservativen werden mit sich reden lassen, Kassandra, die in so bewegten Tönen über den Ruin der Landwirtschaft Tag für Tag seit einem Jahre geklagt hat, mag ihr Haupt verhüllen. Haben die Konservativen doch auch dem Zuckersteuergesetz gegenüber den kaudinischen Paß nicht gescheut, „obwohl es, wie sie selber sagten, kein gefährlicheres Experiment — oder ein Wagnis — geben kann, als auf unsere Zuckerausfuhrvergütung in der Hoffnung zu verzichten, daß die nächstbeteiligten Nachbarstaaten, insbesondere Frankreich und Rußland, aus freien Stücken nachfolgen würden. Viel wahrscheinlicher ist es, daß sie sich an unsere Stelle zu setzen suchen. Warum sollten sie auch nicht, wenn wir einen unbestritten behaupteten Platz freiwillig räumen?"

Die Landgemeindeordnung hat man mit gezwungener Genugthuung über einige glücklich angebrachte Verbesserungen angenommen. „Wenn der größte Teil der Konservativen für den Entwurf zur Landgemeindeordnung gestimmt hat, so ist das vornehmlich deshalb geschehen, um Schlimmeres zu verhüten, einzelne Punkte sind freilich auch so schlimm genug", sagte die „Kreuzzeitung". Die „National-Zeitung" dürfte derselben bescheinigen, „daß die Urheber des Streites, die Herren von Rauchhaupt, von Heydebrand und Genossen — um uns einmal der Sprache zu bedienen, welche nicht die unserige ist, die aber die „Kreuzzeitung" den fortschrittlichen und ultramontanen Blättern abgelernt hat — dergestalt „über den Stock gesprungen" und „zu Kreuze gekrochen" sind, wie es seit Jahrzehnten in Deutschland von keiner Seite mit so großer Entschlossenheit und Selbstverleugnung geschehen ist."

„Der Finanzminister hat eine große Schlacht gewonnen und darf sich eines Erfolges freuen, der ihm von seinen ehemaligen Parteigenossen vielleicht weniger gegönnt wird, als von uns, die man lange als heimliche Gegner der Steuer-Reform bezeichnet hat, obwohl wir dieselbe vor Jahren schon als unaufschiebbar bezeichnet, insbesondere auch auf das sozialpolitische Moment hingewiesen haben, um welches noch in letzter Stunde ein so heftiger, zeitweilig aussichtslos erscheinender Kampf geführt werden mußte." So wiederum

die „Kreuzzeitung". Ein anderes konservatives Blatt meinte freilich, die kapitalistische Aufsaugung des Wohlstandes unseres Mittelstandes schreite so mächtig fort, daß es zur Proletarisierung unseres ganzen Volkes führen muß, wenn die Gesetzgebung dem Mittelstande nicht zu Hilfe komme. Das Einkommensteuergesetz thue aber leider das Gegenteil: es belaste den Mittelstand viel zu sehr im Vergleich mit den hohen Einkommen, die zumeist zugleich fundierte sind.

Nun, allen diesen Erscheinungen gegenüber, angesichts der Dinge, die noch kommen sollen, wäre nicht das Wort des Fürsten Bismarck von dem quieta non movere an seiner Stelle gewesen?

Fürst Bismarck hat durch die „Hamburger Nachrichten" und durch andere Blätter, die sich ihm zur Verfügung gestellt haben, über den Gang der Ereignisse in dem Reiche, dessen Gründer er ist, und dessen Schicksal ihm mehr als irgend jemand am Herzen liegt, wiederholt seine Ansichten zu unserer Kenntnis gebracht. Wir verstehen vollständig die Beunruhigung und Empörung der Gemüter im Lager des deutschen Freisinns, so oft dessen gewohnte gehässigen Angriffe auf Bismarck von Friedrichsruh her in alter Weise kräftig zurückgeschlagen werden. Man möchte auf fortschrittlicher Seite den Mann, der sein ganzes Leben hindurch der Fortschrittspartei den Weg vertreten und schonungslos ihre politische Impotenz mit Worten und mit Thaten dem Spotte der Welt preisgegeben hat, so tief in die Erde begraben sehen, daß kein Flüsterton von daher sie aus ihrem Jubel über die Entfernung des ebenso gefürchteten, wie gehaßten Mannes herausschreckte. Die Konservativen aber haben nach unserm Gefühl nicht das Recht, ein solches Gebahren noch durch ein nicht viel besseres Verhalten zu beschönigen und zu verstärken. Wie die Dinge bei uns sich entwickelt haben, mußte Fürst Bismarck auf das Privileg der großen englischen Staatsmänner verzichten, von Zeit zu Zeit dem Führer der Opposition die Regierung zu übergeben und sich eine Weile auszuruhen. Er hat Tag für Tag die aufreibende Thätigkeit ertragen und die Zeit, welche er auf Urlaub fern von der Wilhelmstraße zu Varzin oder Friedrichsruh zubrachte, ist wohl nicht mit Unrecht von seinen Gegnern als die Brutzeit großer Entwürfe beargwohnt worden. Aber so gerecht der Anspruch auf Ruhe erscheint, niemand, der nicht der Stumpfheit für die Großthaten Bismarcks verfallen ist, möchte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß er von dem Kampfplatze geschieden sein könnte, um wie ein Toter seinen Mund zu verschließen und dem teueren Vaterlande, das ihm so vieles, das ihm alles verdankt, durch

dumpfes Schweigen eine verächtliche Gleichgültigkeit zu beweisen. Als die Kunde von seinem Rücktritte erst nur mit halbem Glauben, und als an der Gewißheit nicht mehr gerüttelt werden konnte, mit so viel Trauer aufgenommen wurde, da drängte es tausende und tausende, dem Fürsten Bismarck Zeugnis davon zu geben, daß sie hofften und wünschten, er werde, wenn es not thut, noch einmal an das Staatsruder zurücktreten und uns wiederum ein Führer auf den Bahnen sein, die er im Dienste seines Königs und Vaterlandes dem deutschen Volke eröffnet hat. Nach dem, was wir seit einem Jahre erlebt, haben wir darauf nicht mehr zu rechnen. Sollen wir deswegen auch nicht mehr aus dem reichen Schatze seiner Weisheit, der bisher in Europa als ein unergründlicher gegolten hat, dann und wann ein Wort vernehmen, das uns in die Tage zurückversetzt, wo alle Welt an seinen Lippen hing, auch gewisse konservative Nörgler von heute? Was thut denn der Verbannte von Friedrichsruh? Er verteidigt sich. Er that das im vorigen Jahre, als nach seiner Entlassung der Pöbel wie an Cäsars Leiche schrie: „Herrschsucht hat ihre Schuld bezahlt“; er that es, als in würdigerer Sprache vom Regierungstische im Parlamente aus das „System Bismarck“ Verurteilungen erfuhr. Gewisse konservative Kreise haben eine wunderbar penible Vorstellung von einer Schwächung des monarchischen Gedankens. Steht der bei uns schon auf so schwachen Füßen? Falk trat nach seinem Rücktritt seinem den Frieden mit Rom anbahnenden Nachfolger gegenüber, Camphausen geriet als Finanzminister a. D. im Herrenhause mit Bismarck in Konflikt, Stephan machte sogar noch im Amte seinem Kollegen Maybach coram populo Opposition. Sie thaten das parlamentarisch, ein anderer thut es in der Presse. Wir wollen gar nicht sprechen von den englischen oder italienischen Parteiführern, wie Gladstone und Salisbury, oder wie noch bis vor kurzem Cairoli und Depretis, die, abwechselnd am Ruder und in der Opposition, sich um die Wette wie die Helden der Iliade lärmend überschrieen. Da in England u. s. w. kann man von gegenseitiger gründlicher Erschwerung der Regierung sprechen, nicht bei uns, wenn jemand einige bescheidene Winke laut werden läßt. Ein Bismarck soll sich nicht als „politischer Censor“ aufwerfen? Als wir uns gegen die Landgemeindeordnung des Herrn Herrfurth aufbäumten, da war uns der Succurs aus Friedrichsruh sehr willkommen. Man erinnert sich auch, wie damals ein Organ Bismarcks davor warnte, das deutsch-österreichische Bündnis mit wirtschaftlichen Abmachungen zu belasten, die voraussichtlich Niemand voll befriedigen, wohl aber hüben wie

drüben sehr viele beunruhigen und verdrießen dürften. Die österreichisch-deutsche Allianz sei zu wertvoll, um die Popularität, deren sie gerade wegen der sorgsamen Schonung der beiderseitigen Interessen bisher sich erfreute, auf das Spiel zu setzen. Der leidenschaftliche Ton, in welchem die österreichisch-ungarische Presse auf die warnenden Ausführungen antwortete, die sie unter höhnischen Bemerkungen über das Schwinden des Bismarckschen Nimbus als den Ausfluß „agrarischer Habsucht“ hinstellte, konnte wohl nur dazu dienen, die Berechtigung jener Warnung auch weiteren Kreisen zum Bewußtsein zu bringen. Damals priesen wir die „Hamb. Nachrichten“, nannten ihre Replik vortrefflich, wohlbegründet, als sie den gegen die deutsche Landwirtschaft und gegen alle Verteidiger des zollpolitischen status quo erhobenen Vorwürfe der „Habsucht“, der „einseitigen Interessenwirtschaft“ und des Mangels an Bethätigung freundnachbarlicher Gesinnungen an die richtige Adresse zurückverwiesen. Finden wir dagegen einmal in den Organen Bismarcks etwas, was uns weniger gefällt, dann werden wir so feinfühlig für den monarchischen Gedanken, als ob es mit diesem zu Ende ginge, oder als ob Bismarck seinen weltgeschichtlichen Ruf leichtfertig verscherze. Der bis auf die Knochen monarchische „Reichsbote“, der von der herrschenden Verstimmung spricht, sagt, ähnliche Situationen seien schon öfter da gewesen und es komme nur darauf an, daß die wirklich patriotischen Männer ihre Pflicht thun und der Regierung ehrlich und offen die Wahrheit sagen, wo sie im Irrtum ist und Fehler macht, aber in keinem Falle die Fehler mitmachen. Wir glauben, auch Bismarck rechnet sich zu den „wirklich patriotischen“ Männern und hat wohl ein Recht, ebenfalls „ehrlich und offen die Wahrheit zu sagen“.

In der fast allgemein verbreiteten, über die alte Gegnerschaft Bismarcks weit hinausgehenden lieblosen Verurteilung des ersten Staatsmannes unseres Jahrhunderts können wir nichts erkennen, als die traurige Wahrnehmung, daß die deutsche Nation an andere nicht heranreicht, was Dankbarkeit gegen große Männer, Pietät, politische Charakterfestigkeit und Widerwillen gegen Mantelträgerei betrifft. Fassen wir uns doch in den Busen: was war uns einst ein Wort von Bismarck! Und wenn aus seiner Seele das alte, treue Interesse an dem von ihm gegründeten Reiche gelegentlich noch hervorzuckt, welche unbegreifliche Stimmung erfaßt dieselbe Nation? Das glauben wir doch, ohne Widerspruch zu finden, aussprechen zu dürfen. Weder in England noch Frankreich, noch anderswo würde eine Partei an einem gestürzten Staatsmann, den sie

einst stolz den ihrigen nannte, solche Kritikasterei treiben, wenn er es nicht verschmäht, aus wohlverdienter Ruhe heraus in Krisen des Vaterlandes noch ein Wort mitzusprechen. Die Worte Bismarcks, die er vor langen Jahren unter anderen Beziehungen gesprochen, passen auch hier: „Solche Leute würden doch überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute. Bei uns allein ist das nicht so, bei uns erliegen sie nicht der Verachtung, sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentlich Verteidiger, bis in diese Räume hinein."



Nachschrift.

Während des Druckes dieses Buches ist der Verfasser gegenüber seiner Darstellung des Verhaltens des Fürsten Bismarck zum Sozialistengesetz (S. 69) darauf aufmerksam geworden, daß derselbe auch zur Annahme eines „verstümmelten“ Sozialistengesetzes sich bereit erklärt hat, falls die „Verstümmelung“ vom Reichstage und nicht von den verbündeten Regierungen ausgegangen wäre. Nur wollte er für die Zukunft den Regierungen die Möglichkeit vorbehalten, später durch neue Vorlagen die Verschärfung des Gesetzes wieder zu beantragen, falls es sich in der abgeschwächten Gestalt nicht bewähren sollte. Das würden die Regierungen aber logisch nicht gekonnt haben, wenn sie beim Schluß des alten Parlaments selbst und unaufgefordert im Reichstage die Erklärung abgegeben hätten, daß nach ihrer Meinung auch das verstümmelte Gesetz ausreiche. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn das Gesetz durch Reichstagsbeschluß ohne Initiative der Regierungen abgeschwächt worden wäre, so daß diese hätten sagen können, sie hielten das Gesetz zwar nicht für genügend, aber weder sich noch die konservative Fraktion taktisch für berufen, das Minus der reichstäglichen Bewilligung abzulehnen, weil sie das Majus nicht erlangen könnten, und sie würden aus Rücksicht auf den Reichstag versuchen, mit dem abgeschwächten Gesetze auszukommen. Es blieb ihnen dann unbenommen, Verschärfungen später zu beantragen, ohne mit ihrem freiwilligen Verzicht in Widerspruch zu treten. Wenn aber die Regierungen selbst unaufgefordert ihre Zustimmung zu der Verminderung gaben, so präjudizierten sie dadurch ihre Freiheit in Beantragung einer Verschärfung und desavouierten ihre eigene, vor

wenig Monaten gemachte Vorlage, ohne daß ein Reichstagsbeschluß inzwischen vorlag. Es ist bekannt, daß der damalige Reichskanzler sich jederzeit gegen die Praxis ausgesprochen hat, daß die verbündeten Regierungen ohne dazwischen liegenden Reichstagsbeschluß lediglich auf Grund von Ausschuß- und Fraktionsverhandlungen ihre eigenen Vorlagen selbst modifizierten und damit den Wahrscheinlichkeitsberechnungen über Stimmungen des Reichstages zu folgen suchten, ohne daß letztere durch Beschluß des Parlaments festgelegt waren.



Druck von Oscar Brandstetter
Leipzig